



In Verbindung mit Hans Herzfeld, Rudolf Hillebrecht,
Friedrich Mielke und Alexander Mitscherlich
herausgegeben von Otto Borst

Peter W. Schmidt
Kommunalpolitik im Unterricht

Peter Knoch / Frieder Stöckle
»Stadt« innerhalb und außerhalb der Schule

Burchard Scheper
Archiv und Schule

Detlef Schreiber / Franz Schlamp
Altstadtsanierung: zum Beispiel Ingolstadt



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Zeitschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Herzfeld,
Rudolf Hillebrecht, Friedrich
Mielke und Alexander Mitscherlich
herausgegeben von Otto Borst

Band 3 / 1981. Achter Jahrgang

Redaktionskollegium: Dr. Otto Borst, Professor für mittlere und neuere Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Esslingen, Mozartweg 32, 7300 Esslingen (Schriftleitung) – Dr. Hans Joachim Fliedner, Leiter der Volkshochschule und des Stadtarchivs Offenburg, Ritterhaus-Museum, Ritterstr. 10, 7600 Offenburg – Dr. Henning Grabowski, Wiss. Ass. am Geographischen Seminar der Universität Münster, Königsberger Str. 79, 4400 Münster (Westf.) – Dr. Rainer Jooß, Professor für mittlere und neuere Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Esslingen, Föhrenweg 1, 7300 Esslingen – Professor Dr. Hermann Korte, Direktor des Instituts für Arbeitssoziologie und Arbeitspolitik der Ruhr-Universität Bochum, Steinweg 18, 4830 Rheda-Wiedenbrück – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Nadistr. 20, 8000 München 40 – Redaktionslektorat: Eduard Theiner, Hölderlinweg 10, 7305 Altbach – Redaktionssekretärin: Ursula Bioly, Marktplatz 16, 7300 Esslingen am Neckar.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 390 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 94,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 76,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 26,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Graphischer Großbetrieb, Stuttgart. Printed in Germany.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie fotomechanische und andere Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

Stadt im Unterricht? Diesem Thema ein ganzes Heft? »Mehr Pädagogik als Baupolizei«, stand kürzlich in der Nummer einer Zeitschrift. Sie galt nicht etwa Stundenplanfragen, sondern dem Generalnenner »Ortsbild«. Altstadtsanierung und Altstadterneuerung betreffen eine Aufgabe unserer politischen Existenz. Beides ist nicht zu machen, die Praktiker wissen das, ohne entsprechende Erziehung. Denn beides wird letztlich nicht durch Gesetze geleistet, auch durch die besten nicht, sondern durch die Leute und vielfach »nur« durch einzelne: am einzelnen hängt alles. Wir müssen gründlichst informieren und lernen, gerade in einem so komplexen Fall wie dem der Altstadterneuerung, und ein bißchen »grüne« Ideologie genügt nicht, in Basel hat die jugendliche »Bewegung« jüngst auch die Fensterscheiben des Schweizerischen Landesmuseums eingeworfen: das Ehrbare und »Alte« entging der Zerstörung nur durch einen Zufall.

Wer differenzierte, Gegenwart und Zukunft der »alten Stadt« betreffende Zusammenhänge in Unterricht umsetzen will, muß begründen können, warum er bestimmte Inhalte, Verfahrensweisen und Lernformen verwendet, er muß wohl auch die »Herkunft« solchen unterrichtlichen Tuns im Auge behalten. Dem trägt der Beitrag über die Geschichte einer städtischen Volkshochschule Rechnung, der auf diesen wichtigen, halb noch vergessenen Bereich der städtischen Kulturpolitik aufmerksam macht und erste Ansätze zu einer Geschichte der Erwachsenenbildung leisten will. Und weil schulische Beschäftigung mit gegenwärtiger oder vergangener Wirklichkeit herkömmlicherweise innerhalb der Schulfächer stattfindet, sind die übrigen Beiträge dieses Heftes auch solchen zugeordnet: den Fächern Geschichte, Gemeinschaftskunde und Sozialkunde. Kritisch geprüft werden zunächst Unterrichtsvorschläge, wie Stadtgeschichte innerhalb und außerhalb des Klassenzimmers Schülern verschiedener Altersstufen nahegebracht werden kann, wie sie dazu bewegt werden können, sich mit der Vergangenheit ihrer urbanen Gegenwart zu beschäftigen. Unterricht kann nur leben, wenn diese Gegenwart der Schüler in die Arbeit miteinbezogen wird.

Außerhalb des Klassenzimmers stellt sich dieses Problem in geringerem Maße. Hier wird man vor der anderen Gefahr warnen müssen, aus einer kritischen Sicht der eigenen Gegenwart heraus die Vergangenheit zu verklären – das übrigens analog zum Erinnerungsvermögen vieler Menschen. Solche Einseitigkeiten – auch im Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit – kann man vermeiden, wenn man versucht, Vergangenheit »auszustellen« und Schüler an Originaldokumente heranzuführen. Wie man so etwas ins Werk setzen und welche Beobachtungen man über die Interessen der Besucher machen kann, das wird am Beispiel der Geschichte einer österreichischen Kleinstadt verdeutlicht. Die Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv vermag ebenso wie die Befragung von Zeitgenossen neue Motivation und neues Unterrichtsmaterial in die Schulen zu bringen. Die Chancen dieser außerschulischen Beschäftigung mit Geschichte liegen darin, daß vom Umgang mit Originalen inspirierende Wirkung ausgehen kann, daß ein Zugang zur

Vergangenheit geschaffen wird, der die Distanz dazu geringer werden läßt. Der Beitrag über »Stadtarchiv und Schule« zeigt, welch erfreulicher Diskussionsstand hier schon erreicht worden ist. Die aufmunternden Initiativen des Städtetags können nur begrüßt werden.

Wie Stadtgeschichte im Unterricht aussehen kann, demonstriert die zur Geschichte Berlins vorgelegte Unterrichtsskizze. Gewiß, am Berliner Beispiel findet man den Weg zur allgemeinen Geschichte und zur Weltgeschichte in originärer Weise. Aber ähnliche Fragen können an die Vergangenheit jeder Stadt gerichtet werden. Beim Thema Berlin läßt sich keine Trennung der Schulfächer Geschichte und Gemeinschaftskunde/Sozialkunde mehr vertreten – es leitet darum schon über zum Thema Kommunalpolitik im Unterricht. Der so überschriebene Aufsatz gibt zunächst Hinweise auf die Lage der politischen Unterweisung in der Bundesrepublik und erörtert sachgerechte Vorgehensweisen im Unterricht. Erst dann wird die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung seit 1945 skizziert mit wichtigen Hinweisen auf deren ideologische Voraussetzungen. Mit besonderem Nachdruck beschäftigt sich die Untersuchung mit der aktuellen Frage der Bürgerbeteiligung, indem die Unterrichtsskizze einen interessanten Fall von Bürgerentscheid in einer ober-schwäbischen Stadt aufgreift: auch die direkte Demokratie hat zwiespältige Ergebnisse.

Verfasser und Herausgeber hoffen auf kritische Leser, gerade auch außerhalb der Schule.

R. Jooß

Peter W. Schmidt

Kommunalpolitik im Unterricht. Grundpositionen und Erfahrungen

Politische Bildung der Schüler zu humanen und demokratischen Einstellungen und Verhaltensweisen war in unserem Lande seit Generationen eine zwar dringliche, häufig jedoch versäumte und immer recht kontroverse Angelegenheit. Auch heute ist dies so. Rapiden Wandlungen unterlag entsprechend dem schnellen gesamtgesellschaftlichen Wandel seit der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland auch der Teilbereich der Politik, der hier näher dargestellt wird, wie auch das ihm korrespondierende Thema im Unterricht: es veränderten sich Inhalte, Formen und Stellenwert der Kommunalpolitik im politischen Gesamtsystem wie auch Theorie und Praxis des Politik-/Gemeinschaftskundeunterrichts (PU) in der Sekundarstufe I.

Die folgenden Ausführungen beabsichtigen eine erste Hinführung zu Situation und Problematik des heutigen PU am Beispiel der Kommunalpolitik. Dies macht eine Skizze der Entwicklung und des gegenwärtigen Standes beider Disziplinen nötig; das erkenntnisleitende Interesse an praktischer Verwertbarkeit für Lehrer bestimmt weitgehend Auswahl und Gewichtung der dargestellten Inhalte.

Die Ausführungen gliedern sich in drei Teile: und zwar 1. zur Situation des PU allgemein, 2. zur Kommunalpolitik als Teilpolitik im politischen System der Bundesrepublik, 3. Kommunalpolitik im Unterricht der Sekundarstufe I am Beispiel des Unterrichts im Bundesland Baden-Württemberg.

1.0 Jede lebendige, ihre daseinsermöglichenden Funktionen wahrnehmende Gesellschaft strebt unter anderem die Weitergabe, Reproduktion derjenigen politischen Grundpositionen an, auf denen ihre politische Identität beruht. Die von der menschlichen Natur her erforderliche Aufgabe der Sozialisation des Nachwuchses enthält also auch die Aufgabe der Entwicklung grundlegender politischer Orientierungen und Verhaltensmuster der einzelnen Gesellschaftsmitglieder. Aber bei einer Freiheitsspielräume bietenden pluralistischen Gesellschaft wie der bundesrepublikanischen kann nicht von der Existenz eines öffentlich artikulierten, einheitlichen politischen Grundkonsenses, der sich unverändert über Jahrzehnte erhält, ausgegangen werden, vielmehr fand parallel zum allgemeinen Wertwandel in unserer Gesellschaft auch eine tiefgehende Veränderung der politischen Kultur statt,¹ die sich ausdifferenzierte und deren Grundkonsens »brüchig« (K. Sontheimer) wurde.

¹ Vgl. insbes. H. Klages/P. Kmieciak (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/New York 1979 u. R. Löwenthal, Gesellschaftswandel und Kulturkrise, Fkf. 1979.

Vergangenheit geschaffen wird, der die Distanz dazu geringer werden läßt. Der Beitrag über »Stadtarchiv und Schule« zeigt, welch erfreulicher Diskussionsstand hier schon erreicht worden ist. Die aufmunternden Initiativen des Städtetags können nur begrüßt werden.

Wie Stadtgeschichte im Unterricht aussehen kann, demonstriert die zur Geschichte Berlins vorgelegte Unterrichtsskizze. Gewiß, am Berliner Beispiel findet man den Weg zur allgemeinen Geschichte und zur Weltgeschichte in originärer Weise. Aber ähnliche Fragen können an die Vergangenheit jeder Stadt gerichtet werden. Beim Thema Berlin läßt sich keine Trennung der Schulfächer Geschichte und Gemeinschaftskunde/Sozialkunde mehr vertreten – es leitet darum schon über zum Thema Kommunalpolitik im Unterricht. Der so überschriebene Aufsatz gibt zunächst Hinweise auf die Lage der politischen Unterweisung in der Bundesrepublik und erörtert sachgerechte Vorgehensweisen im Unterricht. Erst dann wird die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung seit 1945 skizziert mit wichtigen Hinweisen auf deren ideologische Voraussetzungen. Mit besonderem Nachdruck beschäftigt sich die Untersuchung mit der aktuellen Frage der Bürgerbeteiligung, indem die Unterrichtsskizze einen interessanten Fall von Bürgerentscheid in einer ober-schwäbischen Stadt aufgreift: auch die direkte Demokratie hat zwiespältige Ergebnisse.

Verfasser und Herausgeber hoffen auf kritische Leser, gerade auch außerhalb der Schule.

R. Joos

Peter W. Schmidt

Kommunalpolitik im Unterricht. Grundpositionen und Erfahrungen

Politische Bildung der Schüler zu humanen und demokratischen Einstellungen und Verhaltensweisen war in unserem Lande seit Generationen eine zwar dringliche, häufig jedoch versäumte und immer recht kontroverse Angelegenheit. Auch heute ist dies so. Rapiden Wandlungen unterlag entsprechend dem schnellen gesamtgesellschaftlichen Wandel seit der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland auch der Teilbereich der Politik, der hier näher dargestellt wird, wie auch das ihm korrespondierende Thema im Unterricht: es veränderten sich Inhalte, Formen und Stellenwert der Kommunalpolitik im politischen Gesamtsystem wie auch Theorie und Praxis des Politik-/Gemeinschaftskundeunterrichts (PU) in der Sekundarstufe I.

Die folgenden Ausführungen beabsichtigen eine erste Hinführung zu Situation und Problematik des heutigen PU am Beispiel der Kommunalpolitik. Dies macht eine Skizze der Entwicklung und des gegenwärtigen Standes beider Disziplinen nötig; das erkenntnisleitende Interesse an praktischer Verwertbarkeit für Lehrer bestimmt weitgehend Auswahl und Gewichtung der dargestellten Inhalte.

Die Ausführungen gliedern sich in drei Teile: und zwar 1. zur Situation des PU allgemein, 2. zur Kommunalpolitik als Teilpolitik im politischen System der Bundesrepublik, 3. Kommunalpolitik im Unterricht der Sekundarstufe I am Beispiel des Unterrichts im Bundesland Baden-Württemberg.

1.0 Jede lebendige, ihre daseinermöglichenden Funktionen wahrnehmende Gesellschaft strebt unter anderem die Weitergabe, Reproduktion derjenigen politischen Grundpositionen an, auf denen ihre politische Identität beruht. Die von der menschlichen Natur her erforderliche Aufgabe der Sozialisation des Nachwuchses enthält also auch die Aufgabe der Entwicklung grundlegender politischer Orientierungen und Verhaltensmuster der einzelnen Gesellschaftsmitglieder. Aber bei einer Freiheitsspielräume bietenden pluralistischen Gesellschaft wie der bundesrepublikanischen kann nicht von der Existenz eines öffentlich artikulierten, einheitlichen politischen Grundkonsenses, der sich unverändert über Jahrzehnte erhält, ausgegangen werden, vielmehr fand parallel zum allgemeinen Wertwandel in unserer Gesellschaft auch eine tiefgehende Veränderung der politischen Kultur statt,¹ die sich ausdifferenzierte und deren Grundkonsens »brüchig« (K. Sontheimer) wurde.

¹ Vgl. insbes. H. Klages/P. Kmiecik (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/New York 1979 u. R. Löwenthal, Gesellschaftswandel und Kulturkrise, Fkf. 1979.

1.1 Auch Politikwissenschaft und Politikdidaktik gliederten sich in verschiedene Richtungen aus: anfangs standen Vertreter einer normativ-ontologischen »Politologie« (D. Sternberger) im Vordergrund, die sich am Modell der klassisch-antiken Politik, der Situation des Vollbürgers in der vornehmlich griechischen Polis orientierten und nach heutiger Sicht liberale bis entschieden konservative politische Vorstellungen in Verbindung mit einem weitgehend am angelsächsischen parlamentarisch-repräsentativen Demokratiekonzept vertraten. Dazu gesellten sich Vertreter empirisch-analytischer und system-theoretischer Politikkonzeptionen mit liberaler bis konservativer Ausrichtung, die überwiegend ein pluralistisches Demokratieverständnis aufwiesen. Schließlich kamen auch noch kritisch-dialektische und neomarxistische Konzeptionen mit eindeutig »linker« Orientierung, ausgerichtet an Rousseau, und dem klassisch-kontinentalen, dezidiert emanzipatorischen Demokratiekonzept unter Einbeziehung marxistischer und psychologischer Aspekte.

1.2 Aber auch die Politikdidaktik fächerte sich auf nur teilweise in Anlehnung an den Differenzierungsprozeß in der Politikwissenschaft. Anfangs dominierten normativ-ontologische Konzeptionen (a), welche die Aufarbeitung der Vergangenheit unter dem Aspekt von Nationalsozialismus/Totalitarismus versuchten, Impulse der Reformpädagogik weitergaben und sie insbesondere in F. Oetingers Partnerschaftsbuch wie Seitzers »Miteinander-Füreinander« konkretisierten.

Im Jahre 1950 erfolgte der Beschluß der Kultusministerkonferenz, politische Bildung an allen Schulen einzuführen, es blieb jedoch den einzelnen Bundesländern überlassen, ob hierfür ein eigenes Fach geschaffen werden oder politische Bildung als »Unterrichtsprinzip«, insbesondere den Fächern Geschichte, Geographie, auch Deutsch zugeordnet werden solle. Die Befürworter letzterer Position befürchteten, ein eigenes Fach führe zu einer Überflutung des Unterrichts durch aktuelle Politik, die sich mit politischer Parteilichkeit der Lehrer verbinden und dadurch die »politische Exterritorialität der Schule« und des »Jugendalters«² gefährden könne. Tatsächlich handelt es sich um eines der Hauptprobleme der Politikdidaktik, wie bei der engen Bindung von Erkenntnis an Interessen politische Einseitigkeit vermieden werden kann.

Eine nächste Gruppe (b) von Politikdidaktikern hatte zwar den Nationalsozialismus noch in der Kindheit miterlebt, stand jedoch nicht mehr unter seinem unmittelbaren Eindruck. Sie interessierte sich daher insbesondere für die politische Wirklichkeit in der Bundesrepublik und maß sie an den Grundprinzipien des Grundgesetzes. Sie bemerkte und betonte die Diskrepanz von Norm und Realität und den Konfliktaspekt in der politischen Bildung. Trotzdem gab es in der politischen Bildung eine Art Konsens, der sich in der ersten Hälfte der 60er Jahre ausbildete. Die Lehrpläne enthielten nur sehr allgemein gehaltene Ziele des Politik- bzw. Gemeinschaftskundeunterrichts und dazu ebenfalls

allgemeine Themenkataloge. Den Lehrern wurde die Fähigkeit der undogmatischen Verbindung beider einfach unterstellt. Untersuchungen der Ergebnisse des Unterrichts zeigten aber, daß die vorgeschalteten Lehrziele gegenüber den Themenkatalogen in den Hintergrund tragen.

Schließlich fand eine dritte Gruppe (c) junger Politikdidaktiker den Staat der Bundesrepublik, in den sie hineingeboren war, als fertiges Produkt vor, an dem selbst nicht mehr »grundlegend« gearbeitet werden konnte – außer in der Form radikaler, auf die Wurzel zurückgehender Kritik, die allerdings verschiedene, bisher wenig beachtete Aspekte wie Psychologie und Politikökonomie in die didaktische Diskussion einbrachten. Sozialdemokratisch regierte Bundesländer wie Hessen und Nordrhein-Westfalen versuchten deshalb eine Wende einzuleiten, ausgehend von der an sich berechtigten Forderung, vom Schüler auszugehen, schülerorientierten Unterricht zu praktizieren. Der Politikunterricht sollte in Anlehnung an das Konzept der Didaktikergruppe (b) und teilweise (c) den Schüler befähigen, seine Bedürfnisse und Interessen zu erkennen, zu artikulieren und in alle gesellschaftlichen Teilbereiche einzubringen, somit seine Lebenswelt zu gestalten und zu verändern. Zugrundegelegt wurde auch ein ungewöhnlich weitgehendes partizipatorisches Demokratiekonzept, das dem politischen Grundkonsens vorauseilte. Eine nicht zu unterschätzende Gefahr dieser Revision lag einmal in der Verabsolutierung aktueller »Interessen« und »Bedürfnisse« von Kindern und Jugendlichen und der Möglichkeit ihrer Manipulation durch den Politiklehrer, zum anderen aber in der Anbindung an die Ergebnisse der wissenschaftlichen Curriculumforschung nach den Regeln universitärer Forschung, die verhaltenssteuernde, konkret überprüfbare und äußerst präzise Lehrziele in hierarchischer Ordnung für den Unterricht entwickelte und über die Landesgesetzgebung verpflichtend machte. Hieraus ergab sich die Möglichkeit einer Instrumentalisierung des Politischen zugunsten pädagogischer Zielsetzungen. Das grundlegende Ziel politischen Unterrichts, dem Schüler Politik verstehbar zu machen, also zu einem rationalen Urteil über Politik hinzuführen und zu einem demokratisch orientierten, verantwortlichen politischen Handeln zu befähigen, geriet in den Hintergrund. Denn die politische Wirklichkeit wird ja nur selten unmittelbar erlebt, sondern durch Buch, Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen medial vermittelt – sie hat somit ihre eigene didaktische Struktur – die zur Abdeckung von Lernzielen instrumentalisiert und häppchenweise unterrichtlich verordnet – Erkenntnis oft stört und zur Erschließung politischer Wirklichkeit unbrauchbar macht.

Ebenso wie in der Politikwissenschaft bestanden demnach in der Politikdidaktik unterschiedliche Richtungen, die sich zu »Schulen« mit der Tendenz gegenseitiger Abschottung ausbildeten. Ein noch nicht völlig ausgearbeiteter Ausweg scheint sich m. E. in der Übernahme systemtheoretischer Modellvorstellungen für den Bereich der Politikdidaktik anzubieten. Er geht von einem stark formalisierten Modell der Gesamtgesellschaft aus, das in vier Subsysteme, nämlich politisches, ökonomisches, gesellschaftliches (im engeren Sinne) und ideologisches untergliedert ist und keine Vorentscheidung über die Dominanz eines der genannten Subsysteme, wie des ökonomischen nach marxistischer Konzeption

² H. Giesecke, Entwicklung der Didaktik des polit. Unterr., in: Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, hrsg. v. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Reinbek 1980, S. 501 ff.

oder des ideologischen in der Nachfolge Max Webers, kennt.³ Für den Außenstehenden jedenfalls zeigt sich die Politikdidaktik heute zwar als »dynamisch, aber ohne Richtung«,⁴ letztlich: so viel Köpfe, so viel Meinungen.

1.3 Es ist hier nicht der Ort, eine eingehende Darstellung und Bewertung dieser Situation der Politikwissenschaft und -didaktik vorzunehmen, doch sei die eigene Position hier kurz angedeutet. Auf Grund der unüberbrückbaren Divergenzen der geschilderten Richtungen und Positionen erscheint mir die exklusive Festlegung des Unterrichts auf eine Richtung/Position nicht vertretbar. Deshalb sollte der Unterrichtsplanung besser ein formales Politikmodell zugrunde gelegt werden, das ohne gesellschaftstheoretisch fixierte Positionen auskommt und die Feststellung der konkreten Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Subsystemen der Analyse überläßt. Die Gängelung der Schüler und Schulbuchverfasser durch präzise formulierte Lernziele müßte unbedingt zurückgedrängt werden. Die grundlegenden Lernziele sollten über mehr formale Fähigkeiten wie »Befähigung zur Informationsverarbeitung und Ideologiekritik« und »zur Analyse politischer Probleme«⁵ hinaus sich m. E. auf einen dem Verfassungskern des Grundgesetzes aufruhenden Konsens beziehen, dessen Herstellung zwar bisher noch nicht ganz gelang,⁶ aber eine dauernde Aufgabe bleibt. Für die dringliche »Befähigung zur Bewertung von Politik« und »zu wertgebundenem Handeln«⁷ erscheint mir die Ausformulierung der politischen Normentscheidung in den 3 Optionen des Didaktikers Wolfgang Hilligen geeignet:

- für Sicherung der personalen Grundrechte
- für Herstellung der politischen Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit aller und für die Überwindung struktureller sozialer Ungleichheit, für Chancengleichheit, Selbstbestimmung und Mitbestimmung
- für die Notwendigkeit, Spielraum und Institutionen für politische Alternativen zu erhalten, zu verbessern, neu zu schaffen.

Der Konsens läßt sich allerdings, wenn überhaupt, nur auf dieser sehr allgemeinen Zielebene herstellen. Sobald Versuche inhaltlicher Präzisierung unternommen werden, führen die eben dargestellten differierenden Grundpositionen zu sehr unterschiedlichen

³ G. C. Behrmann, Politik. Zur Problematik des sozialkundlich-politischen Unterrichts und seiner neueren Didaktik, in: *ders.* u. a. (Hrsg.), *Geschichte und Politik*, Paderborn 1978, S. 109 ff. sowie W. Behr, *Gesellschaft und Politik. Ein sozialwissenschaftliches Systemmodell für den Politikunterricht*, in: W. Mickel (Hrsg.), *Politikunterricht im Zusammenhang mit seinen Nachbarfächern*, München 1979, S. 52 ff.

⁴ M. Weber, in: *Die Zeit* v. 30. 3. 1981.

⁵ D. Grosser, *Politische Bildung*, München 1977, S. 70 ff.

⁶ Vgl. die Kontroverse W. Hilligen – B. Sutor in: *Zum aktuellen Stand der Theorie und Didaktik der politischen Bildung*, hrsg. v. K. G. Fischer, Stuttgart 1975.

⁷ Grosser (s. A 5), S. 81 ff.

Explikationen.⁸ Insbesondere scheint mir nötig, Politik wieder als Aufgabe von höchstem Ernst darzustellen, die in Zukunft größte Anforderungen an alle Bürger stellen wird, weil die Zahl lebensbedrohender Konflikte in der Welt nicht nur rapide zunimmt, sondern auch eine bedrohliche Verschärfung erfahren wird: Nord-Süd-Konflikt; Kampf um Nahrungsmittel, Rohstoffe, Energie, Absatzmärkte; Verteilungskonflikte und Abschwächung des politischen Konsenses in der Bundesrepublik und anderes mehr.⁹

Solche Konflikte müssen im Unterricht engagiert und genau untersucht, dabei die divergierenden Interessen offengelegt, verschiedene Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden, um im Sinne der Goldenen Regel (kategorischer Imperativ) zu diskutant begründeten Urteilen zu kommen. Auf diese Weise politisch gebildete Bürger können dann wohl auch gemeinwohlorientiert einen Beitrag der Bundesrepublik zu humanen und friedlichen Regelungen unterstützen, auch wenn hierfür in den Wohlstand tiefeingreifende und unpopuläre Maßnahmen getroffen werden müssen.

1.4 Für eine so definierte Zielsetzung des politischen Unterrichts bietet das Thema Kommunalpolitik m. E. geeignete Möglichkeiten: es zeichnet sich, falls nicht Großstadtpolitik behandelt werden soll, aus durch Anschaulichkeit und Konkretheit. In kleinen und mittelgroßen Gemeinden besteht eine gewisse Überschaubarkeit auch zumindest in dem Sinne, daß die kommunalpolitischen Handlungsträger »am Ort« sind und ihre Aktionen und Nichthandlungen wahrgenommen werden können. Zudem zeigen zumindest die Erfahrungen der letzten Jahre die Chance einer Mobilisierbar- und Politisierbarkeit bestimmter Bevölkerungsgruppen mit gewissen Erfolgchancen für bürgerliche Beteiligung, auf die später eingegangen wird. Zwar bestehen Probleme der Übertragbarkeit des an der Kommune als unterster Einheit des politischen Systems gewonnenen Einsichten, auf andere Politikbereiche, weil, wie Hättich betont, die Projektgebundenheit der Kommunalpolitik mit der Richtungsgebundenheit der Entscheidungen auf Bundes- und Länderebene kontrastiert,¹⁰ und die politischen Konflikte häufig wegen der größeren persönlichen Nähe der Akteure zu einer weniger intensiven Ausprägung des Rollenverhaltens und verminderter Konfliktbereitschaft führen, doch weisen kommunalpolitische Konflikte, wie unten gezeigt wird, alle die Charakteristika auf, die z. B. vom Didaktiker H. Giesecke als grundlegend für die Analyse politischer Konflikte formuliert wurden. Für eine Behandlung des Themas sprechen jedoch nicht nur die angeführten Argumente wie auch Forderungen der Lehrpläne, sondern die schlichte Tatsache, daß das politische Gesamtsystem ohne Kenntnis des die Grundlage abgebenden kommunalen nicht verstanden werden kann, und

⁸ W. Hilligen, Vorschläge für konsensfähige Optionen und Auswahlkriterien für den politischen Unterricht, in: K. G. Fischer (s. A 6), S. 74.

⁹ Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten. Frankfurt 1980.

¹⁰ M. Hättich, Kommunalpolitik – ein politisches Seitengebiet? in: H. Rausch/Th. Stamm (Hrsg.), *Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik*, München 1970, S. 295 ff.

hier sich der Praxisbezug der Politik durch die Möglichkeit und Notwendigkeit der Konkretisierung der Richtungsentscheidungen von Bund und Ländern in der Gemeinde mittels kommunaler Projekte unmittelbar offenbart. Der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer bestimmte als prägende Traditionen der deutschen politischen Kultur die etatistische, die unpolitische und die Tradition der Konfliktscheu und des (juristischen) Formalismus.¹¹ Politischer Unterricht sollte ihnen entgegensteuern. Der Konfliktfeindlichkeit im Denken und Verhalten des Schülers kann m. E. auch dadurch entgegengewirkt werden, daß die beiden grundlegenden Kategorien des Politischen, nämlich Konflikt, der Anpassung und Veränderung ermöglicht und Konsens als Voraussetzung erfolgreicher Konfliktbewältigung immer wieder zum zentralen Thema des Unterrichts gemacht werden. Die geschichtliche Erfahrung weist darauf hin, daß Demokratien mit einem zuviel an Konflikt zerbrechen, mit zuviel an Konsens erstarren.¹²

1.5 Es ist heute selbstverständlich, daß die Didaktik lern- und entwicklungspsychologische Erkenntnisse in den Begründungszusammenhang von Unterricht miteinbezieht. Problemorientierte Themen, die einen Konflikt nicht zu komplexer Natur enthalten, eine Nähe zum Erfahrungshorizont der Schüler aufweisen und zudem noch nicht völlig abgeschlossen sind, wirken am meisten motivierend. Die dabei angewandten selbständigen Lernformen erhöhen die Lernchancen beträchtlich.

Folgende Unterrichtsformen werden heute bevorzugt angewandt:¹³

- die Sozialstudie, bei der ein Problem mittels eines »elementarisierten wissenschaftlichen Vorgehens« untersucht wird, am interessantesten als »Stellungnahme zu einem akuten lokalen Problem«.¹⁴
 - Tribunal und Provokation, bei dem man »den politischen Zuständen spielend Prozeß machen« bzw. man »sich selbst zum politischen Problem machen« kann.¹⁵
- Diese drei Unterrichtsformen sind sehr anspruchsvoll und eignen sich nur sehr bedingt für den Unterricht der Sekundarstufe I, anders dagegen
- das Rollenspiel, wo man »gesellschaftliche Zwänge spielend zum Sprechen bringen« kann.¹⁶ Es ist »eine Methode des Problemlösens innerhalb einer Gruppe, die es jungen Menschen ermöglicht, in spontanen Spielen und gelenkten Diskussionen zu erforschen, wie solche Probleme üblicherweise gelöst werden, welche Alternativen zur Verfügung stehen und welche persönlichen und sozialen Folgen bestimmte Lösungsvorschläge nach sich ziehen;¹⁷

¹¹ Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Dtl., München (51976), S. 84 ff.

¹² A. Pelinka, Politik und moderne Demokratie, Kronsberg 1976, S. 31 f.

¹³ Ausführlich H. Giesecke, Methodik des politischen Unterrichts, München (31975).

¹⁴ ebda. S. 60 f.

¹⁵ ebda. S. 91 ff., 66 ff.

¹⁶ ebda. S. 75.

¹⁷ F. Shaftel/G. Shaftel, Rollenspiel als soziales Entscheidungstraining, München/Basel (1973), S. 15.

- das Planspiel, in dem man »politische Aktionen und Konfliktlösungen spielerisch simulieren« kann¹⁸
- die Produktion, wo es neben der Bearbeitung eines politischen Problems um die »Darstellung des Arbeitsergebnisses für andere mit dem Zweck (geht), bei diesen anderen für die eigenen Einsichten zu werben und mit ihnen darüber in eine Diskussion einzutreten«,¹⁹ Solche Möglichkeiten bietet die Collage, kontroverse Dokumentation, Reportage, Produktion eigener Lehrmittel, Flugblätter und Infotexte...
- die Konfliktanalyse (Fallanalyse) wurde wie die Produktion bei der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen in außerschulischen Jugendbildungsstätten erprobt und in Weiterführung von Überlegungen von M. E. Graf zu Solms vor allem von Hermann Giesecke in seiner »Didaktik der politischen Bildung«²⁰ für den politischen Unterricht fruchtbar gemacht. Giesecke entwickelte für die Auswahl unterrichtsrelevanter Konflikte ein System von 11 Kategorien, die zugleich wichtige Untersuchungsgesichtspunkte eines politischen Konfliktes darstellen. Von mir ergänzt und mit kommunalpolitischen Inhalten angereichert.²¹

1. *Konflikt*: »Wir betrachten Politik unter dem Aspekt der Widersprüche bzw. der Auseinandersetzungen zwischen Menschen und Gruppen.«²² Politik überhaupt besteht größtenteils in Auseinandersetzungen verschiedenster Beteiligter und Betroffener: Parteien, Verbänden, Rat und Verwaltung, lokaler Presse und Bürgern als Bürger, die sich z. T. in Bürgerinitiativen organisieren. Die Behandlung der Konflikte soll zeigen, daß sie notwendig zur Politik gehören und gelöst bzw. ausgehalten werden müssen.

2. *Konsens*: diese Kategorie fehlt bei Giesecke. Durch ihr Fehlen stand jedoch die ganze Konstruktion nur auf einem Bein! Konflikte können nicht rational und human gelöst werden, wenn nicht bestimmte Grundregeln des demokratischen Prozesses mit Selbstverständlichkeit eingehalten werden, dazu gehören nach alter demokratischer Tradition Geltung des Mehrheitsprinzips, Rechtsbindung, Minderheitenschutz, demokratischer »Stil«, Suche nach Gemeinsamkeit.

3. *Konkretheit*: »Politische Entscheidungssituationen sind jedoch immer konkreter, einmaliger Art.«²³ Von der Konkretheit zur Abstraktion ist Grunderfordernis schülerorientierten Unterrichts!

¹⁸ Giesecke (s. A 13), S. 82.

¹⁹ ebda, S. 50.

²⁰ Erstmals 1965, München 1974.

²¹ In Anlehnung an H. Bormann, Ein didaktisches Modell, in: H. Köser (Hrsg.), Der Bürger in der Gemeinde, Hamburg 1979, S. 391 ff.

²² Giesecke, Didaktik der polit. Bildg., München (31974), S. 161.

²³ ebda. S. 162.

4. *Macht*: »Politische Handlungssituationen sind immer auch durch konkrete Macht-Konstellationen definiert.«²⁴ Ohne Einfluß und Macht lassen sich spezifische Vorstellungen von Individuen und Gruppen nicht durchsetzen. Die Untersuchung kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse legt die Bedeutung beider offen.

5. *Recht*: »Alle politischen Entscheidungen bewegen sich jedoch nicht nur im Rahmen bestimmter Machtstrukturen, sondern auch im Rahmen rechtlich markierter Zusammenhänge.«²⁵ Kommunales Handeln spielt sich auch in einem rechtlichen, von Bund und Land und den Kommunen selbst gesetzten Rahmen ab. Rechtsstaatlichkeit im Sinne durchgängiger Bindung politischer Prozesse an Recht ist demokratisches Grunderfordernis, ebenso Wissen um die Notwendigkeit und Legitimität der Rechtsentwicklung.

6. *Interesse(n)*: Als »Bezeichnung für Absichten und Ziele, deren Verwirklichung für eine Person oder Personengruppe nützlich oder vorteilhaft ist«,²⁶ werden von Giesecke insbesondere als subjektive Interessen eingeführt »die materiellen wie immateriellen persönlichen Wünsche und Bedürfnisse, deren Erfüllung irgendwie an politisch-gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden und nicht allein im Rahmen der privaten Lebensführung zu erreichen ist.«²⁷ Sie sind untrennbar mit dem politischen Prozeß verbunden und sollten daher als selbstverständlich angesehen werden. Bei kommunalpolitischen Konflikten fällt ihre Identifizierung oft leicht.

7. *Solidarität*: Einzelne werden besiegt – lautet eine altrömische Spruchweisheit. »Jede politisch-gesellschaftliche Aktion nützt bestimmten Gruppen und benachteiligt gleichzeitig andere. Andererseits kann der einzelne nicht allein seine Interessen und Wünsche realisieren. Er bedarf dazu der Hilfe einer oder mehrerer Gruppen.«²⁸ Auch im kommunalen Bereich tritt sie auf als »Solidarität der Nachbarn, der Bürger eines Viertels, der Bürger einer Gemeinde, der Mitglieder eines Vereins oder Verbandes«.²⁹

8. *Partizipation* (Mitbestimmung): Um ihre Reichweite geht bekanntlich seit gut 10 Jahren ein heftiger Streit. Mittlerweile bürgerte sich eine Unterscheidung beider ein, so daß Partizipation im weiteren Sinn verstanden wird als Mitwirkung jeder Form, auch beratender, informierender und Mitbestimmung als »jene institutionalisierte Teilhabe, die Mitwirkungs- und Kontrollrechte jedes einzelnen Menschen an ihn betreffenden Entscheidun-

²⁴ ebda., S. 163.

²⁵ ebda., S. 164.

²⁶ W. Fuchs u. a. (Hrsg.), Lexikon zur Soziologie, Bd. 1, Reinbek 1975, S. 312.

²⁷ Giesecke (s. A 22), S. 165.

²⁸ ebda., S. 166.

²⁹ Bormann (s. A 21) S. 392.

gen garantiert«.³⁰ Beide Begriffe gehörten untrennbar zum Demokratiebegriff. Die didaktische Kategorie der Mitbestimmung soll nach Giesecke »einerseits die konkret vorliegenden Möglichkeiten der Mitbestimmung ermitteln, die auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen liegen: angefangen von der politischen Wahl über die Benutzung eines gesellschaftlichen Interessenverbandes bis hin zu »Bürger-Aktionen« an der Basis. Andererseits vermag diese Kategorie auch zu zeigen, an welchen Punkten Möglichkeiten der Mitbestimmung gar nicht oder nicht hinreichend vorhanden sind.«³¹ Die kommunale Demokratie kennt sehr verschiedene Formen (vgl. unten 2.5.5).

9. *Funktionszusammenhang*. »Diese Kategorie sucht der Tatsache Rechnung zu tragen, daß unter modernen politisch-soziologischen Bedingungen alle politischen Einzelaktionen und Situationen auf zahlreiche andere einwirken, daß es also in der arbeitsteiligen Gesellschaft keine isolierten politisch-gesellschaftlichen Erscheinungen mehr gibt. In dieser Kategorie kommt sachlich wie ethisch das Ganze des politischen Zusammenlebens in den Blick.«³² Jedes größere kommunale Projekt wie Schulbau, Umgehungsstraßenbau, Freizeiteinrichtung wirft eine Fülle von Fragen auf, welche die kommunale Entwicklung und die Lebensmöglichkeiten der Bewohner mehr oder weniger stark unmittelbar betreffen.

10. *Ideologie*. Dieser schillernde Begriff wird vordergründig als nicht nachprüfbares, aber sozial normiertes Wissen in Form von Werten, Ideen und Normen verwendet, meist jedoch – mit dem Interessenbegriff eng verbunden – als Versuch »einer Gesamtdeutung des menschlichen Daseins, der aus sachfremden Interessen entspringt und gesellschaftliche Bedeutung aufweist, verstanden. Als didaktische Kategorie unterwirft sie »Begründungen für das politische Handeln bzw. für eine gesellschaftliche Situation einer rationalen Kontrolle.«³³ Insbesondere zeigt sich ideologische Argumentation dort, wo Teilinteressen mit dem »Gesamtwohl« begründet werden.

11. *Geschichtlichkeit* als didaktische Kategorie »fragt nach dem Geschichtlichen, insofern es einen Konflikt (und einen Konsens, der Verf.!) mitbestimmt oder geradezu mitbegründet.«³⁴ Viele kommunale Sachverhalte lassen sich ohne geschichtlichen Rückgriff nicht verstehen, wie z. B. Gemeindeideologie, Funktion der Selbstverwaltung, Gemeindeverfassung, Finanzkraft einer Gemeinde. Somit werden Kontinuität und Wandel sichtbar.

³⁰ G. Schwan, Partizipation, in: F. Böckle u. a. (Hrsg.), Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft, Bd. 11, Freiburg 1981, S. 66.

³¹ Giesecke (s. A 22), S. 168.

³² ebda., S. 168 f.

³³ ebda., S. 169.

³⁴ ebda., S. 170.

12. *Menschenwürde*. Sie »ergibt sich aus den Maximen der Grundrechte und prüft politische Aktionen und Situationen darauf hin, in welcher Weise sie auf die davon betroffenen Menschen einwirken. In ihr kann man die einzelnen Grundrechte wohl zusammenfassen, so daß wir sie hier nicht als einzelne Kategorien aufführen müssen.«³⁵

Für den Unterricht hilfreich sind diese didaktischen Kategorien insbesondere, weil sie sich nicht nur in das Thema erschließende Leitfragen umwandeln lassen, wie: »Worin besteht der Konflikt? Worum geht es im einzelnen bei dieser Auseinandersetzung (Konkretheit)?«³⁶, sondern sie lassen sich auch in »Grundeinsichten«, als Ergebnisse des politischen Unterrichts – in altersspezifischer Fassung – formulieren. So lautet ein Vorschlag Gieseckes für die Kategorie Konkretheit: »Politische Entscheidungen sind konkrete und einmalige Entscheidungen. Keine politische Situation ist mit einer anderen voll identisch, mag sie ihr auch noch so ähnlich sehen. Deshalb muß man sich auch im einzelnen informieren, was jeweils zur Debatte steht.«³⁷

2.0 Im politischen Denken der westlichen demokratischen Industrienationen spielte und spielt die Gemeinde eine bedeutende Rolle. Eine Darstellung von Grundzügen der Entwicklung und gegenwärtigen kommunalpolitischen Situation erfordert eine Betrachtung, die »juristische, finanzwissenschaftliche, ökonomische, soziologische und politikwissenschaftliche Betrachtungsweisen miteinander« verbindet.³⁸ Es wäre daher im Hinblick auf die Zielsetzung dieses Aufsatzes nicht sinnvoll, einen der eng umrissenen, zu wissenschaftlichen Zwecken gebildeten Gemeindebegriffe ausschließlich zu verwenden. Zunächst dominierte nur die »staatsrechtlich-kommunalwissenschaftliche Definition, nach der Gemeinden jene Gebilde sind, die in unserem Verfassungsrecht und in unserer Verwaltungsstruktur dafür gehalten werden.«³⁹ Erst später kam auch die »politisch-wissenschaftliche Definition: hiernach wären Gemeinde jene räumlichen und personellen Einheiten, die einen sinnvollen Rahmen politischer Entscheidungs- und Planungsmöglichkeiten auf der untersten Ebene der politischen Willensbildung abgeben« und der soziologische Gemeindebegriff, »für den wesentlich ist, daß die Gemeinde genaue Grenzen im Raume hat, innerhalb derer sich der Nachbarschaftszusammenhang aufbaut, und daß sich die Bürger einer Gemeinde deutlich als von denen anderer Gemeinden verschieden empfinden.«⁴⁰

Für unsere Zwecke bietet sich eine Kombination der beiden erstgenannten Begriffe an in dem Sinne, daß der weitere juristisch-institutionelle durch den engeren politikwissenschaftlichen präzisiert wird. Es fallen dann einmal fort ganz kleine Landgemeinden, die wichtige Gemeindeaufgaben an Gemeindeverbände delegieren mußten wie auch Stadtstaa-

³⁵ ebda., S. 171f.

³⁶ ebda., S. 177.

³⁷ ebda., S. 179.

³⁸ H. u. K. H. *Naßmacher*, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, Opladen 1979, S. 9.

³⁹ ebda.

⁴⁰ ebda.

ten, die der mittleren Ebene des politischen Systems zuzuordnen sind. Da »Großstadtpolitik« sich zu einem eigenständigen Teilbereich der Politikwissenschaft ausgebildet hat, soll sie hier nur am Rande mitberücksichtigt werden.⁴¹ Die Wahl des Themas »Kommunalpolitik im Unterricht« statt »Gemeinde im Unterricht« soll daher begrenzend politische Institutionen und Prozesse in den Vordergrund der Betrachtung rücken.

2.1 Als Aufgabe des politischen Systems kann die allgemeinverbindliche Sicherung, Regelung und Förderung des gesamtgesellschaftlichen Systems, des Gemeinwesens, bezeichnet werden. Auf örtlicher Ebene erscheint dem Bürger das politische System als politische Gemeinde, deren Regelungssystem insbesondere mit dem Stichwort »Selbstverwaltung« gekennzeichnet wird. Im deutschen politischen Denken hat die Gemeinde einen hohen Stellenwert. Hier hatte die liberale Idee sich in Gestalt eines gemeindlichen Freiraumes, eben als kommunale Selbstverwaltung – anknüpfend an die »genossenschaftliche« Idee der lokalen Gemeinschaft der Einwohner und an mittelalterliche städtisch-bürgerliche Freiheiten – gegenüber dem modernen Staat konkretisieren können und war insbesondere vom preußischen Staat zum Zwecke der Sanierung der Staatsfinanzen und einer Verstärkung der Bindungen an den Staat in Dienst genommen worden. Dies hatte zu einer vordemokratischen, teilweise antidemokratischen Honoratiorenherrschaft auf städtischer Gemeindeebene geführt. Der Weimarer Republik gelang zwar ein Abbau von Privilegien durch bürgerliche Gleichstellung in Rechten und Pflichten aller und eine Umorganisation der Kommune zur öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaft, doch keine Auswechslung bzw. Ergänzung des gemeindlichen Personals in Verwaltung und bürgerhaftlichem Vertretungsorgan (= Rat) mit Breitenwirkung.

Die Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland brachte das Ende der bisherigen Formen lokaler Selbstverwaltung; die Gemeinden, Gemeindeverbände und Kreise wurden »gleichgeschaltet« und nach dem Führerprinzip umorganisiert. Einen gewissen lokalen Handlungsspielraum gewährte der Kompetenzwirrwarr des NS-Staates und die unterschiedliche Durchsetzungsfähigkeit lokaler Machthaber. Offenbar gründeten die Vorstellungen vom demokratischen Potential der gemeindlichen Selbstverwaltung sehr tief; und daß diese wiederhergestellt werden sollte, darüber herrschte Einigkeit bei allen denen, die sich im Widerstand und im Exil Gedanken über die Neuorganisation Deutschlands nach dem Ende des Nationalsozialismus machten: »Die Selbstverwaltung der Gemeinde, die sich besonders im angelsächsischen und schweizerischen Kulturbereich so hervorragend bewährt, entspricht auch der ursprünglichen deutschen Tradition. Diese Gemeindedemokratien sind die beste Schule demokratischer Staatsgesinnung« führte eine überparteiliche Arbeitsgemeinschaft deutsche Emigranten in der Schweiz, in deren Vorstand die prominenten deutschen Politiker W. Hoegner, J. Wirth, O. Braun saßen, im Mai

⁴¹ Vgl. insbes. R. R. *Grauhan* (Hrsg.), Großstadtpolitik, Düsseldorf 1972.

1945 aus.⁴² Vorangegangen war eine Konkretisierung des demokratischen Neuaufbaus mit Beschreibung künftiger kommunaler Aufgaben: »Mit diesem Aufbau kann ohne Säumnis bei der Gemeinde begonnen werden. Man überlasse ihr alle Aufgaben, die sie zu erfüllen vermag. Örtlicher Verkehr und örtliches Polizeiwesen, örtliche Versorgungsbetriebe und Elementarschulen eignen sich für kommunale Selbstverwaltung. Dabei ist Sorge zu tragen, daß sie durch das Aufsichtsrecht der Gliedstaaten nicht erstickt wird.«⁴³ Aber auch andere prominente Widerstandsgruppierungen forderten ähnliches.⁴⁴

Die Selbstverwaltungskonzeption wird auch gestützt durch das Prinzip der Subsidiarität, einer Grundthese der katholischen Soziallehre.⁴⁵

Diese Vorstellungen deckten sich weitgehend mit den Intentionen der angelsächsischen Besatzungsmächte. Ihre politische Tradition sah in den Gemeinden, die sich in ihrer »Gründerzeit« lokaler Autonomie, Selbstregierung, erfreuten, die Basis des demokratischen Staatsaufbaus. Hier konnte auch der Partizipations- und Demokratisierungsprozeß am ungefährlichsten für die eigene Stellung als Besatzungsmacht freigegeben werden. In Übereinstimmung mit den Wünschen deutscher Politiker kam es jedoch nicht zur Einrichtung des angelsächsischen Konzeptes des self-government, sondern im britischen Bereich zur norddeutschen Ratsverfassung mit grundsätzlicher Steuerungsbefugnis der Vertretungskörperschaft (am ausgeprägtesten in NRW). Die weitere Entwicklung in den Westzonen war: Reorganisation der Kommunen und Kreise, Errichtung von Ländern im territorialen Rahmen der Besatzungszonen. Ihre zeitliche Priorität trug auch wesentlich zur späteren starken Stellung im künftigen Staatsaufbau bei.

2.2 Länderverfassungen und Grundgesetz suchten die kommunale Selbstverwaltung mit der politischen Demokratie zu verbinden, indem die allgemein tragenden Verfassungsprinzipien des demokratischen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates auch als normativ für die kommunale Ebene festgeschrieben wurden. Damit erfolgte eine ausdrückliche Einbeziehung der Gemeinden in die demokratische Ordnung, während früher das Selbstverwaltungskonzept von ihrer Zuordnung zum »unpolitischen«, gesellschaftlichen Raum ausging. Das Grundgesetz wies den Gemeinden mit dem Recht »alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln«

⁴² Das demokratische Dtl., in: W. Benz (Hrsg.), *Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen*, München 1979, S. 155.

⁴³ ebda.

⁴⁴ So die Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, S. 121 und der Kreisauer Kreis in den »Grundsätze(n) für die Neuordnung«, vom 9. 8. 1943, S. 96f.

⁴⁵ So führt Joseph Höffner in dem Lehrbuch »Christliche Gesellschaftslehre«, Kevelaer o. J., 3. Aufl. (Berckers theolog. Grundrisse, Bd. 1) als Ordnungsprinzipien der Gesellschaft auf: Solidaritätsprinzip, Gemeinwohlprinzip und Subsidiaritätsprinzip, bes. S. 48 ff. – Zur Interpretation als »Grundsatz des hilfreichen Beistands« vgl. die luciden Ausführungen von O. v. Nell-Breuning, *Das Subsidiaritätsprinzip*, in: *Soziale Sicherheit?* Freiburg 1979, S. 176 ff.

(Art. 28, 2 GG), eine gesicherte verfassungsmäßige Stellung zu und garantierte die Selbstverwaltung in den Ländern. In juristischer Betrachtung werden folgende Hoheitsrechte, die allerdings nicht ausschließlich den Gemeinden zustehen, genannt: die Verwaltungshoheit, das »Recht der Gemeinden, die anstehenden Verwaltungsaufgaben innerhalb der Gemeindegrenzen selbständig wahrzunehmen«,⁴⁶ die Finanzhoheit, das Recht, »selbständig über Einnahmen und Ausgaben zu entscheiden«, die Personalhoheit, das Recht, »die kommunalen Bediensteten einzustellen, zu entlassen, zu befördern«, die Organisationshoheit, das »Recht der Gemeinde, die Aufgaben nach eigenem Gutdünken zu verteilen«, insbesondere die Verwaltung nach eigenen Vorstellungen zu organisieren und schließlich die Planungshoheit, als »die Möglichkeit der Gemeinden, in eigener Verantwortung Fachplanungen (wie Flächennutzungsplan, Bebauungspläne) aufzustellen«.⁴⁷

Nach herrschender Lehre wurde die kommunale Selbstverwaltung der verfassungsmäßigen Ordnung in den Ländern zugeordnet. Damit blieb dem Landesgesetzgeber im Rahmen des Art. 28 GG das Recht, weitere Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu regeln. Es erfolgte durch Landesverfassung und Kommunalordnungen. In jenen finden sich neben den im GG schon niedergelegten Grundsätzen »Bestimmungen über die Übertragung von Staatsaufgaben an die Selbstverwaltungsorgane, über die Bereitstellung ausreichender gemeindlicher Finanzen und über die gemeindliche Aufgabenerfüllung.«⁴⁸ In besonderen Gesetzen, den Gemeindeordnungen, werden sodann nach Schmidt-Eichenstaedt und Haus⁴⁹ folgende Sachbereiche geregelt: Rechtsstellung der Gemeinden, Aufgaben der Gemeinden, Gebietsstand der Gemeinden, die Einwohner und deren Rechte und Pflichten, die Organe der Gemeinden, insbesondere die Gemeindevertretung und die Verwaltungsangehörigen; Vermögen und Wirtschaftsführung der Gemeinden, die Aufsicht des Staates über die Gemeinden. Sie legen also die wesentlichen Zuständigkeiten und Verfahrensweisen auf kommunaler Ebene fest, die größten Unterschiede betreffen die innere Gemeindeverfassung. Insgesamt sind alle Gemeindeverfassungen entsprechend den Politikebenen Bund und Länder strikt repräsentativ orientiert – wohl auf Grund nicht nur negativer Erfahrungen mit direkter Gemeindedemokratie, wie z. B. in der Schweiz, sondern der Diskreditierung der Formen unmittelbarer Demokratie durch die Geschehnisse am Ausgang der Weimarer Demokratie (Volksbegehren) und der Sorge, Wiederaufbau und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen könnten erschwert werden.

Damit sind zwei Komponenten zum Zusammenwirken verbunden: der Rat, eine Versammlung von durch Wahl legitimierter Repräsentanten der Bürgerschaft und die durch Fachkompetenz legitimierten hauptamtlichen Mitglieder der Verwaltung. Die Forschung unterscheidet innerhalb dieses repräsentativen Strukturmodells vier Typen, die

⁴⁶ G. Treffer, *Kommunalpolitik*, Bamberg 1980, S. 21.

⁴⁷ ebda., S. 21 ff.

⁴⁸ O. W. Gabriel (Hrsg.), *Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft*, Königstein/Ts. 1979, S. 34.

⁴⁹ ebda.

Magistratsverfassung (z. B. Hessen), die Bürgermeisterverfassung (z. B. Rheinland-Pfalz), die norddeutsche Ratsverfassung (z. B. Nordrhein-Westfalen) und die süddeutsche Ratsverfassung (z. B. Baden-Württemberg); manche rechnen noch die seit 1974 nicht mehr realisierte Bürgerausschußverfassung als eigenen Verfassungstyp⁵⁰ hinzu.

Zwei Einteilungskriterien sind von besonderer Bedeutung, einmal, wie die Aufgaben verteilt werden, ob sie grundsätzlich bei einer Institution, dem Rat liegen oder auf zwei Gemeindeorgane verteilt sind: monistische oder dualistische Struktur, zum anderen die Organisation der Leitung von Rat und Verwaltung. Sie kann Personalunion oder eine Aufteilung auf zwei Personen vorsehen: Einköpfigkeit oder Zweiköpfigkeit. Die norddeutsche Ratsverfassung Nordrhein-Westfalens sieht den Bürgermeister nur als Vorsitzenden des Rates vor, während ein Gemeindedirektor/Stadtdirektor mit Beigeordneten, beide vom Rat gewählt, die Verwaltung führen sollen. Die wesentlichen Kompetenzen sind eindeutig dem Rat zugewiesen. Es handelt sich demnach um einen zweiköpfigen monistischen Gemeindeverfassungstyp. Anders die süddeutsche Ratsverfassung Baden-Württembergs. Der in direkter Wahl gewählte Bürgermeister nimmt zugleich die Funktion des stimmberechtigten Vorsitzenden des Rates und (alleinigen) Leiters der Verwaltung wahr, die Kompetenzen sind auf Rat und Verwaltung verteilt: einköpfig-dualistischer Verfassungstyp. Der monistische Typ enthält ein Votum für den Vorrang des Rates, der dualistische läßt die Frage nach Dominanz des Rates oder der Verwaltung offen. Doch sollten die Unterschiede in den Gemeindeverfassungen nicht überbetont werden, weil der Aufgabenkatalog der Gemeinden in allen Gemeindeordnungen weitgehend übereinstimmend formuliert wurde, das Dienstleistungsangebot der Gemeinden überwiegend an bundesrechtliche Vorgaben gebunden ist und die reale Machtverteilung stark von extrakonstitutionellen Einflüssen (vgl. unten 2.5.2/3) bestimmt wird.

2.3 Wer nach dem tatsächlich wahrgenommenen Aufgabenkreis der Kommunen fragt, erhält eine Fülle von Antworten. Sie sind hier teilweise anzuführen, weil alle Schulbücher Aufgabenkataloge enthalten und somit hier die Anbindung an den fachwissenschaftlichen Diskussionsstand leicht überprüft werden kann. Manche, besonders ältere Darstellungen legen noch die juristische Abgrenzung zugrunde zwischen »eigenem Wirkungskreis«, der freiwillige und Pflichtaufgaben enthält und bei dem der Staat nur Aufsichtsrechte besitzt sowie dem »übertragenen Wirkungskreis«, wo Aufgaben gemeint sind, »welche die Gemeinden regelmäßig für den Staat oder andere Körperschaften des öffentlichen Rechts erledigen und alle Hilfeleistung in Einzelfällen, zu denen die Gemeinden verpflichtet sind«. ⁵¹ Weithin übernommen wurde auch die Gliederung in die der Herrschaftssicherung

⁵⁰ G. Lang, Typen kommunaler Verfassung, in: H. G. Wehling (Hrsg.), Kommunalpolitik, Hamburg 1975, S. 165.

⁵¹ Th. Ellwein, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1977, S. 49; fast identisch mit der 2. Auflage von 1965, S. 39.

dienende Ordnungsverwaltung und der Leistungsverwaltung mit – bei etwas größeren Gemeinden – den Schwerpunkten der technischen Versorgung der Bevölkerung (z. B. Wasser, Abwasser, Strom, Verkehrseinrichtungen, Beleuchtung), der kulturellen Tätigkeit (z. B. Schulen, Büchereien), der sozialen Aufgaben im weiteren Sinne (Kindergarten, Krankenhaus) und die »gemeindliche Bautätigkeit« (mit Straßenbau und Wohnungsbauförderung).⁵² Neuere Arbeiten führten hier weiter. Einmal die differenzierte Bestimmung der Aufgabenfelder: Arbeitsplatzbeschaffung, Gesundheit und Soziales, Verkehr, Umweltschutz, Öffentliche Sicherheit, Schulen und Fortbildung, Wohnen und Wohnumwelt und Freizeit durch K. Arzberger u. a.,⁵³ die sich unschwer mit den u. a. Grundfunktionen der Stadt in Verbindung bringen lassen, zum anderen die brauchbare Zweiteilung von H. und K. H. Naßmacher in »bürgernahe Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen« sowie »kleinräumige Steuerung der Umweltgestaltung«.⁵⁴

2.4 Auch ein Blick auf die reale Entwicklung seit Gründung der Bundesrepublik ist nötig. »Im Anfang war die Not« (Th. Eschenburg) – die Notwendigkeit, unmittelbare Kriegsfolgen zu beheben und wiederaufzubauen. Weit verbreitet war in dieser Phase die Vorstellung, Politik im kommunalen Bereich sei als nur sachorientierte Politik, am besten unter Ausschluß parteipolitischer Zielsetzungen und weltanschaulicher Orientierungen zu betreiben. Zu wenig wurde bedacht, daß allein schon die Auswahl kommunalpolitischer Aktionsfelder und die notwendige Gewichtung der Aktivitäten gesellschaftspolitische Konzeptionen voraussetzte – schließlich steht eine allgemein anerkannte menschliche Bedürfnishierarchie nicht fest. War hier schon die Politisierung der Bürger unterblieben, so verstärkten die Entideologisierungprozesse der großen Parteien CDU/CSU und SPD und ein zunehmender Glaube an zweckrationale Machbarkeit der Städte durch planerische Vernunft diesen Zustand. Dies änderte sich aber gegen Ende der sechziger Jahre. Rezession und Jugendunruhen, dann sozialliberale Koalition, dauerndes Anwachsen des kommunalen Leistungsangebotes besonders im Bereich der Daseinsvor- und -fürsorge, das von vielen Kommunen allein nicht mehr bewältigt werden konnte, wie zuletzt auch Verwaltungs- und Gebietsreform führten einen deutlichen Politisierungsschub, verbunden mit Forderungen nach vermehrter Partizipation auf kommunaler Ebene, herbei. Steigendes Umweltbewußtsein und Energiekrise (1973) förderten diesen Prozeß, der sich z. B. in städtebaulichen Neukonzeptionen wie der Charta von Machu Picchu (1977) mit Orientierung an dem historischen Stadtbild und seiner Bausubstanz unter Integration der Nutzungen (Funktionen) und Berücksichtigung der Knappheit der Ressourcen niederschlug – und schließlich auch die Bürgerinitiativbewegung hervorrief.

In den sechziger und bis zur Mitte der siebziger Jahre änderte sich die reale Situation der

⁵² ebda., S. 50.

⁵³ K. Arzberger u. a., Die Bürger. Bedürfnisse, Einstellungen, Verhalten, Meisenheim 1979, S. 53.

⁵⁴ Naßmacher (s. A 38), S. 40ff., 50ff.

Gemeinden grundlegend. Sowohl die Infrastruktur- als auch Kultur- und Freizeitpolitik wie die Baulandpolitik wurden expansiv betrieben. »Auf der Grundlage einer extensiven Flächennutzungsplanung wurden Innenstädte umgestaltet, Wohngebiete und Industriegebiete an die Peripherie verlagert, die Gemeindefläche stark erweitert.«⁵⁵ Die Gemeindezusammenlegungen führten zu umfangreichen Erweiterungen der Verkehrsflächen (Straßen und Parkflächen), zu Baumaßnahmen für die Grundversorgung und städtische Verwaltungsbereiche – nicht selten in Form von Prestigeobjekten – und umfangreichem Bau von Schulen, Sportstätten, Schwimmbädern und Bürger-/Gemeinschaftshäusern. Nur die Wohnungsbaupolitik mit starker Förderung des Eigenheimbaus zielte darauf ab, »die Bedarfsdeckung zusehends stärker den Marktbedingungen zu unterwerfen bei starker öffentlicher Subventionierung« (Wohngeld) (ebd.). Voraussetzung all dieser Aktivitäten waren die steigenden Einnahmen der Gemeinden durch allgemeines Wirtschaftswachstum und auch die »kleine Finanzreform« von 1969. Aber zugleich erlangten Bund und Länder immer größeren Einfluß auf die Kommunalpolitik; die Finanzierung der o. a. gemeindlichen Investitionsvorhaben konnte zunehmend nur noch mit Bundes- und Landesmitteln erfolgen. Die übergeordneten Politikebenen verlagerten Aufgaben der Daseinsvorsorge auf die Gemeinden, ohne die entsprechenden Mittel zuzuweisen. Auch wurde das überlokale Planungsinstrumentarium (Landes- und Regionalplanung, Fachplanungen) zunehmend ausgebaut, regionale Strukturpolitik und Raumordnungspolitik wie schließlich allgemeine Konjunkturpolitik – bis hin zum »Schuldendeckelerlaß«, der den Gemeinden eine obere Verschuldungsgrenze zuwies – engten den Bereich der kommunalen Selbstverwaltung immer weiter ein.

Der damit verbundene Funktionswandel der kommunalen Selbstverwaltung blieb auch den bundesdeutschen Parteien nicht verborgen, die ein gesteigertes Interesse an der kommunalen Ebene entwickelten. Der Trend zum Zweieinhalbparteiensystem setzte sich auf Kosten der Freien Wählervereinigungen fort. Die CDU konnte ihre Mitgliederzahl und das Netz der Ortsgruppen stark ausbauen und in vielen Orten die SPD aus der Führungsposition verdrängen. Im Jahr 1975 verabschiedeten alle drei Bundestagsparteien kommunalpolitische Grundsatzprogramme und zwar nicht mehr als Programme für Teilbereiche der Politik, wie Bildung, Sicherheit, sondern in diesen Programmen wurde die politische Verflechtung von Gemeinden, Ländern und Bund vorausgesetzt und ausgehend von einer Darstellung der politischen Grundwerte Kommunalpolitik ausdrücklich als Teil der Gesellschaftspolitik verstanden.⁵⁶ Die Parteien vollzogen so eine Entwicklung nach, die sich in der großstädtischen Kommunalpolitik herausgebildet hatte. Einen ersten Anstoß hatten die Jungsozialisten 1971 gegeben mit ihrem Bundeskongreß, der unter dem Motto stand: »Kommunalpolitik für wen?«.

⁵⁵ Forschungsgruppe Kommunalwahlen an der Universität Gießen, in: Frankfurter Rundschau v. 21. 4. 1981, S. 14.

⁵⁶ L. R. Reuter, Kommunalpolitik im Parteienvergleich, in: Beilage zum Parlament: Aus Politik und Zeitgeschichte (= Apuz) 34/1976.

Die zweite Hälfte der siebziger Jahre brachte für die Politik in den Gemeinden vermehrte und verschärfte Probleme. Nicht zuletzt durch die Einbindung in das Geflecht der allgemeinen Entwicklungen in dem politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Subsystem entstanden ernste Herausforderungen für die Problemlösungskapazität des kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungssystems.⁵⁷

- a) Die Prozesse der räumlichen Entmischung der Funktionen und der Ausgliederung bestimmter Bevölkerungsteile intensivierten sich: in Mittel- und Großstädten wurde der Stadtkern zur City umgestaltet, zu einer Domäne der Geschäfts-, Handels- und Verwaltungswelt; die Altstadtbereiche erfuhren tiefgreifende Umgestaltung durch Sanierung und Modernisierung mit der häufigen Folge einer Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungskreise und dem Zuzug höherer Einkommensgruppen. Der Kernstadtrand mit überwiegend verdichtetem Mietwohnungsbau nahm niedere bis mittlere Einkommensgruppen auf, der äußerste Stadtrand zog höhere Einkommensgruppen mit Eigenheim- und Eigentumswohnungsbau an.
- b) Die Verschärfung der wirtschaftlichen Situation traf besonders hart die niedrigen Einkommensschichten, die z. T. schon durch Altstadtsanierung und Modernisierung von Altbauten be- und verdrängt wurden. Es betraf insbesondere die Angehörigen der neuen »A-Klassen«, wie Arbeitslose, Auszubildende (mit Studenten), Alte, Asylanten und Ausländer.
- c) Die zurückgehenden Steuereinnahmen begrenzten den Handlungsspielraum der Kommunen weiter (s. u.), notgedrungen fand eine Verlagerung der Ausgaben von der Investitions- zu den Personalkosten statt, zudem stieg der Bedarf an Sozialleistungen an. Wie vor der kleinen Finanzreform sehen sich die Gemeinden vor die Notwendigkeit gestellt, wirtschaftliche Wachstumspolitik zu betreiben und teilweise möglicherweise rentable Aufgabenbereiche zu reprivatisieren. Eine solche Wachstumspolitik kollidiert jedoch unmittelbar mit der Notwendigkeit,
- d) eine aktive umweltorientierte Kommunalpolitik im weitesten Sinn zu betreiben. Der Bereich der Umweltpolitik liegt nicht nur quer zu den anderen Politikfeldern, er fordert nach Meinung seiner Verfechter auch eine alternative Sicht-, Argumentations- und Aktionsweise, die insbesondere den bisherigen, am Funktionieren der Industriegesellschaft orientierten Werten wie Leistung, Produktivität, Effizienz, Disziplin, Qualifikation, Hierarchie, Karriere, Macht und Status ein alternatives Lebensprogramm entgegenstellt, das sich an den Konzepten einer postindustriellen oder freizeitorientierten Gesellschaft orientiert.

Die neuen Wertpositionen laufen quer zu den bisherigen parteipolitischen Positionen in der Bundesrepublik Deutschland und auch quer zum Kriterium der Wirtschaftsordnung – das »Industriesystem« wird in seiner westlichen wie östlichen Variante abgelehnt – und schwächen damit die bisherigen dominanten politischen Orientierungen und insbesondere

⁵⁷ Die folg. Ausführungen teilweise nach der in A 55 genannten Arbeit.

die Parteien auf der lokalen Ebene. Die letzten Wahlen in Hessen und Berlin zeigen die Möglichkeit einer Veränderung der Parteienlandschaft in unserem Land auf. Die neuen Werte bringen aber auch die Gefahr einer Radikalisierung der Auseinandersetzung, weil sie neue Maßstäbe nicht nur für die Legitimität politischer Entscheidungen beinhalten, sondern teilweise auch mit weitgehenden Vorstellungen von unmittelbarer politischer Beteiligung der Bürger in den sie unmittelbar betreffenden Problemfeldern verbunden sind, welche zumindest in Distanz zum partei-vermittelten kommunalen Repräsentativsystem stehen.

Diese Herausforderungen führen in ihrer Verbindung die Problemsituation herbei, in der sich die kommunale Politik gegenwärtig befindet. Sie konkretisiert sich z. Z. insbesondere im Bereich der Wohnungspolitik und in zunehmender Gewaltanwendung vornehmlich jugendlicher Bürger. Dort stehen sich nun häufig in den Vertretern der »A-Klasse« das Grundbedürfnis nach ausreichend geräumigen und modernem Wohnraum und die auf Gebäude- und Wohnwerterhaltung und Gewinn gerichteten Interessen der Haus- und Wohnungseigentümer gegenüber, während die Gemeinden keinen finanziellen Spielraum haben, um selbst sozialorientierte umfangreiche Sanierungsprojekte durchzuführen und/oder den Wohnungsbau tatkräftig zu fördern. Hier führt das recht zurückhaltende und unsichere Verhalten gegen Gewaltanwendung und Rechtsbrüche vielleicht nicht zu ihrer Ermutigung, sicher jedoch bei nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung zu einem Rückgang des Vertrauens in die Fähigkeit des vom gegenwärtigen Parteiensystem getragenen Lokalpolitiker, zu geringerer Unterstützung dieser Parteien und vielleicht anwachsender Unterstützung von Bürgerinitiativen, die, weil bevorzugt auf kommunalem Feld aktiv, so häufig gegen Ergebnisse des kommunalpolitischen Entscheidungsprozesses Stellung nehmen, daß der Politikwissenschaftler U. Thaysen sie als »Zuspätwarnsystem«, als »Korrektursystem von sowohl temporal als auch funktional den staatlichen, kommunalen und gesellschaftlichen Erstorganisationen nachgeordneten Zweitorganisationen« bezeichnen konnte.⁵⁸

Jedenfalls muß heute die kommunalpolitische Situation als krisenhaft bezeichnet werden – und dieser Tatbestand sollte auch in der unterrichtlichen Gestaltung des Themas deutlich erkennbar sein.

2.5 Seit den siebziger Jahren verstärkte sich auch das Interesse der Soziologie und Politikwissenschaft in der Bundesrepublik an kommunalen Strukturen und Prozessen. Bis dahin war die Kommunalwissenschaft weitgehend an staatsrechtlichen Fragestellungen verbunden mit einem weithin normativ orientierten Demokratieverständnis interessiert, nun erfolgte der Anstoß zu intensiver Beschäftigung insbesondere von der amerikanischen

⁵⁸ Bürgerinitiativen, Parlamente und Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Zwischenbilanz, in: B. Guggenberger/U. Kempf (Hrsg.), Bürgerinitiativen und repräsentatives System, Opladen 1978, S. 138.

community-power-Forschung, die im Rahmen allgemeiner demokratietheoretischer Fragestellungen die Machtstruktur in Gemeinden der USA untersuchte und dabei zu zwei Forschungsrichtungen, den »Elitisten« und den »Pluralisten« gelangte, die jeweils oligarchische bzw. pluralistische kommunale Machtstrukturen nachweisen zu können glaubten. Auch in der Bundesrepublik wurden die Machtstrukturen in verschiedenen Gemeinden (allerdings nicht Großstädten) intensiv untersucht. Bretten, Wertheim und Jülich sind die bekanntesten Beispiele. Zwei sich sehr gut ergänzende Einführungen in die wissenschaftliche Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland erschließen das Thema wie eine Fülle von Literatur^{59, 60} qualifizierte Einführungen mit Schwerpunkt bei einzelnen Bundesländern liegen ebenfalls vor, für Baden-Württemberg⁶¹ und für Bayern⁶². Die Forschung erbrachte für verschiedene Teilbereiche, die für eine unterrichtliche Darstellung relevant sind, neue Erkenntnisse. Sie werden daher hier kurz referiert.

2.5.1 Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung und Gemeindeideologie

Inhalt und Form kommunaler Selbstverwaltung unterlagen beträchtlichem geschichtlichen Wandel. Dies wurde oben schon angeführt. Daher war es auch der Kommunalwissenschaft schwer, zu einem stringenten Konzept zur Erfassung der Wirklichkeit der kommunalen Selbstverwaltung zu gelangen. Offenbar stellt sie eine »Kombination von administrativer Dezentralisation und von unten her gestufter Demokratie dar«.⁶³

Dabei können in der Wirklichkeit wie der Einschätzung durch die Bürger die beiden Elemente verschieden gewichtet werden. Die staatlichen Auftragsangelegenheiten und Weisungsaufgaben, die vom Gesetz verpflichtend auferlegten Aufgaben, beanspruchen nachweisbar den überwiegenden Teil der Verwaltungstätigkeit und des Haushalts. Daher muß das traditionelle Konzept einer im staatsfreien Raum angesiedelten kommunalen Selbstverwaltung aufgegeben werden zugunsten einer demokratischen Konzeption, welche sie als ein Strukturelement des demokratischen Staates begreift. Es gliedert sich dann in drei Teilelemente: Teil der Staatsverwaltung, »Element politisch-staatlicher Machtverteilung und Dezentralisation« wie »Zentrum politischer Initiative und aktiver bürgerschaftlicher Teilnahme«. Im Gemeinderecht setzte sich zwar immer mehr die »Sichtweise der Gemeinde als Bestandteil der Länderexekutive durch« im Sinne einer »finanziell abhängigen, weisungsgebundenen örtlichen »Zweigstelle der allgemeinen Staatsverwaltung«, doch ebenso weist die kommunale Selbstverwaltung in Verfassungsposition und Praxis Eigen-

⁵⁹ Vgl. Naßmacher (s. A 38).

⁶⁰ Vgl. O. W. Gabriel (s. A 48).

⁶¹ Kommunalpolitik in Baden-Württemberg. Gesetze – Daten – Analysen, Hrsg. v. der Landeszentrale für polit. Bildung Baden-Württembergs, Stuttgart 1979.

⁶² Bei G. Treffer (s. A 46).

⁶³ Pütter in: Gefährdung und Chancen der kommunalen Selbstverwaltung, hrsg. v. Dt. Landkreistag, Stuttgart/Köln 1974, S. 19.

schaften einer »Dritten Säule des Staatsaufbaus« auf. Wenn auch die bundesrepublikanische Verfassungsordnung in hohem Maß durch das repräsentative Prinzip geprägt wurde, sollten m. E. auf der kommunalen Ebene aller Bundesländer auch Formen unmittelbarer bürgerschaftlicher Partizipation über Wahlen hinaus möglich sein. Dies schließt die Option für die Kommune als »Dritte Säule« ein. Dann müßten daher die Vollzugsaufgaben zurückgedrängt und die demokratischen Züge, sei es in repräsentativen, sei es in direkteren Formen, gestärkt werden. Dies setzt jedoch wohl nach der schon erfolgten Gebiets- und Gemeindereform eine Reform staatlicher Aufgabenverteilung zugunsten der lokalen Ebene voraus.

Lange Zeit war und wurde die Gemeinde mit einer Aura umgeben, ein Problem, das auch unter dem Stichwort »Gemeindeideologie« behandelt wird.⁶⁴ Im Jahr 1958 konnte der Soziologe René König noch schreiben: »Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß die Gemeinde neben der Familie eine der wichtigsten Grundformen der Gesellschaft darstellt.«⁶⁵ In basisdemokratischen Konzepten, die auf J. J. Rousseau zurückreichen, »ist die politische Gemeinde überhaupt der Ort legitimen politischen Handelns, weil hier Bürgerwille und Bürgerhandeln am ehesten übereinzustimmen vermögen. Wo das nicht der Fall ist, wird eine Verfälschung der Demokratieidee unterstellt.«⁶⁶

Am deutlichsten zeigte sich die Gemeindeideologie in einer Aussage des früheren baden-württembergischen Innenministers Fritz Ulrich: »Die beste Schule für eine demokratische Beteiligung sind die Gemeinden. Vor allem über die Betätigung auf dem Gebiet der Kommunalpolitik wird beim Bürger das Interesse an der Bundes- und Landespolitik geweckt und sein aktives Mitwirken vorbereitet. So gesehen ist die Gemeindepolitik die Grundschule für die staatspolitische und staatsbildende Entwicklung.«⁶⁷

Auch der Altvater der katholischen Soziallehre, Johannes Messner, stellt die Bedeutung der Gemeinde heraus: »Unter den kleineren gesellschaftlichen Einheiten, die Träger eigener Funktionen innerhalb der staatlichen Gemeinschaft und daher auch eigener Gemeinschaftrechte sind, ist neben der Familie die Ortsgemeinde die kleinste. Ihre Funktion im Alltagsleben ihrer Glieder (kursiv vom Vf.) übertrifft jedoch an Bedeutung die aller größeren Gemeinschaften, wenn man von der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung durch den Staat absieht.«⁶⁸ Aber schon Messner wandte sich gegen die Gemeindeideologie: »Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist oft als Schule der Demokratie, der aktiven Teilnahme der Bürger an der demokratischen Führung der Geschäfte ihrer staatlichen Gemeinschaft und damit auch als Bollwerk einer lebendigen Demokratie bezeichnet worden... trotzdem findet diese Anschauung keine eigentliche Bestätigung durch die

⁶⁴ Vgl. H. G. Wehling (s. A 50), S. 277.

⁶⁵ Grundformen der Gesellschaft. Die Gemeinde, Hamburg 1958.

⁶⁶ F. J. Becker, Einführung in die Politikwissenschaft, Düsseldorf 1978, S. 10.

⁶⁷ Zit. nach H. G. Wehling (s. A 50), S. 277.

⁶⁸ Das Naturrecht. Innsbruck 1966, S. 590.

Erfahrung. Die Bürger geben sich leicht zufrieden, wenn die kommunale Steuer- und Ausgabenbelastung nicht zu hoch ist. Ein weiteres Interesse an der Gemeindeverwaltung ist eine Ausnahme.«⁶⁹

Übersehen wurde bei der Ideologisierung der Gemeindepolitik, daß zwar durch Gemeindepolitik die »Regelung des engsten Lebenskreises des Bürgers« erfolgt und »ein Lernfeld für Politik allgemein ist, in dem Sinne, als hier Entscheidungen getroffen werden müssen, die noch für die Betroffenen überschaubar und nachvollziehbar sind«,⁷⁰ daß aber die Besonderheiten der Kommunalpolitik wie unmittelbares Betroffensein durch Politik, Überschaubarkeit v. a. durch Projektorientierung, Personalisierung der Politik (weil die Bürger die kommunalen politischen Führungsgruppen besser kennen als die des Landes und Bundes und ihnen auch skeptischer gegenüberstehen), ein geringeres Ausmaß an parteipolitischer Ausrichtung und schließlich größere Bürgernähe, die um Erfolge aufzuweisen auch Kompromisse sucht,⁷¹ nicht einfach auf die höheren Politikebenen übertragbar sind.

2.5.2 Die kommunale Machtstruktur I: Gesamtergebnis

Die an den Gemeindeordnungen orientierte Vorstellung von kommunaler Machtverteilung kann ungefähr so beschrieben werden: der von der Bürgerschaft gewählte Rat bestimmt die Richtlinien kommunaler Politik, die Verwaltung führt unter Kontrolle des Rates aus. Sie entspricht aber weder den Prinzipien des heutigen Parlamentarismus, der auf Gewaltenfusion durch enge Verbindung von Parlamentsmehrheit und Regierung, der Spitze der Verwaltung, und Durchdringung der Staatsorgane durch die Parteien aufgebaut ist, noch dem allgemein beobachtbaren Prozeß der Stärkung des Einflusses der Verwaltung.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf kommunale Sachentscheidungsprozesse, also nicht personelle Entscheidungen.⁷²

Solch ein Entscheidungsprozeß stellt sich analytisch dar als eine Folge unterscheidbarer Phasen, nämlich die Thematisierung von Entscheidungsproblemen (a), die Vorbereitung von Entscheidungen (b), der »offene« Entscheidungsprozeß (c), die Durchführung von Entscheidungen (d) und als Zusammenspiel unterschiedlicher Rollen bzw. Rollenträger; der unzureichende Forschungsstand erlaubt jedoch nur äußerst vorsichtige Aussagen, die eine streng rollenorientierte Untersuchung nicht ermöglichen, aber Aussagen mit starker

⁶⁹ ebda., S. 592.

⁷⁰ s. G. Treffer (s. A 46), S. 12.

⁷¹ ebda., S. 13 ff.

⁷² Die folg. Ausführungen, teilw. wörtl. Zitat, nach O. W. Gabriel, Mängelanalyse des politischen Willensbildungsprozesses in der Gemeinde, in: Institut für Kommunalwissenschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Politische Beteiligung im repräsentativen System, Teil 1, Bonn 1979, S. 73 ff., bes. S. 213–219.

institutioneller Perspektive (z. B. hinsichtlich Rat, Verwaltung, Interessengruppen, Parteien) erlauben.

In einer ersten, pauschalen Zusammenfassung kann gesagt werden, daß der kommunalpolitische Entscheidungsprozeß in teilweise deutlicher Abweichung von den Normen des Gemeinderechts verläuft, also die Untersuchung der formellen *und* der informellen Strukturen und Abläufe erfordert. Gewichts- und Einflußverteilung unter den Beteiligten verändert sich sowohl hinsichtlich der rechtlichen Regelungen wie des tatsächlichen Ergebnisses in den verschiedenen Prozeßphasen. Es ergibt sich »eine Gewichtsverlagerung von der Vertretungskörperschaft als kollektivem Entscheidungsgremium auf andere Gruppierungen. Die Führungsfunktion ist, entsprechend der strategischen Schlüsselfunktion der Entscheidungsvorbereitung für den gesamten Prozeßverlauf, auf die in diesem Stadium dominierende lokale Führungsgruppe übergegangen. Diese rekrutiert sich aus dem politischen und administrativen Spitzenpersonal und den Spitzen der organisierten Interessengruppen.«⁷³

In Prozeßphase (a) stellt nicht der Rat das Initiativzentrum des lokalpolitischen Willensbildungsprozesses, sie geht, sofern seine Mitglieder nicht von außen an sie herangetragene Initiativen einbringen, vornehmlich auf Verwaltung und Bürgermeister über. Der Einfluß der Öffentlichkeit ist sehr gering, er vollzieht sich über Fraktionen/Abgeordnete und die Verwaltung. Dabei werden die Präferenzen organisierter Gruppen stark berücksichtigt; der Parteieinfluß steigt an.

In der Vorbereitungsphase (b) darf der Rat nicht nur als Kollektivorgan betrachtet werden, wichtig sind auch die Fraktionen (vielmehr Fraktionsführung) und Ausschüsse. Sachverständige und interessierte Bürger werden in diese Phase einbezogen. Eine Besonderheit stellen hier die »Vorentscheider« dar. Es handelt sich hierbei um ein Gremium, das der Entscheidungsvorbereitung auf informellem Wege dient, indem insbesondere bei politischen Kontroversen, bedeutsamen Sachverhalten eine frühzeitige Klärung der Standpunkte erfolgt, um »die Entscheidungsalternativen unter dem Gesichtspunkt des politischen Gewollten und möglich Erscheinenden«⁷⁴ festzulegen. Personell handelt es sich »auf seiten des Rates (um) die »Berufs-«-Politiker und die Spezialisten für bestimmte Sachgebiete – Oberbürgermeister, Ausschußvorsitzende, Fraktionsvorsitzende, Gewerkschafts- und Verbandsfunktionäre, Architekten u. a. Zu den Vorentscheidern aus dem Verwaltungsbereich gehören der Verwaltungschef, die Dezernenten (Referenten), die mit politischer Entscheidungsvorbereitung befaßten Amtsleiter.«⁷⁵ Es findet also primär über das Führungspersonal eine »ausgeprägte Kooperation zwischen Rat und Verwaltung« statt.⁷⁶

⁷³ ebda., S. 213.

⁷⁴ So G. Banner in O. W. Gabriel (s. A 48), S. 130.

⁷⁵ H. Holler/K. H. Naßmacher, Rat und Verwaltung im Prozeß kommunalpolitischer Willensbildung, in: Apuz (s. A 56) 4/1976.

⁷⁶ Vgl. O. W. Gabriel (s. A 72), S. 215.

Die Phase des formalen Beschlußaktes (c) sieht der Rat als seine eigentliche Aktionsphase an. Er sieht »seine Aufgabe darin, über Vorlagen der Verwaltung und der vorbereitenden Ratsausschüsse Entscheidungen zu treffen«. Inwieweit er dies tatsächlich kann, hängt vom Ergebnis der Phase (b) ab. Die dortige intensive Vorberatung vermindert jedoch öffentliche Kontrolle, die nötig ist, wo es »um solche Fragen geht, die einen freien Gestaltungsspielraum eröffnen und Gelegenheit zur politischen Auseinandersetzung bieten.«⁷⁷

Der Vollzug der Entscheidungen (d) ist der Verwaltung als Aufgabe zugeordnet, der Rat erfüllt hier »überwiegend kontrollierende und legitimierende Funktionen«. Insgesamt besteht ein Vorsprung der »hauptamtlichen Bürokratien vor ehrenamtlichen Politikern.«⁷⁸ Da die Ergebnisse des Entscheidungsprozesses erst in dieser Phase manifest werden, wird die öffentliche Kontrolle und Reaktion hier stärker als in den vorherigen Phasen.

2.5.3 Die kommunale Machtstruktur II: die Verteilung von Macht und Einfluß zwischen den wichtigsten Institutionen und Interessengruppen.

Mit Ausnahme der hier nicht berücksichtigten kleinen Landgemeinden z. T. ohne hauptamtlichen Bürgermeister⁷⁹ erweist sich der Einfluß der Verwaltung in allen 4 Phasen als hoch, er übersteigt den aller anderen Akteure. Die Stärke der Verwaltung beruht einerseits auf dem Monopol der Planung, das insbesondere in der Initiativ- und Vorbereitungsphase bestimmend wird, auf der einem bürokratischen Apparat hauptamtlicher Mitarbeiter gegebenen Möglichkeit, die unübersehbare Fülle von Informationen zu verarbeiten – und damit auch sehr gezielt Informationspolitik zu betreiben; andererseits auf der zeitlichen Überforderung der Gemeinderäte, die weitgehend auf die Informationen der Verwaltung angewiesen sind, auf ihr großteils unpolitisches Verständnis der Kommunalpolitik als Sachpolitik und ihre Versuche, die dem Rat nach den Gemeindeordnungen zukommende »legislatorische Programmsteuerung« (Grauhan) durch Einzelentscheidungen statt Richtlinien – und Zielsetzung – insbesondere in der Planungs- und Vorbereitungsphase zu steuern. Dem hauptamtlichen Chef der Verwaltung kommt eine Schlüsselstellung zu, er ist »das Zentrum der gemeindlichen Einflußstrukturen«⁸⁰. Er ist der einzige, mit Ausnahme der dualen Gemeindeverfassung, der bei Entscheidungsvorbereitung, Entscheidungsfindung und -ausführung immer dabei ist. Häufig untersteht ihm die Planungsabteilung direkt. Gelingt es einem Bürgermeister, als funktionstüchtige Koordinationsstelle zwischen den überlokalen Bürokratien und der örtlichen Wirtschaft zu fungieren, hat er eine kaum angreifbare Machtstellung erlangt, die es ihm erlaubt, auch eigene Konzeptionen durchzu-

⁷⁷ ebda., S. 216.

⁷⁸ ebda., S. 217.

⁷⁹ Dazu H. Schneider, Lokalpolitik in einer Landsgemeinde, in: Apuz (s. A 56) 3/1977, S. 21 ff.

⁸⁰ O. W. Gabriel (s. A 72), S. 218.

setzen. Die süddeutsche Ratsverfassung verstärkt durch direkte Wahl diese Stellung. Dem Harmoniestreben weiter Bevölkerungsteile, insbesondere auf kommunalem Gebiet, kommen viele Bürgermeister dadurch entgegen, daß sie die Rolle eines überparteilichen, allen Bestrebungen undogmatisch aufgeschlossenen, in der Verwaltung erfahrenen Spezialisten übernehmen.

Die Rolle des Rates wird besser mit dem Begriff »Mitwirkung« als durch »Zielsetzung, Steuerung oder Kontrolle« umschrieben. Er wirkt vornehmlich über seine »organisatorischen Subsysteme, die Ausschüsse, die Fraktionen und das Führungspersonal«. Sie tragen die politische Arbeit im engeren Sinne, während das Plenum die Aufgabe der »Außendarstellung« wahrnimmt. Ohne organisatorische Differenzierung ist der Einfluß des Rates äußerst gering.⁸¹

Die bisher dargestellten Sachverhalte führten zu einer starken Zurückdrängung der Öffentlichkeit aus dem Sachentscheidungsprozeß. »Diese ist nur noch in dem Maße in der Lage, Einfluß auszuüben, wie sie sich in kontinuierlicher (Parteien, Vereine, Verbände) oder punktueller (Blen) Form organisiert.«

Keine Darstellung kommunaler Machtstruktur klammert den Einflußkanal »Wirtschaft« aus. Die Notwendigkeit »angemessener« Berücksichtigung ökonomischer Gegebenheiten dürfte kaum bestritten werden – jedoch ihre unreflektierte Dominanz ohne demokratische Legitimation. Verschiedene Untersuchungen⁸² gehen von einer sehr erfolgreichen Vertretung der Interessen durch Unternehmer aus. Sie werden jedoch von Unternehmern nicht direkt im Rat vertreten, sondern wirken als Rahmenbedingungen lokaler Politik durch »die Priorität der Wirtschaftsförderung in der Kommunalpolitik quasi automatisch«. ⁸³ Ein krasses Beispiel lieferte P. Aich,⁸⁴ der anhand einer Analyse vertraulicher Kommunalakten über einen städteplanerischen Entscheidungsprozeß eine Interessenallianz Verwaltung – Konzern nachwies. Dabei setzten sich die Interessen des Konzerns vollständig durch und die lokale Öffentlichkeit wie auch der Rat wurden durch gezielte Informationspolitik von Konzern und Verwaltung offensichtlich fehlgeleitet.⁸⁵

Die politischen Parteien erzielen zwar, wie gesagt, einen Machtzuwachs, der sich jedoch mehr im personellen als im sachlichen Bereich auswirkt. Die Fraktionen nehmen in der lokalen Parteiorganisation eine sehr starke Stellung ein.

Institutionalisierte Formen der Bürgerbeteiligung spielen nach Gabriel »in der kommu-

⁸¹ ebda.

⁸² Insbes. R. Zoll, Wertheim III, München 1974.

⁸³ ebda., S. 217.

⁸⁴ Wie demokratisch ist Kommunalpolitik? Reinbek 1977.

⁸⁵ Aich reflektiert jedoch zu wenig über die Folgen, welche die große Mehrheit der Einwohner bei einer Nichtberücksichtigung der Ausbauwünsche für die Konzernhauptverwaltung hatte tragen müssen, er erhob keine Meinungsbildung der Gesamtbevölkerung, sondern blickte unter Annahme eines dezidiert partizipatorischen Demokratie Modells nur auf den sicherlich defizienten Modus des Entscheidungsprozesses und nur auf die Interessen der unmittelbar betroffenen anliegenden Bevölkerungsteile.

nen Praxis keine Rolle.«⁸⁶ Diese Bewertung trifft zumindest für Baden-Württemberg durch mehrfachen Erfolg von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid nicht mehr zu.

2.5.4 Kommunale Finanzen

Unbestritten bildet die finanzielle Situation einer Gemeinde eine der grundlegenden Rahmenbedingungen kommunalen Handelns. Für Zoll stellt sie darüber hinaus »einen zentralen Indikator für das Maß relativer kommunaler Autonomie« dar.⁸⁷ Im Finanzbereich der Kommunen fanden weitreichende Veränderungen sowohl hinsichtlich der Höhe der Einnahmen und Ausgaben als auch ihrer Struktur statt: die vier Einnahmeblöcke Steuern, kommunale Leistungsentgelte (z. B. für Müllabfuhr, Kanalgebühren), staatliche Finanzzuweisungen (von Bund/Land) und Darlehen zeigten im Zeitraum von 1955 bis 1978⁸⁸ erhebliche Veränderungen: es sank der Anteil der Steuern am Gesamteinkommen der Kommunen von 38% auf 30%, die Finanzzuweisungen erhöhten sich von 22% auf 28% und erreichten dadurch beinahe den Steueranteil. Zuweisungen kommen in hohem Maß zweckgebundenen Investitionen zu. So konnte J. Hesse 1977 die Befürchtung äußern, der Bund »kaufe über Zweckzuweisungen die kommunale Steuerungsautonomie«.⁸⁹

Auch die »kleine« Finanzreform von 1969 führte nur eine vorläufige Besserung, keinen grundlegenden Wandel herbei. Die Gemeinden erhielten zwar einen Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer ihrer Gemeindemitglieder, der ihre bisherige Abhängigkeit vom Gewerbesteueraufkommen milderte, doch sind die Kommunen hinsichtlich der Festlegung des Hebesatzes (z. Z. 14%) vollständig vom Wohlwollen von Bund und Ländern abhängig, die nicht bereit sind, diesen Anteil zu erhöhen.

Auch die Ausgabenseite zeigt einen deutlichen Trend zu verstärkter gemeindlicher Abhängigkeit auf. Bezogen auf das Jahr 1961 stiegen nach dem Gemeindefinanzbericht⁹⁰ bis 1978 (einschließlich) die Gesamtausgaben um 582%, die Sozialleistungen um 807%, der Schuldendienst um 756% und nur die Sachinvestitionen um 370%. Wird die Tatsache berücksichtigt, daß die ersten drei Ausgabensparten weitgehend festgelegt sind und nur die Sachinvestitionen größeren kommunalen Spielraum lassen, so zeigt sich in ihrem unterproportionalen Wachstum auch hier eine deutliche Verlagerung von den selbstverwaltet wahrgenommenen Aufgaben fort zu Auftrags- und Pflichtangelegenheiten: ein deutlicher Autonomieverlust der Kommunen.

Die Verschuldung der Gemeinden erreichte 1979 mit insgesamt 91,1 Mrd. DM eine beträchtliche Höhe, doch fand eine Verbesserung der kommunalen Darlehenssituation verglichen mit Bund und Ländern statt. Die kommunalen Schulden unterschritten mit

⁸⁶ O. W. Gabriel (s. A 72), S. 219.

⁸⁷ R. Zoll (s. A 82), S. 28.

⁸⁸ O. W. Gabriel (s. A 48), S. 54.

⁸⁹ ebda., S. 58.

⁹⁰ ebda., S. 43.

22,2% (1979) das Niveau von 1960 = 23,1%. Der Anteil des Bundes an der Gesamtverschuldung erhöhte sich 1979 auf 49,5% und der Länderanteil betrug 28,3%.⁹¹

Hieraus läßt sich zwar ein Argument für die These herleiten, daß die Kreditaufnahme von Gemeinden kein geeignetes Instrument der Konjunkturpolitik darstellt und daher ihre Steuerung durch Bund und Länder erfolgen sollte, doch darf dies nicht verdecken, daß insgesamt die kommunale Verschuldung ein Ausmaß erreicht hat, das die zukünftige Handlungsfähigkeit der Gemeinden gefährdet.

2.5.5 Bürgerschaftliche Partizipation im kommunalen Bereich

Hier handelt es sich um ein äußerst komplexes und höchst kontroverses Thema, konkretisieren sich doch in seiner Behandlung und Bewertung ebenso demokratietheoretische Grundpositionen wie Erwartungen und Wünsche hinsichtlich der Zukunft unserer Gesellschaft. Anfangs wird der Partizipationsbegriff präzisiert, einige Partizipationsmodelle an Planungsprozessen auf kommunaler Ebene vorgestellt und dann auf die Bürgerinitiativen zuerst allgemein, sodann in ihren Hauptfunktionen im lokalen Entscheidungsprozeß eingegangen. Dabei zeigt sich, daß die neuen Partizipationsmöglichkeiten noch wenig angewandt werden und letztlich das lokale politische System keine ernsthafte Gefährdung durch die Bürgerinitiativen erfährt.

Alle Betrachter der politischen Beteiligung in der Bundesrepublik konstatierten in den späten 60er Jahren eine deutliche Zunahme. Anzeichen hierfür waren:

- bei den Formen bisher gebräuchlicher (= konventioneller) Partizipation:
 - sehr hohe Wahlbeteiligung und
 - starke Erhöhung der Mitgliederzahlen der Parteien um insgesamt mehr als ein Drittel; bei der CDU/CSU fand sogar eine Verdoppelung statt.

An neuen (= unkonventionellen) Formen war bemerkenswert

- eine Zunahme politischer Demonstrationen,
 - Ausbreitung von BIen und die
 - Mobilisierung großer Teile der Studentenschaft durch sozialistische Studentengruppen.
- Nicht näher kann hier die Ursachenfrage diskutiert werden,⁹² ebensowenig, ob nur ein

⁹¹ G. Schwarting, Die Verschuldung der Städte und Gemeinden, in: Apuz 5/1981, S. 27.

⁹² Vgl. hierfür bes. G. C. Behrmann, Politische Partizipation, in: Gabriel (s. A 72), S. 290ff. und A. Pelinka, Bürgerinitiativen – gefährlich oder notwendig? Freiburg/Würzburg 1978, S. 34ff. Pelinka führt 7 Erklärungen an, die, teilweise ineinander übergreifend, den Bedeutungszuwachs dieser Form direkter Demokratie begründen wollen. Einmal wird der Grund mehr in den Entwicklungslinien von Staat und Gesellschaft gesehen, ein andermal mehr »in Änderungen des Bewußtseins der Bürger« (S. 34). Es sind: a) BI als Frühwarnsystem, b) BI als Folge von »sinkenden Partizipationstemperaturen«, c) BI als Antwort auf die Entfremdung zwischen Bürgern und Parteien, d) BI als Ausdruck des Bedeutungszuwachses lokaler »Graswurzeldemokratie«, e) BI als Folgeerscheinung der Studentenbewegung, f) BI als Widerstand gegen die drohende ökologische Katastrophe, g) BI als Rebellion gegen den »Technofaschismus«.

bundesrepublikanischer Nachholbedarf befriedigt wurde oder ein weiter anwachsender Partizipationsbedarf auf eine weitreichende Demokratisierung unserer Gesellschaft drängt, wie die Anhänger »emanzipatorischer« Demokratiekonzepte erhoffen – erforderlich erscheint mir jedoch die Präzisierung des Partizipationsbegriffs über die erste Differenzierung (oben S. 248) hinaus.

Während der weite Begriff, der jede »mentale oder sensorische Beschäftigung von Individuen mit politischen Gegenständen«⁹³ umfaßt, nur sinnvoll ist, wenn gefragt wird, »ob und wie Bürger sich überhaupt mit Politik beschäftigen (ebd.), ist eine Trennung zwischen »den Aktivitäten, in denen Politik nur wahrgenommen und ohne Absicht der Einflußnahme auf das politische Geschehen beurteilt wird und Handlungen, die auf die Beeinflussung von Politik zielen« nötig. Bei der Einflußnahme wiederum sollte zumindest »zwischen drei Möglichkeiten differenziert« werden, »der Beeinflussung von Politik durch aggregierte Wahlentscheidungen (Wahlen, Organisationsmitgliedschaften, Entscheidungen bei Befragungen u. ä.), der Einflußnahme von Gruppen mit gemeinsamen Interessen und interner Willensbildung (Parteiversammlungen, Bürgerinitiativen u. ä.) und individueller Einflußnahme (Gespräch mit Politikern, Verwaltungsbeamten, Briefen u. a.)«. Interessant ist die Tatsache, daß sich in der Literatur immer mehr ein (sehr eingegrenzter) Begriff durchsetzt, »in dem zur Partizipation nur Handlungen gezählt werden, mit denen Bürger, die nicht zugleich als Träger politischer Ämter Entscheidungsbefugnisse besitzen, versuchen, die Rekrutierung der Amtsinhaber (a) und/oder ihre Entscheidungen (b) zu beeinflussen und/oder Institutionen (c) zu verändern«.⁹³

Wenn man diesen engen Partizipationsbegriff zugrunde legt und das Kriterium der Regelmäßigkeit zufügt, sind es in der Bundesrepublik Deutschland »ca. 5% der Bevölkerung, die über die Mitgliedschaft in einer politischen Organisation als regelmäßig Partizipierende in Frage kommen«.⁹⁴

Für unsere Zwecke eignet sich besonders der dargelegte enge Partizipationsbegriff, weil gerade in dem durch ihn bezeichneten Handlungsbereich wichtige Veränderungen stattfinden. Darüber hinaus soll hier eine weitere Einschränkung auf das Feld (b) – der Sachentscheidungen – stattfinden und wegen der wachsenden Bedeutung der Planung, die von der Bedarfsplanung über die Ressourcenplanung bis zur anspruchsvollen Entwicklungsplanung reicht und auch wegen des später darzustellenden Konfliktes auf die Partizipation an kommunalen Planungsprozessen eingegangen werden. Um weitere Einschränkungen zu vermeiden, wähle ich einen weiten Planungsbegriff, der den gesamten Planungsprozeß (wie auch alle Planungsebenen) umfaßt, nämlich die Phasen:

- (a) Problemanstoß, Zielformulierung und Zielanalyse,
- (b) Ermittlung der Alternativen,

⁹³ Nach Behrmann (s. A 92), S. 299.

⁹⁴ R. Münch, Politischer Partizipationsbedarf und politische Partizipationskrisen, in: Gabriel (s. A 72) S. 8.

- (c) politische Entscheidung für einen bestimmten Plan: Planfestlegung,
 (d) Durchführung und evtl. Fortschreibung: Planvollzug bzw. Planfortschreibung und die Planungsebenen, nämlich
- (a) die Ebene der Grundentscheidungen (normative Ebene), bei der oberste Werte und Ziele festgelegt werden, z. B. eine Stadt zur Kurstadt auszubauen, eine fußgängerfreundliche Innenstadt einzurichten;
 (b) die Ebene der strategischen Planung, bei der aus der Fülle möglicher Alternativen zur Verwirklichung der Grundentscheidungen diejenige gewählt wird, die Interessen- und Finanzsituation optimiert, z. B. der Bau eines Kurhauses oder Hallenbades, und schließlich
 (c) die Ebene der operationalen Phase, die der konkreten »Ausgestaltung« des auf Ebene (b) ausgewählten Planungsvorhabens dient.⁹⁵

Demokratisches Credo fordert die Chance für die Bürger einer Gemeinde, sich an den Entscheidungen aller Phasen und Planungsebenen beteiligen zu können. Die für das kommunale Leben wichtigsten Entscheidungen der Ebene (a) werden normalerweise, wenn sie von bisherigen Entwicklungstrends der Gemeinde fortführen sollen, erst nach umfangreichen Erörterungen in der Öffentlichkeit und nach der Herstellung eines breiten Konsensus – Tradition der »Sachpolitik« – gefällt. Ansatzpunkte für neuentwickelte Beteiligungsformen ergeben sich v. a. bei projektgebundenen Planungsentscheidungen der Ebenen (b) und (c). Hier verbinden sich die Kriterien der Konkretheit und Überschaubarkeit, die die Ebene b/c kennzeichnen, mit dem Kriterium der Bedeutsamkeit einer Entscheidung, das den Ebenen a/b zukommt, zu einem nach bisheriger Erfahrung kommunale Partizipation möglicherweise stimulierenden Komplex.

Im letzten Jahrzehnt wurde eine ganze Anzahl von Partizipationsmodellen entwickelt und erprobt, von denen einige hier angesprochen werden sollen. Sie lassen sich in institutionalisierte Formen, die auf Kooperation mit Rat und Verwaltung orientiert sind und das Ziel haben, »möglichst viele Informationen über die Wünsche der betroffenen Bürger möglichst frühzeitig zu ermitteln«⁹⁶ und auf die nicht institutionalisierten »von seiten der Planer aus unerwünschten verschiedenen Typen der Bürgerinitiativen« unterscheiden.⁹⁷

6 ausgewählte Modelle bürgerschaftlicher Partizipation auf lokaler Ebene, meist in Zusammenhang mit Sanierungsvorhaben, die umfassende Planung erfordern, zeigen das Bemühen, die Planungen »betroffenengerechter« zu machen und/oder mögliche Konflikte im voraus zu entschärfen, sie wurden bisher jedoch – mit Ausnahme der rechtlich verpflichtenden Partizipation nach dem Städtebauförderungsgesetz – selten verwirklicht.⁹⁸

⁹⁵ Nach F. Hollim, Partizipation und Demokratie, Baden-Baden 1978, S. 109.

⁹⁶ ebda., S. 120.

⁹⁷ ebda., S. 121.

⁹⁸ ebda., S. 136f. und Gabriel (s. A 72) S. 81ff.

Ausgewählte Modelle der Bürgerbeteiligung am Planungsprozeß auf lokaler Ebene

Modell/ Realisierung	Zielsetzung	Methode	Vorzüge und Probleme
(a) Anwalts- planung P. Davidoff bes. USA ab 1970	Vertretung aller betroffenen gesellschaftl. Gruppierungen bei Planungsprozessen, bei denen immer Alternativen gegeben sind	Experten übernehmen die Rolle des Anwaltes konkurrierender Konzepte durch Mitberatung und Mitentscheidung (a). Insbes. (b) sollen die nicht partizipationsfähigen oder -willigen finanziell unterprivilegierten Gruppen vertreten werden	<ul style="list-style-type: none"> • kann bes. bei Sozialplanung Ziel (b) erreichen • einheitliches Gruppeninteresse Unterprivilegierter bleibt fraglich • Abhängigkeit des Anwalts von der planenden Verwaltung
(b) Planungs- zelle P. Dienel Bundes- republik Deutschland	will die dem einzelnen überlegene Kreativität der Gruppe nutzen und die Herrschaft der Experten abbauen	eine repräsentative Auswahl aus der Gesamtheit der Betroffenen eines Planungsprojektes, max. 15–30 Personen, erhalten projektspezif. umfassende Informationen von der planenden Verwaltung, befassen sich eingehend mit dem Projekt und geben die Vorstellung – beratend – in die Verwaltung ein	<ul style="list-style-type: none"> • Realisierung möglich • Sicherung der Repräsentativität schwierig • Politisierung der Mehrzahl der Betroffenen noch nicht erreicht • Spannung zwischen beratender Planungszellenmitgliedschaft und Ratsmitgliedern als Entscheidenden bleibt
(c) Sanierungs- beirat Göttingen U. Herlyn Göttingen 1971	<ul style="list-style-type: none"> • Vertretung fester, im Planungsprozeß ungenügend berücksichtigter Interessen der Betroffenen • Herstellung von Planungstransparenz • Aufklärung der Betroffenen über ihre soziale Lage • Aufweis von Wegen zur Durchsetzung ihrer Interessen 	alle im Sanierungsgebiet Wohnenden wählen einen max. 15–20 Personen umfassenden Sanierungsbeirat, wobei ⅓ seiner Mitglieder Mieter und Untermieter sein sollen. Er bearbeitet die Problematik ausgiebig und berät die pl. Verwaltung. Zur Verbindung mit der Basis dienen regelmäßige Sprechstunden und Vollversammlungen der Betroffenen mindestens 2 × pro Jahr	<ul style="list-style-type: none"> • einkommensschwache Bevölkerungsteile bleiben schwer mobilisierbar • Beschaffung wichtiger Informationen bleibt auf das Wohlwollen der planenden Verwaltung angewiesen
(d) Skeffington- Report 1969 einige An- wendungen in Großbri- tannien 1972	Bürger sollen durch umfass. Informations- und Diskussionsprozeß verstärkt an der Stadtplanung insbes. auf der Stufe der Ziel-	Bürgerversammlungen bilden Bürgerforen als Ansprechpartner der Verwaltung in Stadtplanungsfragen auf den Ebenen der Zielfindung und Alternativensuche und -auswahl sowohl der Entwick-	<ul style="list-style-type: none"> • erfolgreiche Anwendung scheint möglich • entscheidend für den Erfolg bleibt die positive Einstellung der Planungsträger Rat und Verwaltung

Modell/ Realisierung	Zielsetzung	Methode	Vorzüge und Probleme
	findung und Alternativenauswahl beteiligt werden	lungs- und Flächennutzungs- wie auch der Bebauungspläne. Unter intensiver Beteiligung der Massenmedien und hohem Grad an Öffentlichkeit (der Planungsziele, der alternat. Lösungen) sollen in mehrstufigem Grad die Lösungen diskutant gesucht werden	<ul style="list-style-type: none"> ● Abwendung der Spekulation ● Modus der Bildung der Gemeindeforen ungeklärt ● erfolgreiche Anwendung scheint möglich
(e) Partizipation nach Städtebauförderungsgesetz 1971 Bundesrepublik Deutschland	Mitwirkung der Betroffenen, insbes. der Eigentümer, Mieter und Pächter bei der Vorbereitung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen durch Recht auf Stellungnahme auch in frühen Planungsstadien	Schon vor dem offiziellen Ratsbeschuß eine Sanierung vorzunehmen, sollen umfangreiche Untersuchungen der Wohn- und Lebenswelt der Betroffenen stattfinden. Sie gehen in einen Sozialplan ein, der nach Festlegung des Sanierungsgebietes und weiteren ausführlichen Erörterungen insbes. der Berufs-, Erwerbs- und Familienverhältnisse, des Lebensalters, der Wohnbedürfnisse, der sozialen Verflechtungen wie örtliche Bindungen und Abhängigkeit der Betroffenen erstellt wird. Das Sanierungskonzept wird allen Betroffenen zur Stellungnahme vorgelegt	<ul style="list-style-type: none"> ● frühe Einschaltung der Bürger und Berücksichtigung möglichst aller Betroffenen ● ausführl. Voruntersuchung ● keinerlei Verbindlichkeit der bürgerschaftlichen Anregungen ● die Chance, wirklich beteiligt zu sein, hängt völlig von dem Führungspersonal der Gemeinde ab
(f) Bürgerforen z. B. München 1969	Herstellung der Öffentlichkeit bei Planungsprozessen, Schaffung eines hist. Bewußtseins für Stadtentwicklung bei der Bevölkerung, Planverbesserung	In der Rechtsform eines Vereines sind div. Organisationen (wie Institute Münchner Hochschulen, Architektur- und Ingenieurverbände, DGB, auch Stadt München) zusammengeschlossen. Ein 58köpfiger Programmausschuß – alles Akademiker – beschließt über die zu beratenden Projekte und die Einsetzung von Arbeitsgruppen, welche Stellungnahmen erarbeiten	<ul style="list-style-type: none"> ● eindeutige Dominanz von Oberschichtangehörigen und Planern ● Gefahr der Abkoppelung der Interessen der betroffenen Bevölkerung

Die nicht-verfaßten »Bürgerinitiativen« machten der sozialwissenschaftlichen Forschung besondere Schwierigkeiten, wandelten sie doch ihr Erscheinungsbild in dem letzten Jahrzehnt nicht unerheblich. Dies zeigen drei Definitionsversuche von Forschern, die alle den Bürgerinitiativen wohlgesinnt gegenüberstehen: Thomas Ellwein (1), C. P. Mayer-Tasch (2) und U. Bermbach (3):⁹⁹

(1) (1975)	(2) (1976)	(3) (1978)
<ul style="list-style-type: none"> – »Bürgerinitiativen sind locker zusammengefaßte, nur im Ausnahmefall fester organisierte Gruppen, die – gestützt auf alle Mitglieder und deren Aktivität, – meist im örtlichen Bereich – eine Einflußnahme auf konkrete politische Planungsprozesse oder Entscheidungen anstreben.« – Verwandt sind locker oder festgefügte Gruppen, welche sich auf dem Wege der <i>Selbsthilfe</i> um die Lösung einer konkreten Aufgabe bemühen. 	<p>Man wird die</p> <ul style="list-style-type: none"> – »Bürgerinitiativen als spontan ins Leben gerufene, von einer mehr oder weniger losen Organisation getragene Gruppierung von (Staats-)Bürgern ansprechen können, – die aus einem konkreten Anlaß oder im Zeichen einer allgemeinen Zielsetzung – zu Selbsthilfeaktionen schreiten und (oder) – auf kommunaler, regionaler und überregionaler Ebene – Einfluß auf politische Willensbildungsprozesse zu gewinnen suchen.« 	<ul style="list-style-type: none"> – Unter dem Namen Bürgerinitiative treten unterschiedliche, ihrer Qualität wie ihrem politischen Selbstverständnis nach heterogene (unterschiedliche) Bürgeraktivitäten auf... – neben der Breite der selbstgestellten Aufgaben zeigt sich, daß die BIs ursprünglich »gegen« etwas auftraten, daß sie gegen Vorhaben, Planung, getroffene Entscheidung sich organisierten, daß sie etwas verhindern wollten. – Dies hat sich in den letzten Jahren teilweise geändert: in dem Maße, wie BIs mehr und mehr als selbstverständlich, als Teile des polit. Systems verstanden wurden, haben sie selbst auch Initiativfunktionen übernommen... – in bestimmten Bereichen, etwa der Umwelt- und Energiepolitik, sind sie zum eigentlichen Innovationspotential geworden, das den polit. Parteien, auch den Gewerkschaften und Verbänden oftmals überlegen ist.

Deutlich wird hier eine Ausweitung nicht nur des Aktionsfeldes über den vornehmlich örtlichen Bereich hinaus, sondern auch der Zielsetzung. In allerjüngster Zeit wird bei einem Teil der Bürgerinitiativen das Ziel sichtbar, ein alternatives Lebensprogramm aufzubauen, das sich nicht mehr am Wertesystem einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft (mit der Dominanz von Werten wie Leistung, Qualifikation, Produktivität, Disziplin, Effizienz, technische Perfektion, hierarchische Gliederung, Macht, Status, Karriere) orientiert, sondern an neuartigen Konzepten alternativer Gesellschaftsordnungen, die als »öko-

⁹⁹ 1) Politische Beteiligung in der BRD, Göttingen 1975, S. 178; 2) Die Bürgerinitiativbewegung, Reinbek 1976, S. 14; 3) Bürgerinitiativen gegen den Parteienstaat? in: *Guggenberger/Kempf* (s. A 58) S. 95.

logische Alternative« mit Dominanz der Werte Lebensqualität, Mitbestimmung, Solidarität, Mitmenschlichkeit, Persönlichkeitserweiterung, Selbstbestimmung beschrieben werden.¹⁰⁰ Bei aller Unterschiedlichkeit der alternativen Konzepte zeigen sich doch bestimmte Gemeinsamkeiten: ihre Anhänger lehnen prinzipiell eine Überordnung des Vorranges der Ökonomie vor ökologischen Gesichtspunkten ab; sie kritisieren scharf Produktions-, Verkehrs-, Eigentums- und Lebensformen, auch das Gesundheits- und Bildungswesen, und fordern radikal neue »humane« Lebensformen entsprechend den Konzepten von E. F. Schumacher, E. Fromm, H. E. Richter, I. Illich. Sie stehen auch bisherigen Formen politischer Beteiligung kritisch gegenüber und bevorzugen unmittelbare Mitwirkung mit starker Bindung der Repräsentanten an die »Basis«.

Insgesamt »füllen die Bürgerinitiativen eine systematische Lücke im Partizipationssystem« aus. G. C. Behrmann zeigt dies anhand einer Betrachtung über »mögliche Auffassungen vom »Partizipationsbedarf« auf. Er unterscheidet entsprechend den Grundpositionen zur politischen Partizipation eine Auffassung, welche sie als zwingend erforderlich (= »partizipatorische« Demokratiekonzeption) und eine, welche Partizipation als »eine unter anderen Möglichkeiten« begreift (»pluralistische« Demokratiekonzeption) und stellt ihnen 6 Formen der Motivation und des Handelns der Bürger gegenüber:

		Politische Partizipation	
		zwingend erforderlich	eine unter anderen Möglichkeiten
Motivation und Handeln der Bürger	zweckspezifisch	A	G
	unspezifisch	B	H
	gruppen- oder bereichsspezifisch	C	I
	sozial unspezifisch	D	K
	zeitlich begrenzt	E	L
	dauerhaft	F	M

Hierzu führt Behrmann aus: »Nach der »partizipatorischen« Demokratietheorie« müßte die Partizipation der Kombination B/D/F entsprechen, also zwingend erforderlich, sozial unspezifisch und dauerhaft sein. Die *beobachtbare* Partizipation folgt dagegen durchweg

¹⁰⁰ Insbes. H. Bossel, Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft, Frkft. 1978, und neuestens B. Guggenberger, Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie, Stuttgart 1980.

den Kombinationen A/C/F oder G/I/M, so in Interessenverbänden und Interessengruppen, die abgrenzbare Interessen bestimmter Gruppen dauerhaft vertreten. *Bürgerinitiativen* und ähnliche Gruppen sind durch die Kombination A/C/E oder G/I/L gekennzeichnet. Auch sie vertreten – noch stärker eingegrenzte – spezifische Interessen abgrenzbarer Gruppen. Ihre Aktivität ist im Unterschied zu Interessenverbänden aber zeitlich begrenzter und wird auch nicht von einem auf Dauer gestellten organisatorischen Apparat getragen.«¹⁰¹ Hier ist jedoch noch nicht die neueste Entwicklung berücksichtigt, welche auf das Muster B/C/F hintendiert, wobei eher der motivationale als der Handlungsbereich diese »radikal-partizipatorische« Konsequenz aufweist, die beinahe das mögliche Maximum an Partizipationswunsch – es wäre: B/D/F – darstellt.

Die soziale Basis der Bürgerinitiative war bisher der (oft akademisch) gebildete Mittelstand – in den »lebensreformerischen« Gruppierungen scheint sich eine Verbindung mit sozialen Randgruppen, bes. Aussteigern aus unserem Gesellschaftssystem zu verstärken. Daneben bestehen traditionell orientierte Bürgerinitiativen mit reformistischem Akzent in großer Zahl weiter.

Eine sehr breite soziale Basis weisen Bürgerinitiativen auf, »die sich gegen einen spezifischen Mißstand oder eine bestimmte Entscheidung wenden, deren Mitglieder also zumeist auch durch ihre spezifischen Interessen motiviert sind. Die sehr hohe Billigung dieser Partizipation und die hohe Bereitschaft zur Beteiligung an Bürgerinitiativen erlauben kaum mehr, diese Partizipation dem Bereich der nicht-konventionellen Partizipation zuzurechnen. Gebilligt werden diese Initiativen nicht zuletzt deshalb, weil sie zumal im Bereich der Lokalpolitik die Funktion von ad-hoc-Interessenverbänden erfüllen, die weder die Parteien noch andere Vereinigungen erfüllen können.«¹⁰² Die Unterstützung kommt dann aus dem Bereich G/I/L.

Wenn wir uns abschließend dem spezifisch örtlichen Bereich, dem bevorzugten Arbeitsfeld der Bürgerinitiativen zuwenden, so sehen wir sie folgende Aufgaben übernehmen: Formulierung von Problemen, Information, Kontrolle und Korrektur. Dabei prägen sich diese Funktionen in verschiedenen Phasen ihrer Tätigkeit unterschiedlich aus.¹⁰³

Zur ersten Phase, der Phase der Thematisierung von Gegenständen, gehört die Initiativfunktion notwendigerweise hinzu. Erst die explizite Formulierung des Gegenstandes/Problems gibt die Möglichkeit öffentlicher Auseinandersetzung. Werden hier Bürgerinitiativen aktiv, erhöhen sie die Wert- und Interessenberücksichtigung des polit. Systems. In der Wahrnehmung dieser Funktion sehen die verschiedensten Untersuchungen »einen, wenn nicht den Schwerpunkt der Arbeit der Bürgerinitiativen«. In Phase 2, der Entscheidungsvorbereitung, die wohl eine Schlüsselstellung im gesamten Entscheidungsprozeß einnimmt,

¹⁰¹ In: Gabriel (s. A 72), S. 305.

¹⁰² ebda., S. 324.

¹⁰³ Das Folgende nach O. W. Gabriel, Bürgerinitiativen im lokalpolitischen Entscheidungssystem, in: Guggenberger-Kempf (s. A 58), S. 260ff.

steht die Informationsfunktion im Vordergrund. Die Bürgerinitiativen informieren über den Gegenstand/das Problem, stellen Lösungsvorschläge verbunden mit Sachverstand bereit, gewinnen möglicherweise so Einfluß auf die nähere Strukturierung und Vorauswahl der Alternativen. In der 3. Phase, der formellen Entscheidung, besteht nur noch sehr geringe Möglichkeit direkter Einflußnahme, indirekt kann sie erfolgen über die Öffentlichkeit: Dominanz der Kontrollfunktion. In der 4. Phase des Vollzugs der Entscheidung sind die Handlungsmöglichkeiten für die Bürgerinitiativen verstärkt, aber nur im Sinne der Versuche, Blockierungen vorzunehmen. Die Korrektivfunktion wird häufig in der Form der Beschreitung des Rechtsweges oder bestimmter Formen zivilen Widerstandes wahrzunehmen versucht. Diese allerdings verschlechtern die Erfolgchancen der Bürgerinitiativen, weil sie dadurch mögliche Unterstützung anderer gesellschaftlicher Gruppierungen verlieren und auch evtl. ihre eigene soziale Basis schmälern.

Gewisse Chancen, ihre Ziele durchzusetzen, sind nur vorhanden, wenn es den Bürgerinitiativen gelingt, »den für die Lösung des Problems zuständigen Adressaten ausfindig zu machen und – mittels welcher Instrumente auch immer – von der Berechtigung ihrer Anliegen zu überzeugen«¹⁰⁴ und öffentliche Unterstützung zu erreichen. Dies setzt jedoch eine gewisse Integration der Bürgerinitiativen voraus.

Der unzweifelhaft wichtigste Ansprechpartner für die Forderungen der Bürgerinitiativen sind nach Ausweis der Forschung die Verwaltungen; fast alle nehmen daher Beziehungen dorthin auf. Bei diesen hat sich die Strategie »offensichtlich auf Konfliktvermeidung, flexibles Reagieren und punktuelles Nachgeben eingespielt« – sie bemühen sich allerdings nicht von sich aus um Gespräche mit den Bürgerinitiativen. Anders dort, wo »die Verwaltungen über Erfahrungen im Umgang mit Initiativen verfügen, wie am Beispiel der schon länger tätigen, gut organisierten Gruppierungen deutlich wird«.¹⁰⁵

Im Verhältnis zu den örtlichen Parteien versuchen die Bürgerinitiativen zwar, sich von »Parteipolitik« fernzuhalten. Hier kommt es teilweise zu persönlichen Verflechtungen, sind doch manche Bürgerinitiativen mit Parteifreunden besetzt und manchmal von Parteien initiiert. Oft besteht auch Bereitschaft zu punktueller Unterstützung von Seiten der Parteien, doch ist das Verhältnis ambivalent. Denn einerseits stellen die Bürgerinitiativen die Parteien als Vermittlungsinstanzen zwischen Bürger und Amtsträger in Frage, andererseits wollen die Parteien die Bürgerinitiativen für ihre Zwecke einspannen. Insbesondere trifft dies auf Oppositionsparteien zu, die selten auf die erfolgreiche Realisierung von ihnen stammender Konzepte verweisen können. Die Zusammenarbeit nützt aber auch den Bürgerinitiativen, weil die Parteien ihnen neue Bevölkerungskreise erschließen und ihr Anliegen in den formellen Entscheidungsprozeß einbringen können.

Die vorherrschende Strategie der meisten Bürgerinitiativen kombiniert »die Mobilisierung öffentlichen Drucks mit der Demonstration von Verhandlungsbereitschaft«. Dabei

¹⁰⁴ ebda., S. 270.

¹⁰⁵ ebda., S. 271.

spielen »konventionelle Aktionsformen (Eingaben an die Verwaltung, Durchführung von Versammlungen, Einholen wissenschaftlicher Gutachten usw.) ebenso eine Rolle wie die aus der Studentenrevolte stammenden Methoden des sit-in und go-in, der Verabschiedung von Resolutionen, des Verteilens von Flugblättern usw.« Auch der Aktionsverlauf weist Regelmäßigkeiten auf: »Ausgehend von einer im kleinen Kreise wahrgenommenen Problemsituation werden Lösungsvorschläge entwickelt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach erfolgter Verbesserung der Organisationskapazität und der internen Diskussion der Strategie trägt man die Anliegen an die Verwaltung heran und bemüht sich um die Unterstützung durch Parteien, Massenmedien usw. Da erfahrungsgemäß im ersten Anlauf der Erfolg ausbleibt, sucht man um weitere Unterstützung nach und verschärft unter Umständen die Form der Auseinandersetzung. Diese Politik der kleinen Schritte, die eher einem ›trial-and-error-Verfahren‹ als einer komplex angelegten Strategie gleicht, wird bis zur Erreichung des Zieles oder bis zum endgültigen Scheitern fortgeführt«.¹⁰⁶

Zum Abschluß bleibt ein Blick auf die Zukunftsaussichten der Bürgerinitiativen (im Umweltbereich) zu werfen; hier werden genannt: a) Institutionalisierung im politischen Prozeß, z. B. durch Erwerb von Anhör- und Zustimmungsrechten; b) Verengung zur »Sekte« mit Verzicht auf breitere Außenwirkung; c) Unterwanderung und Ausbeutung durch radikale Splittergruppen; d) Zufluchtsstätte für Langfristdenken; e) Entwicklung zur Partei und Abbröckelung und Auflösung durch Integration in die bestehenden Parteien.¹⁰⁷ Gut begründet erscheint mir die zusammenfassende Sicht Behrmanns (Polit. Beteiligung 1, S. 324): »Nach aller Wahrscheinlichkeit muß die Kommunalpolitik zwar auf Dauer mit Bürgerinitiativen und sich einer in der Protesthaltung ausbildenden diffus basis-demokratisch-plebiszitären Grundstimmung, aber nicht mit einem hiervon ausgehenden zunehmenden Druck auf eine entsprechende Veränderung der Kommunalverfassung rechnen«.¹⁰⁸

3.0 Zur Unterrichtsgestaltung

Die bisherigen Ausführungen ließen schon die Auffassung des Verfassers deutlich werden, daß die Analyse eines einzigen Falles/Konfliktes mit Ansiedlung im Erfahrungsbereich der Schüler am besten geeignet sei, zu einem realitätsnahen Verständnis von Kommunalpolitik und Befähigung zu künftiger kommunalpolitischer Beteiligung hinzuzuführen. Hierzu werden *Materialien* für die Hand des Schülers skizziert. Sie beziehen sich auf den langjährigen Planungsprozeß eines Freizeitentrums mit Hallenbad in der Allgäustadt Isny (Kr. Ravensburg), der schließlich im Mai 1979 durch einen Bürgerentscheid gestoppt wurde. Aus-

¹⁰⁶ ebda., S. 273 f.

¹⁰⁷ Umweltgutachten 1978, Bundestagsdrucksache 8/1938, S. 467.

¹⁰⁸ Nach Lit. A 72, S. 324.

drücklich wird auf exakte Lehrzielformulierung verzichtet, weil m. E. der Lehrer über die Orientierung am Lehrplan hinaus nicht weiteren Steuerungsversuchen unterliegen sollte. Einen wohlinformierten LZ-Katalog auf Grobzielbasis liefert H. Schneider.¹⁰⁹ Die zur Analyse erforderlichen Informationen entnehmen die Schüler verschiedenen Materialien (s. u.) und beschreiben damit wesentliche Vorgänge in den Bereichen Öffentlichkeit, lokales politisches System (Gemeinderat, Verwaltung, auch Parteien).

Als unterrichtliches Vorgehen empfiehlt sich eine Auswertung des Materials in Gruppen mit Hilfe präzise formulierter Arbeitsaufträge und eine kontrastierende Gegenüberstellung der jeweiligen Argumente.

Folgende Einsichten können dabei gewonnen werden:

1. Bei größeren Projekten findet eine sich über Jahre erstreckende, intensive Kooperation zwischen Rat und Verwaltung und höherer Politikebene statt, auch in Phase 2 des Entscheidungsprozesses werden die einzelnen Schritte jeweils durch Entscheidungen des Gemeinderats legitimiert. Von der »Öffentlichkeit« gehen laufend Einflußnahmen aus.
2. Mit Bau bzw. Ablehnung des Freizeitzentrums war verbunden eine Richtungsentscheidung über die künftige wirtschaftliche Entwicklung Isnys. Gemeinderatsmehrheit und Stadtverwaltung wollten den Bereich Fremdenverkehr/Kur ausbauen, das lief verschiedenen Interessen – wirtschaftlich Mächtiger (insbesondere Fürstenhaus Zeil, Isnyer Industrieller) und anderer Bürger zuwider. Die Entscheidung fiel zugunsten der »etablierten« Interessen.
3. Das Ende des Freizeitzentrums wurde herbeigeführt durch eine »unheilige Allianz« sich zum Teil ausschließender Interessen. Die großenteils Jugendlichen des »Arbeitskreises Umweltschutz Isny« im Jugendhaus beförderten mit ihrer Aktion zugleich die Interessen anderer. Die Bürgerinitiative bestätigte mit ihren lebensreformerischen Argumenten den status-quo, was bei vielen anderen Bürgerinitiativen ebenfalls geschieht.
4. Die in der Gemeindeordnung Baden-Württembergs ermöglichte direkte Mitwirkung der Bürger durch Bürgerentscheid bringt Entscheidungen mit Vetocharakter hervor. Erfahrungen mit Formen unmittelbarer Demokratie in der Schweiz wiederholen sich. Eine Analyse des Konfliktes mit Hilfe der Kategorien Gieseckes könnte sich anschließen. Daraus ließen sich allgemeine Aussagen zu gegenwärtigen innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik ableiten.

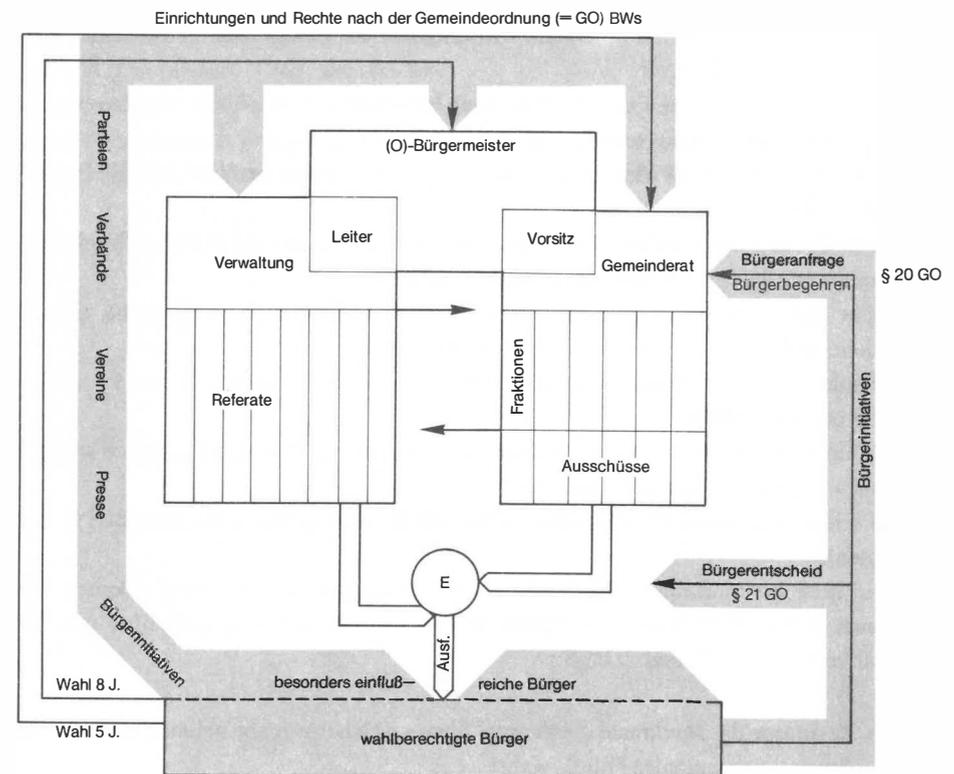
Materialien:

1. Informierende Texte über Isny, das geplante Freizeitzentrum und seine Standorte, den Planungsprozeß, die Stellungnahme von übergeordneten Behörden, sowie von interessierten Verbänden, Gruppen und Personen.

¹⁰⁹ Kommunalpolitik im Unterricht, in: Gegenwartskunde 4 (1976), S. 505 f.

2. Originaltexte aus regionalen und überregionalen Zeitungen (Berichte, Kommentare, Leserbriefe) und aus örtlichen Flugblättern und Informationsschriften, aus denen die Argumente der Kontrahenten und die Beurteilung des Bürgerentscheides durch Unbeteiligte deutlich wird.
3. Kurzprotokoll einer öffentlichen Gemeinderatssitzung, in der die Standortfrage und die Finanzierung erörtert wurde.
4. Ein kommentiertes Schaubild »Politikfeld Gemeinde«, das Einrichtungen und Verfahrensvorschriften der baden-württembergischen Gemeindeordnung verdeutlicht, ergänzt durch Auszüge aus der Gemeindeordnung (M 1).
5. Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt Isny.
6. Grundinformationen über Bürgerinitiativen (Aktionsbereiche, Merkmale, Zusammensetzung) (M 2).

Zu M 1



M 2

Grundinformation Bürgerinitiativen

1. Bei welchen Themen werden Blen besonders aktiv und in welchen politischen Ebenen sind sie tätig? (2.)

(Großstadtuntersuchung: 20 Großstädte, 629 Blen, 1976)

Bereiche Wohnen, Stadtentwicklung, Bebauung, Sanierung	33 %	76% örtliche Bedeutung
Bereich Umweltschutz	14,7%	12% Landkreis/Gemeindeverband
Bereich Jugendfragen	11,9%	5% Bundesland
Kindergärten/Spielplätze	10,5%	6% BR Dtl.
Verkehrsprobleme	9,6%	

2. Welche Arten von Blen gibt es? – ein Wissenschaftler meint:

(nach A. Pelinka: Blen, Berlin 1978, S. 68)

Blen können einen neuen Spielplatz fordern, von dem bisher nicht die Rede war: BI Typ 1 – aktive BI

Sie können fordern, einen vom Gemeinderat beschlossenen Spielplatz nicht zu bauen: BI Typ 2 – antwortende (reaktive) BI

Es gibt Blen, die ihren Wirkungskreis auf die eigene Gemeinde beschränken: BI Typ 3 – lokal (örtlich) wirkende BI

Und es gibt z. B. auch welche, die in Energiefragen in Dtl., der Schweiz und Frankreich protestieren: BI Typ 4 – überlokale (überörtlich) BI

Es gibt Blen, deren Anhänger die bestehenden Verhältnisse im großen und ganzen bejahen: BI Typ 5 – bewahrend orientierte BI

Und solche, die weitreichende Veränderungen herbeiführen wollen: BI Typ 6 – verändernd orientierte Blen

Sie können von einer kleinen, überschaubaren Gruppe von Aktivisten getragen sein: BI Typ 7 – »Spitzen«-(Honoratioren) Blen

Und schließlich von einer sehr großen Zahl von Bürgern getragen werden: BI Typ 8 – MassenBI.

Wenn man die Merkmale miteinander kombiniert, ergibt es viele Möglichkeiten. Sie können helfen, Blen besser zu verstehen. Am meisten vertreten sind Blen mit der Kombination 2/3/5/7 und 2/3/5/8.

AA.: Bestimme die Merkmale dieser zwei Blen – welche Aufgabe nehmen sie wohl im Bereich kommunaler Politik wahr?

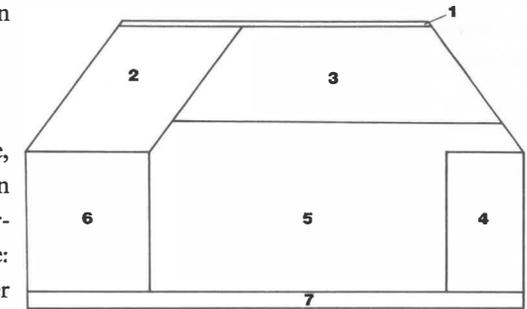
3. Welche Teile der Bevölkerung tragen?

Berliner Untersuchung (1972)

Bei den befragten Blen waren von den Mitgliedern 47% Freie Berufe (Juristen, Architekten u. a.), 31% Angestellte, 38% kamen aus dem Erziehungsbereich, Arbeiter wurden nur 8mal genannt.

Ruhrgebietsuntersuchung (1973)

37% Selbständige und Kaufleute, 38% Angestellte, nur in 4% der Blen herrschten Arbeiter vor (Guggenberger/Kempf: Blen, 1978). Ausnahme: bei der BI in Wyhl bildeten Winzer und Bauern das Rückgrat.



- 1 Eliten, unter 1%
- 2 Dienstklasse 12%
- 3 Mittelstand 20%
- 4 Arbeiterelite 5%
- 5 Arbeiterschicht 45%
- 6 »falscher« Mittelstand 12%
- 7 Unterschicht 5%

AA: Trage in das Schema der sozialen Schichtung des dt. Volkes nach R. Dahrendorf (1965) die soz. Lage der BI-Mitglieder ein. Der Lehrer gibt durch Berufsangaben eine Hilfe für die Zuordnung.

Peter Knoch / Frieder Stöckle

Neue didaktische Ansätze zur Behandlung von Stadtgeschichte innerhalb und außerhalb der Schule

1. Unterrichtsmodelle zur Stadtgeschichte (Sekundarstufe) – 2. Stadtgeschichte in Sachunterrichtsbüchern – 3. Stadtgeschichte außerhalb der Schule: »Spurensicherung«

Vor sieben Jahren berichtete Rainer Jooß in dieser Zeitschrift über »Die Stadt im Unterricht« und stellte dabei einige signifikante Unterrichtskonzeptionen der frühen siebziger Jahre vor.¹ Die folgenden Ausführungen sind eine Fortsetzung dieses Berichtes. Auch hier soll keine Sammelrezension mit dem Anspruch auf Vollständigkeit geboten werden, sondern an ausgewählten neueren Beispielen die jüngste Entwicklung charakterisiert werden.

Vorweg wollen wir unser Verständnis von Didaktik, unter dem wir die didaktische Literatur gesichtet haben, umreißen. Didaktik bezieht sich nicht nur auf Unterricht. Wie jedermann weiß oder woran er sich erinnert, hängt alles, was in der Schule unterrichtet wird, aufs engste mit dem gesellschaftlichen Umfeld der Schule zusammen. Lehrpläne ändern sich, neue Trends und politische Absichten gehen in sie ein – in Baden-Württemberg ist zur Zeit ein starker Trend zur Regional- oder »Heimat«-Geschichte zu verzeichnen –, aber auch die Schüler und Lehrer bringen von außen bereits Einstellungen zur Geschichte mit in die Schule. Lernprozesse sind Assimilationen zwischen diesen Voreinstellungen, zwischen tiefsitzenden Geschichtsbildern und dem Erlernen der Geschichte im Unterricht. Dabei ist nicht immer sicher, ob wirklich eine Assimilation zwischen dem mitgebrachten und dem gelernten Bild von Geschichte stattfindet. Vielfach bleibt der Geschichtsunterricht äußerlich, d. h. der Schüler eignet sich nur kurzfristige Kenntnisse bis zur nächsten Klassenarbeit an und vergißt sie rasch wieder. Die tiefsitzenden Vorstellungen von Geschichte haben meist die überdauernde Kraft gegenüber dem Unterrichtswissen, wie in einer Studie von Friedeburg/Hübner in eindrucksvoller Weise nachgewiesen worden ist.²

Didaktik der Geschichte hat ein weites Arbeitsfeld. Sie hat es mit den verschiedenartigen »Bildern« von Geschichte in einer Gesellschaft zu tun, mit der Frage, wie sich diese

¹ R. Jooß, »Stadt« im Unterricht, in: Zs. f. Stadtgeschichte usw. 1 (1974), S. 141–150.

² L. v. Friedeburg/P. Hübner, Das Geschichtsbild der Jugend, 1. Aufl. (München 1964) (seither in vielen Aufl. erschienen). Es handelt sich um eine Studie, die aufgrund acht empirischer Untersuchungen erarbeitet wurde.

»Bilder« schicht- oder gruppenspezifisch unterscheiden, wie sie entstanden sind, unter welchen Einflüssen sie stehen und welche Rolle die öffentlichen Medien beim Auf- oder Abbau von Geschichtsbildern spielen. Schließlich muß eine Didaktik der Geschichte auch die planmäßige, vernunftgeleitete, wertorientierte Veränderung von Geschichtsbildern im Unterricht sichtbar machen können. Sie ist eine empirische, eine theoretische und eine pädagogische Wissenschaft zugleich.³ Sie müßte nach diesem Wissenschaftsverständnis das historische Bewußtsein heute lebender Menschen von ihrer Stadt in aller Breite untersuchen, das Phänomen der Hausbesetzungen also ebenso wie Aktivitäten von Heimat- und Geschichtsvereinen, die Präsentationen von Ortsmuseen, aber auch Stadtjubiläen und andere Formen öffentlicher Selbstdarstellung einer Gemeinde und natürlich den Schulunterricht über Stadtgeschichte.

So reizvoll und notwendig eine so weitgespannte Analyse wäre, wir können sie hier nicht durchführen. Unser Bericht wird sich beschränken auf die folgenden drei Bereiche:

1. Unterrichtsmodelle zur Stadtgeschichte (Sekundarstufe)
2. Stadtgeschichte in Sachunterrichtsbüchern,
3. Stadtgeschichte außerhalb der Schule: »Spurensicherung«

1. Unterrichtsmodelle zur Stadtgeschichte (Sekundarstufe)

Die meisten der uns vorliegenden Unterrichtsmodelle zur Stadtgeschichte sind nach den Grundsätzen der lerntheoretischen Didaktik aufgebaut,⁴ d. h. sie bringen nicht einfach den

³ Unter den verschiedenen Auffassungen von Geschichtsdidaktik orientieren wir uns v. a. an K.-E. Jeismann, Didaktik der Geschichte. Die Wissenschaft von Zustand, Funktion und Veränderung geschichtlicher Vorstellungen im Selbstverständnis der Gegenwart, in: E. Kosthorst (Hrsg.), Geschichtswissenschaft. Didaktik – Forschung – Theorie (Göttingen 1977), S. 9–33. Unsere Position werden wir im »Lernfeld Geschichte« (Lehrerband und Unterrichtsmaterialien, hrsg. v. P. Knoch und H. Pöschko), das voraussichtlich 1982 im Beltz Verlag Weinheim erscheinen wird, eingehend darlegen.

⁴ Die folgende Sammlung von Titeln beruht nicht auf einer systematischen Auswertung der didaktischen Veröffentlichungen und ist also nicht vollständig: U. Arnold, Herrschaft und Verfassung in einer mittelalterlichen Stadt (Danzig). Didaktische Aspekte für einen historisch-politischen Unterricht, in: Zs. f. Stadtgeschichte usw. 3 (1976), S. 181–209; H. Beilner, Geschichte in der Sekundarstufe I (Donauwörth 1976), S. 136–166: Unterrichtsmodell »Die Stadt im Mittelalter«; Th. Eßer, Mittelalterliche Stadtgeschichte im Spiegel von Münsterbau und Augustinermuseum in Freiburg, in: Landesgeschichte im Unterricht 2 (1980), S. 25–38, S. 99–109; D. Gruber/E. Heumann, Von der mittelalterlichen Standesgesellschaft: Das Leben der Bürger, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 6/1978, S. 21–24; dieselben, Romanischer und gotischer Baustil, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 2/1978; H.-G. Langer, Die Stadt als didaktisches Problem des Geschichtsunterrichts. Einführung und Grundlagen – Ein lernzielorientiertes Unterrichtsmodell, in: Zs. f. Stadtgeschichte usw. 4 (1977), S. 1–35, gleichzeitig in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 28 (1977), S. 272–284, 337–355; Osnabrücker Projektgruppe »Interdisziplinäres Curriculum«, »Stadt im

Lerngegenstand zur Darstellung in der Erwartung, daß er einen Bildungswert und -effekt in sich selber trage, sondern sie geben an, was die Schüler am Lerngegenstand »Stadtgeschichte« lernen sollen (Lernziele), sie bieten in der Regel auch Materialien und Arbeitsblätter, an denen Schüler diese Ziele erlernen sollen, teilweise wird auch der Unterrichtsablauf vorstrukturiert. In einem Falle ist ein Unterrichtsmodell so weit perfektioniert, daß der Autor die Erwartung anspricht, mit Hilfe seines Modells vermöge der Unterricht »sich selbst zu steuern«.⁵

Im folgenden werden zwei der neuesten Modelle vorgestellt, die wegen ihrer eingegrenzten Thematik (mittelalterliche Stadt) gut vergleichbar sind. Das eine legte H. U. Rudolf 1980 vor unter dem Titel »Die Stadt – Stadtentstehung an südwestdeutschen Beispielen«.⁶ Es ist gegliedert in die Teile I. Begründung des Themas, II. Umriss eines Unterrichtsgangs mit kurzem Medienkommentar, III. Schülermaterialien. Dem Verfasser geht es vornehmlich darum, anhand der Entstehungsphase südwestdeutscher Städte zu zeigen, wie die mittelalterliche Stadtgemeinde als neuartige und zukunftsweisende politische Institution und Lebensform entstanden ist. Der Schwerpunkt der Themabegründung, der Lehrabsicht wie auch der Unterrichtsmaterialien liegt auf diesem verfassungsgeschichtlichen Phänomen: durch die Überwindung der Privilegierung einzelner Gruppen an Marktorten (Kaufleute, Handwerker), d. h. durch die Realisierung des Prinzips der Rechtsgleichheit auch für die in der Stadt wohnenden hörigen Bauern entstand eigentlich erst eine politisch handlungsfähige Stadtgemeinde. Vf. behandelt das Entstehungsproblem primär als Verfassungsproblem und verzichtet also auf den heute verbreiteten funktionalistischen Forschungsansatz.⁷ Er begründet seine Entscheidung vor allem didaktisch: der moderne »demokratische Staatsgedanke« wie auch die heutigen Bürger- und Menschenrechte haben ihre historischen Grundlagen in der mittelalterlichen Verfassungsgeschichte der Stadt. Diese Rechts- und Verfassungsentwicklung wird nicht einlinig, sondern in strukturellen Zusammenhängen erfaßt und vermittelt. Im Unterrichtsgang soll den Schülern der Unterschied Stadt – Land durch Vergleich eines Merian-Stichs von Biberach (1643) mit einer modernen Luftaufnahme desselben Stadtgebietes klar werden. Die Entstehung von Städten wird auf verschiedene Ursachen zurückgeführt, auf die Bevölkerungszunahme im Hoch-

Unterricht«. Werkstattbericht über ein curriculares Entwicklungsvorhaben der Fächer Geografie, Geschichte, Politische Wissenschaft (Stuttgart 1976); G. Schneider, Die mittelalterliche Stadt, in: A. Kuhn/G. Schneider, Geschichtsunterricht 5–10 (München 1981), S. 20–101; E. Schwalb, Stadt, in: J. Rohlfes (Hrsg.), Geschichtsunterricht. Entwurf eines Curriculums für die Sekundarstufe I (Beiheft der Zs. Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Stuttgart 1978), S. 63–78.

⁵ Eßer (s. A 4), S. 27 und 32.

⁶ In: Landesgeschichte im Unterricht 1 (1980), S. 3–14 und S. 43–55 (Schülermaterialien).

⁷ Vgl. dazu M. Mitterauer, Das Problem der zentralen Orte als sozial- und wirtschaftshistorische Forschungsaufgabe, in: M. Mitterauer, Markt und Stadt im Mittelalter. Beiträge zur historischen Zentralitätsforschung (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 21), Stuttgart 1980, S. 22–51.

mittelalter oder auf die Interessen der Stadtherren am Handel, die ihrerseits den Bedürfnissen sowohl der Händler, der Handwerker und der städtischen Bauern entgegenkamen. Es wird schließlich deutlich, wie durch einen erhöhten »Marktnutz und Marktschutz« eine politische Eigendynamik entsteht, die in konfliktreichen Stadien zur Stadtgemeinde führte. Auf der städtischen Selbstverwaltung liegt deshalb ein besonderes Gewicht.

Vf. hat zur Erarbeitung der Thematik 18 Materialien ausgewählt (2 Bilder, 1 Stadtgrundriß, 4 Grafiken bzw. Tabellen, 11 Texte, davon 9 Urkundenzitate und 2 Zitate aus Sekundärliteratur). Das Übergewicht der Texte, zumal der Urkunden (von denen die meisten vom Vf. in verständlicher Sprache übersetzt wurden) ist als Folge der schwierigen Thematik zu werten, die kaum anders als in Urkundentexten zu vermitteln ist, will man am Prinzip eines quellengebundenen Arbeitsunterrichts festhalten. Die Frage dabei bleibt natürlich, welche Voraussetzungen hinsichtlich des Lernniveaus, der Arbeitsbereitschaft und vor allem der Lerninteressen eine Klasse besitzen muß, um das vorliegende Modell nachvollziehen zu können. Ein Erprobungsbericht wäre hier für den Lehrer, an den sich die Publikation in erster Linie richtet, nützlich gewesen.⁸ Zu bedauern ist, daß dieses Modell in seinen historischen Teilen, aber auch dort, wo es Vergleiche mit der Gegenwart anspricht, auf einem sehr abstrakten Niveau verbleibt. Es fehlt der Versuch, Stadtgeschichte in ihre konkrete Ausprägung einzubinden, also Struktur und Ereignis, Verfassung und materielle Kultur, Recht und Brauchtum oder Verfassung und Mentalität zu verknüpfen. Nach unserer Erfahrung tun sich Schüler leichter, wenn sie einen induktiven Weg zu strukturellen Einsichten gehen können; auch ein Bürgerrecht oder eine Gemeindeverfassung begreifen sie heute erst, wenn diese in konkreten, nachvollziehbaren Ereignissen in ihre Lebenswelt durchschlagen, wenn sie also betroffen sind.

Das zweite Unterrichtsmodell »Stadt im Mittelalter« veröffentlichte H. Neifeind 1980.⁹ Es unterscheidet sich – trotz der Verpflichtung auf dasselbe Didaktikkonzept – in mancherlei Hinsicht von dem Rudolfschen Modell. Im Mittelpunkt stehen audiovisuelle Medien, ein Tonfilm »Stadt im Mittelalter – Nördlingen« (FWU 32 2891) und die Tonbildreihen »Stadt im Mittelalter – Markt« (FWU 14/15 0059), »Stadt im Mittelalter – Entstehung« (FWU 14/15 0058) und »Stadt im Mittelalter – Sozialstruktur« (FWU 14/15 0060). Da im vierten Teil des Modells außerdem Materialien zu den Themen Entstehung, Markt, Sozialstruktur, Bürgerkämpfe, Hygiene und städtische Unterschicht (Statistiken, Urkunden- und Chroniktexte, dazu Zitate aus der Forschung) zugefügt werden, in den darstellenden Text zudem zahlreiche Fotos, Grafiken und Grundrisse aufgenommen werden, finden Lehrer und Schüler in diesem Modell ein vielfältiges Medienangebot. Im

⁸ Diese empirische Schwäche haben alle Unterrichtsmodelle in der von R. Joß herausgegebenen Reihe Landesgeschichte im Unterricht (Schriftenreihe Lehren und Lernen 14 und 15), Villingen 1980.

⁹ H. Neifeind, Stadt im Mittelalter (AV-Unterricht, hrsg. v. Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht), München 1980.

Unterschied zum Rudolfschen Modell berichten hier (Teil 3) fünf Lehrer über ihre Unterrichtserfahrung mit dem Modell, allerdings vornehmlich mit den audiovisuellen Medien. Dabei werden positive, aber auch negative Erfahrungen genannt. Als unbefangener Leser fragt man an dieser Stelle, warum solche Erfahrungen nicht für eine Optimierung der Medien verwertet wurden. Man stößt hier auf ein grundsätzliches Problem produktorientierter Didaktik: man gewinnt den Eindruck, daß die audiovisuellen Medien der unterrichtlichen Erprobung (also der notwendigen didaktisch-empirischen Forschung) erst dann zugeführt werden, wenn ihre Entwicklung und Herstellung abgeschlossen und ihre Vermarktung bereits im Gange ist.

Im ersten Teil gibt Vf. »Informationen zum Thema«: zur Geschichte der Stadt im Mittelalter, zur Relevanz des Themas im Unterricht, zum thematischen Bezug zu Lehrplänen und Schulbüchern, er nennt Lernziele und stellt Überlegungen zur Strukturierung des Themas im Unterricht an. Ebenso wie Rudolf hält auch Neifeind die Unterrichtsthemen Stadtentstehung, Markt, Wirtschaftsinteressen und soziale Strukturen für wesentlich. Im Unterschied aber zur rechts- und verfassungsgeschichtlichen Akzentuierung des Themas bei Rudolf legt Neifeind das Schwergewicht auf die Bereiche Lebensbedingungen und unterständische Alltagsgeschichte in der mittelalterlichen Stadt. Bei ihren unterschiedlichen inhaltlichen Gewichtungen berufen sich beide Autoren auf die Geschichtsforschung: »Geschichtsunterricht ... ist der Ort, wo die Ergebnisse der Wissenschaft für die Betroffenen verständlich gemacht werden müssen« (Neifeind S. 19). Sie fragen dabei allerdings nicht, von welchen Wertorientierungen und Erkenntnisinteressen diese Forschung selbst geleitet wird. Dadurch würde ihr zweites Begründungsargument, der »Gegenwartsbezug« des Themas mittelalterliche Stadt, eine sicherlich andere didaktische Dimension bekommen haben. So wirkt die Aktualisierung des Themas der Setzung desselben als Unterrichtsgegenstand eher angehängt. Vielleicht erklärt dies auch, warum von Neifeind »Identifikationsfindung«, der Aufbau einer »politischen und sozialen Identität« des Schülers (S. 19), zwar postuliert wird, aber im Modell selber ohne deutliche Konsequenz bleibt.

2. Stadtgeschichte in Sachunterrichtsbüchern

Bei einer gründlichen Beschreibung und Beurteilung von Schulgeschichtsbüchern zur Stadtgeschichte wäre ein systematischer Vergleich von Forschung und Schulbuchentwicklung notwendig und sinnvoll. Zu fragen wäre, inwieweit wissenschaftliche Forschungsergebnisse zum Thema Stadtentstehung, Stadtgeschichte und Stadtentwicklung in Schulbüchern aufgearbeitet und »abgebildet« sind. Ebenso interessant wären Untersuchungen, die einen Zusammenhang von wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse und jeweiliger gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Aktualität herstellen, wobei dann insbesondere zu beobachten wäre, inwieweit sich Trends abzeichnen, die bis ins Schulbuch durchschlagen.

Wertvolle Vorarbeiten zu einer solchen Untersuchung der Wirkung fachwissenschaftlicher Forschung auf die Schulbuchproduktion hat Hermann de Buhr¹⁰ mit seiner Studie »Die mittelalterliche Stadt und die Hanse in den Schulgeschichtsbüchern der letzten hundert Jahre 1870–1970« vorgelegt. Er untersucht und vergleicht mit der Methode der Querschnittsanalyse das Bild der mittelalterlichen Stadt und der Hanse in vier großen Abschnitten: Kaiserreich, Weimarer Republik, Zeit des Nationalsozialismus und Zeit nach dem 2. Weltkrieg, wobei er jeweils die Forschungsergebnisse der wissenschaftlichen Stadtgeschichtsschreibung voranstellt und anschließend die Darstellung dieser Forschung in den Schulgeschichtsbüchern untersucht.

Seine Befunde sind außerordentlich interessant. So weist er beispielsweise schlüssig nach, daß die jeweilige Herrschaftsstruktur die Stadtgeschichtsforschung nachhaltig beeinflusste und daß sich dies wiederum auf die Schulbuchproduktion auswirkt, wenngleich oft verkürzt, vergrößert und zeitlich phasenverschoben. Man wünscht sich eine Fortsetzung dieser Forschung für das Dezennium 1970–1980; die Resultate dürften interessant genug sein.

Daß bereits im Grundschulalter historisches Lernen und politische Sozialisation stattfinden können, braucht hier nicht eigens begründet zu werden. Die Diskussion zu diesem Thema ist vielfältig und von unterschiedlicher Akzentsetzung.¹¹ Historisches und politisches Lernen in der Grundschule haben ihren Ort im Bereich des Sachunterrichts. Dem Lehrplan zufolge hat der Sachunterricht für Baden-Württemberg das Ziel, »ausgehend von anregungsreichen Lernsituationen, die Handlungsfähigkeit des Kindes zu erweitern«.¹² Die Erweiterung der Handlungsfähigkeit soll über vier Intentionen erfolgen, die als allgemeine Ziele formuliert werden: 1) sachliche Intention; 2) soziale Intention; 3) kommunikative Intention; 4) kulturelle Intention. Mit dem Ausbringen dieser Teilkompetenzen ist in Umrissen ein mehrperspektivischer Ansatz¹³ erkennbar, mit dem die komplexe Lebenswirklichkeit »reduziert«, erschlossen und rekonstruiert werden soll. Inhaltlich »redu-

¹⁰ Hermann de Buhr, Die mittelalterliche Stadt und die Hanse in den Schulgeschichtsbüchern der letzten hundert Jahre 1870–1970, Kastellaun 1976.

¹¹ Unter diesem Aspekt ist auch die Lektüre des »Klassikers« der bildungstheoretischen Konzeption, E. Spranger, Der Bildungswert der Heimatkunde (1923), sowie H. Roths Ansatz (Kind und Geschichte, 1965) wieder interessant. Einige neuere Veröffentlichungen zum Thema: Paul Ackermann, Politisches Lernen in der Grundschule, München 1973; Siegfried Aust, Elementare Lernprozesse im Sachunterricht unter den Aspekten Geschichte und politische Bildung (I), in: Zs. Sachunterricht und Mathematik in der Grundschule, Mai 1974; Gertrud Beck, Politische Sozialisation und politische Bildung in der Grundschule, Frankfurt 1974; Klaus Giel, Probleme des Sachunterrichts, in: Zs. Die Schulwarte 11/12, 1974; Friedhelm Nyssen: Kind und Politik, in Zs. b:e, 1, 1970; Hartmut Voit (Hrsg.): Geschichtsunterricht in der Grundschule, Bad Heilbrunn 1980; H. de Buhr (Hrsg.): Unterrichtsbeispiele für die Grundschule, Köln 1978.

¹² Bildungsplan für die Grundschule in B.-W., Villingen-Schwenningen 1977, S. 84.

¹³ Vgl. dazu: Giel/Hiller/Krämer, Stücke zu einem mehrperspektivischen Unterricht, Aufsätze zur Konzeption, Stuttgart ab 1974.

ziert der Lehrplan die Komplexität der Lebenswirklichkeit auf zwei Themenstränge – Erfahrungsbereiche und Handlungsbereiche – die, stark vereinfacht, einem naturwissenschaftlichen und einem sozialwissenschaftlichen Forschungsparadigma zugeordnet werden können. Die Unterrichtsverfahren sollten nach dem Willen der Lehrplanautoren »von der Situation des forschenden und suchenden Kindes ausgehend, nach der Grundform entdecken – begründen – anwenden«¹⁴ entwickelt werden.

Die von Jörg Haug und Helmut Veitshans herausgegebenen Materialien für den Sachunterricht signalisieren schon im Titel die bewußte (gewollte) Lehrplannähe.¹⁵ Für die Schüler gibt es ein Schülerbuch und ein Arbeitsheft. Konzeption, Lehr- und Lernverfahren, Medien und didaktische Hinweise werden in einem Lehrerheft gesondert ausgebracht. »Entdecken, begründen, anwenden« thematisiert den Wirklichkeitsausschnitt »Stadt« unter historischen Gesichtspunkten im Zusammenhang mit dem Handlungsbereich »Wohnen«: »Stadt – Burg – Schloß – Kloster« lautet die Unterrichtssequenz. Die Schüler finden auf Seite 40 ihres Arbeitsbuches einen Merian-Stich der Stadt Hechingen (1670) vor. Auf der stark systematisierten und idealisierten Bildquelle werden gleich 10 verschiedene historische »Wohnorte«, mit Ziffern versehen, präsentiert: Stadt, Vor-Stadt, Dorf, Einzelgehöft, Weiler, Kloster, Zelle, Burg, Schloß, Lustgarten.

Ein eher simplifizierender als elementarisierender Text kommentiert den jeweiligen Wohn-Ausschnitt. »Vor der Stadt lag die Außenstadt«, heißt es beispielsweise unter der Ziffer 2 im Bildkommentar lapidar. Eine solche Minimalinformation verzerrt nicht nur, sie verfälscht. Mit diesem geographisch-räumlichen Hinweis ist die soziale Wirklichkeit der »Vor-Städter«, der »Unterstadt-Bewohner« noch nicht einmal gestreift. Und im Hauptinformationsabschnitt zur »Stadt« (Ziffer 1) beschränken sich die Autoren auf folgenden Text: »Handwerker und Kaufleute verwalteten ihre Stadt oft selbst. »Stadtluft macht frei«, sagten sie voll Stolz. Bei Gefahr halfen alle Bürger mit...« (S. 40 u.).

In dieser verkürzenden und harmonisierenden Weise fährt der Text fort. Die Schüler erhalten mit diesem Material kaum Einblick in den komplexen und vielgestaltigen Sozialkörper Stadt. Das breite und differenzierte Spektrum der Stadtbevölkerung ist ebensowenig angesprochen wie Zusammenhänge der Entstehung und Entwicklung, Probleme des Gesundheitswesens, der Hygiene, Herrschaftsstrukturen oder wirtschaftliche Erscheinungsformen exemplifiziert werden. Da keine weiteren Stadtbeispiele herangezogen sind, vermittelt der Merian-Stich den (falschen) Eindruck, das mittelalterliche Wohnensemble müsse immer aus Stadt – Burg – Schloß – Kloster (so die Überschrift der Lerneinheit) bestehen. Bezüge zur Gegenwart fehlen ebenso wie Hinweise zur Arbeits- und Lebenswelt der Bewohner einst und heute.

Im Arbeitsheft dürfen die Schüler denselben Merian-Stich dann noch farbig anmalen,

¹⁴ Bildungsplan für die Grundschule (s. A 12), S. 88.

¹⁵ Jörg Haug/Helmut Veitshans (Hrsg.), entdecken, begründen, anwenden 4, Hannover (Schrödel) 1980.

nach dem Willen der Autoren »die Gebäude rot, Bäume und Gärten grün, Felder braun, Straßen und Wege blau...« (Arbeitsheft S. 8). Vermutlich sollen damit Handlungsziele abgedeckt werden. »Schülerbuch und Arbeitsheft bieten mit dem Merian-Stich Hechingen und Umgebung eine Quelle für selbständiges Arbeiten und Entdecken an«, heißt es zuversichtlich im Lehrerheft (S. 26).

Spätestens hier melden sich Zweifel an. Das »Entdecken« bleibt ein uneingelöstes Versprechen im Titel des Sachbuchs. Wer es aufschlägt, entdeckt, daß es nichts zu entdecken gibt. Stadt als zentraler Bestandteil der Alltagswirklichkeit braucht einen erfahrungsoffenen Ansatz, um den Betroffenen verständlich zu werden. Wenn sich Stadtgeschichte einordnen lassen soll »in den großen Themenbereich des kommunalen Lebens, und der kommunalen Aufgaben« (...), wenn man »grundlegende Fragen des Urbanisierungsprozesses ins Bewußtsein heben und besprechen (will)«,¹⁶ sind andere didaktische Konzepte erforderlich. Stadtgeschichte kann beim Schüler »Interesse an diesen Fragen (kommunale Aufgaben) wecken und dazu beitragen, eine Haltung vorzubereiten, an der Gestaltung seiner Umwelt selbst mitwirken zu wollen. So verbindet sich in der Behandlung der Stadtgeschichte historisches und politisches Lernen in besonders eindringlicher Weise«.¹⁷

E. Kaiser und H. Schaub entwickeln ein Unterrichtsmodell zum Thema Stadtgeschichte an der »Museumsstadt« Langenburg.¹⁸ In einer Übersicht zu den einzelnen Unterrichtseinheiten wird eine Zuordnung der jeweiligen Thematik zu den im Lehrplan ausgewiesenen Themen der Erfahrungs- und Handlungsbereiche geleistet. Im Sinne eines integrativen Ansatzes werden historische Themenbereiche so in dem Lehrgang verzahnt, daß sie im Sinne eines Spiralcurriculums immer wieder unter neuen und erweiterten Fragestellungen aufgenommen und vertieft werden. Unter der Lehrplanvorgabe »Arbeit/Produktion« erarbeiten die Schüler bspw. im ersten Drittel des CVK-Sachbuchs 4 eine Unterrichtssequenz »Frisches Brot vom Bäcker – so backte die Bäuerin früher Brot« (S. 35–37).

Im dritten Schuljahr erarbeiten die Schüler unter der Lehrplanvorgabe »Zeitliche Orientierung« Unterrichtseinheiten zu den Themenbereichen: »So lebten Bauern vor 100 Jahren / So lebten Arbeiterfamilien um 1880 / Handwerker um 1900 / eine Bürgerfamilie um 1900«. Die Schüler haben also wichtige Vorinformationen, wenn sie dann im 4. Schuljahr unter derselben Lehrplanvorgabe (»Zeitliche Orientierung«) ein stadthistorisches Thema behandeln.

Kaiser/Schaub gehen bei ihrem Unterrichtsmodell von der Stadt Langenburg aus. Auf den ersten Blick scheint die Wahl einer solchen »Museumsstadt« nicht unproblematisch, weil insbesondere wichtige Aspekte zur Stadtentwicklung und Stadtveränderung, vor

¹⁶ So H. de Buhr, in: Stadtgeschichte im Unterricht, in: ders.: Unterrichtsbeispiele für die Grundschule (s. A 11), S. 100.

¹⁷ de Buhr (s. A 11), S. 100.

¹⁸ E. Kaiser/H. Schaub, CVK-Sachbuch Was? Wie? Warum? Berlin 1981.

allem unter dem Einfluß der Industrialisierung, an diesem Beispiel nicht gezeigt werden können. Man akzeptiert dann aber doch die Auswahl, weil die Autoren an anderer Stelle des Lehrgangs den Problemkomplex moderne Stadt aufarbeiten und daher aus systematischen Gründen zu einer solchen »Museumsstadt« greifen können. Fotos, Bildquellen und Texte sind so montiert und kontrastiert, daß sie zu Fragen und zu Vergleichen herausfordern. Die Schüler erfahren, daß »die Kinder der Klasse 4 aus Langenburg« sich für ihre Stadt interessieren, für die Geschichte des Ortes und die Umgebung. Bei ihren Nachforschungen, so die Autoren, »haben die Schüler herausgefunden, daß die Entwicklung der Stadt mit dem Schloß eng zusammenhängt«. Behutsam und plausibel werden den Schülern entstehungsgeschichtliche Zusammenhänge nähergebracht. Der Aspekt materielle Kultur, Sozialgeschichte und Alltagswirklichkeit ist nicht ausgeblendet. Mobiliar und Gerätschaft aus dem bäuerlichen Wohn- und Arbeitsbereich sind präsentiert; die Schüler werden aufgefordert, Vorstellungen über das Leben der Menschen in dieser alten Stadt zu entwickeln.

An den abgebildeten Arbeitsgeräten und Einrichtungsgegenständen sollen Imagination und Phantasie entfaltet werden. Ziel ist es, den Lebenswelt-Kontext herzustellen, die vergangene Wirklichkeit zu rekonstruieren. Das (falsche) harmonistische Bild einer homogenen und konfliktfreien mittelalterlichen Stadtbevölkerung, wie es im Schroedel-Sachbuch postuliert wird, ist hier positiv »gestört«. So heißt es im Zusammenhang mit der »Auswertung«: »Die Wohnungseinrichtung und Geräte armer Bauern waren sehr viel einfacher als die abgebildeten. Man findet sie in Museen seltener ausgestellt als Einrichtungsgegenstände reicher Bauern« (S. 65 im Lehrerband). Über der Beschäftigung mit der Frage nach dem Grund dieser Lücken in den Museen werden die Schüler fast zwangsläufig auch auf das Problem Geschichte und Bewußtsein, »Geschichtsbild«, Erkenntnisinteresse an Geschichte und Funktion bestimmter Geschichtsbilder stoßen.

Die dialektische entstehungsgeschichtliche Spannung Schutz, Sicherheit / Abhängigkeit der Stadtbürger im Zusammenhang mit dem Schloß wird im Unterrichtsmodell verständlich herausgearbeitet. Erkundungen führen die Schüler zurück zum eigenen Wohnort, zu alten Bauten, zu Hausinschriften, Heimatmuseen, Heimatchroniken u. ä. Auf diese Weise wird das Stadtentstehungs-Modell Langenburg relativiert, andere Entstehungsaspekte (Markt/Furt/Straßen) – vor allem auch Entwicklungsaspekte – werden bewußt gemacht und mit dem Langenburger Beispiel verglichen.

In der ausführlich begründeten Konzeption des CVK-Sachbuchs lassen sich Konturen einer ebenso lernsubjektbezogenen wie inhalts- und curriculumbezogenen methodischen Grundlage zeigen. Zwar bleibt das CVK-Material über weite Strecken einem lernzielorientierten Unterricht verpflichtet, methodisch wurde aber grundsätzlich davon ausgegangen, daß die Schüler selbst Problemlösungen und Antworten suchen und erproben sollen. Die angebotenen Lösungsmöglichkeiten sollen die Schüler nicht festlegen oder einengen. Die Rückbindung an den individuellen Erfahrungs- und Lebenszusammenhang ist ein Grundbestandteil der Konzeption.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Unterrichtswerk die Bemühung um eine mehrkulturelle Erziehung. Gastarbeiterkinder sind heute Realität in jeder Grundschulklasse. Ausbildung und Unterricht ignorieren diesen Tatbestand mit erstaunlicher Ausdauer. Die Folgen sind bekannt. Um so bemerkenswerter sind deshalb Versuche, die in Richtung einer mehrkulturellen Erziehung weisen. Das CVK-Sachbuch stellt unter dem Handlungsbereich »Wohnen« eine Unterrichtseinheit über das Leben in einem türkischen Dorf vor. Diese Einheit wird im Lehrerhandbuch auf die Sequenz »Aus der Geschichte von Langenburg« bezogen. Begegnung, Konfrontation und Vergleich zwischen unterschiedlichen Lebensformen ermöglichen dem Schüler neben dem Verständnis für die »Heimat-Welt« des türkischen Klassenkameraden auch eine wichtige Bereicherung und Erweiterung seines kulturellen Horizontes.

In dem im Westermann-Verlag erschienenen, von R. Meier herausgegebenen Unterrichts-Werk »Sachunterricht«¹⁹ sind unter den Themenbereichen »Wohnen«, »Umwelt«, »Arbeit« verschiedene Unterrichtseinheiten vorgelegt, die insgesamt historisch und gesellschaftswissenschaftlich akzentuiert sind. Dabei bekommt das komplexe Sozialgebilde »Stadt« ein besonderes Gewicht. Gleich an sechs verschiedenen Stellen steht das Thema Stadt im Zentrum des Unterrichts: »Eine Stadt erkunden – Stuttgart« (S. 8); »Die Geschichte einer Stadt erkunden« (S. 16), »In einer mittelalterlichen Stadt« (S. 62), »Fürsten bauten Schlösser und Städte« (S. 64); »Neue Städte werden gebaut« (S. 68), »Eine Gemeinde erkunden am Beispiel Weinheim« (S. 70). Der Lebensweltausschnitt Stadt soll also, soviel wird bei der Durchsicht der Themensetzung schon deutlich, in einem integrativen und mehrperspektivischen Ansatz erschlossen werden. Historische, sozialwissenschaftliche und sozialgeographische Aspekte werden aufeinander bezogen und sollen eine möglichst breite Aufarbeitung des Gegenstandes sicherstellen.

Der »Einstieg« erfolgt über einen Brief, den die 4. Klasse einer Stuttgarter Schule an eine ebensolche Klasse einer Ulmer Schule schickt. Die Stuttgarter informieren die Ulmer über die Landeshauptstadt und sind, wie aus dem Brief hervorgeht, an Informationen über Ulm interessiert. Dieser kommunikative Einstieg über einen »konkreten« Schreibenlaß führt geschickt ins Zentrum des Themas: die Stadt. Informiert werden die Ulmer über Stuttgart als Landeshauptstadt, als Handelszentrum und Industriezentrum. Außerdem wird Stuttgart als Verkehrszentrum und Kulturzentrum vorgestellt. Paradigmatisch werden schon in der Einstiegssequenz politische, wirtschaftliche, kulturelle und geographische Aspekte der Stadt berührt und auch medial aufbereitet. Leider wird dieser mehrperspektivische Ansatz im folgenden nicht durchgehalten, bzw. zu flach und plakativ behandelt. So werden schon in der Einstiegssequenz lediglich wenige »Schokoladenseiten« der Stadt gezeigt (Stadion, Ballett, Landtag, Schloßplatz), der Bezug zu den im Brief beschriebenen Funktionen (Handelszentrum, Industriezentrum, Verkehrszentrum) wird nur rudimentär hergestellt; Arbeit als Stadtperspektive bleibt ausgeblendet.

¹⁹ R. Meier (Hrsg.), Sachunterricht, Jahrgangsband 4. Schj., Braunschweig (Westermann) 1980.

In der folgenden Unterrichtseinheit (»Die Geschichte einer Stadt erkunden«) wird den Schülern auf einer Doppelseite der Stadtplan Ehingens (Alb-Donau-Kreis) vorgelegt. Die Gebäude des mittelalterlichen Stadtkerns sind bezeichnet, hervorgehoben und mit Ziffern versehen. Eingerahmt wird der Stadtplan von dem breiten Band einer alten Urkundenrolle, die vergilbt und mit Siegel versehen, ein Quantum Authentizität ins Spiel bringen soll. Man denkt bei dem nostalgischen Band an einen schmackhaften Weinbrand. Diese entrollte, durch viele minutiös angebrachte Risse uralte gemachte »Urkunde« dient den Autoren nun als Ereignisband, quasi als Zeitleiste der Stadt Ehingen. In 15 Stationen wird der Schüler über die wichtigsten stadtgeschichtlichen Ereignisse informiert, knapp, im Stenogrammstil eher (»1792–1801: Kriegsnot in Ehingen!«). Autoren wie Herausgeber sind sich über die Magerkeit des Medienmaterials offenbar im klaren, denn sie bekennen in einem einleitenden Satz freimütig: »Auf zwei Buchseiten kann man über die Geschichte einer Stadt nur wenig sagen« (S. 16).

Der anschließende Katalog von Unterrichts Anregungen zur Untersuchung und Erforschung der Geschichte des Heimatortes der Kinder ist dagegen handlungsorientiert und interessant. Ehinger Bürger sollen befragt werden; ein Rundgang mit der Stadtkarte ist eingeplant. Die Schüler sollen sich Material auf dem Rathaus und beim Museumsverein holen; alte Gebäude sollen fotografiert bzw. gemalt werden. Es wird der Vorschlag gemacht, die Geschichte einzelner Gebäude zu schreiben und noch manch andere interessante Anregung. Was aber weitgehend fehlt, ist der Versuch, die vielfältige Lebenswirklichkeit der mittelalterlichen Stadt zu rekonstruieren. Sozialgeschichtliche Aspekte fehlen ganz.

Auch in der folgenden Unterrichtseinheit »In einer mittelalterlichen Stadt« sind diese Aspekte ausgeblendet. Anhand eines Reliefplans aus dem 15. Jahrhundert und einiger eher belangloser Fotos soll das spätmittelalterliche Freiburg erarbeitet werden. »Erzähle, wie die Menschen der mittelalterlichen Stadt lebten«! heißt es in einem nebenstehenden Arbeitsvorschlag. Die Bilder und der knappe, nur wenige Fakten additiv raffende Text zwischen den Bildern bietet dazu nur wenig Hilfe. Gesundheitswesen, Hygiene, Seuchen, Versorgung und Entsorgung in der mittelalterlichen Stadt, wie auch Bevölkerungsstruktur, Arbeitswelt und Herrschaftsformen findet man so wenig wie entstehungsgeschichtliche Fragestellungen oder Hinweise zum Wandel des Stadtbildes (von der mittelalterlichen Stadt zur modernen Großstadt). So bleiben leider auch die folgenden Beispiele absolutistischer Städtegründung (Karlsruhe, Ludwigsburg) vordergründig: beziehungslose historische Fakten. Der Hinweis »In Büchern nachlesen, wie das Volk zu dieser Zeit gelebt hat« (S. 65) scheint zu pauschal und unverbindlich, als daß er ernst genommen werden könnte. Wenn den Schülern in der Unterrichtseinheit »Neue Städte werden gebaut« das Beispiel einer modernen Trabantenstadt in einem großformatigen Foto präsentiert wird, lediglich mit dem mageren Hinweis versehen, daß »die Menschen gut versorgt sein wollten«, und daß man deshalb »viele Wohnungen und manchmal sogar ganz neue Städte« bauen mußte, so ist das eine grobe Verkürzung der aktuellen Problematik »moderne Großstadt«.

Die Schüler könnten an diesem Beispiel den Eindruck bekommen, daß an der »Unwirtlichkeit«²⁰ unserer Reißbrett-Städte die Menschen selbst die Schuld haben, da sie ja »gut versorgt sein wollten«. Mit dem Sachunterrichtsbuch aus dem Westermann-Verlag wurde ein guter didaktischer Ansatz leider weitgehend verschenkt.

3. Stadtgeschichte außerhalb der Schule: »Spurensicherung«

Zum Schluß soll über eine Konzeption berichtet werden, die Jugendlichen außerhalb der Schule eine Beschäftigung mit ihrem Wohnort in einer »entschulten«, freiwilligen Form ermöglicht. Diese Konzeption läßt Aussagen darüber zu, in welcher Form die Geschichte der eigenen Stadt für Jugendliche sinnvoll ist, welche Verluste, Defizite und Bedürfnisse in der gegenwärtigen und zukünftigen Lebenswelt Jugendlicher durch die Aufdeckung historischer Spuren und Veränderungen zum Bewußtsein kommen. Didaktiker ebenso wie Städteplaner und Kommunalpolitiker können hier eine Gruppe von Stadtbewohnern kennenlernen, die sich in der Regel selten und nur an wenigen Orten Gehör verschaffen kann.

Dieses Konzept ist nicht im Bereich der Museumsdidaktik angesiedelt. Denn der Lernort Museum, in dem Lebenswelt immer nur *abgebildet* oder *rekonstruiert* vermittelt werden kann, wäre für ein freies Entdecken originaler Spuren und Lebensverhältnisse weniger geeignet²¹ als der Lernort Stadt (oder Dorf) in seiner lebendigen Komplexität. Aus dem Projekt »Spurensicherung« liegen bereits einige hektografierte Hefte vor,²² die einen guten

²⁰ A. Mitscherlich: Über die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt ⁹1970.

²¹ Museumsdidaktik oder Museumspädagogik ist in der Bundesrepublik eine noch sehr junge Disziplin, die infolge ihrer praktischen Anforderungen und ihres an praktischen Ausweis gebundenen Legitimationsdrucks noch wenig zu einer theoretischen Fundierung gekommen ist. Die pädagogischen oder didaktischen Bemühungen im Bereich der Geschichte lehnen sich in aller Regel an die Erfordernisse des Geschichtsunterrichts an, unterstützen also im Sinne des Lehrplans die schulischen Bemühungen des Geschichtslehrers oder bieten gar einen ins Museum verlängerten Geschichtsunterricht. Von Ausnahmen abgesehen (z. B. die Aktivitäten des Museumspäd. Zentrums in Nürnberg) trifft man hier in aller Regel auf lerntheoretische Konzeptionen, oft werden sie auch »Programme« genannt und ähneln in der Tat Lehrgängen nach dem Konzept des programmierten Lernens. Auch die stadtgeschichtliche Arbeit von Th. Eßer (s. A 4) ist nicht weit davon entfernt. Eine Ausnahme im Bereich der Didaktik der Stadtgeschichte bietet W. Zacharias, Kinder spielen und lernen Stadtgeschichte. Ein didaktischer Spielraum im Münchner Stadtmuseum für Schule und Freizeit, in: Westermanns Pädagogische Beiträge 31 (1979), S. 32–39. Eine Positionsbeschreibung der auf Geschichte bezogenen Museumsdidaktik versucht P. Knoch, Thesen zur Didaktik historischer Ausstellungen, in: Jahrbuch der Franz Mehring Gesellschaft 1 (1980), S. 22–36.

²² Das Projekt läuft nach einigen Vorstufen seit 1979 unter dem Namen »Spurensicherung«. Uns liegen folgende Hefte »Spurensicherung« vor aus den Orten Dillich und Singlis, Frankenhain, Gudensberg, Herleshausen, Neuanspach, Mellnau, Rauschenberg, Retterode, Unterrieden und

Einblick in die Konzeption und ihre Ergebnisse geben. Es handelt sich um ein »Bildungsprojekt auf dem Lande«, getragen u. a. vom Bund Deutscher Pfadfinder (Region Nordhessen), dem Kreisausschuß des Werra-Meißner-Kreises (Kreisjugend-Pflege) und der Jugendbildungsstätte des Landes Hessen (Jugendhof Dörnberg).

Der formale Ablauf ist rasch beschrieben. Nach einer Vorbereitungsphase, in der die Projektleiter (»Bildungsarbeiter«) Geschichte und Lebensverhältnisse eines Ortes erkunden, beginnen Leiter und eine Gruppe von etwa zwanzig Jugendlichen das Projekt mit einem Rundgang durch den Ort und seine unmittelbare Umgebung. Dann folgt ein Stadtspiel. Es sind Aufgaben zu lösen: Spuren der Vergangenheit müssen identifiziert, markante historische Reste gefunden, beschrieben, vermessen, fotografiert werden, Leute interviewt werden usw. Daran schließt sich eine mehrtägige Phase an, in der mehrere Gruppen verschiedenen Spuren nachgehen, z. B. altem Handwerk, Brauchtum, Veränderungen im Stadt- und Straßenbild. Die Beobachtungen und Ergebnisse werden zusammengetragen und in einem Heft veröffentlicht.

Man erkennt im Vergleich der so entstandenen Hefte eine gemeinsame Grundlinie: es geht um die Sicherung historischer Spuren mit dem Ziel, Veränderungen zu begreifen und Folgen für die eigene Lebenssituation aufzudecken. Was jeweils herauskommt, ist nicht vorherbestimmbar, »es kann nicht nach fertigem Fahrplan gehen«.²³ Die Bildungsarbeiter können nicht einfach in die Provinz reisen mit einem vorgefertigten Konzept, sondern müssen an jedem Ort aufs neue »von den Jugendlichen und den anderen Leuten« lernen, müssen begreifen, »daß die ländlichen Alltage zunächst nicht die unseren sind, daß es also darauf ankommt, sie nachzuvollziehen, sich Zugang zu verschaffen. Was Jugendliche und andere Bewohner über ihre alltäglichen Erfahrungen – ihre Teilnahme am Geschehen – wissen, die Konventionen und Traditionen, die ihr Verhalten und Handeln bestimmen, gilt es zugänglich zu machen, zu erfragen, zu erfüllen, zu sehen«. Mit diesem Konzept, bei dem der Forschende sich also nicht als außenstehender Beobachter, sondern als Mithandelnder begreift (Handlungsforschung) »tauchen dann die wirklichen Verhältnisse an den Orten, die Ängste und Wünsche der Bewohner auf. Das was vordergründig als stillschweigende Unterwerfung unter die den Orten verordneten Veränderungen erscheint, löst sich auf in ein vielfältiges Mosaik alltäglicher Erfahrungen, Einschätzungen und Befürchtungen«.²⁴

Das Projekt »Spurensicherung« versucht an dieser Stelle, ein Stück Aufklärung zu initiieren, vor allem aber »gesellschaftliche Handlungsfähigkeit« in Gang zu setzen. Eine

Wendershausen. Bezugsadresse: Kreisausschuß des Werra-Meißner-Kreises – Kreisjugendpflege –, Schloßplatz 1, 3440 Eschwege. Als Verantwortliche berichten über das Projekt: A. Horstkotte, I. Koch, D. Lecke, U. Pobel, Spuren sichern, Veränderungen begreifen, Folgen aufdecken, in: päd. extra sozialarbeit 1/81, S. 45–49.

²³ Horstkotte u. a. (s. A 22), S. 49.

²⁴ ebda. S. 47.

Gruppe jugendlicher Autoren berichtet im Vorwort des Heftes »Spurensicherung in Gudensberg« (1979): »Nicht nur die baulichen Verhältnisse haben sich verändert, sondern auch die nachbarlichen Beziehungen. Früher gehörte es zur Selbstverständlichkeit, daß sich die Leute gegenseitig besuchten. Überhaupt traf man sich öfter zuhause, heute begegnet man sich flüchtig in der Fußgängerzone. Durch die neue Bebauung der Altstadt sind ständig alte Bewohner vertrieben worden und Neubürger zugezogen. Früher waren die Nachbarn noch aufeinander angewiesen, wenn z. B. jemand die Ernte einbrachte, schaffte er es nicht allein. Die Nachbarn halfen sich gegenseitig, und dadurch entstand eine bessere Gemeinschaft. Die ganze Stadt kannte sich so untereinander (...). Heute leben sich die Leute in der Stadt immer mehr auseinander. Bei den Jugendlichen zeigt sich das daran, daß sie kaum noch gemeinsame Sachen machen... In vielen Gesprächen mit Gudensberger Einwohnern haben wir uns gewundert, was die Jugend früher alles gemeinsam unternommen hat. Uns ist aufgefallen, daß sogar wir noch andere und interessantere Spiele gespielt haben als die Kinder heute... Wir konnten noch in alten Scheunen herumtoben, vom Dachgiebel ins Heu springen, die Schweine ärgern, Höhlen im Stroh bauen... Und was ist heute in der Stadt? Einkaufszentren und Fußgängerzonen. Es gibt kaum noch Bauernhöfe und Handwerksbetriebe, wo man etwas unternehmen kann. Jetzt wissen wir, daß bei einer vernünftigen Stadtplanung diese kleinen, aber wichtigen Dinge nicht fehlen dürfen. Es kommt nicht auf die Größe der Betonbauten, die idyllischen Blumenkübel, das schöne Verbundpflaster, die herrlichen Laternen an, sondern darauf, daß man in der Stadt miteinander leben, spielen und arbeiten kann. Wir sind nicht gegen eine Modernisierung, aber sie muß lebensfreundlich sein.«

Es gibt einige Themen, die in den Heften immer wiederkehren: die zentralen Erfahrungsbereiche Spielen, Wohnen, Arbeiten, zwischenmenschliche Beziehungen. Die Beschäftigung mit der Geschichte des eigenen Ortes führt manchmal bis ins Mittelalter, vor allem aber ins 19. und beginnende 20. Jh. zurück, sie ist ablesbar an alten Bauten (Kirchen, Schlössern, Werkstätten, Fachwerkbauten...), vor allem ist sie erzählte Geschichte, alte Leute sind Hauptquellen für das Leben in früherer Zeit. In diesen vergangenen Lebensverhältnissen entdecken die Jugendlichen zwar materielle Bedrohung und Abhängigkeit des einzelnen, aber zugleich intensiveres Zusammenleben der Menschen in Nachbarschaft und in den Familien. Im Handwerk und der Landwirtschaft waren Wohnung und Arbeitsplatz nicht getrennt, die Generationen lebten zusammen, es gab Nachbarschaftshilfe. Diese quasi »ungeteilte« Welt der Erwachsenen, Jugendlichen und Kinder ist heute weitgehend verlorengegangen: viele kleine Orte sind zu Schlafstädten geworden, Väter, oft auch Mütter, kehren erst abends von der Arbeit zu den Kindern zurück. Alte Wohnviertel mit offenen Plätzen, in denen Kommunikation möglich ist, sind vom Abbruch bedroht. Aber selbst die Kommunikation der Jugendlichen untereinander wird dort unmöglich, wo ihre Kneipen geschlossen werden oder ihre Treffpunkte – ein altes Backhaus, eine unbenutzte Pfarrwohnung – geschlossen oder abgerissen werden. Zahlreiche solcher »Treffpunkte«, wo Jugendliche unter sich sein konnten, gab es in früheren Zeiten (z. B. die Spinnstuben).

Die jugendlichen Autoren stellen fest, daß Spielplätze immer erst dort eingerichtet werden müssen, wo gewachsene Spieelecken zerstört worden sind. Sie registrieren auch, wie im vergangenen »ungeteilten« Arbeitsleben ein intensives Lernen durch Mit- und Nachmachen möglich war. Mit dem Aussterben des alten Handwerks ist diese Erfahrungsmöglichkeit für sie verschwunden. Angesichts der Lebensgewohnheiten in Neubauvierteln, dem schon äußerlich dokumentierten Bedürfnis nach Abgrenzung und Repräsentation stellen die Jugendlichen die Frage nach Sinn und Wert eines Konsumverhaltens, durch das gerade die menschlichen Beziehungen verarmen. Sie fragen angesichts der Zerstörung von alter Wohnsubstanz in den Ortskernen zugunsten von Geschäfts- und Verwaltungsgebäuden nach dem Verlust der humanen Qualität der Städte. Sie flüchten nicht in eine heile Welt der Vergangenheit und entwerfen auch keine Utopien für die urbane Zukunft, sie machen auf die speziellen Bedürfnisse ihrer Altersgruppe aufmerksam, zeigen kritisch die inhumanen Folgen gegenwärtiger städtebaulicher Entscheidungen und Planungen auf und treten gegenüber ihrer Elterngeneration engagiert für eine veränderte Wertordnung ein: der Aufbau stabiler sozialer Beziehungen in Familien und Jugendgruppen, zwischen den Generationen, in der Nachbarschaft scheinen ihnen wertvoller als die Anhäufung materieller Güter. Die Erhaltung einer menschenfreundlichen, kommunikationsfördernden urbanen Umwelt scheint ihnen wichtiger als Steigerung des Steueraufkommens einer Gemeinde.

Wir haben über das Konzept »Spurensicherung« ausführlicher berichtet, weil es Stadtplanern und Kommunalpolitikern Auskunft geben kann über die wirklichen Bedürfnisse von Stadtbewohnern im ländlichen Raum. Es würde sich vermutlich lohnen, die Ursachen für Unmut und Kritik dieser Generation auch in unseren Großstädten mit mehr Offenheit nachzugehen, wenn man die zunehmenden Konflikte mit mehr Handlungssicherheit und Zukunftsperspektive lösen will. Aber auch für den Didaktiker, der sich schulmäßig mit der Vermittlung von Stadtgeschichte beschäftigt, könnten solche außerschulischen Erkundungen Jugendlicher am eigenen Lebensort wichtige Hinweise geben, für eine den jugendlichen Interessen angemessene Behandlung der Stadtgeschichte im Unterricht. Denn eigentlich stünde ja einem erfahrungsoffenen Geschichtsunterricht nichts entgegen. Es scheint auch so, als ob sich die didaktischen Bemühungen und Modelle auf die spezifischen Erfahrungen und Interessen Jugendlicher zubewegen würden. Der wissenschaftliche Trend zur sozialgeschichtlichen Aufarbeitung der Stadtgeschichte kommt einem Bedürfnis nach Alltagsgeschichte, nach Orientierung der Alltagserfahrung, nach Information über materielle Kultur, über Kindheits- und Familiengeschichte entgegen. Quellenarbeit und entdeckendes Lernen im Geschichtsunterricht konvergieren mit dem Bedürfnis nach eigenständiger Spurensicherung. Zu fragen wäre aber, ob unsere Lehrpläne, Schulbücher und eine oftmals eher akademische Akzentuierung des Themas im Unterricht den Zugang zu ihm nicht eher verstellen als öffnen und auf diese Weise wichtige Lernchancen verspielen. Weiter ist zu fragen, ob es angesichts der historisch vielschichtigen Bausubstanz und Traditionsstandes unserer Städte sinnvoll ist, die »mittelalterliche Stadt« als isoliertes

Phänomen zu behandeln. Für Jugendliche ist die Epoche der Industrialisierung als auffindbare Marke zahlreicher Veränderung aller Lebensbereiche sehr viel interessanter, weil sie hier die Spuren derjenigen Veränderungen auffinden können, die ihr eigenes Dasein bis heute nachhaltig bewirkt haben.²⁵

²⁵ H. de Buhr hat für den Bereich der Grundschule ein didaktisches Modell Stadtgeschichte entwickelt, das einen Teil der hier genannten Konsequenzen enthält. Vf. konkretisiert das Thema »Stadtgeschichte im Unterricht« am Beispiel Dortmund. Da er an diesem Beispiel generelle Merkmale des mitteleuropäischen Urbanisierungsprozesses belegen kann, hat sein Modell paradigmatische Bedeutung. Es regt zur Beschäftigung mit Städten in der eigenen Region an. Vf. geht allerdings wie die Autoren lerntheoretischer Prägung von einem Zusammenhang zwischen Forschung und Zielsetzung für den Unterricht aus, er berücksichtigt dabei die gegenwärtigen Probleme urbaner Existenz. Er warnt vor einer Idealisierung der mittelalterlichen Stadt als idyllisches Gegenbild zur heutigen Großstadt und einem aus dieser Gegenüberstellung resultierenden Großstadthaß. Das Modell zielt auf die Entwicklung der Fähigkeit zur politischen Partizipation in urbanen Veränderungsprozessen ab.

G. Schneider (s. A 4) hat in seiner umfangreichen Sammlung von Materialien zu den Themen Verstädterung/Urbanisierung, Stadtwirtschaft (Fernhandel, Märkte, Handwerk/Zünfte), Zusammenleben in der mittelalterlichen Stadt (Familienleben, Nahrung/Kleidung/Wohnung, Krankheiten/Gesundheitspflege/Soziale Fürsorge, Feste/Vergnügungen), Schichtung der spätmittelalterlichen Stadtbevölkerung, soziale Konflikte in der mittelalterlichen Stadt ohne den Weg der empirischen Erhebung Richtungen eingeschlagen, die einer Didaktik der Alltagsgeschichte und der materiellen Kultur in der Stadt sehr nahe kommen und den tatsächlich feststellbaren historisch-politischen Bedürfnissen Jugendlicher entgegenkommen. Leider hat er zum erstgenannten Thema Verstädterung/Urbanisierung keine Materialien abgedruckt; bedauerlich deshalb, weil er sich ausdrücklich gegen eine isolierte Behandlung der mittelalterlichen Stadt ohne den nachfolgenden Prozeß territorialstaatlicher Funktionsänderungen und der tiefgreifenden Veränderungen in der Industrialisierungsphase wendet. Dennoch zeigt Schneider gegenüber dem in der Geschichtsdidaktik tradierten Paradigma der mittelalterlichen Stadt einige wichtige Korrekturmöglichkeiten auf: er verzichtet auf einen Themenbestand, der im Unterricht zur unbefragten Tradition geworden war: auf »Rechts- und Verfassungsprobleme, Stadtentstehungsfragen, Städtetypen« (S. 24). Er gewinnt damit Raum für eine Akzentuierung sozial-, wirtschafts- und alltagsgeschichtlicher Fragen, die sich dem Erwartungs- und Erfahrungshorizont heutiger Jugendlicher annähern. Uns scheint es so, als ob eine Didaktik der Stadtgeschichte auf dem hier gewiesenen Weg entschiedener vorankommen kann, indem sie 1. genauer die Interessenlage Jugendlicher erkundet, 2. regionale Besonderheiten untersucht (z. B. ländliche Siedlungen und Großstädte) und 3. sich um eine gesellschaftstheoretische, soziologische und unterrichtsempirische Begründung eines solchen Konzepts bemüht.

Horst Gies

Berlin –

Stadtgeschichte als Zugang zur Weltgeschichte.

Anregungen für eine Unterrichtseinheit

Vor 100 Jahren wurde Berlin Hauptstadt des neugegründeten Deutschen Reiches. Die »Gründerjahre« brachten einen Aufschwung mit enormer Dynamik: historisierende Prunkbauten, Bodenspekulation und Mietskasernenelend korrespondierten miteinander. Von 1870 bis 1940 stieg die Einwohnerzahl der deutschen Metropole von 800 000 auf 4,5 Millionen; Berlin war die zweitgrößte Stadt Europas und die drittgrößte der Welt. Nachdem 1920 durch Reichsgesetz aus umliegenden acht Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken »Groß-Berlin« gebildet worden war, schickte sich diese Stadt an, selbst Paris den Rang eines europäischen Kultur- und Amüsierzentrums abzulaufen.

Das ist 50 Jahre her. Was im »Tausendjährigen Reich« als »Germania« mit zehn Millionen Einwohnern Welthauptstadt und »Zentrum des Germanischen Rassekernes« werden sollte, wurde vor 35 Jahren von den Bomben der alliierten Luftwaffe und bei der Eroberung durch die Rote Armee der Sowjetunion in einen gigantischen Trümmerhaufen verwandelt (95 Millionen Kubikmeter Schutt, was einem Sechstel der Menge entsprach, die in ganz Deutschland zu beseitigen war). Vor 30 Jahren wurde Berlin in zwei Teile mit »unterschiedlicher Gesellschaftsordnung« zerrissen, es war in der Zeit des »Kalten Krieges« Zankapfel der zerstrittenen ehemaligen Kriegsbündnisse. In den letzten 10 Jahren schließlich, als die Konfrontation unter der selbstzerstörerischen Bedrohung des nuklearen Patts entspannter Koexistenz wich, war und ist Berlin »Testfall« für die Détente des Ost-West-Gegensatzes.

Wie an keiner anderen Stelle spiegelt sich im Schicksal dieser Stadt die Geschichte Deutschlands und Europas der letzten hundert Jahre wider. An Berlin ist – wie nirgendwo sonst – die Teilung der Welt in zwei Macht-»Blöcke«, in zwei ideologisch-politische Weltanschauungs- und Wirtschaftssysteme zu veranschaulichen.

1. Didaktische Profilierung

Wenn es Aufgabe der Stadtgeschichte im Unterricht ist,¹ in der lokalen Besonderheit, d. h. der Einmaligkeit und Konkretheit eines überschaubaren Ortes allgemeine Strukturen des

¹ Aus der Fülle der hierfür zur Verfügung stehenden Literatur sei verwiesen auf: *H. de Buhr*, Stadtgeschichte im Unterricht, in: *K.-H. Beeck* (Hrsg.), Landesgeschichte im Unterricht, Ratingen

historischen Prozesses oder Charakteristika einer geschichtlichen Epoche aufzuspüren, so gewinnt die Geschichte Berlins erst im 19. Jahrhundert Relevanz. Lassen sich etwa Lübeck als Typus der Hansestadt und Frankfurt am Main zur Geschichte städtischer Bürgerfreiheit und kommunaler Selbstverwaltung als »Fall«-Studienobjekte heranziehen – wie Athen als Stadtstaat, Venedig als Stadtrepublik und Rom als Kapitale eines Weltreiches –, so sind am Beispiel Berlin generalisierbare historische Erkenntnisse zum Thema Urbanisierung als Charakteristikum aller Industriestaaten zu gewinnen.

Verglichen mit Rom, Paris oder London ist Berlin eine sehr junge Stadt. Sie hatte nur 300 Jahre Zeit, um zu einem machtpolitischen und kulturellen Zentrum Europas zu werden. Im 13. Jahrhundert, als die Ansiedlung mitten im Havelland der slawischen Wenden von Kaufleuten und Fischern auf einer Spreeinsel gegründet wurde, hatte Paris schon 100 000 Einwohner. Friedrich Wilhelm (1640–88) aus dem Geschlecht der schwäbischen Hohenzollern, die 1411 aus Nürnberg in die Mark Brandenburg gekommen waren, der »Große Kurfürst« also – seinem zeitgenössischen Denkmal begegnet man heute vor dem Schloß Charlottenburg –, steht am Beginn des brandenburgisch-preußischen Weges zur europäischen Großmacht. Als er seine Regierungszeit nach den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges in Berlin antrat, lebten dort nur noch 6000 Einwohner. Von der Residenz der preußischen Könige, dem Berliner Stadtschloß, ist heute nur das Portal übriggeblieben – es ziert die Fassade des Sitzes des Staatsrates der DDR in Ost-Berlin.

Nein, Berlin als Unterrichtsgegenstand und nicht als Objekt liebevoller lokalpatriotischer Stadtgeschichte wird erst im 19. Jahrhundert »interessant«, in dem der Entwicklungsprozeß des Industriezeitalters beginnt und die »deutsche Frage« von Berlin aus mit »Eisen und Blut« entschieden wurde – mit allen Folgen im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich auch und gerade für diese Stadt. So reizvoll ein Porträt Berliner Geschichte – vom Handelsflecken über die königliche Residenzstadt zur kaiserlichen Reichshauptstadt und europäischen Metropole – wäre, dem Unterrichtsprinzip, das Allgemeine im besonderen zu finden, würde man nur sehr sporadisch gerecht werden. Eher schon ließe sich in Berlin konkrete Anschaulichkeit und Gegenstandserfahrung gewinnen, wenn es darum ginge, Entstehungsprozeß und Folgewirkungen von Industrialisierung und Urbanisierung zu thematisieren, eingedenk der Feststellung Wolfgang Hugs: »Das Leben in der Stadt, die urbane Existenz ist zum Grundtypus des Lebens in der Industriegesellschaft geworden.«²

u. a. 1973, S. 151 ff.; *ders.*, Überlegungen zu einer Didaktik der Stadtgeschichte, Wuppertal 1976; *R. Joos*, Stadt im Unterricht, in: *ZSSD* 1 (1974), S. 140 ff.; *H.-G. Langer*, Die Stadt als didaktisches Problem des Geschichtsunterrichts, in: *ZSSD* 4 (1977), S. 1 ff. und *GWU* 1977, S. 272 ff. und S. 337 ff.; Osnabrücker Projektgruppe »Interdisziplinäres Curriculum«, »Stadt« im Unterricht. Werkstattberichte über ein curriculares Entwicklungsvorhaben der Fächer Geographie, Geschichte, Politische Wissenschaft, Stuttgart 1976.

² In: *K. Filser* (Hrsg.), Theorie und Praxis des Geschichtsunterrichts, Bad Heilbrunn/Obb., 1974, S. 153.

Niemand, der eine Stadt besucht, kann sich ihrer Geschichte entziehen, deren Überresten er begegnet. Doch wer nach Berlin kommt, trifft nicht nur auf Kommunalgeschichte, er wird auch und gerade mit National- und Weltgeschichte konfrontiert. Es gibt wenige Beispiele in der Welt, bei denen Schicksal und Entwicklung einer Stadt derart mit der Geschichte eines Volkes und Staates, aber auch mit dem Prozeß der internationalen Politik verknüpft sind, wie im Falle Berlin. Seit 1945 ist die »Berlin-Frage« einer der schwierigsten Knotenpunkte der Weltpolitik. Gerade darin liegt die Attraktivität dieser Stadt für viele ihrer Besucher – Jahr für Jahr kommen beispielsweise cirka 200 000 Jugendliche (davon etwa 35 000 Ausländer) meist als Schulklassen oder in Gruppen an die Spree. Was dabei stattfindet, ist »retrospektive historische Erarbeitung eines gegenwärtig aktuellen Problems«,³ der Teilung Deutschlands, der Spaltung Europas, der Konfrontation zweier Weltmächte. Das beginnt damit, daß mindestens 130 km des Territoriums des im Gefolge des Zweiten Weltkrieges entstandenen zweiten deutschen Staates zu überwinden sind, um die »Insel im roten Meer« zu erreichen. Neben seiner historisch-politisch einmaligen Lage kann und will das Reiseziel aber auch sein zweites Charakteristikum, zwei Städte einer Stadt zu sein, nicht verleugnen. Dies schon allein deshalb nicht, weil aus dem grundgesetzlich verankerten Wiedervereinigungsgebot der Bundesrepublik Deutschland als »Aufgabe Berlins« abgeleitet wird, »die deutsche Frage offen zu halten, bis sie wirklich friedlich gelöst werden kann«.⁴

Zwei Jahrzehnte, während der Zeit des »Kalten Krieges«, stand die Deutschlandpolitik im Zentrum der Weltpolitik. Die zeitliche und thematische Spanne reicht von jenem 78. Tag der Blockade Berlins 1948, als Ernst Reuter ausrief: »Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien – schaut auf diese Stadt und erkennt, daß ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft, nicht preisgeben könnt!« – bis zu jenem Tag im Sommer 1963, als der amerikanische Präsident John F. Kennedy vor dem Rathaus Schöneberg unter der Freiheitsglocke bekannte: »Alle freien Menschen, wo immer sie leben mögen, sind Bürger dieser Stadt West-Berlin, und deshalb bin ich als freier Mann stolz darauf, sagen zu können: Ich bin ein Berliner!«

Die didaktische Fragestellung, ob es möglich sei, an der Geschichte Berlins nach 1945 Einblick zu gewinnen in die Entwicklung eines wesentlichen Bereichs internationaler Politik, den globalen Ost-West-Konflikt (von der Kooperation zur Konfrontation und vom Konflikt zur Détente), ist sicherlich uneingeschränkt zu bejahen.⁵ Und auch auf die

³ Arbeitsgruppe des Historikerverbandes unter der Leitung von K.-E. Jeismann, Funktion und Didaktik der Geschichte. Begründung und Beispiele eines Lehrplans für den Geschichtsunterricht, Beiheft zur Zeitschrift GWU, Stuttgart 1974, S. 125.

⁴ Berlins damaliger Regierender Bürgermeister Dietrich Stobbe in einer Rede vor dem Aspen-Institut Berlin, Der Tagesspiegel vom 28. 6. 1977.

⁵ Vgl. u. a. K. D. Bracher – E. Fraenkel (Hrsg.), Internationale Beziehungen. Fischer Lexikon, Frankfurt 1969 (Stichwort: »Berlinfrage«) und R. Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch internationaler Politik, Opladen 1977 (Stichwort: »Berlin-Problem«).

umgekehrt gestellte Frage gibt es eine positive Antwort: Inwieweit ist dieser weltumspannende Konflikt im Schicksal und der Entwicklung dieser Stadt wiederzuerkennen (vom Streitobjekt zum Prüfstein der Entspannung)?

Die Jahre nach 1969 brachten mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975 in Helsinki als Höhepunkt das vorläufige Ende der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der »Europas von der neueren Geschichte am stärksten durchtränkter Ort« (W. Höllerer) auch gleichzeitig empfindlichste Stelle für potentiell explosive Entladungen weltpolitischer Spannungen war. Seit den siebziger Jahren drängt der Nord-Süd-Konflikt, das wirtschaftlich-soziale Gefälle zwischen Industriestaaten, Rohstoffländern und materiellen Habenichtsen in den Vordergrund internationaler Politik. Die europäischen Probleme sind an den Rand des Weltinteresses gerückt. Die Ausnutzung der besonderen geographischen Lage Berlins zur Durchsetzung machtpolitisch-imperialer oder verfassungspolitisch-nationaler Ziele ist durch ein völkerrechtlich abgesichertes Vertragssystem schwerer geworden, dessen Regelungen bei aller Vagheit und Offenheit neuralgischer Punkte doch zu detailliert und eindeutig sind, als daß die Schuld für Spannungstörungen nicht eindeutig zutage treten würde. Das Viermächteabkommen von 1971 ist ein Kernstück des ost-westlichen modus vivendi, Druck auf den »Hebel« Berlin würde die Sicherheit in Europa und den Frieden in der Welt gefährden. Das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West kann nirgendwo besser studiert werden als am Beispiel der fünfundsiebzigjährigen Nachkriegsgeschichte Berlins. Jede versuchte Veränderung dieser Balance of Power gefährdete den Weltfrieden, und der Preis dieses Krieges wären Zerstörung und Selbstzerstörung gewesen. Andererseits ist nirgendwo besser als am Beispiel Berlins der mögliche Einfluß der weltpolitischen Großwetterlage auf Leben und Zusammenleben von Menschen eines eng begrenzten Raumes zu erkennen. Diese Möglichkeiten sollten unterrichtlich genutzt werden.

Es geht also im wesentlichen um die didaktische Profilierung eines zeitgeschichtlichen Themas, das aus seiner Aktualität – dem Gegenwartsbezug – Motivation, Interesse und Problematik bezieht. Dabei käme es im Unterricht darauf an, einen Reflexionsprozeß in Gang zu setzen, der weder eindimensional die »antikommunistische« noch einseitig die »antiimperialistische« Perspektive erkennt, sondern eine rationale Auseinandersetzung mit den gegebenen Fakten und Interessenlagen sucht. Konkret geht es weniger um die Entmythologisierung einer »Berlin-Ideologie«, noch um eine Emotionalisierung im Sinne von »Frontstadt-Hysterie«. Das außergewöhnliche Stadtgebilde Berlin – ob als »Hauptstadt der DDR« oder »Sowjetsektor«, ob als »Berlin (West)« oder »Westberlin« als Problemfall fast täglich in den Schlagzeilen der Weltpresse – soll in seinem historischen Entstehungsprozeß durchleuchtet und begrifflich gemacht werden. Im Sinne eines strukturell-analytischen Ansatzes sind an diesem lokalen Modell wesentliche Einzelprobleme internationaler Beziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu exemplifizieren. Das hat neben der großen Anschaulichkeit und der »Nähe« des Gegenstandes die weiteren Vorteile des regionalen Interesses und der existenziellen »Betroffenheit« der Schüler. Von

einem eng begrenzten Bereich aus kann der Lerngegenstand bei Bedarf und Interesse in die verschiedensten Richtungen politischer Bildungsarbeit ausgebaut werden. Dagegen wiegt der Nachteil landesgeschichtlicher Spezialisierung wenig, besonders weil zum Thema »Berlin« umfangreiche Untersuchungen und eine Fülle von publiziertem Material zur Verfügung stehen.⁶

2. Intentionen und inhaltliche Schwerpunkte

Zielsetzung und Gliederung einer Unterrichtseinheit sind entscheidend abhängig von den Bedingungsfaktoren ihrer Realisierung. Da diese je und je unterschiedlich sind, werden auch die thematischen Akzente dieses Unterrichts verschieden sein müssen. Trotzdem ist es möglich – jeder Lehrplan und jedes Schulbuch beweisen es –, dem sich vorbereitenden Lehrer Ziele und inhaltliche Schwerpunkte einer bestimmten Unterrichtsthematik vorzustellen.

⁶ Eine »Berlin-Bibliographie« wird niemand an dieser Stelle erwarten. Einige Literaturhinweise sollten genügen. *Zur Geschichte Berlins*: H. Kotschenreuther, Kleine Geschichte Berlins, Berlin 1967; W. Jaeger, Der Weg zur Weltstadt Berlin, Berlin 1969; W. Weber/W. Jahn, Synopse zur Deutschlandpolitik 1941–1973, Stuttgart 1973; R. Löwenthal, Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, Stuttgart 1974. *Quellen- und Materialsammlungen*: H. Bodensieck, Der Kalte Krieg. Weltpolitik 1945–1962; ders., Probleme der Weltpolitik seit 1963; ders., Die Deutsche Frage seit dem Zweiten Weltkrieg; ders., Deutschland-Politik der Bundesrepublik Deutschland (Kletts Quellen- und Arbeitshefte zur Geschichte und Politik Nr. 42561, 42562, 42571 und 42531); Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951, hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin, bearbeitet durch H. J. Reichhardt, H. U. Treutler und A. Lampe, Berlin 1964; Dokumente zur Berlinfrage 1944–1966, hrsg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bonn in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin, München 1967; Die Berlin-Regelung. Das Viermächteabkommen über Berlin und die ergänzenden Vereinbarungen, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1971. *Analysen aus westlicher Sicht*: J. Fijalkowski, Berlin. Hauptstadtanspruch und Westintegration, Köln 1967; J. Nawrocki, Brennpunkt Berlin. Politische und wirtschaftliche Realitäten, Köln 1971; R. Heyen (Hrsg.), Die Entkrampfung Berlins oder eine Stadt geht zur Tagesordnung über, Einbek 1972; D. Doehring/G. Röss, Staats- und völkerrechtliche Aspekte der Berlin-Regelung, Frankfurt/M. 1972; Entwicklung der Berlin-Frage (1944–1971), zusammengestellt von F. Matthey, Berlin 1972; D. Mahncke, Berlin im geteilten Deutschland. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, München 1973; E. R. Zivier, Der Rechtsstatus des Landes Berlin – Eine Untersuchung nach dem Viermächteabkommen vom 3. September 1971, Berlin 1974; D. Baumeister (Hrsg.), Berlin Fibel. Berichte zur Lage der Stadt, Berlin 1975. *Analysen aus östlicher Sicht*: V. Wyssowski, Westberlin, Moskau 1974; G. Keiderling/P. Stulz, Berlin 1945–1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin (Ost) 1970; H. Bethke, Westberlin als Ideologie, in: Sozialistische Politik 6 (1974), Heft 30, S. 5–24. *Zur städtischen Struktur*: A. Schinz, Berlin. Stadtschicksal und Städtebau, Braunschweig 1964; F. Werner, Städtebau in Ostberlin, Berlin 1974; B. Hofmeister, Berlin. Eine geographische Strukturanalyse der zwölf westlichen Bezirke.

Der folgende Vorschlag für eine Unterrichtseinheit über »Berlin« versucht, die vorausgegangen didaktischen Überlegungen umzusetzen. Er versteht sich als Anregung.⁷ Ausgehend von der gegenwärtigen Situation der geteilten Stadt wird die Frage nach Ursachen, Verlauf und Folgen des Spaltungsprozesses gestellt und behandelt, um schließlich in eine Meinungsbildung über die Zukunft des doppelten Gemeinwesens einzumünden. Benötigt werden etwa zehn Unterrichtsstunden der Fächer Sozialkunde, Geographie und Geschichte bzw. Gemeinschaftskunde. Auch für einen Kurs in der Erwachsenenbildung oder zur Vorbereitung einer Berlin-Fahrt eignet sich die hier vorgelegte Konzeption.

Intentionen der Unterrichtseinheit sind:

- A. Konkrete Anschaulichkeit im Hinblick auf Grundbegriffe des internationalen Systems seit 1945 wie z. B. Kalter Krieg, Containment, Bipolarität, atomares Kräftegleichgewicht, friedliche Koexistenz, geregeltes Nebeneinander, Entspannung.
- B. Erkenntnis, daß der bis heute andauernde Konflikt zwischen kommunistischem und liberalem Demokratieverständnis sich im Schicksal, in der Entwicklung und im Zustand Berlins widerspiegelt.
- C. Einblick in die Entwicklung dieses globalen Ost-West-Konfliktes von der Kooperation zur Konfrontation, vom Konflikt zur Détente eines modus vivendi auf der Basis der Anerkennung des status quo in Europa.
- D. Erkenntnis der spannungsvollen Interdependenz nationaler Interessen und Probleme Deutschlands (Freiheit, Einheit, Selbstbestimmungsrecht) mit den internationalen Interessen und Problemen des Mächtesystems (Frieden, Gerechtigkeit, Sicherheit).
- E. Einsicht, daß weltpolitische Konstellationen massiv auf das Alltagsleben der Menschen in einer Region einwirken können.
- F. Einblick in das Instrumentarium, über das die Sowjetunion unterhalb der Schwelle kriegerischer Auseinandersetzung bei der Verfolgung machtpolitisch-imperialer Ziele verfügt(e).
- G. Engagement für Berlin als Zukunftsinvestition in die eigene nationale Existenz der Deutschen innerhalb einer europäischen Staatengemeinschaft des Friedens und der Selbstbestimmung.

Wissenschaftliche Länderkunde, Band 8, I, Darmstadt 1975; Perspektiven der Stadtentwicklung, hrsg. vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Berlin 1974.

⁷ Als Literatur, die das Thema und seinen Kontext didaktisch aufarbeitet, wäre zu nennen: H. Schneider/U. Uffelmann, Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Ein Reader für den historisch-politischen Unterricht, Paderborn 1977; U. Uffelmann, Internationale Politik und deutsche Frage 1945–1947. Ein didaktisches Konzept für Schule und Studium, Düsseldorf 1976; W. Boeck, Internationale Beziehungen. Frieden und Konflikt heute (Ploetz-Arbeitsmaterialien), Würzburg 1975; Berlin. Informationen zur politischen Bildung Nr. 97 (1962) und Nr. 181 (1979); G. Höfelmann, Berlin. In: Stadt im Unterricht (s. A 1); Berlin. Materialien zur Rechtslage und zur politischen Entwicklung seit 1945, hrsg. vom Informationszentrum Berlin, Berlin 1976. Der Vf. dieser Skizze wird mit seinem Kollegen W. Leppler in absehbarer Zeit eine didaktisch aufbereitete und mit Material ausgestattete Unterrichtseinheit zum Thema »Die Stadt Berlin« veröffentlichen.

Inhaltliche Schwerpunkte der Unterrichtseinheit sind:

I. HINFÜHRUNG, MOTIVATION, PROBLEMATISIERUNG

1. Berlin – eine Stadt wie jede andere?

- a) Geographische, verkehrstechnische, wirtschaftliche, bevölkerungspolitische Besonderheiten (mit Hilfe von Karte, Wegweiser, Ortsschildern, Statistik/Grafik)
- b) Rückblick in die Geschichte Berlins (mit Hilfe zweier Bildsequenzen: 1) Brandenburger Tor 1871, 1933, 1945 – 2) Stadtplan der preußischen Residenz, Modell »Germania« als Welthauptstadt, aktueller Stadtplan)

II. ORIENTIERUNG, WISSENSVERMITTLUNG, WISSENSERWERB

2. Die Situation Groß-Berlins bei Kriegsende (2. Mai bis 11. Juli 1945)

- a) materielle Ausgangslage (Wohnverhältnisse, Ernährung, Arbeitsplätze, Verkehr)
- b) Berlin unter der Alleinherrschaft der sowjetischen Besatzungsmacht (administrativ-politische Weichenstellungen)

3. Berlin unter der Herrschaft der Alliierten Stadtkommandanten (11. Juli 1945 bis 20. März bzw. 16. Juni 1948)

- a) rechtliche Ausgangslage (Londoner Abkommen, Beschlüsse von Jalta und Potsdam als Grundlage des Viermächtestatus von ganz Berlin; Befugnisse und Funktionsweise der Alliierten Stadtkommandantur bis zur Einstellung der Mitarbeit der Sowjetunion)
- b) Aufbau und Entwicklung der Berliner Stadtverwaltung (Parteien, insbesondere Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED; erste und bisher letzte freie Wahlen in ganz Berlin im Oktober 1946; Ernst Reuter und der Magistrat)

4. Die Teilung der Stadt in der ersten Berlinkrise 1948/49

- a) Westliche und östliche Währungsreformpläne; Blockade als Instrument kommunistischen Expansionsstrebens und Luftbrücke als Demonstration westlichen Behauptungswillens (Juni 1948 – Mai 1949)
- b) Reaktion der Bevölkerung und ihrer Repräsentanten (Verlegung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wegen kommunistischer Störungen in die Westsektoren; Errichtung eines »provisorischen demokratischen Magistrats« im Ostsektor durch die SED; Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 5. Dezember 1948, die nach sowjetischem Verbot auf die Westsektoren beschränkt bleiben)

Hintergrund:

Trumandoktrin zur Verhinderung einer weiteren Ausdehnung des Sowjetimperiums nach Westen und Marshall-Plan der USA zum Wiederaufbau Europas (1947); Staatsstreik und Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei (1948).

5. Die Entwicklung der politisch und wirtschaftlich geteilten Stadt:

- a) Berlin (West) und Berlin (Ost): politische (1) und materielle (2) Verhältnisse
Zu (1): *einerseits* – neues Besatzungsstatut durch westalliierte Stadtkommandanten (Mai 1949), neue Verfassung (Oktober 1950) mit voller Eingliederung in das Rechts-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland unter Respektierung der alliierten Vorbehalte – *andererseits* – politischer Status als »Hauptstadt der DDR« unter Respektierung gewisser alliierter und sowjetischer Vorbehalte, Auswirkungen des sozialistischen Herrschaftssystems auf das politische Leben in der Stadt; Isolierungsbemühungen der DDR gegen Berlin (West) durch Einführung von Straßenbenutzungsgebühren für den Berlin-Verkehr, Einreiseverbot für Bewohner der Westsektoren in die DDR, Unterbrechung der Telefonverbindungen und des Straßenbahnverkehrs zwischen beiden Teilen der Stadt.
Zu (2): Lebensstandard und Wiederaufbau als Ergebnis der Entwicklung von Wirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie in beiden Teilstädten.
- b) Die Zerschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 (Anlaß, Hintergründe und Ziele – Erhöhung der Arbeitsnormen, Lebensstandardgefälle, Ausstrahlung des westlichen Demokratieverständnisses, Wiedervereinigung Deutschlands – Ergebnis: politisches Scheitern an sowjetischen Panzern, materielle Vergünstigungen)

Hintergrund:

Die UdSSR holt die USA als Atommacht ein (1949); Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (1949); Korea-Krieg (1950/51); vergeblicher diplomatischer Versuch der UdSSR, die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die NATO zu verhindern (1952); Präsidentschaftsantritt Eisenhowers in den USA, Tod Stalins in der UdSSR (1953).

6. Die Kraftprobe ohne Sieger in der zweiten Berlinkrise 1958

- a) Die Absichten der Sowjetunion (Chruschtschow-Ultimatum: Berlin (West) als »entmilitarisierte freie Stadt« oder Übertragung aller Besatzungsrechte der UdSSR an die DDR)
- b) Die Position der Westmächte (keine Aufgabe ihrer Rechte als Besatzungsmächte; Kennedys »essentials«: Anwesenheit westallierter Truppen, freier Zugang von und nach Berlin, politische Selbstbestimmung und materielle Lebensfähigkeit der Bevölkerung)

Hintergrund:

Seit 1955 stehen sich NATO und Warschauer Pakt gegenüber; gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn durch sowjetische Truppen während der Suez-Krise 1956; Außenministerkonferenzen in Genf (1959), Gipfeltreffen in Camp David (USA), Paris und Wien (1959, 1960, 1961).

7. *Definitive Spaltung der Stadt in der dritten Berlinkrise 1961*

- a) Ursachen, Absichten, Auswirkungen des Mauerbaues am 13. August 1961
- b) Deutung und Bewertung des Mauerbaues aus östlicher und westlicher Sicht (»antifaschistischer Schutzwall« – Symbol politischer Unfreiheit und Schwäche des kommunistischen Regimes)

8. *Berlin in der Entspannungspolitik der Weltmächte USA – UdSSR*

Nachdem es der Sowjetunion nicht gelungen war, die USA durch die bedrohliche Installation von Atomraketen auf Kuba (1962) zum Nachgeben in der Berlin-Frage zu bewegen, andererseits das Flüchtlingsproblem durch den Mauerbau »gelöst« war, trat ihr Maximalziel (Einverleibung ganz Berlins in den sowjetischen Machtbereich) gegenüber einem Arrangement auf der Basis der Realitäten des status quo in den Hintergrund.

- a) Vertragliche Vereinbarungen (Passierscheinabkommen für West-Berliner (1963–66); Viermächteabkommen vom 3. September 1971; Transitabkommen im Rahmen des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (1971/72); Wiederaufnahme des Telefon-, Reise- und Besuchsverkehrs zwischen beiden Staaten in Deutschland bzw. West- und Ost-Berlin).
- b) Auswirkungen der in West und Ost unterschiedlichen Vertragsauslegung (»Verbindungen« oder »Bindungen« – Abbau, Weiterbestand oder Ausbau der Bundespräsenz in Berlin (West)? Z. B. Errichtung des Umweltbundesamtes 1974; einseitige Eingriffe in die Reise- und Besuchsregelung – z. B. Erhöhung der Zwangsumtauschsätze 1973/74 und 1980 sowie der Straßenbenutzungsgebühren 1977; der entmilitarisierte Status der ganzen Stadt und der Fall Nico Hübner, 1977/78)

Hintergrund:

Besuch Kennedys in Berlin (1963); Verträge über Verbot von Kernwaffenversuchen (1963) und Verbreitung von Kernwaffen (1968) zwischen den USA und der UdSSR, sowie Begrenzung strategischer Waffen (SALT I, 1972), Besetzung der CSSR durch Truppen des Warschauer Paktes (August 1968); Militäraktionen an der sowjetisch-chinesischen Grenze (1969); Gewaltverzichtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR sowie Polen (Ostverträge, 1972); Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen (1973) und Aufnahme diplomatischer Beziehungen miteinander (1974); Breschnjew-Besuch in Bonn: Formel von der »strikten Einhaltung und vollen Anwendung« des Viermächte-Abkommens als »wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Entspannung im Zentrum Europas« (1973).

9. *Leben in zwei Städten einer Stadt*

- a) Bindungen und Verbindungen West-Berlins zu Ost-Berlin und der DDR (Leben an und mit der Mauer; Zahlen zum Reise- und Besuchsverkehr; Statistik des Warenaustauschs usw.)

- b) Architektur als Ausdruck des jeweiligen politischen, materiellen und kulturellen Systems (Alexanderplatz – Kurfürstendamm, Palast der Republik – Internationales Congress Centrum, Trabantenstädte wie Biesdorf-Nord bzw. Marzahn – Märkisches Viertel, Wiederaufbau am Beispiel »Stalinallee« – Hansaviertel)

Hintergrund:

Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Helsinki 1975.

III. INTEGRATION, VERTIEFUNG, TRANSFER

10. *Was geht den Bürger der Bundesrepublik Deutschland Berlin an?*

In der Form von Diskussion, Debatte, Streitgespräch oder Rollenspiel wären aktuelle Fragestellungen mit Zukunftsperspektive zu erörtern. Beispiele:

- a) »Klotz am Bein«, »Faß ohne Boden«? (Der Ausgleich der Standortnachteile West-Berlins kostet jeden Bundesbürger jährlich etwa 60,- DM; diese Berlin-Hilfe deckt mehr als die Hälfte des Finanzbedarfs der Teilstadt – d. h. Stabilisierung der materiellen Lebensfähigkeit nach rechtlicher Existenzsicherung)
- b) Symbol und Zankapfel nur der Deutschen? (Kennedy: »Ich bin ein Berliner« und Kissinger: »Nur wenn Berlin gedeiht, wird auch die Détente gedeihen!« – d. h. Glaubwürdigkeit einer Weltmacht und Prinzipien westlichen Demokratieverständnisses)
- c) Deutschland über alles? (Faustpfand zur Wiedervereinigung – Testfall der Entspannung; nationale Einheit – friedliches Neben- und Miteinander).

Denkmalschutz wäre zu integrieren in einen allgemeinen Begriff von Architektur überhaupt, in dem das Alte im Neuen aufgehoben, also durchaus dialektisch bewahrt wäre. Solange aber der Denkmalschutz in seiner etwas zweifelhaften Stellung zwischen Kunstgeschichte und Architektur verbleibt, ist alles, was er der »Unwirklichkeit der Städte« entgegenhalten kann, lediglich die Unwirklichkeit des des Museums.

Christoph Freiherr von Wolzogen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 1487 vom 28. 6. 1980, S. 9.

Burchard Scheper

Archiv und Schule. Überlegungen und Erfahrungen

Die Diskussion zum Thema »Archiv und Schule« hatte kaum begonnen, als 1978 der Verfasser in mehreren Beiträgen, die auf seinen 1963 begonnenen Versuche basierten, seine Überlegungen und Erfahrungen am lokalbezogenen Beispiel »Bremerhaven« niederlegte.¹ Zwar hatte bereits 1956 Franz Herberhold über den Service éducatif in Frankreich und seine Möglichkeiten in Deutschland gehandelt.² Doch wie die Zukunft beweisen sollte, blieb seinen Anregungen weitgehend das Echo versagt. In seinem mit Recht immer wieder zitierten Beitrag über die Möglichkeiten der Archivbenutzung für den Schulunterricht aus dem Jahre 1974 legte Hans-Joachim Behr seine Gedanken und Erfahrungen aus norddeutschen Archiven vor.³ Archivalische Quellen im Geschichtsunterricht waren ein Jahr zuvor schon durch Gregor Richter ins Gespräch gekommen.⁴ In einem Entwurf des Deutschen Städtetages über Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung des Jahres 1972 wurde zwar Kulturarbeit als praktische Bildungsarbeit verstanden, schulische und kulturelle Institutionen miteinander zu verzahnen, wurde gefordert, doch vom Archiv war noch nicht die Rede.⁵

Es bleibt ein bemerkenswertes Faktum, daß der französische Service éducatif, der in seinen Anfängen bereits seit 1912 besteht und 1950 auf eine breitere Basis gestellt wurde, im deutschen Sprachraum kaum Beachtung gefunden hatte.

In wenigen Jahren hat sich zweifelsohne die Situation verändert. 1978 erschien von Ferdinand Scherf und Friedrich Schütz eine Veröffentlichung aus rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven unter dem Titel »Geschichtsunterricht und Archiv – Erfahrungen und Möglichkeiten«. ⁶ Ausführlich wird in dieser Schrift die Unterrichtsreihe »Die

¹ B. Scheper, Stadtarchiv und Schule, Hinweise und Erfahrungen aus dem Stadtarchiv Bremerhaven, in: Jb. Männer vom Morgenstern 57, 1978, S. 213–253, ders., Stadtarchiv Bremerhaven und Schule, Hinweise und Erfahrungen, in: Arbeitsmappe Schule und Archiv, Hrsg. Der Senator für Bildung, Bremen 1979, S. 14–62.

² F. Herberhold, Der Service éducatif in Frankreich – Seine Möglichkeiten bei uns, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 7 (1956), S. 280–292.

³ H.-J. Behr, Möglichkeiten der Archivbenutzung für den Schulunterricht. Erfahrungen in norddeutschen Archiven, in: Der Archivar 27 (1974), S. 333–346.

⁴ G. Richter, Zur Verwendung von archivalischen Quellen im Geschichtsunterricht, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 24 (1973), S. 659–668.

⁵ W. Löhr, Stadtarchive und städtische Bildungsplanung, in: Der Archivar 26 (1973), Sp. 77 ff.

⁶ F. Scherf und F. Schütz, Geschichtsunterricht und Archiv. Erfahrungen und Möglichkeiten, in: Veröff. aus rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven, Kleine Reihe H 14 (1978), S. 1 ff.

Belagerung von Mainz 1793« vorgestellt, erörtert und diskutiert. Bernd Hey mißt in seinem im gleichen Jahr erschienenen Buch »Die historische Exkursion« dem Archiv als Lernort einen breiteren Raum zu und formuliert dabei auch einige grundlegende Einsichten über die Möglichkeiten von Archiven hinsichtlich pädagogischer Aufgaben.⁷ Es ist bekannt, daß an vielen Orten in den letzten Jahren »Archiv und Schule« Themen von Erörterungen und Arbeiten sowohl von Didaktikern als auch von Archivaren geworden sind. Zum Teil werden Versuche und Bemühungen unternommen, die noch keinen schriftlichen oder bisher nicht bekannten schriftlichen Niederschlag gefunden haben. Daher mögen die hier genannten Arbeiten stellvertretend für andere stehen.

Die Tatsache, daß städtische Archive für den Geschichtsunterricht herangezogen werden, setzt vornehmlich die gestiegene Bedeutung der Stadtgeschichte, insbesondere der lokalen Stadtgeschichte, für den Geschichtsunterricht voraus. Auch hier ist in der Tat ein erheblicher Wandel zu verzeichnen. Für Bemühungen in diesem Bereich mögen nur die Arbeiten von Hans-Günter Langer, Rainer Jooß und Hermann de Buhr genannt werden.⁸ Ganz besonders hinzuweisen wäre in diesem Zusammenhang auf ein Kolloquium des Deutschen Instituts für Urbanistik am 29. und 30. April 1980 in Berlin, bei dem das Thema »Stadtgeschichte und Schule« in mehreren Referaten abgehandelt wurde.⁹

Es mag zweifelhaft sein, ob heute schon von einer ausgereiften Museumsdidaktik gesprochen werden kann.¹⁰ Eine Archivdidaktik, die sich in jedem Fall von einer Museumsdidaktik zu unterscheiden hätte, existiert jedoch kaum in Ansätzen. Ganz abgesehen davon, daß das Museum als Lernort bereits eine lange Tradition besitzt,¹¹ die

⁷ B. Hey, Die historische Exkursion. Zur Didaktik und Methodik des Besuchs historischer Stätten, Museen und Archive, Stuttgart 1978, S. 60–67.

⁸ R. Jooß, »Stadt im Unterricht«, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 1 (1974), S. 141 ff.; H.-G. Langer, Die Stadt als didaktisches Problem des Geschichtsunterrichts, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 4 (1977), S. 1–35; H. de Buhr, Stadtgeschichte im Unterricht, in: Schriftenreihe zur Geschichte der politischen Bildung, 11/1973.

⁹ Probleme der Stadtgeschichtsschreibung, Materialien zu einem Kolloquium des Deutschen Instituts für Urbanistik am 29. und 30. April 1980, hrsg. von Christian Engeli, Wolfgang Hofmann und Horst Matzerath, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 1981, S. 102–120.

¹⁰ Diese Frage stellt sich auch bei Durchsicht der neueren Versuche, zu einer Museumsdidaktik zu gelangen. Man kann Fragezeichen dahinter setzen, ob es bereits gelungen ist, museumsdidaktische Erwägungen mit didaktischen Arbeiten, wie beispielsweise und vorzüglich mit denen von Wolfgang Klafki u. a. in Verbindung zu bringen. Zum Stand in Museumsdidaktik vgl. M. Rosenbaum, Geschichtsunterricht und Museum heute, Museumsdidaktische Führungstexte Bd. 3, Trier 1979.

¹¹ Die Zusammenarbeit zwischen Museum und Schule ist älter als häufig angenommen wird. In Bremen reicht sie schon vor die Jahrhundertwende zurück. Vgl. hierzu R. Pohl-Weber, Museum und Schule in Bremen von 1897 bis zur Gegenwart, in: Jahrbuch der Witttheit zu Bremen 22 (1978), S. 129–153. Bereits 1903 wurde in Mannheim eine Konferenz der Zentralstelle für

didaktischen Bemühungen um das Museum weiter gediehen sind, als dies beim Archiv der Fall ist, gibt es noch eine Schwierigkeit, die im Charakter der Institution und des Schriftgutes selbst liegt.

Ohne Zweifel haben sich die Archive jüngst einem breiteren Publikum geöffnet. Das ist eine positiv zu wertende Tatsache und erklärtes Ziel vieler Archivare, die häufig dabei von ihren vorgesetzten Behörden unterstützt werden. Die Öffnung der Archive und die Benutzung des Archivgutes, insbesondere durch Schüler, schaffen jedoch Probleme hinsichtlich der Erhaltung des Archivgutes. Wie immer man heute die Aufgaben der Archive und Archivare definieren mag,¹² unstreitig nimmt einen wesentlichen Raum dabei ein, die Zeugnisse der Vergangenheit sicher zu verwahren und sie in die Zukunft zu überliefern. Auf der anderen Seite ist es jedoch eine begründete pädagogische Forderung, die Geschichte am Original erfahrbar und begreiflich zu machen.¹³ Ganz abgesehen davon, daß eine wertvolle Urkunde oder Akte nicht nur als Kopie oder gar im Schulbuch angeschaut werden sollte, sondern im Original betrachtet werden müßte, ist es aus pädagogischer Sicht durchaus sinnvoll, wenn Schüler ein solches Stück in den Händen halten und anfassen. Der Archivar wird hier jedoch Grenzen ziehen wollen und müssen. Keineswegs ist nicht nur allein mit älteren Beständen pfleglich umzugehen, sondern auch gerade jüngere Bestände, man denke hier an die Papierqualität der Kriegsjahre, sind durch zu häufige Benutzung gefährdet.

Es dürfte nicht zweifelhaft sein, daß es Kompromisse zwischen den Bedürfnissen der Pädagogen und den Pflichten der Archivare geben kann. Man wird hier kaum generelle Entscheidungen fällen können, sondern von der jeweiligen Situation ausgehen müssen, wobei nicht nur der Charakter des Schriftgutes, sondern auch das Alter der Schüler, ihr Umgang mit den Akten und das Verständnis des Lehrers für archivische Belange eine wesentliche Rolle spielen. Jedenfalls dürfte die Forderung nach äußerst pfleglicher Behandlung des Schriftgutes durch die Schüler kein Hinderungsgrund zu dessen Benutzung sein. Die strenge Forderung nach pfleglichem Umgang erhöht nach den Erfahrungen des Verfassers nicht nur den Respekt der Schüler vor der Geschichte, sondern vermittelt auch den Reiz des Besonderen; eine Tatsache, die pädagogisch fruchtbar gemacht werden kann. Im übrigen sollte die zweifellos vorhandene und nicht zu unterschätzende pädagogische

Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen unter dem Thema »Museen als Volksbildungsstätten« abgehalten. Unter den bedeutenden Verfechtern einer Pädagogisierung der Museen finden sich Namen wie Georg Kerschensteiner und Alfred Lichtwark. In den 20er Jahren dieses Jahrhunderts hat der Leiter des Landesmuseums in Hannover, Professor Jacob-Friesen, versucht, sein Museum nach didaktischen Grundsätzen zu organisieren und auszubauen. 1949 sollten in Hameln die Sammlung des Museums und die Lehrpläne für Volksschulen aufgenommen werden. Vgl. hierzu K. H. Jacob-Friesen, *Museum und Schule*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 1 (1950), S. 46–50.

¹² Dazu G. Granier, *Archive und Datenschutz*, in: *Der Archivar* 34 (1981), S. 62.

¹³ Hierzu F. Scherf und F. Schütz (s. A 6), S. 16–17; B. Scheper (s. A 1), S. 228 ff.

Bedeutung des Originals nicht zum Dogma erhoben werden.¹⁴ Nicht immer werden für pädagogische Zwecke Originale vonnöten sein. In vielen Fällen wird man mit Kopien auskommen können oder auch Überlegungen anstellen wollen, welche Möglichkeiten sich anbieten, pädagogisch vertretbare Ersatzlösungen zu finden.

Das alles setzt lebendigen Kontakt zwischen Archivaren und Pädagogen voraus. Sollen Archive und deren Archivalien für die Schule sinnvoll eingesetzt werden, müssen Lehrer und Archivare zusammenarbeiten und in der Sache selbst zu Gemeinsamkeiten gelangen. Hierbei dürfte es äußerst nützlich sein, daß erste Begegnungen der Pädagogen mit Archiven nicht erst während ihrer Tätigkeit am Schulort vonstatten gehen, sondern bereits im Studium geschehen. Man wird die Zahl der Geschichtslehrer, die noch nie ein Archiv von innen gesehen haben, nicht gering schätzen. Das Gegenteil ist sicher eher der Fall. Während der Referendarzeit sollte der angehende Lehrer Gelegenheit bekommen, durch gezielte Besuche des jeweiligen Archivs mit Archivmaterialien und Archivpersonal in Verbindung zu treten. Neben dem leitenden Archivpersonal dürfte als Kontaktperson auch der Benutzerbetreuer des Archivs von Belang sein. In jedem Fall sollte der Pädagoge – durch wen auch immer – möglichst nahe an die inneren Zonen des Archivs herangeführt werden. Eine eingehende Führung durch das Magazin wird nötig sein, um Begegnungen mit Materialien zu ermöglichen, die den Interessenrichtungen des Pädagogen entsprechen. Vom Archivar eingerichtete Kurse in pädagogischen Bildungsanstalten über Archivkunde und von Möglichkeiten des örtlichen Archivs könnten dann neben vertieftem Wissen über das Archiv auch erste Leitlinien zu dessen Benutzung für den Lehrer deutlich werden lassen.

Für pädagogische Zwecke dürfte wohl jedes Archiv geeignet sein. Priorität genießen unter den Ortsarchiven die Stadtarchive. Archive kleinerer Orte können häufig nur unter schwierigen Umständen benutzt werden. Stadtarchive mittlerer und größerer Orte bieten zumeist genügend Raum für die Aufnahme von Schulklassen und Lehrern. Auch Kreis- und Staatsarchive kommen selbstverständlich für pädagogische Zwecke in Frage. Werk- und Kirchenarchive dürften für spezielle Zwecke und Aufgaben von Belang sein. Für die Stadtarchive fällt indes außerordentlich positiv ins Gewicht, daß der städtische Archivsprengel mit der städtischen Geschichte weitgehend identisch ist. Auf diese Weise kann Stadtgeschichte am Original und in einem überschaubaren, durch manche persönliche Verflechtungen gekennzeichneten Raum erfahrbar gemacht werden.

Bei der pädagogischen Archivnutzung ist auch die Präsenzbibliothek des Archivs zu beachten. Archivgut und -buch gehören letztlich zusammen und sollten einander sinnvoll ergänzen. Ihre Kombination bietet dem Pädagogen zugleich die Chance, an denjenigen Stellen auf das gedruckte Wort auszuweichen, wo durch Schwierigkeiten, z. B. unangemessen großer Zeitaufwand bei Benutzung von Archivalien, dies geboten und nützlich ist.

¹⁴ Das soll hier ausdrücklich hervorgehoben werden, um nicht durch unnötige Grundsatzdebatten den Zugang zur Archivarbeit zu versperren.

Unstreitig hat für den weitgefächerten Aufgabenbereich Archiv und Schule eine gut lesbare, auch unter pädagogischen Absichten entstandene Stadtgeschichtsschreibung eine besondere Relevanz.¹⁵

Neben dem geschriebenen Wort sollte bei einer Stadtgeschichte auch das Illustrationsmaterial, an den sachlich entsprechenden Stellen in den Text eingefügt, eine didaktische Qualität besitzen. Die Illustration ist legitime Fortsetzung des Textes und sollte interpretationsfähig sein. Das Stadtgeschichtsbuch muß gleichzeitig als Wegweiser zu den Quellen fungieren können. Anmerkungen fällt daher eine wichtige Funktion zu. Sie können als Führer zu den im städtischen Archiv lagernden Quellen benutzt werden. Damit kann die didaktische Absicht verknüpft werden, den Schülern wissenschaftliche Arbeitsweisen nahezubringen. Ein derartiges, didaktischen Zielen und Absichten verpflichtetes Stadtgeschichtsbuch, möglichst von einem oder doch nur wenigen Autoren verfaßt, vermag gleichzeitig als Basisunternehmen für spezielle Handreichungen zu dienen.¹⁶ Diese Handreichungen sollten für verschiedene Altersstufen spezielle Themen zur Stadtgeschichte pädagogisch-didaktisch aufarbeiten und darstellen.

Die Begegnung von Schülern und Lehrern mit dem jeweiligen Archiv seines Ortes vermag auf vielfältige Art und Weise zu geschehen. Unter diesen können hier nur einige Möglichkeiten gestreift werden. Da wäre z. B. die Anfertigung von Fotokopien bestimmter Urkunden, Erlasse, Verordnungen etc. für den aktuellen Unterrichtsgebrauch zu nennen. Bereits vorliegende oder anzufertigende Ausarbeitungen des Archivs kommen ebenfalls in Betracht. Archivausstellungen gehören dazu. Schülervorträge und -aufführungen sind ebenfalls in diese Reihe zu stellen, da bei ihrer Gestaltung Materialien der Archive Verwendung finden können.

Bei Schülerarbeiten, so z. B. dem Heinemannwettbewerb, erhält der Schüler direkten Kontakt mit dem Archiv. Für sein persönliches und ferneres Interesse am Archiv wird bei diesem ersten Kontakt die Benutzerbetreuung wichtig werden. Um hier Fehlschlägen vorzubeugen, dürften Gespräche und Vereinbarungen des Lehrers mit dem Archivar im Archiv über die Möglichkeiten des Archivs im speziellen Fall unerlässlich sein. Sicher ist es

¹⁵ Vgl. hierzu: B. Scheper, Stadtgeschichte in didaktischer Absicht, in: Probleme der Stadtgeschichtsschreibung (s. A 9), S. 120–123, I. Thienel-Saage, Stadtgeschichte und Schule, ebda., S. 103–117 und H. de Buhr, Thesen zu einer Didaktik der Stadt- und Urbanisierungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, ebda., S. 117–120.

¹⁶ Vf. hat bereits 1965 unter dem Titel »Johannes Jacobus van Ronzelen 1800–1865«, hrsg. vom Schulamt und Stadtarchiv, Bremerhaven 1965, eine Handreichung in Lose-Blatt-Form herausgegeben, die damals auf regionaler Ebene diskutiert worden ist, vgl. dazu B. Scheper, Die Lose-Blatt-Form im Geschichtsunterricht, in: Bremer Lehrerzeitung Nr. 6, Juni 1966, S. 135–137. Die derzeit vorgelegte Handreichung müßte jedoch weiter diskutiert und modifiziert werden. In diesen Zusammenhängen wäre u. a. die Lose-Blatt-Sammlung »Geschichte original – am Beispiel der Stadt Münster« vom Stadtarchiv Münster zu diskutieren. Das zweite Heft »Die Machtergreifung der Nationalsozialisten«, verfaßt von Joachim Khropka, erschien 1978.

nötig, daß auch der Archivar sich auf pädagogisch-didaktische Belange einstellt, doch kann man billigerweise von ihm nicht erwarten, daß er die richtigen pädagogischen Entscheidungen bei der Archivbenutzung trifft. So ist u. a. die Benutzung von Akten, zumal wenn diese in Sütterlinschrift gefertigt sind, keineswegs 14- oder 15jährigen Schülern zuzumuten.

Am Anfang der direkten Kontakte zwischen Archiv und Schule sollte die einmalige Archivbesichtigung, der Archivbesuch, stehen. An für Schüler besonders interessanten Stücken, zu denken wäre hier vornehmlich an den großen Bereich der Zeitgeschichtlichen Sammlungen, können Interesse und Neugierde der Schüler geweckt und diese zu erneuten Archivbesuchen motiviert werden. Wie die Erfahrung lehrt, sind die Schüler besonders an Zusammenhängen und Ereignissen interessiert, die ihre eigene persönliche Geschichte betreffen. Dies zeigt sich insbesondere daran, daß nach den Erfahrungen des Verfassers durchweg alle Schüler bei Archivbesuchen, ohne Absprache untereinander, wie selbstverständlich sich auf die Suche nach ihren eigenen Geburtsanzeigen machten.

Verschiedentlich ist die Ansicht vertreten worden, grundsätzlich nur Schüler der sogenannten »Studienstufe« zu Archivbesuchen anzuregen.¹⁷ U. E. sollte man jedoch davon Abstand nehmen, von vornherein Archivbesucher auf bestimmte Altersstufen einzugrenzen. Es wird immer auf den Unterrichtsgegenstand, die im Archiv vorhandenen Materialien und die pädagogisch-didaktischen Absichten ankommen.

Diese pädagogisch-didaktische Absicht im Gesamtzusammenhang des Unterrichtsgeschehens hat auch Vorrang gegenüber fachbezogenen Erwägungen, die z. B. das Kennenlernen verschiedener Quellenarten in den Vordergrund rücken, wobei die Nützlichkeit der Differenzierung historischer Zeugnisse in Quellengruppen, wie Akten, Urkunden, Form der Publizistik, Briefe, Tagebücher, Memoiren etc. nicht bestritten werden soll.¹⁸ Ob diese jedoch bei den archivpädagogischen Versuchsreihen an den Anfang gestellt werden sollten, wird vom Verfasser füglich bezweifelt. Die Frage mag jedoch späteren archivdidaktischen Erwägungen anheimgestellt werden.

Es ist durchaus denkbar, daß auch Schülern unter 18 Jahren bei Archivbesuchen originale Überlieferungen aus dem Bereich der mittelalterlichen Geschichte für Unterrichtszwecke nahegebracht werden können. Dazu sollen hier nur einige Anregungen vorgetragen werden. Mittelalterliche Stadtsiegel sind Erkennungs- und Beglaubigungszeichen und darüber hinaus zumeist auch Wahrzeichen. Das gilt sowohl für Herrschersiegel als auch für eine große Zahl von mittelalterlichen Stadtsiegeln. Gerade die Stadtsiegel führen nicht nur unmittelbar an die entsprechende Stadtgeschichte heran, sondern treffen auch Aussagen über Leben und Geschehen zum Zeitpunkt ihrer Entstehung in der jeweiligen Stadt. Die Kogge mit der Schwurhand in Lübeck auf dem Stadtsiegel von 1224

¹⁷ Dazu F. Scherf und F. Schütz (s. A 6), S. 26.

¹⁸ F. Schütz und F. Scherf (s. A 6), S. 11. Beide Autoren sehen die genannten Quellengruppen als Lernziele an.

trifft eine wichtige Aussage über die Geschichte dieser Stadt.¹⁹ Ähnliches gilt für Elbing und die Elbinger Kogge auf dem Siegel des Jahres 1242. Die Siegel der Stadt Bremen sprechen zu verschiedenen Zeiten der bremischen Geschichte eine deutliche Sprache. Die Koggen auf den Siegeln der Ostseestädte können in ihren figürlichen Darstellungen mit der Bremer Kogge von 1380 im Deutschen Schiffahrtsmuseum zu Bremerhaven verglichen werden.

Stadtsiegel sind wie Mauerbau, bürgerliche Einung und ähnliches Merkzeichen erwachender städtischer Autonomie und des vollzogenen Zusammenschlusses zu einer bürgerlichen Gemeinschaft der Einwohner einer Stadt. Sie stellen die Bürgergemeinde als rechts- und handlungsfähige Gemeinschaft dar. Sie dokumentieren auch in hohem Maße eine Entwicklungsstufe des städtischen Menschen zu Beginn des 13. Jahrhunderts in materialisierter Form und bieten noch über 700 Jahre hinweg eine Fülle von geschichtlichen Bezügen, bei denen die Anschauung keineswegs zu kurz kommt. Freilich, man muß die Siegel, ihre Entstehung und Funktion erklären und deuten können! – Warum sollte man nicht Siegel im Unterricht, vielleicht im Kunst- oder Werkunterricht, nachbilden können? Könnte nicht auf diese Weise Tun mit Einsicht verbunden werden und zu einem tieferen Begreifen führen?

Schrift und Latein der mittelalterlichen Urkunden bereiten Pädagogen und Schülern sicherlich erhebliche Schwierigkeiten. Es ist jedoch nicht nötig, sich damit eingehend zu beschäftigen. Schon die bloße Anschauung kann den Schülern eine Fülle von Erkenntnissen vermitteln. Die verschiedenen Schrifttypen der mittelalterlichen Urkunde können in Zusammenhang mit ihrer Zeit und ihren anderen Überresten, wie Dome usw. gebracht werden. Schriftgeschichte, Pergament- und Papiergeschichte kann man gerade an mittelalterlichen Urkunden längsschnitthaft erläutern. An ihnen wird auch ein wesentliches Stück Bildungs- und Sozialgeschichte evident. Das soll hier mit einigen Fragen angedeutet werden: Wer konnte überhaupt Urkunden im Mittelalter schreiben und ausfertigen? Wie konnten Bürger und Bauern die begehrten Urkunden, die doch als wichtige Beweismittel und zur Beweissicherung von Rechtsgeschäften und Verträgen dienten, erlangen? Seit wann urkunden die Bürger selbst? Welche Vorgänge stehen hinter dem beginnenden bürgerlichen Urkunden- und Kanzleiwesen? Wie sah es in einer mittelalterlichen Kanzlei aus? Wie stellte man eine mittelalterliche Urkunde her? Wie vermochte man Pergamente herzustellen?

Das sind nur einige Fragen, die gestellt werden könnten. Ihre Beantwortung im Unterricht scheint jedoch eher zu geschichtlichen Einsichten zu führen, als manche

¹⁹ Zum Lübecker Stadtsiegel, seiner Bedeutung und seiner Schlüsselfunktion für die Deutung der Gründung und Anfänge Lübecks und der Hanse im 12. Jahrhundert hat jüngst D. Ellmers aufschlußreiche und überzeugende Ausführungen gemacht. Vgl. D. Ellmers, Es begann mit der Kogge, in: Stadt und Handel im Mittelalter, Der Stader Raum zur Hansezeit 12.–16. Jhd. (Ausstellungskatalog), S. 24–27.

Darstellung im Geschichtslehrbuch. Selbstverständlich muß der Schüler das Original einer Urkunde sehen und im Extremfall, wenn Umstände und Erhaltungszustand der Urkunde es erlauben, sogar anfassen dürfen. Er sollte sie am besten im Archiv, als dem natürlichen Verwahrort von Urkunden und im räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit anderen Urkunden sehen.

Grundsätzlich dürfte festzuhalten sein, daß der Archivunterricht für die Sekundarstufe II der allgemeinbildenden Schulen möglich und geeignet ist. In dieser Stufe kann, über das Druckwerk hinaus, auch das Aktenschriftgut Verwendung finden. Es liegen jedoch auch positive Erfahrungen mit Realschülern und sogar Hauptschülern hinsichtlich der Archivbenutzung im Klassenverband vor, wobei freilich das Aktenschriftgut nicht in Betracht kam.

Unstreitig werden Nutzen und Sinn eines Archivbesuches in jedem Fall von der jeweiligen Klasse, der Persönlichkeit des Lehrers, seinen pädagogischen und fachlichen Fähigkeiten, aber auch wesentlich von dem Thema abhängen. Bei der Wahl des Themas ist die tätige und in den meisten Fällen sicher auch entscheidende Mithilfe des Archivars unerlässlich.²⁰ Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten, mit dem Archivgut und dem Archiv in direkte Verbindung zu treten. Zu denken wäre, neben der Interpretation von Archivausstellungen, auch an Gruppenarbeiten von Schülern; von Einzelarbeiten ganz abgesehen. Ferdinand Schütz und Friedrich Scherf haben eine Reihe von Möglichkeiten zusammengestellt und diskutiert.²¹

Von besonderem Interesse dürfte in diesen Zusammenhängen die im Stadtarchiv Mainz durchgeführte Unterrichtsreihe »Die Belagerung von Mainz 1793« sein, die über die lokalen Gegebenheiten hinaus unmittelbar in die Arbeit an der französischen Revolution führte. Diese Unterrichtsreihe mag beispielhaft für die auch an anderen Orten versuchte Begegnung von Schule und Archiv in Gestalt von Unterrichtsreihen stehen.

Im folgenden soll nunmehr von praktischen Erfahrungen im Stadtarchiv Bremerhaven ausgegangen werden. Die Erprobung der verschiedenen Möglichkeiten des Archivs für die Schule begann 1963, als der Verfasser zunächst in den Gymnasialschuldienst der Stadt Bremerhaven trat. Die entsprechenden Erfahrungen sind in verschiedenen Beiträgen und Aufsätzen niedergelegt worden.²² Von den vielfältigen Möglichkeiten und Erfahrungen

²⁰ Es wird hier bewußt vermieden, die Rolle des Archivars präzise zu beschreiben. Das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt ohnehin kaum möglich, ganz abgesehen davon, daß die Meinung des Verfassers zur Funktion des Archivars im Laufe der Zeit Veränderungen unterworfen gewesen ist. Es ist jedoch eine wesentliche Zukunftsaufgabe der Wissenschaft und zuständigen Institutionen, insbesondere der Archivverwaltungen und Kulturdezernate, zum frühestmöglichen Zeitpunkt entsprechende Rollenbeschreibungen vorzunehmen. – Auch die Vorstellungen von F. Scherf und F. Schütz (s. A 1), S. 29 ff., wären kritisch zu diskutieren.

²¹ Vgl. dazu F. Schütz und F. Scherf (s. A 6), S. 38 ff.

²² Außer den bereits in A 1 genannten Arbeiten auch B. Scheper, Erfahrungen mit Archivarbeit im Gemeinschaftskundeunterricht einer Gy 13. Arbeit zur Pädagogischen Prüfung für das Lehramt an

soll hier nicht die Rede sein, sondern von einer Unterrichtsreihe, die im Klassenverband in den Räumen des Stadtarchivs Bremerhaven durchgeführt wurde.²³

Unmittelbarer Anlaß dazu war das mäßige Interesse der Schüler der 11. Klasse eines Gymnasiums am Geschehen im Dritten Reich. Offenbar spielte damals neben entwicklungspsychologischen Gründen die fehlende Nähe zum Unterrichtsgegenstand eine Rolle. Zumindest diese Nähe glaubte der Verfasser durch einen Unterrichtsbesuch im Stadtarchiv zu erreichen, wobei – wie zu hoffen stand – die unmittelbare Begegnung der Schüler mit den zeitgenössischen Quellen ihre Wirkung nicht verfehlen würde. Eine eindeutige, abgegrenzte Themenstellung wurde zunächst vermieden. Vielmehr sollte vornehmlich durch das Zeitungsgut zunächst ein Eindruck der Zeit von 1933–1945 vermittelt werden.

Zu diesem Zweck wurden die lokalen Zeitungen aus den Jahren 1933 und 1945 herangezogen. Während die »Nordwestdeutsche Zeitung« vom 30. Januar 1933 über 30 Seiten im üblichen Zeitungsformat umfaßte, bestand die lokale Zeitung vom 3. Mai 1945 nur aus einem Blatt im DIN-A 4-Format. Außerdem wurden Lebensmittellkarten und Bezugsscheine aus den Kriegsjahren 1939–1945 zusammengestellt. Schließlich wählte der Verfasser zur Bearbeitung durch die Schüler eine Reihe von Zeitungsartikeln aus. Darunter befanden sich Aufsätze mit Überschriften, wie: »Kranz des Führers«, »Kameradschaft«, »Die Aufgabe des germanischen Soldatentums«, »Lebensfeiergestaltung«, »Juden Virtuosen der Nachahmung«, »Warum Abstand von den Fremdvölkern?«, »Wer wird Erntehelfer der Hitlerjugend?«.

Diese hier nur beispielhaft aufgeführten Zeitungsartikel aus einer weit größeren Auswahl zeigen sicherlich schon, daß mit ihnen viele Bereiche des damaligen Lebens erfaßt werden sollten. Lokalgeschichtliche Themen wurden dabei besonders beachtet. Jeder Schüler erhielt einen Artikel zur Bearbeitung. Die Auswertung der Aufsätze erfolgte teils im Benutzerraum des Stadtarchivs, teils im Klassenzimmer.

Die Schüler waren beeindruckt von der Größe, dem Umfang und der verschiedenen Papierqualität der Zeitungen. Für sie markierten die Presseerzeugnisse Anfang und Ende des Dritten Reiches. Daraus entwickelte sich ein umfassendes Gespräch über Aufstieg und Fall des Hitlerreiches, seine wirtschaftlichen Verhältnisse und kulturellen Gepflogenheiten. Von den Mädchen wurden die Lebensmittellmarken und Bezugsscheine unter Hinblick auf die gegenwärtige Lebenshaltung ausgewertet. Bei der Bearbeitung der Zeitungsartikel stellte ein großer Teil der Schüler und Schülerinnen Brüche und Widersprüche in der Beweisführung der Autoren fest. Ein Schüler wies Punkt für Punkt nach, daß der Verfasser

Gymnasien, Bremen 1965, 54 Seiten und 13 Seiten Anhang, *ders.*, Stadtarchiv und Schule, Bremerhaven heute, 1966, S. 67–74, *ders.*, Öffentlichkeitsarbeit und pädagogisch-didaktische Versuche im Stadtarchiv Bremerhaven, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte, Heft 2, 1977, S. 7–10.

²³ Die einzelnen Versuche sind ausführlich beschrieben in dem Beitrag des Verfassers, Stadtarchiv und Schule, Hinweise und Erfahrungen aus dem Stadtarchiv Bremerhaven (s. A 1), S. 232–244.

des Leitartikels »Der Mut zum Widerspruch« genau das Gegenteil dessen verlangte, was in der Überschrift gefordert wurde.

Schon diese ersten Versuche legitimierten die Archivarbeit als didaktisch-methodische Möglichkeit des Geschichtsunterrichts. Die Archivarbeit mit Schülern konnte augenscheinlich das erreichen, was durch andere Mittel, wie sogar gedruckte Quellenhefte, überhaupt nicht oder nur beschränkt möglich schien: Präsenz und Unmittelbarkeit der Sache, direkte Begegnung mit der Sache und sich daran entzündendes Interesse an der Sache.

Dieser erste gelungene Versuch führte dazu, daß schon bald nach dem Erfolg dieser ersten tastenden Unternehmung, nun bereits mit Erfahrungen ausgestattet, systematischer und konsequenter Archivarbeit betrieben werden konnte. Der laufende Unterricht hatte Ereignisse und Verhältnisse des Jahres 1932, die unmittelbar zur Machtergreifung Hitlers führten, behandelt. Das einschneidende Ereignis der Machtergreifung ließ es geraten erscheinen, Originalquellen einzusetzen, um sowohl die Aktionen Hitlers und seiner Partei deutlich werden zu lassen als auch die Reaktionen auf die Machtergreifung im In- und Ausland zu überprüfen. Auch schien das Bremerhavener Archiv in seiner Funktion als Stadtarchiv geeignet zu sein, lokale Ereignisse in ihrem Eigenwert und als Spiegel des größeren Geschehens zu behandeln.

Eine erste Aufgabe war daher, schon die Beziehung zwischen Lokalgeschichte und größerer Geschichte in der Bereitstellung des Materials anzulegen. Die Schüler sollten von sich aus diese Beziehung finden lernen. Sie mußten ebenfalls erfahren, ob und in welcher Weise Rückschlüsse von einem lokalen Zeitereignis auf die allgemeine Situation möglich sind. Außerdem sollte ihnen die »Anwesenheit« der allgemeinen Geschichte in der Lokalgeschichte bewußt werden.

Zur Vorbereitung des Themas wurden an den Tagen zuvor aus den Bänden damaliger Lokalzeitungen Artikel zu den Ereignissen um den 30. Juni ausgewählt. Um Pausen zu überbrücken helfen und näher an die Zeit heranzuführen, war ebenfalls eine kleine Ausstellung vorbereitet worden.

Das Thema hieß: Die Machtergreifung Hitlers und ihr Echo in der Welt- und Lokalpresse. Jeder Schüler erhielt in der Regel zwei Titel zur Bearbeitung und bekam als Aufgabe, Tendenzen, Absichten und Überzeugungen der Verfasser der Artikel herauszuarbeiten und wesentliche Inhalte der einzelnen Aufsätze festzuhalten. Die Überschriften der Artikel lauteten: »Wird Hitler Reichskanzler«, »Hamburger SA meutert«, »Der Mord von Potempa«, »Hitler zum Reichskanzler ernannt«, »Minister Göring an die Polizeibeamten«, »In Preußen wird aufgeräumt«, »Chefredakteur des »Vorwärts« festgenommen«, »Löbe schreibt an Göring«, »Das Reichstagsgebäude in Flammen«, »Ausrottung mit Stumpf und Stiel«, »Überall Flaggenwechsel«, »Morgenblätter und Kanzlerrede«, »Im Scheinwerferlicht der Presse«, »Treuebekenntnis zu Adolf Hitler«, »Paris über den Brand«, »Londoner Presse zum Reichstagsbrand«, »Kommunistenverhaftungen in den Unterweserorten«, »Haussuchungen in den Unterweserorten«, »Eindruck von dem Wahl-

sieg der Regierung«, »Die Bremer Sozi-Senatoren treten zurück«, »Wahlergebnis an der Unterweser«, »Hermann-Göring-Straße in Bremen«.

Die Schüler wurden in zwei Gruppen aufgeteilt. Diese wechselten sich jeweils in der Arbeit ab. Die nicht mit Arbeitsaufträgen beschäftigte Gruppe konnte sich entweder die Ausstellung ansehen oder in anderen Zeitungsbänden herumblättern. Das Blättern in den Zeitungen war außerordentlich geeignet, in den Geist der Zeit einzuführen. Offensichtlich empfanden die Schüler den Archivbesuch als angenehme Unterbrechung und Auflockerung ihrer alltäglichen Arbeit in der Schule. Zunächst waren sie ganz einfach neugierig auf einen ihnen bisher unbekanntem Bereich. Wie sich später zeigen sollte, hielt die Erinnerung an diesen und andere Archivbesuche bei den Schülern lange an. Während des Archivbesuches stellten die Schüler eine Reihe von Fragen. Sie erregten sich u. a. über die bombastische Ausdrucksweise der Zeit, waren erstaunt über die bereits damals fortgeschrittene technische Entwicklung, fragten nach Bedeutung von Symbolen, wie »Lebensbaum« u. a. Sie entdeckten Tendenzen und Widersprüche. Viele Fragen wurden im Einzelgespräch beantwortet und waren geeignet, Mißverständnisse auszuräumen. Es wirkte sich durchaus positiv aus, daß nicht jede Frage beantwortet werden konnte.

Inmer wieder zeigte sich: die Schüler wollten zu den Quellen vordringen. Die Begegnung mit dem Schriftgut des Archivs war eine Begegnung mit der Sache selbst. So oder ähnlich formulierten sie das auch später. Die starke Sachbezogenheit der Schüler fand u. a. auch ihren Ausdruck darin, daß sie den Akten einen höheren Rang einräumten als dem Zeitungsgut des Archivs. Akten galten für sie als echte, unverfälschte Zeugnisse der Vergangenheit. Sie meinten, diese seien wenigstens sachlich und objektiv, während die Zeitungsartikel häufig nur Ansichten und Meinungen enthielten und damit an Zeugniswert verlören.

Ein wesentliches Ergebnis dieses Archivbesuches war, daß die Schüler ein anderes Verhältnis zum Lehrer fanden. Offensichtlich stand dahinter, daß sich die Schüler und Lehrer auf gleicher Ebene mit der Sache selbst befassen mußten. Daher war die Atmosphäre des Archivbesuches durch ein partnerschaftliches Verhältnis in der Arbeit an der Sache gekennzeichnet und mußte auch in der entsprechenden Unterrichtsform ihren Niederschlag finden, wie das dann auch im Unterrichtsgespräch geschah. Die Aufarbeitung des Archivbesuches vollzog sich in zwei Unterrichtsstunden. Jeder Schüler hatte die Aufzeichnung der von ihm bearbeiteten Themen vor sich liegen und konnte sich in seinem Bereich als Fachmann fühlen. Durch seinen Beitrag kam ein Sachverhalt zur Sprache, wenn es auch nur ein Detail war, der anderen unbekannt war.

Im Unterricht stellten sich, entsprechend den im Archiv bearbeiteten Aufsätzen, folgende Leitthemen heraus:

1. Der Weg zur Machtergreifung
2. Auf welche Weise vollzog sich die tatsächliche Machtergreifung?
3. Die Beurteilung der Machtergreifung in Deutschland.

4. Die Reaktionen des Auslandes
5. Der Vollzug der Machtergreifung auf lokaler Ebene

Die Behandlung dieser Leitthemen baute auf den vorangegangenen Unterricht auf und verband die bisher gewonnenen Ergebnisse mit der entsprechenden Auswertung des Archivguts. Von den Leitthemen ausgehend, bekamen die Schüler weitgefaßte Fragen. Sie antworteten in der Weise, daß sie ihre auf die Zeitungsartikel gegründeten eigenen Beiträge vortrugen. Über diese entwickelte sich eine Diskussion, die dann wieder auf die gesamte Thematik zurückgeführt wurde. Zwei Ergebnisse mögen hier herausgehoben werden. Die Etappen der Machtergreifung Hitlers konnten Schritt für Schritt an den Materialien nachvollzogen werden, wobei insbesondere die politische Ausnutzung des Reichstagsbrandes von den Schülern bemerkt und diskutiert wurde. Auf diese Weise entwickelte sich ein Modell der Machtergreifung durch die NSDAP. Dieses »Revolutionsmodell« gewann später bei der Behandlung der russischen Revolution und der Machtergreifung Mussolinis in Italien eine wichtige unterrichtliche Bedeutung. Unter anderem half es wesentlich dazu, Mussolinis Weg zur Macht nachzuvollziehen. Wichtig wurde auch das Resultat der Märzahlen 1933 in den Unterweserorten Geestemünde und Lehe. Noch in den ersten Märztagen zeigte sich der beachtliche Vorsprung der SPD gegenüber den Nationalsozialisten von 17147 zu 15928 Stimmen, während die Wahlergebnisse im Landkreis den weiten Vorsprung der NSDAP gegenüber allen anderen Parteien dokumentierten. Diese Fakten führten in der Diskussion zu Feststellungen über die Struktur der Wahlkreise in soziologischer und historischer Beziehung. Die gewonnenen Ergebnisse wurden sodann mit einem Überblick über die damaligen Wahlergebnisse in Nordwestdeutschland, insbesondere in Schleswig-Holstein, in Verbindung gebracht. Auf diese Weise konnten weitere Einsichten gewonnen werden.

Die bisherigen Versuche waren vom lokalen Geschehen und ortsbezogenen Archivmaterial ausgegangen. Es stellte sich jetzt die Frage, ob durch Archivarbeit auch überörtliche Vorgänge im Unterrichtsgeschehen behandelt werden konnten. Derartiges wurde nun an der Themenstellung über das deutsch-britische Verhältnis vor dem 2. Weltkrieg und dessen Verflechtungen mit der Weltpolitik versucht. Einen wesentlichen Grundpfeiler des deutsch-britischen Verhältnisses von 1933–1938 bildete der deutsch-britische Flottenvertrag vom 18. Juni 1935. Der Text des Abkommens wurde den Schülern in der Schule vorgelegt. Von diesem Vertragstext aus, die Flottenstärken von 1914 und die Festlegung der Flottenstärken durch die Washingtoner Konferenz im Jahre 1922 wurden noch herangezogen, ergab sich die Möglichkeit, über das deutsch-britische Verhältnis hinaus die maritime Stellung der Großmächte zueinander in Vergangenheit und Gegenwart zu erarbeiten. Die Jahre 1914, 1922 und 1935 boten dazu geeignete Ansatzpunkte, zeigten sie doch das unaufhaltsame Vorrücken der maritimen Bedeutung der USA und Japans. Daran konnten die Veränderungen der britischen Stellung in der Welt und die dadurch beeinflusste Politik des Inselreiches erkannt und erläutert werden. Außerdem vermochte die

Interpretation des Flottenvertrages einen wesentlichen Bereich der damaligen außenpolitischen Situation Deutschlands zu fixieren.

Von diesen historischen Voraussetzungen aus sollten Einsichten in die Motive damaligen aktuellen politischen Handelns gewonnen und die Stellungnahme der öffentlichen Meinung in Europa, insbesondere in Frankreich, erarbeitet werden. Für diese zweite Ebene, die des aktuellen politischen Handelns und seiner Motivation, schien der Einsatz des Zeitungsgutes aus dem Archiv angebracht zu sein. Vornehmlich nationale Standpunkte und die daraus resultierenden politischen Meinungen konnten durch die Zeitungsartikel unmittelbar gegenwärtig werden. Das Ergebnis dieses Unterrichtsprojektes sollte die historisch-politische Situation der großen europäischen Mächte, insbesondere Deutschlands und Englands, um 1935 festhalten.

Der besondere Wert der Zeitungsaufsätze und Kommentare bestand darin, daß durch sie gegenständlich, lebendig und farbig die Ebene des politischen Handelns und der politischen Meinungsbildung offengelegt werden konnte. Die Archivarbeit wurde bei diesem Versuch nicht im Klassenverband durchgeführt. Die Schüler besuchten in kleineren Gruppen das Archiv und erhielten dort die Presseartikel zur Bearbeitung. Nur eine einzige lokale Zeitung wurde zu diesem Versuch herangezogen. Deren Vorteil war, daß sie auf der zweiten Seite wichtige Pressekommentare bedeutender europäischer Zeitungen wiedergab. Die Überschriften der von den Schülern bearbeiteten Pressekommentare lauteten wie folgt: »Passagen aus Hitlers Reichstagsrede vom 21. 5. 1935«, »Deutsch-Englisches Flottenabkommen, der Anfang einer praktischen Friedenspolitik« (Erklärungen des Botschafters von Ribbentrop), »Oberhausausssprache über das deutsch-englische Flottenabkommen«, »News-Chronicle und Daily Herald zu den deutsch-britischen Flottenbesprechungen«, »Londoner Morgenblätter zum Flottenabkommen« (Daily Telegraph, Daily Mail, Morning Post), »Französische Mißstimmung über den günstigen Verlauf der deutsch-englischen Flottenbesprechungen«, »Aufnahme des Flottenabkommens in der Pariser Presse« (Petit Parisien, Journal, Echo de Paris), »Pariser Presse sagt Eden kühlen Empfang voraus«, »Zusammenkunft Eden – Laval in englischer Sicht«, »Das Echo der italienischen Presse (Gazetta del Popolo, Stampa), »Eine polnische Pressestimme« (Gazetta Polska), »Amerikas Haltung zum deutsch-englischen Abkommen«. Der Unterrichtsverlauf brachte eine rasche und reibungslose Integration der Zeitungsaufsätze in die Unterrichtseinheit.

Nach den bisherigen Versuchen waren die Schüler ausschließlich mit dem Zeitungsgut des Archivs in Berührung gekommen. Ein nächstes Ziel war daher, sie auch mit der Arbeit an Akten vertraut zu machen. Unterrichtsgegenstand war die Situation der Jahre vor der Gründung der Bundesrepublik und die Gestaltung des demokratischen Aufbaus im Nachkriegsdeutschland in einer Gy 13. Angesichts der Überfülle der zur Verfügung stehenden Akten mußte zunächst eine gewisse Auswahl vorgenommen werden. Es wurden Akten herangezogen, die als repräsentativ für die Zeit gelten konnten. Hinzugezogen wurden außerdem Zeitungen und Nachrichtenblätter aus dem Zeitraum 1945–1948 (Weser-Bote, Weser-Kurier, Alliiertes Nachrichtenblatt). Ferner wurde noch Literatur zum

Thema, u. a. auch der Kommentar zur bremischen Verfassung von Theodor Spitta, bereitgestellt. Die Schüler standen vor einer schwierigeren Aufgabe als es bei den vorausgegangenen Arbeiten im Stadtarchiv der Fall gewesen war. Bei Zeitungsartikeln waren die allgemeinen historischen oder politischen Zusammenhänge sehr viel schneller durchschaubar als dies bei Akten, insbesondere bei denen aus dem engeren Rahmen einer kommunalen Verwaltung, der Fall sein konnte. Folgende drei Themenkreise waren für die unterrichtliche Auswertung vorgesehen:

1. Die Situation in Deutschland und in den Städten Bremen und Bremerhaven nach der Kapitulation.
2. Der Aufbau des Föderalismus in Deutschland am Beispiel Bremens und Bremerhavens.
3. Die Gestaltung der Demokratie auf lokaler Ebene.

Diese Aufgaben erforderten einen hohen Grad an Abstraktions- und Kombinationsvermögen. Daher wurde vorweg als Hausaufgabe aufgegeben, entsprechende Abschnitte in dem Buch »Politik im 20. Jahrhundert« durchzuarbeiten. Da sich in dieser Klasse nur dreizehn Schüler befanden, konnte die Arbeit an diesem Stoff mühelos im Klassenverband durchgeführt werden. Die Schüler erhielten während der Arbeit verschiedene Hinweise. Vor allem sollten sie sauber zitieren und die Herkunft ihrer Ausarbeitungen genau bezeichnen. Es mußte einige Mühe darauf verwendet werden, die Schüler zur Genauigkeit anzuhalten.

Bei der Auswertung des Archivbesuchs und der Arbeit an Akten in folgenden Unterrichtseinheiten zeigte sich ein anderes Bild als in den vorausgegangenen Versuchen. Die Schüler waren entschieden zurückhaltender. An dieser Tatsache mögen verschiedene Gründe mitgewirkt haben. Entscheidend war indes, daß die Schüler augenscheinlich Schwierigkeiten hatten, sofort von den in den Akten dargestellten Einzelfällen zu abstrahieren und zu allgemeinen Erörterungen vorzudringen. Die Auswertung der Akten bereitete ihnen Schwierigkeiten, da es sich bei diesen, anders als bei den Zeitungsartikeln, um wirklichen »Rohstoff« der Geschichte handelte. Es war für die Schüler nicht leicht, sich durch die Einzelheiten hindurchzuarbeiten und nicht an Nebensächlichkeiten hängen zu bleiben.

Im weiteren Verlauf der Unterrichtsstunden behoben sich diese Schwierigkeiten allmählich. Es erwies sich, daß der Weg von der Lokalgeschichte zur allgemeinen Geschichte durchaus gangbar war. Die Arbeit an Akten zeigte jedoch auch, daß jetzt mehr Einzelschritte nötig wurden als bei der Behandlung von Zeitungsgut erforderlich waren. Die Schüler erkannten jedoch selbständig, daß der Bereich des Lokalgeschehens durchaus das Geschehen in der allgemeinen Geschichte widerspiegeln kann. Außerdem sahen sie auch, das war gerade am Beispiel Bremens und Bremerhavens deutlich, durch welche Eigengesetzlichkeiten ein föderalistischer Aufbau geprägt wird.

Alles in allem zeigte dieser Versuch, daß Arbeit mit und an Akten für Schüler einer damaligen Gy 13 sinnvoll und angemessen ist, wenn jugendpsychologische Voraussetzungen in Rechnung gestellt werden. In der Adoleszenzphase ist abstrakt unanschauliches, geisteswissenschaftlich verstehendes Denken zwar ausgebildet, muß jedoch erst durch

Übung aktionsfähig gemacht werden. – Auch darf man die Arbeit in einer damaligen Oberstufe noch nicht mit einer Übung im historischen Proseminar verwechseln.

Diese 1963/64 und in den darauf folgenden Jahren unternommenen Versuche, die Möglichkeiten der Archive für die Schule zu erproben, bildeten die Grundlage weiterer Unternehmungen, die von Kollegen aus der Schule, Mitarbeitern des Stadtarchivs und vom Verfasser, der 1965 in den Archivdienst der Stadt Bremerhaven übertrat, durchgeführt wurden. Alle diese Versuche zu beschreiben oder gar zu beurteilen, erweist sich – zumal der Verfasser nicht mehr alle Ergebnisse der Archivbesuche verfolgen konnte – derzeit als nicht möglich. Erfahrungsberichte der Beteiligten sollten oder könnten jedoch, wenn die entsprechenden Ergebnisse fixiert sind, verfaßt bzw. vorgelegt werden.

Grundsätzlich sei bemerkt, daß sowohl positive als auch negative Erfahrungen vorliegen. Fraglos überwiegen die positiven Erfahrungen. Dies gilt auch hinsichtlich des Einsatzes von Originalquellen. Sicher lohnt sich der Einsatz des Archivs für die Schule an unterrichtlichen Schwerpunkten. Das Archiv kann ein schier unerschöpfliches Arsenal für alle möglichen Unterrichtseinheiten und -situationen sein. An Urkunden und anderen Archivstücken können längs- und querschnittartig wichtige Stationen der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungsgeschichte aufgerollt und fixiert werden. Größere Geschichte kann am Archivgut zur städtischen Geschichte exemplifiziert und dargestellt werden. Archivausstellungen können didaktischen Zielen nutzbar gemacht werden. Diareihen zur Stadtgeschichte können auch ein Arbeitsmittel aus der Werkstatt des Stadtarchivs sein. Für den Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer wird das Archiv ein Informations- und Bildungsinstitut von besonderer Qualität darstellen können. Stadtbezogene oder regionale Publikationen könnten in der Weise ausgerichtet sein, daß sie auch didaktischen Zwecken und Zielen zu dienen in der Lage sind.²⁴

An vielen Orten hat man sich in der jüngsten Zeit um Kontakte zwischen Stadtarchiv und Schule gekümmert. Unter den Bemühungen in dieser Richtung ist vornehmlich das Beispiel des Stadtarchivs Flensburg und seines Leiters zu nennen. In Flensburg hat sich bereits seit langem eine Verbindung zwischen dem Stadtarchiv und den pädagogischen Institutionen herausgebildet. Im Anschluß an eine Stadtgeschichte Flensburgs aus dem Jahre 1966 erschien 1972 von einer dortigen Arbeitsgemeinschaft der Band »Flensburg in Geschichte und Gegenwart« mit didaktischen Zielsetzungen.²⁵

²⁴ Als Beispiel einer auch didaktischen Absichten verpflichteten Publikation mag hier die demnächst erscheinende Veröffentlichung des Stadtarchivs Bremerhaven von *W. Wippermann* (unter Mitarbeit von *B. Scheper*), *Die Geschichte der Juden in Bremerhaven und Umgebung – Darstellung, Dokumente und didaktische Hinweise*, genannt werden.

²⁵ Zu den pädagogischen Arbeiten und Versuchen des Stadtarchivs Flensburg und einer dort tätigen Arbeitsgemeinschaft *G. Kraack / K. Lund / D. Pust / H.-F. Schütt / G. Vaagt / K. Weigand / H. Windmann*, *Die Region im Unterricht*, dargestellt am Beispiel Flensburgs, in: *Ztschr. d. Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte*, Band 98, 1973, S. 215–234. Neuerdings zusammenfassend und weiterführend *H.-F. Schütt*, *Stadtgeschichtliches Gesamtwerk Flensburg*,

Wie aus diesen Ausführungen ersichtlich, gibt es inzwischen eine Reihe von Erfahrungen zur Thematik Stadtarchiv und Schule. Die Reichweite der pädagogisch-didaktischen Dimension Archiv/Schule ist jedoch noch keineswegs bekannt und erfaßt. Konturen einer eigenen Archivdidaktik, die sich nach Sache und Absicht naturgegeben deutlich von einer Museumsdidaktik abheben müßte, sind noch nicht auszumachen.

Gegenüber dem Jahr 1972 ist jedoch ein erheblicher Fortschritt zu verzeichnen. Während Stadtarchive – wie zu Beginn in dem Entwurf des Deutschen Städtetages »Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung« ausgeführt – 1972 noch keine Rolle spielten, ist jetzt ein grundlegender Wandel festzustellen. In dem noch in diesem Jahr (1981) zu behandelnden Entwurf für den Deutschen Städtetag »Geschichte in der Kulturarbeit der Städte«, der sich momentan noch in Arbeit und in der Diskussion befindet, wird den Archiven als städtische Institution ein bedeutender Rang zugewiesen. Unter Abschnitt D »Angebote im Rahmen der kommunalen Schulträgerschaft für die Schule« werden auf breitem Raum für die Zusammenarbeit Archiv und Schule Vorschläge und Hinweise formuliert.

Es steht zu hoffen, daß von diesen Aktionen des Deutschen Städtetages erhebliche Impulse für die Zusammenarbeit von Archiv und Schule in den einzelnen Kommunen ausgehen. Dies sollte u. a. dazu führen, die Rolle des Stadtarchivs in den kommunalen Verwaltungen, entsprechend ihrer vom Deutschen Städtetag vorgesehenen Aufgabenstellungen, erneut zu durchdenken und tätige Konsequenzen daraus zu ziehen. Das gilt insbesondere für den Stellenwert von Archiven und Archivaren im kommunalen Raum!

Das Thema Archiv und Schule ist jedoch nicht nur eine Angelegenheit des Deutschen Städtetages, der Kommunen, Pädagogen und Archivare, sondern auch der wissenschaftlichen Forschung. Eine Archivdidaktik, die Erfahrungen zusammenfaßt, verwertet, zukünftige pädagogische Ziele zu diskutieren und festzuschreiben sucht, wird von den entsprechenden Stellen an den Universitäten und Hochschulen mitgestaltet werden müssen. Wie es scheint, ist es an der Zeit, nicht nur Erfahrungen auszutauschen, wie inzwischen häufiger geschehen, sondern auf deren Basis allmählich und deutlich didaktische Zielsetzungen im Bereich Archiv und Schule zu markieren.

Das ins Museumsdorf abgeschobene Bauernhaus, der zur Hausbar umfunktionierte Beichtstuhl, der alte Grabstein im Garten des Reihenhauses sind nur mehr Schauobjekte, Trophäen, Requisiten absurder Collagen, selbst wenn dies ihrer materiellen Rettung dient. Beides, die Zerstörung und die Entfremdung kulturell gebundener Objekte, sind Teil eines katastrophalen Prozesses, gegen den der Denkmalschutz nur schwache Barrikaden aufrichten kann, vor allem, wenn er so eifertig praktiziert wird wie eben jetzt in vielen Ländern.

Helene Rahms, *Bedroht ist alles*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 290 v. 13. 12. 1980, S. 25.

in: *Probleme der Stadtgeschichtsschreibung, Informationen zur modernen Stadtgeschichte* Beiheft 1, Berlin 1981, S. 62–68.

Hans-Joachim Fliedner

Geschichte der Erwachsenenbildung in einer Mittelstadt, dargestellt am Beispiel Offenburgs

1. Quellen und Literatur; 2. Rückblick auf die Geschichte der Erwachsenenbildung; 3. Die Volkshochschule bis zum Ersten Weltkrieg; 4. Die Volkshochschule der Weimarer Republik; 5. Die Volkshochschule im nationalsozialistischen Staat; 6. Erwachsenenbildung nach dem Zweiten Weltkrieg; 7. Zusammenfassung

1. Quellen und Literatur

Die Erwachsenenbildung in Deutschland ist in einer Reihe guter Monographien behandelt worden. Umfassend unterrichtet über die Zeit vor dem Nationalsozialismus die Schrift von Werner Picht: »Das Schicksal der Volksbildung in Deutschland«. ¹ Picht erfaßte auch die ganze ältere Literatur und setzte sich zur Aufgabe, entlegene Schriften zu nennen. So kann seine Publikation ergänzend für viele andere, insbesondere der frühen Zeit »Volksbildung« herangezogen werden. Picht geht es im wesentlichen um die geistigen Strömungen in der Erwachsenenbildung. Monographien von einzelnen Städten müssen ergänzend zeigen, wie die »Volksbildung« in ihnen verwirklicht wurde. Hierbei mag es reizvoll sein, sich einmal einer Mittelstadt zuzuwenden, die eine sehr alte Volkshochschule hat. Insbesondere vor dem Ersten Weltkrieg sind bisher keine Offenburger vergleichbaren Mittelstädte bekannt geworden, in denen eine Volkshochschule nachzuweisen ist. Erst von 1919 an setzen allenthalben Neugründungen ein. ²

Für die Bearbeitung der Geschichte der Offenburger Volkshochschule standen folgende städtische Akten der Rubrik 17 »Gemeinnützige und Wohlfahrtseinrichtung« zur Verfügung ³:

5/4300	Volksbibliothek	1934–1935
5/4302	Bildungswesen für Erwachsene, Die Einrichtung eines öffentlichen Lesezimmers	1900–1935

¹ Georg Westermann Verlag, Braunschweig, Berlin 1950.

² Beste zusammenfassende Untersuchung, beschränkt auf den württembergischen Wirkungskreis Theodor Bäuerles: *Christel Pache*, Theodor Bäuerles Beitrag zur deutschen Erwachsenenbildung, Klett Verlag, Stuttgart 1971.

³ Wegen der Überschaubarkeit der Quellen, aus denen dieser Beitrag abgefaßt wurde, unterbleibt im Text eine Quellenangabe.

5/4325	Bildungswesen für Erwachsene, Einführung von Volkshochschulkursen	1919–1934
5/4441	Volkshochschule Ortenau e. V. Offenburg, später: Deutsches Volksbildungswerk	1934–1944
5/4463	Bildungswesen für Erwachsene, Eröffnung einer Volkshochschule, Zuschüsse der Stadt Offenburg	1946–1952
332/1–2	Kultur- und Gemeinschaftspflege, Volksbildung Volkshochschulen und sonstige Erwachsenenbildung	1952–1963

Zeitungen

- D'r alt Offeburger
- Ortenauer Bote / Offenburger Tageblatt
- Der Führer

Stadtratsprotokolle

Diese Unterlagen befinden sich insgesamt im Stadtarchiv Offenburg. Ferner wurden die Unterlagen des Bestands M 14483 von Universitätsbibliothek und Archiv Straßburg herangezogen.

2. Rückblick auf die Geschichte der Erwachsenenbildung

Blättert man in dem Standardquellenwerk »Zur deutschen Schulgeschichte«, das 1961 verlegt wurde, ⁴ und sucht nach Zeugnissen zur Volkshochschule, so sucht man vergeblich. Dieses Ergebnis ist aus zwei Gründen höchst bemerkenswert:

1. Noch 1961 fanden ein namhafter Pädagoge und ein ebenfalls renommierter Historiker nichts dabei, unter Schule lediglich eine Bildungsinstitution für Kinder und Jugendliche (Volksschule, Realschule, Gymnasium) zu sehen.
2. In allen Dokumenten nimmt man bis auf ein oder zwei verschwindende Ausnahmen nur auf die Jugendbildung oder die Universität und dort auf die Ausbildung von Erwachsenen zum Unterricht Bezug.

Aus welcher Geisteshaltung erwuchs die Tatsache, daß man in Deutschland in maßgebenden Kreisen der Staatsverwaltung und der Wissenschaft zuweilen nur die Jugendbildung sah, neben der die Universitätsbildung stand? Humboldt, der unser Bildungswesen geformt hat, meint: »Der gesamte Unterricht kennt daher auch nur ein und dasselbe Fundament. Denn der gemeinste Tagelöhner und der am feinsten Ausgebildete muß in seinem Gemüt ursprünglich gleichgestimmt werden, wenn jener nicht unter der Menschen-

⁴ Gerhardt Giese, Quellen zur deutschen Schulgeschichte seit 1800, Musterschmidt-Verlag, Göttingen, Berlin, Frankfurt, 1959.

würde roh und dieser nicht unter der Menschenkraft sentimental, chimärisch und verschoben werden soll.« Das Ziel eines Unterrichts mit allgemeinem Fundament für alle Stände (d. h. für den »gemeinen Tagelöhner« und Universitätswissenschaftler) hat sich in keinem deutschen Staat verwirklichen lassen. Dem »gemeinen Tagelöhner« und dem gehobenen Bürger, der später ein Handwerk lernte, wurden Realien beigebracht, für die die Elementarschulen und Bürgerschulen (Realschulen) zuständig waren. Diese sahen in den einzelnen deutschen Staaten des 19. Jahrhunderts unterschiedlich aus. Im Prinzip ging es aber darum, dem Jugendlichen die Lehrgegenstände beizubringen, die er im täglichen Leben benötigte und die ihn in den Stand setzten, nach Schulabschluß eine Lehre zu absolvieren oder eine andere Ausbildung zu erhalten. Hatte man diese abgeschlossen, so war man »fertig« fürs Leben.

Gegen die Trennung breiter Schichten von der Bildung, gegen die Humboldt anging, fanden sich im 19. Jahrhundert immer wieder private Zirkel, die natürlich entsprechend der politischen und wirtschaftlichen Aufsplitterung Deutschlands ein sehr verschiedenes Gesicht hatten. Viele dieser Gruppen, insbesondere die Handwerker- und Gesellenvereine standen nur einer bestimmten Gesellschaftsschicht offen. Vorbild war jedoch der von allen Ständen besuchte Bildungsvortrag, wie er in Berlin in vorbildlicher Weise von Alexander von Humboldt in seiner Vorlesungsreihe über »Physische Weltbeschreibung« veranstaltet wurde. In dieser Vorlesung waren von der königlichen Familie bis zu den Berliner Handwerksgehilfen im Winter 1827/28 alle Gesellschaftsschichten vertreten. Die Bildungsvereine, unter denen die Handwerksvereine in der Mehrzahl waren, bemühten sich, soweit wir unterrichtet sind, um folgende Unterrichtsgegenstände: Lesen, Schreiben und Rechnen sollte jeder vollkommen beherrschen. Als weitere Lehrgegenstände behandelte man Geographie, Welt- und Naturgeschichte. Ferner standen auf dem Programm Vorträge über Zustand des Gewerbes im In- und Ausland und es wurden Werke anerkannter Schriftsteller meist in einem Leseraum zur Verfügung gestellt. Diese Vereine, die zumeist im Vormärz gegründet worden waren, wurden nach dem Jahre 1848 verboten, weil man allen derartigen, spontanen, aus der Bevölkerung hervorgegangenen Zusammenschlüssen mißtrauisch gegenüberstand. Wichtigstes Beispiel dieser Art ist die »Höhere Volksschule«, die von 1843 bis 1848 in Rendsburg arbeitete.

Nach der Reichsgründung 1871 nahm nicht nur die Arbeiterbildung, sondern auch die Bürgerbildung wesentlich zu. In Straßburg hatte die »Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung« eine Fortbildungsschule errichtet, die später den Namen »Volkshochschule« erhielt. Die Statuten des aus der »Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung« hervorgegangenen Volksbildungsvereins sind erhalten.⁵ Die Bildungsbestrebungen dieses Vereines strahlten sicher auch auf das benachbarte Offenburg aus und führten dort bereits im Jahre 1902 zur Gründung einer Volkshochschule.

⁵ Bibliothèque Nationale Universitaire, Straßburg, Signatur M 14483. Besonders wichtig die Satzungen, genehmigt durch die Generalversammlung vom 18. November 1879.

3. Die Volkshochschule bis zum Ersten Weltkrieg

Einen ersten Hinweis auf eine Erwachsenenbildungsarbeit finden wir in Offenburg in einer Nachricht der Zeitung »D'r alt Offeburger«. Dieses Blatt teilt am 17. 8. 1902 mit: »Volkshochschule. Der Wunsch, im kommenden Winter das Leben in der Kreishauptstadt Offenburg zu verschönern und zugleich dem belehrenden wie unterhaltenden Programm unserer winterlichen Saison neue Momente einzufügen, war der Vater des Gedankens, die Abhaltung populärer Vorträge durch Professoren unserer Hochschulen auch in unserer Stadt zu ermöglichen. Dafür kämen die Gelehrten der Universitäten Freiburg und Straßburg, sowie Technischen Hochschule Karlsruhe in Betracht; es muß erwähnt werden, daß für die sogenannten Volkshochschulkurse bereits eine große Auswahl geeigneter Themata besteht.«

Mit dieser Zeitungsnotiz haben wir die erste quellenmäßig faßbare Erwähnung einer Offenburger Volkshochschule vor uns. Obgleich sie bis zum Ersten Weltkrieg häufig in der Offenburger Lokalpresse erwähnt wird, haben wir kein klares Bild von ihrer organisatorischen Gestalt. Es scheint sich darum gehandelt zu haben, daß sich verantwortungsbewußte Bürger zusammenfanden und Geldbeträge spendeten. Die Einladungen zu den Vorträgen ergingen in der Regel im Namen des Offenburger Bürgermeisters. Nach den Zeitungsberichten und den Zeitungsannoncen hat diese Offenburger Volkshochschule Vorträge von vier Themengruppen seinem Publikum dargebracht:

1. Literarische kunsthistorische Vorträge. (In diesen erhielt die engere Heimat besonderen Vorrang.)
2. Naturwissenschaftliche Vorträge einschließlich Geographie. (Hier ging es darum, den Menschen ein Weltbild zu vermitteln und ihnen die naturwissenschaftlichen Errungenschaften nahezubringen.) So finden wir Themen wie Elektrizität, Radium – mit Versuchen – behandelt.
3. Vorträge, die bei der praktischen Bewältigung von Alltagsfragen helfen sollen (medizinische Vorträge etc.).
4. Historische Vorträge.

Das Spektrum jener Vorträge, die in ihrer Themenstellung oft weit über Deutschland hinausgingen und Referenten aus dem ganzen ehemaligen deutschen Reich nach Offenburg führen, überrascht. Die Leistungen dieser ersten Offenburger Volkshochschule bedürfen überhaupt der näheren Betrachtung und des Vergleichs mit der Gegenwart.

1. Wir fordern heute von jeder Volkshochschule die Offenheit für alle Schichten. Die Themen und Eintrittspreise (zwischen 30 und 50 Reichspfennig) legen jedoch nahe, daß es sich damals im wesentlichen um eine Einrichtung der Mittel- und Oberschicht handelte. Die Offenheit für alle Schichten mußte erst erkämpft werden. Hierauf gibt uns die Zeitung »D'r alt Offeburger«, die der Sozialdemokratie nahestand, Hinweis. Sie moniert, daß die Zuhörer in jener ersten Volkshochschule 50 Pfennig-Stühle (reserviert) und 20 Pfennig-Stühle besetzen konnten. Scharf stellte damals das Blatt fest, daß es in vielen Volkskreisen

als beschämend empfunden worden sei, daß bei öffentlichen Vorträgen, die von der Stadt getragen wurden, die Klassengegensätze nicht überbrückt wurden.

2. Sowohl in den Arbeiterbildungsvereinen wie auch in den späteren Vorläufern der Volkshochschule gab es einen »klassischen« Gegensatz: Sollte man zweckfrei »Bildung« vermitteln, um den einzelnen Menschen in unsere Zeit einzuführen? Oder sollte man zielgerichtet die Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln, die für den sozialen Aufstieg notwendig waren? Dieser Gegensatz ist noch in der heutigen Volkshochschularbeit zu spüren und in damaligen großstädtischen Volkshochschulen z. B. in Straßburg bereits nachweisbar. In Offenburg gibt es diesen Gegensatz nicht. Ein Lernen, welches einen sozialen Aufstieg ermöglichte, war in den von der Stadt getragenen Vorträgen nicht vorgesehen. Diese Aufgaben wurden von der elsässischen Nachbarstadt Straßburg übernommen, deren Volkshochschule in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg regelmäßig in Offenburger Zeitungen annocierte und Vorbereitungskurse beispielsweise zum Einjährig-Freiwilligen, Primaner, Fähnrich und Abiturienten-Examen anboten.

3. Sieht man von einem Vortrag des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Karl Liebknecht ab, so war die Offenburger Volkshochschule weder politisch noch sozialkritisch engagiert. In diesem Punkt trifft sie sich mit der Volkshochschulbewegung vor dem Ersten Weltkriege. Picht schildert, wie seit der »Konferenz deutscher Hochschullehrer, betreffend die Einrichtung volkstümlicher Hochschulkurse (Berlin 1899)« der Grundsatz herrschte, solche Themen auszuschließen, die sich auf die politischen, sozialen und religiösen Fragen der Gegenwart bezogen.⁶

4. Die Volkshochschule der Weimarer Republik

In der Kriegszeit 1914–18 war in Offenburg die Erwachsenenbildungsarbeit vollkommen zum Erliegen gekommen. Die Weimarer Verfassung, geprägt von einem hohen erzieherischen Verantwortungsbewußtsein, regelt in § 148 die Frage der Volksbildung. Darin heißt es: »Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll vom Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden.«

Nach der Proklamierung dieser Verfassung gründeten zahlreiche Städte und Gemeinden ihre Volkshochschulen. Das Besondere an der Weimarer Verfassung war, daß sie zu den vielen Gruppen, die sich im Deutschen Reich um die Bildung ihrer Mitglieder kümmerten (Gesellenvereine, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen) ausdrücklich die Volkshochschulen als Träger der Erwachsenenbildungsarbeit hervorhebt.

Die größte Anzahl von Volkshochschulen im Deutschen Reich wurde in den Jahren 1919/20 gegründet. In Offenburg geschah in diesen beiden Jahren sehr wenig. Einzelne Vorträge wurden in der Stadt unter Beteiligung der Stadtverwaltung gehalten, jedoch erst

⁶ Picht (s. A 1), S. 100f.

am 20. 12. 1921 brachte der Stadtverordnete Adolf Geck im Bürgerausschuß im Namen der sozialdemokratischen Fraktion den Antrag ein, ein städtisches Altersheim und eine Volkshochschule für Offenburg zu schaffen.

Diese Volkshochschule sollte sich offensichtlich von der Volkshochschule der Vorkriegszeit, die wahrscheinlich auf die Mittel- und Oberschicht beschränkt war, unterscheiden. Die Verantwortlichen bemühten sich, alle Schichten zu beteiligen und in die Veranstaltungen zu führen. Am 19. 2. 1922 wurden auf Anregung des Stadtverordneten Adolf Geck vom Bürgermeister alle Leiter von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sowie Vertreter der Lehrerschaft eingeladen. Es gelang sogar, die christlichen Gewerkschaften, die sich anfangs nicht an den allgemeinen Volkshochschulkursen beteiligen wollten, mit in die gemeinsame Arbeit einzubinden. Aus dem Ratsprotokoll vom 31. 5. 1922 geht hervor, daß die Stadtverwaltung bereit war, die Kurskosten über die Stadtkasse bezahlen zu lassen.

Das große Bildungsbedürfnis aller Schichten nach dem Ersten Weltkrieg spiegelt sich in der guten Resonanz, die die Neugründung in Offenburg fand. Am 16. 10. 1922 berichtet die Zeitung »D'r alt Offeburger«, daß sich zum ersten Arbeitsabschnitt bereits sechshundert Hörer fest angemeldet hätten. Allerdings muß bei dieser Zahl berücksichtigt werden, daß es sich nicht nur um Einwohner der Stadt Offenburg handelte, sondern daß die Volkshochschule Offenburg sich als »Volkshochschule Ortenau« an die Hörer der ganzen Region wendete.

Die Arbeit der Volkshochschule Ortenau in Offenburg ist nach allem, was wir aus den überkommenen Zeugnissen entnehmen können, in den Jahren zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Weltwirtschaftskrise fruchtbar gewesen. Ein umfangreiches Programm bot den Hörern nicht nur Vorträge, sondern erstmals auch Kurse an. An Fremdsprachen wurde Englisch und Französisch gelehrt. Die Referenten der naturwissenschaftlichen Abteilung führten die Hörer in die Grundfragen der Naturwissenschaften ein. Geographie, Philosophie, Medizin und Geschichte wurden unterrichtet und dabei wurde auch auf Probleme der engeren Heimat eingegangen. Rechtswissenschaftliche und staatswissenschaftliche Themen fanden ebenfalls einen ausreichend großen Hörerkreis. Es dokumentiert dies das Bestreben, die Bürger mit dem neuen Staat vertraut zu machen und die Volkshochschule aus der Isolierung, in die sie sich zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg begeben hatte, herauszuführen. Wenn auch in Offenburg keine aktuellen politischen Themen angepackt wurden, so zeigt sich doch, daß man Zeitfragen gegenüber nicht fremd war. Dies dokumentieren nicht nur die angeführten Themen, sondern auch beispielsweise eine Theateraufführung »Der fröhliche Weinberg« von Zuckmayer im Februar 1928. Aus den Memoiren von Zuckmayer wissen wir, welches Aufsehen dieses Stück im deutschen Reich erregte und welche Proteste gerade an großen Bühnen hingenommen werden mußten. Kurz und bündig schreibt hierüber die Presse im Zusammenhang einer Berichterstattung über die Volkshochschule: »Es haben sich hier keine Fatzke gefunden, die dagegen rebellierten«! Besonders gut erkennt man den anderen Geist, der an der neuge-

gründeten Volkshochschule gegenüber konservativ gestimmten anderen Bildungseinrichtungen herrschte, an einer Berichterstattung des »D'r alt Offenburger« vom 29. 3. 1925. Hier setzt sich das Blatt kritisch mit den Dozenten, die von der Universität Heidelberg nach Offenburg kamen, auseinander und fragt: »Soll die Volkshochschule eine Filiale der Ruperto-Carola werden?« Es wird beklagt, daß durch die Universitätsdozenten, die von Heidelberg vermittelt wurden, die Ursprünglichkeit der Volksbildung verloren gehen würde. Ganz besonders wurde der letzte Vortrag eines Dozenten der Heidelberger Universität zum Anlaß genommen, auf reaktionäre Meinungen hinzuweisen. Der Redner, ein Professor Dr. Ehrenberg, hatte über den angeblichen »Dreiklang – Katholizismus, Protestantismus, Sozialismus« berichtet. Es ist nur konsequent, daß in der Folge die Volkshochschule versuchte, sich von derartigen Dozenten der Universitäten freizumachen. Dies gelang in den Folgejahren sehr gut, indem man Offenburger Persönlichkeiten zu einem Programm auf hohem Niveau zusammenführte.

Leider können wir wegen fehlender Zeugnisse nichts über die Altersstruktur und die quantitative und soziologische Zusammensetzung der Hörerschaft sagen. D'r alt Offenburger, der sich besonders der Arbeiterschaft verpflichtet fühlte, beklagt gelegentlich die mangelnde Teilnahme der Arbeiterschaft an Volkshochschulkursen. Er selbst gibt den Hinweis, daß für Vergnügungen ausreichend Geld da sei, so daß die Eintrittsgelder nicht der Grund sein konnten. Nur die Finanzierung der Volkshochschularbeit und die Unterbringung der Hörer hat sich in den städtischen Akten niedergeschlagen. Dies gewährt interessante Einblicke nicht nur in die Organisationsform dieser städtischen Einrichtung, sondern auch in der Stellung, die die verschiedenen Parteien der freien Erwachsenenbildungsarbeit zukommen ließen.

Die Organisation der Volkshochschule bestand in einem e. V., an dem verschiedenste Gruppierungen (Heimatvereine, Gewerkschaften) teilhatten. Sie zahlten als Gruppe Mitgliedsbeiträge. Im Gründungsjahr 1922 war den Vertretern der Volkshochschule offiziell Unterstützung zugesagt und die Übernahme von Fehlbeträgen auf die Stadtkasse garantiert worden. Doch bereits in diesem Jahr wurden Einschränkungen über den Stadtrat laut. Zunächst war die Volkshochschule in der Realschule untergebracht. In einem Schreiben vom 20. 10. 1922 an die Stadtverwaltung schildert der Vorsitzende die Zustände. In der Tür zwischen zwei Räumen stehend, mußte der Dozent den in zwei Schulsälen gedrängt stehenden Hörern seine Vorlesung halten. Mit Unterstützung der Stadtverwaltung zog man in einen städtischen Festsaal, den sogenannten Bürgersaal. Doch meldet das Stadtratsprotokoll bereits am 25. 10. 1922, daß auch dieser Saal mit seinen 150 Stehplätzen, 120 Sitzplätzen und etlichen Galerieplätzen zu klein sei und die Volkshochschule sich ein anderes Lokal suchen müsse. Bereits am 15. 11. teilt das Stadtratsprotokoll lapidar mit, daß die Volkshochschule den Aufwand für Heizung und Beleuchtung des Bürgersaals künftig zu ersetzen habe. Nur in einem mühsamen Rückzugsgefecht gelang es ihr, die Stadtverwaltung wenigstens zu bewegen, bis Weihnachten ihre früheren Zusagen zu halten. Am 29. 12. 1922 stellte der Sozialdemokrat Adolf Geck nochmals den Antrag, die

unentgeltliche Überlassung wenigstens der Räumlichkeiten an die Volkshochschule zu genehmigen. Jedoch drang der Stadtverordnete von der Deutsch-Nationalen Volkspartei mit dem Argument durch, daß die finanzielle Lage der Stadt freiwillige Leistungen auch für die Volkshochschule verbiete. Demzufolge mußte die Volkshochschule in zu kleine Räume in den Schulen umziehen, nun aber unter kleinlichen Auflagen der Verwaltung:

1. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Teilnehmer im Schulhaus ein gutes Benehmen zeigen, insbesondere nicht lärmern und Wände und Bänke beschreiben und beschädigen.
2. Die zu bezahlende Vergütung für Licht und Heizung wird jeweils monatlich vom Stadtrat entsprechend der benutzten Lampenzahl und den jeweils für den Monat geltenden Strompreisen festgesetzt.
3. Dem Schuldner ist für Besorgung usw. für jede angefangene Stunde eine Vergütung von 10 Mark zu geben.
4. Für vorkommende Beschädigungen von Schul- und Einrichtungsgegenständen müssen die Initiatoren der VHS aufkommen.
5. Der Beginn der Vorträge ist den Direktionen bzw. dem Volksschulrektorat mitzuteilen. Zusätzlich bestanden weitere Schwierigkeiten. Man bedenke: das Jahr 1923 brachte die Rheinlandbesetzung! Ein Vorstandsmitglied der Volkshochschule mußte nicht nur die einzelnen Lampen in den von der VHS benutzten Räumen zählen und den Stromverbrauch exakt berechnen, die Veranstaltungen mußten auch noch 48 Stunden vorher nach Kehl gemeldet werden, damit die Besatzungsmacht Beobachter entsenden konnte. In der Inflation besaßen die Kursgebühren bei Auszahlung an die Dozenten noch einen Bruchteil des ursprünglichen Wertes und die Verantwortlichen mußten an die Solidarität der Hörer appellieren und um freiwillige Nachzahlung bitten.

Die Zuschüsse der Stadtverwaltung zeigen auch, welchen Stellenwert der Volkshochschule zugemessen wurde. Trotz aller Unterstützung der Offenburger Volkshochschule durch das Katholische Zentrum und die Sozialdemokraten wurden in der Weimarer Zeit nie über 400,- RM pro Jahr bewilligt. Im Jahre 1924 beispielsweise bat der Kassierer Franz Huber um einen Zuschuß von 1000 RM. Gemäß Stadtratsprotokoll vom 21. 11. 1924 wurden jedoch nur 200,- RM von der Stadt bewilligt. Zur Zeit der Weltwirtschaftskrise wurden die ohnehin niedrigen Zuschüsse der Stadt im Zuge der allgemeinen Ausgabenkürzungen entgegen den Voranschlägen weiterhin reduziert.

Auch wenn man die wirtschaftlich schwierigen Zeiten der Weimarer Republik berücksichtigt, so zeigt sich doch hier ein Übel der Erwachsenenbildung, welches in abgeschwächter Form auch heute noch besteht: Anders als Grundschule, Gymnasium und Universität ist die Erwachsenenbildung als Kind demokratischer Bestrebungen zum alten Bildungskanon hinzugetreten. Sie mußte sich ihren Platz räumlich wie finanziell in einer offeneren Gesellschaft erst gegen viele Widerstände erkämpfen.

5. Die Volkshochschule im nationalsozialistischen Staat

Am 21. 10. 1933 sandte der Reichsminister des Innern an die Unterrichtsministerien der Länder und andere Adressaten einen Runderlaß, in dem er die Richtlinien für die deutschen Volkshochschulen bekanntgab.⁷ Darin heißt es, daß die Volkshochschule zum Ziel habe, »den erwachsenen Einzelmenschen in Volk und Staat innerlich einzuordnen, zum Volksgenossen zu erziehen und ihn zu einer sinnvollen Gestaltung seiner Freizeit anzuregen. Die Volkshochschule schafft damit an einer einheitlichen Willensbildung der deutschen Nation«. Damit war deutlich ausgesprochen, daß der Volkshochschule im totalitären Staat nur noch die Möglichkeit gegeben werden sollte, im Sinne der Weltanschauung dieses Staates zu wirken. Besonders deutlich wird dieses in Punkt 2 der vom Reichsminister des Innern übermittelten Richtlinien. Darin heißt es: »Die Volkshochschule darf nicht unter dem Deckmantel scheinbarer objektiver Wissenschaftlichkeit zu einer Zuflucht derjenigen werden, die sich der Einordnung in Volk und Staat entziehen wollen.«

In Offenburg ging der Übergang von der Volkshochschule der Weimarer Zeit in das Volksbildungswerk des NS-Staates allmählich vor sich. Während in anderen Städten die Nationalsozialisten massive Vorwürfe erhoben, die Arbeit der Volkshochschulen sei »demokratisch-liberalistisch« oder »marxistisch«, hat sich derartiges in Offenburger Akten oder Zeitungen nicht niedergeschlagen. Im Frühjahr 1933 konnte die Volkshochschule ihr im wesentlichen unpolitisches Programm abwickeln, welches vom alten Vorstand beschlossen worden war. Das weitere zeigt am besten ein Artikel aus dem parteiamtlichen Organ des Gaues Baden, *Der Führer*, vom 20. 11. 1934: »Im letzten Winter hat sich die Tätigkeit der Volkshochschule auf wenige Abende im Januar und Februar beschränkt. Es hing dies damit zusammen, daß man lange nicht wußte, welches das Schicksal der Volkshochschule im neuen Reich überhaupt sein werde. Nachdem aber nun die Entscheidung dahin gefallen ist, daß die Einrichtung unter dem alten Namen erhalten bleibt und mit neuem Geist erfüllt und zu neuem Leben erweckt werden soll, steht ihrer Weiterentwicklung nichts mehr im Wege.«

Auf dieser parteiamtlichen Linie bewegte sich auch der Offenburger Oberbürgermeister Rombach, der sich mit Schreiben vom 23. 11. 1934 dahingehend äußerte, daß die Volkshochschule in die »nationalsozialistische Kulturgemeinde« eingehen solle. Dagegen wandte sich jedoch der Kreiskulturwart. Er setzte sich mit seiner Auffassung durch, daß die Volkshochschule ein Überbleibsel des »vergangenen Systems«, also der Weimarer Republik, sei. Die NSDAP hatte unter Mitarbeit verschiedener Parteigliederungen (Reichsschutzamt, Deutsche Arbeitsfront – Hauptstelle für Volksbildung, Gauschulungsämter der

⁷ Diese und andere Quellen zur Lage der Volkshochschule zur Zeit des NS-Staats sind ediert bei *Helmut Klein/Dietrich Urbach*, *Volksbildung in Deutschland 1933–1945*, Einführung und Dokumente, Westermann Verlag, Braunschweig, 1976. Das angeführte Dokument findet sich Seite 140ff.

NSDAP – Abteilungen für Volksbildung) das Deutsche Volksbildungswerk ins Leben gerufen. Dieses sollte zusätzliche Veranstaltungen volksbildnerischen und volkserzieherischen Charakters zusammenfassen. Dem deutschen Volksbildungswerk war vor allem die Aufgabe gestellt, neue »Volksbildungsstätten« zu errichten. In Offenburg wurde im November 1935 das »Deutsche Volksbildungswerk« als reine NS-Organisation geschaffen.

Neben verschiedenen allgemeinbildenden Themen tritt nun im Programm natürlich die nationalsozialistische Weltanschauung in den Vordergrund. Diese Tendenz wurde durch die Neugestaltung der Erwachsenenbildung auf Reichsebene im Jahre 1939 noch verstärkt. Welcher Unterschied zur alten Volksbildung bestand, läßt sich wohl am besten am Hörerverhalten ablesen. Während in der Weimarer Zeit überstarker Besuch die Veranstaltungen erschwerte, mußte nun durch große Freikartenaktionen oder gelinden Druck Hörerschaft gewonnen werden. So heißt es in einem Schreiben der DAF an den Beauftragten der Stadtverwaltung Offenburg: »Ich erwarte, daß Sie Sorge tragen, daß dieser Vortrag von seiten Ihrer Gefolgschaftsangehörigen gut besucht wird.«

Unter dem Volksbildungswerk und der nationalsozialistischen Organisation »Kraft durch Freude« fanden im wesentlichen Vortrags-, Bastel-, Schachabende etc. statt. Eine berufsmäßige Aus- und Weiterbildung wurde in Offenburg nicht in Angriff genommen. Dies überrascht sehr, da das Volksbildungswerk ausdrücklich auf den Punkt 20 des Parteiprogramms der NSDAP Bezug nahm. Dieser sagt: »Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in höhere Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen.«

Die Stadtverwaltung Offenburg unterstützte das Volksbildungswerk nicht mehr. Auf seinen Eröffnungsabenden tritt die Partei und der Kreisleiter in den Vordergrund. An den Haushaltsplänen ist abzulesen, daß die minimale Unterstützung, die der Volkshochschule zuteil wurde, nicht auf das Volksbildungswerk übertragen wurde. Zwar weist der Haushaltsansatz der Jahre 34, 35 und 36 noch jeweils einen Ansatz für die Volkshochschule aus, jedoch wurden im Rechnungsergebnis keine Ausgaben verbucht. Die einzige Unterstützung bestand in der Bekanntgabe von Veranstaltungen, gelegentlichem Bereitstellen von Räumen und im Einzelfall im Kauf von Karten für städtische Bedienstete.

6. Erwachsenenbildung nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Kriege hat die Offenburger Erwachsenenbildung wieder versucht, an die Zeit vor dem Nationalsozialismus anzuknüpfen. Jetzt waren es nicht, wie in der Weimarer Zeit, vor allem Persönlichkeiten der Wirtschaft und der freien Berufe, sondern Lehrer, die sich die Neugründung einer Volkshochschule zur Aufgabe machten. Bereits im Jahre 1946 fand eine Gründungsversammlung statt. Sie führte verschiedene Gruppierungen zusammen, die

die Kurse veranstalteten. Diese Vortragsabende wurden von Offenburger Persönlichkeiten veranstaltet und entsprechend der Not der Nachkriegszeit wurden weder Honorare gezahlt noch Eintrittsgelder genommen. Lediglich am Ausgang wurde zugunsten der Ostflüchtlinge gesammelt. Dieses Geld stellte die Volkshochschule der Stadt zur Verfügung. Wie spendenfreudig die Bürger waren – wie groß auch der Anfangsbesuch gewesen sein muß – zeigt sich daran, daß nach den ersten acht Veranstaltungen bereits über 1000 Reichsmark für karitative Zwecke gesammelt waren.

In dieser ersten Zeit hatte die Volkshochschule keine feste, rechtlich faßbare Organisationsform gehabt. Man bemühte sich, ähnlich wie in der Weimarer Zeit, die verschiedensten Organisationen (Stadtverwaltung, Gewerkschaften, Jugendorganisationen) zusammenzubringen. Im Jahre 1948 übernahm dann die Stadtverwaltung ihre alleinige Trägerschaft.

Die Jahre unmittelbar nach dem Krieg können als die fruchtbarsten in der Geschichte der Offenburger Volkshochschule gelten. Der Dozent Paul Schaaf gibt in einem Referendum »Meine Gedanken zur Volkshochschule« in der Ortenauer Zeitung am 14. 1. 1947 einen guten Situationsbericht. Ausgehend von den »Jahren des Schweigens« schien es dem Dozenten zunächst nötig, »die Dinge zu klären, ... daß die Lücken des Denkens, Fühlens und Wissens mit Fundamenten ausgefüllt werden«. Besonders wichtig schien, ein Volk, welches zwölf Jahre vom europäischen und internationalen Gedankenaustausch abgeschnitten war, wieder in die Völkerfamilie zurückzuführen. Das Programm der Jahre 1946/47 kann als das beste und wohl anspruchvollste der bisherigen Geschichte der Volkshochschule Offenburg gelten. Vier Themenschwerpunkte wurden in Zyklen behandelt, die jeweils etwa 12 Abende umfaßten. Darin kamen so entlegene Themen wie »Deutsche Arbeiterlyrik und epische Arbeiterdichtung« zur Sprache. Dieses Programm wurde nach einer Mitteilung in der örtlichen Presse auch von anderen Städten bestaunt. Man bedenke: die Offenburger Bevölkerung konnte bereits im Jahre 1946 in zusammenhängenden Zyklen – nicht Einzelvorträgen – so anspruchsvolle Vorträge wie »Moderne Literatur« besuchen. Es handelte sich hier um eine Literatur, die niemand kennen konnte, da Deutschland während der NS-Herrschaft vom internationalen Kulturaustausch abgeschnitten war. Ein Zeitungsbericht hebt hervor, daß auch für den einzelnen Hörer keine Exemplare dieser Literatur vorrätig waren.

Dieser Hochstand des Offenburger Kulturlebens hielt nicht lange an. Ein Redakteur, der im Jahre 1949 zum Leiter der Volkshochschule bestellt wurde, konnte ihr kein neues Leben einhauchen. Am 10. 7. 1949 mußte der Offenburger Oberbürgermeister Heitz konstatieren, daß im Gegensatz zu den ersten Nachkriegsjahren eine »Dürre« bei allen Veranstaltungen festzustellen sei und das kulturelle Leben als »dürftig« bezeichnet werden müsse. Dieser Abfall des Kulturlebens überrascht. Er erklärt sich nur zum Teil daraus, daß in den Jahren 1948 ff. ein vom Landratsamt abhängiges Jugendbildungswerk zahlreiche Initiativen entwickelte. Mit diesem kam es in den folgenden Jahren zu verschiedenen Fusionsbestrebungen. Es zeigte sich aber hier, daß die einzelnen Bildungswerke im

wesentlichen von der Persönlichkeit ihres Leiters abhängig waren. Das Jugendbildungswerk florierte, die Volkshochschule stagnierte. Bis zum Jahre 1963, dem Tode des ehrenamtlichen Leiters der Volkshochschule, kam es zu keiner engen Verflechtung. Zu Beginn der siebziger Jahre nahm die Erwachsenenbildung auch in Offenburg einen Aufschwung. Sie wurde zunächst getrennt von Jugendbildungswerk und Volkshochschule getragen, bis im Jahre 1973 das Jugendbildungswerk seine Aktivitäten auf den umliegenden Ortenaukreis beschränkte und die Volkshochschule in der Stadt Offenburg tätig war. Von diesem Zeitpunkt an liegen Hörerkarten etc. und umfangreiches statistisches Material vor. Es ist die Aufgabe eines eigenen Aufsatzes, die Bedeutung einer Volkshochschule in der Mittelstadt auch mit statistischen Unterlagen für die Jahre 1972–82 aufzuzeigen.

7. Zusammenfassung

Es scheint angebracht, zusammenfassend auf einige Grundprobleme der Erwachsenenbildung einzugehen und zu fragen, in welcher Weise diese in der kleinen Offenburger Volkshochschule gelöst wurden. Das Problem der Finanzierung zeigt durch die Jahrzehnte bis in die siebziger Jahre, daß die Volkshochschule jeweils um ihren Etat kämpfen mußte. Sie hatte keinen festen Mitarbeiterstab. Dies bedingte eine Stärke, war aber zugleich eine Schwäche. Eine Stärke war es insofern, als verantwortungsbewußte Offenburger Bürger direkt auf Wünsche aus der Bevölkerung sehr elastisch eingehen konnten. Eine Schwäche insofern, weil keine Institution da war, die auch über Durststrecken und in politisch schwieriger Zeit die Erwachsenenbildung wenigstens als Institution über die Zeit gerettet hätte. Die Zerrissenheit der Erwachsenenbildung zeigt sich am besten an den vielen Gruppierungen, die sich beispielsweise in der Weimarer Republik an der Volkshochschule beteiligten, aber es nicht fertig brachten, sich für »ihre« Volkshochschule einzusetzen und ihr in der Stadt eine angemessene Position zu erringen. Finanzvergleiche und Pro-Kopf-Berechnungen können für Offenburg nicht vorgenommen werden. Es darf aber pauschal gesagt werden, daß die Unterstützung durch die öffentliche Hand sehr schwach war. Da Zahlenangaben über die Hörer und den Kursbesuch, abgesehen von einigen spärlichen Quellenhinweisen, fehlen, können auch keine Berechnungen angestellt werden, in welcher Weise sich die Bevölkerung beteiligte. Im Laufe der Jahrzehnte nahmen auch sehr schwankend die Gebietsgrenzen der Offenburger Volkshochschule ab und zu. Zeitweise bestanden Nebenstellen in den benachbarten Städten Gengenbach und Oberkirch. Eine Zuständigkeit für die Ortenau ist sehr verwaschen, da es den Ortenaukreis als politische Einheit nicht gab. In der Regel wird man aber davon ausgehen dürfen, daß Offenburg und die nähere Umgebung die Hörerschaft der Volkshochschule stellte und die Stadt Offenburg mit ihren Vereinen die Volkshochschule allein betrieb. In den Mitteilungen des Badischen Städteverbandes vom 14. 10. 1931 wird ausdrücklich auf die Notlage von Volkshochschulen und Volksbüchereien hingewiesen. Es wird darauf aufmerksam

gemacht, daß die mittleren und großen Städte im Durchschnitt für die Volkshochschulen je Kopf der Bevölkerung nur 5½ Pfennig aufwenden, d. h. nur etwa den 50. Teil der für Theater, Orchester und Lichtspiele ausgeworfenen Summe. Die Stadt Offenburg selbst ließ ihrer Volkshochschule in diesem Jahre 262,- RM zukommen. Dies ist bei einer Einwohnerschaft von etwa 17000 Einwohnern ein sehr geringer Betrag. Der Gegensatz Allgemeinbildung – Fortbildung für sozialen Aufstieg ist in der Offenburger Volkshochschule im betrachteten Zeitabschnitt von 1902 bis 1972 nicht nachzuweisen. Man beließ es bei der Allgemeinbildung. Das Bildungsmittel war auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch der »Bildungsvortrag«, der jedoch oft seminarmäßig durch Zyklen verknüpft war. Zusätzlich zu derartigen Vorträgen trat das Sprachstudium.

Im ganzen kann man sagen, daß die Volkshochschule Offenburg bis in die siebziger Jahre eine unpolitische Institution war, auch wenn sie im Gegensatz zu der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg in der Weimarer Zeit näher an den Staat heranrückte. Besonders deutlich wird dies daran, daß das Programm, welches in der Endphase der Weimarer Republik vorbereitet war, nahtlos in der Zeit des Nationalsozialismus abgewickelt werden konnte. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der Volkshochschule keine politische Bildungsarbeit getrieben. Dies behielt man den Parteien vor. Es ging insbesondere um die Vermittlung der Bildungsinhalte, die dem humanistischen Bildungsideal der deutschen Klassik entsprachen. Ihre Höhepunkte hatte die Offenburger Volkshochschule jeweils nach den Weltkriegen. Eine durchgehende Bildungsarbeit wurde, entsprechend den anderen Städten Baden-Württembergs, erst Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre in Angriff genommen. Ihre Darstellung und eingehende Analyse soll in einem späteren Aufsatz vorgenommen werden.

Mittlerweile ist es eine Binsenweisheit, daß sich die Aufgabe eines urbanen Gebildes nicht im Erfüllen der vordergründigen, meist materiellen Bedürfnisse der dort wohnenden Menschen beschränken darf; schwer erfassbaren Wünschen wie etwa jenen nach Identifikation muß ebenfalls entsprochen werden. Dazu ist es aber notwendig, die historische Dimension der Stadt neu zu betrachten. Denn auch von Grund auf neue Organisationen des gesellschaftlichen und städtischen Zusammenlebens ... rechtfertigen nicht, daß man die alte Stadt aufgibt und an ihre Stelle eine neue schafft.

Vittorio M. Lampugnani, Die poetische Dimension der Stadt. Betrachtung ihrer Elemente (I), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 279 v. 1. 12. 1980, S. 23.

Detlef Schreiber / Franz Schlamp

Altstadtsanierung: zum Beispiel Ingolstadt

1. Geschichte und Stadtbild; 2. Entschließungen zur Altstadtsanierung; 3. Gebietsentwicklung; 4. Altstadtstruktur; 5. Grundstücke; 6. Gebäude; 7. Erhaltenswerte Baustruktur; 8. Sozialstruktur; 9. Arbeitsstätten; 10. Grünflächen; 11. Städtebauförderungsgesetz; 12. Finanzierung; 13. Literatur

Die Stadt Ingolstadt, designiertes Oberzentrum für die gleichnamige Region, die das sogenannte »mittelbayerische Donauebiet« umfaßt, setzt mit der Aufgabe, städtischer Mittelpunkt eines ländlichen Raumes zu sein, eine weit zurückreichende Tradition fort. Dieser Funktion verdankt Ingolstadt seine Entstehung und die wechselhafte Entwicklung. Die Stadt der Bürger erlebte in dem runden Jahrtausend den kurzen Glanz der herzoglichen Hauptstadt, das Zwischenspiel des akademischen Ruhms der ersten bayerischen Landesuniversität und den lange anhaltenden, einengenden Zwang durch die Erhebung der Stadt zur Landesfestung. Diese Ereignisse setzten äußere Impulse für die Stadtentwicklung und das sich daraus formende Stadtbild, sie führten aber auch zu mannigfaltigen Belastungen des städtischen Gemeinwesens und der Stadtstruktur.

Weit größer aber für die historische Altstadt war die Bedrohung des 20. Jahrhunderts. Die Schleifung der Fortifikationen öffnete den flankierenden und schützenden Glacis-Grüngürtel für neue räumliche Entwicklungen. Der wirtschaftliche Aufstieg zur bedeuten-

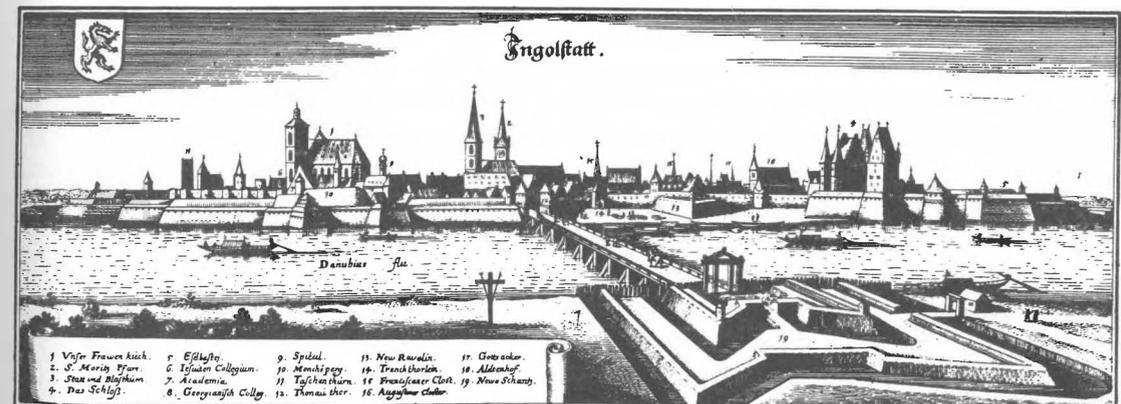


Abb. 1 Stadtansicht von Matthäus Merian 1644.

den Industriestadt mit dem bayerischen Raffineriezentrum und einem führenden Automobilwerk ließen auch Ansprüche von maßstabsprengenden Ausmaßen an den Stadtkern und seinen Glacisbereich wachsen, die nur mit viel Geschick und Ausdauer von ihr ferngehalten werden konnten. Heute behauptet sich die Altstadt mit ihrem unverwechselbaren, historischen Stadtprofil, begünstigt durch das Vorfeld von Donau und Glacis über den umfangreichen Stadterweiterungen und vor allem gegenüber den in ausreichender Distanz zu ihr gelegenen großen Raffinerie- und Werksanlagen. Ganz unverwundet blieb die alte Stadt jedoch nicht – störende Eingriffe beschränkten sich auf Einzelobjekte. Die Grundzüge von Stadtgrundriß und Aufriß sind noch wie in den ersten Dokumenten der Stadtgestalt von Ingolstadt, dem bedeutenden Sandtner-Modell, erhalten und erlebbar.

1. Geschichte und Stadtbild

Ingolstadt kennt kein Gründungs- oder Stiftungsdatum. Daraus den Schluß zu ziehen, die Stadt habe sich ohne Gründungsabsicht »nur so« entwickelt, wäre aber sicher falsch. Denn der wohlgeordnete Grundriß der Stadt im sogenannten *ersten Bering*, so wie er aus den beiden Sandtner-Modellen (1571/1572) noch abzuleiten ist, setzt eine Planung mit klarer Zielvorstellung voraus. Man kann sich durchaus der Meinung anschließen, daß auch Ingolstadt im Zuge der Wittelsbacher Städtebaupolitik des 12. und 13. Jahrhunderts, ähnlich wie Landshut, Straubing, Landau, Deggendorf, Dingolfing, Kelheim, Braunau und Neustadt a. D., mit gezielter Absicht und in bestimmter Form gegründet worden ist und zwar an einem strategisch wichtigen und für den Handel günstigen Ort. Dieser Ort lag in einem von altersher besiedelten Kulturland. Auf der südlichen Seite der in mehreren Flußarmen mäandrierenden Donau befestigte die gewaltige keltische Burg-Stadt Manching den Fluß. Die Römer stießen über die Donau weiter nach Norden vor, mußten sich aber im 3. Jahrhundert auf ihre Kastelle an der Stromgrenze (Pförring) zurückziehen, wo ihre Herrschaft noch bis etwa zum Jahre 400 anhielt. Die Provinz Raetia wurde zum Niemandsland, bis ein junges Germanenvolk hundert Jahre später diesen Raum zu neuer geschichtlicher Existenz erweckte. Der Name Ingolstadt ist zum erstenmal im Reichsteilungsentwurf Karls des Großen von 806 zu erfahren, der den Ort dem Bayernherzog Tassilo zu Lehen gibt.

1252 wird erstmals ein »Civis« von Ingolstadt erwähnt; der Rechtsbegriff hat die »civitas« zur Voraussetzung. Es ist anzunehmen, daß inzwischen aus der grundherrschaftlichen Hof siedlung ein Ort mit Marktmerkmalen und vielleicht sogar mit herzoglichen Stadtrechten wurde. Der regelmäßige, »künstliche« Stadtgrundriß im 1. Bering liefert einen Anhalt für diese Annahme, er ist dem von Straubing nicht unähnlich, dessen Gründungsdatum von 1218 bekannt ist.

Der Stadtplan der ersten Stadtanlage – im ersten Bering – stellt sich als ein nach Osten verjüngendes Rechteck mit vier Ecktürmen dar. Der Umgriff lehnt sich im Südwesten



Abb. 2 Am Stein mit Blick auf den Pfeifturm (alle Skizzen Franz Schlamp).

parallel an den Flußlauf der Schutter, einem Seitenarm der Donau, an. Dort lag vermutlich auch die ursprüngliche Handelsstraße Vohburg – Eichstätt. Ein räumlicher Bezug zur Donau ist nicht erkennbar.

Der Stadtgrundriß im trapezförmigen Rechteck wird durch ein leicht nach Norden verschobenes Kreuz von zwei Hauptachsen deutlich akzentuiert. Die Ost-West-Achse bindet die Landstraßen nach Eichstätt im Westen und die nach Regensburg im Osten an. Die Nord-Süd-Achse verbindet zusammen mit dem Donauübergang die Landstraße Nürnberg – München. Vermutlich wird zu diesem Zeitpunkt die Funktion der alten Schutterstraße in den Stadtraum selbst, in den Zug der heutigen Theresien- und Ludwigstraße verlegt. Die Rastergliederung des Planes mußte wahrscheinlich auch Rücksicht auf bestehende zentrale Siedlungsansätze nehmen. Dazu gehören der geistliche Mittelpunkt mit der St. Moritz-Kirche und niederaltaichischer Probstei, ein Verwaltungsbezirk am jetzigen Standort des Herzogskastens, sowie ein Marktbereich im Südwesten nahe der Schutter, die auch die dort befindlichen Mühlen der Stadt angetrieben hat.

Innerhalb des ersten Berings erreichte die kleinteilige, gleichmäßig parzellerte Bebauung erstaunlich hohe Dichten. Die Baublöcke waren so strukturiert, daß nur Hauptgebäude mit schmalen Giebelfronten ohne Seiten- und Nebengebäude die Straßenräume begleiteten. Die Gebäudehöhen sind nicht über zwei bis drei Geschosse hinausgegangen. Das Merkmal der Ingolstädter Stadtarchitektur mit den steilen, ziegelgedeckten Satteldächern und den Treppengiebeln mit differenzierter Lisenengliederung bestimmte schon in der ersten Stadtanlage das Stadtbild. Die erste Stadt wurde wohl aber bald schon zu klein. Es bildeten sich vor den Mauern »vorstädtische« Einrichtungen, die vor allem der Wohlfahrt

dienten – im Westen das Aussätzigenhaus mit der Kapelle zum Hl. Kreuz, im Süden das von Ludwig dem Bayern gestiftete Bürgerspital und im Norden das 1276 von den Münchener Klarissinnen gegründete spätere Kloster St. Johann im Gnadenthal. In unmittelbarer Nähe entstand seit 1275 das Kloster der Franziskaner, die dort einen zusätzlichen Friedhof für die Stadt schufen und vor allem in der städtischen Seelsorge mitwirkten.

Sehr bald schon entstand aufgrund des kräftigen wirtschaftlichen Aufschwungs und der wachsenden Bevölkerungszahlen der Plan, die »Vorstädte« in einer großzügigen Erweiterung des Befestigungsringes mit der Kernstadt zu vereinigen. Dies hatte auch einen strategischen Grund, denn die Schutzfunktionen der Stadt konnten bei einem neu zu schaffenden bebauungsfreien Vorfeld besser gewährleistet werden. Darüber hinaus entwickelte sich in der Befestigungsarchitektur des 14. und 15. Jahrhunderts das Ideal einer kreisförmigen Beringung.

Die ursprünglich vom Markgrafen Ludwig dem Brandenburger persönlich ausgerittene, großzügige Stadterweiterung wird 1375 als zu groß ausgefallen betrachtet und muß im Südosten zurückgenommen werden. Ob gerade die flußseitige Einbuchtung der Stadtfigur im Mündungsbereich der Schutter vielleicht etwas zu tun hat mit dem ehrgeizigen Unternehmen, den nördlichen, aber schwächsten der Donauarme aufzuwerten und den Fluß so direkt an die Stadt heranzuführen, ist unbekannt. Die etwa zwischen 1363 und 1374 geschaffene Verbindung der Stadt mit der Donau ist immerhin nachhaltig gelungen.

Die im Gang befindliche, großzügige Stadterweiterung erfährt einen weiteren günstigen Aufschwung durch den wittelsbachischen Teilungsvorgang von 1392, bei dem Ingolstadt zur Hauptstadt des Herzogtums Bayern – Ingolstadt aufstieg. Durch die Stadterweiterung konnten so für die herzoglichen Bauabsichten sofort jene Grundstücke bereitgestellt werden, die mit ihren Bauwerken über lange Zeit bis auf den heutigen Tag das Stadtbild bestimmen sollten: das Neue Schloß, die Obere Pfarrei zur Schönen Unserer Lieben Frau, das Pfründehaus und spätere Universitätsgebäude. Diese Bauten und die Stadtbefestigung werden in einem Zeitraum von gut hundert Jahren zu einer stolzen, unverwechselbaren Stadtgestalt zusammenwachsen. Die Herzogstadt hatte rund 4000 Einwohner. Die Ingolstädter Herzöge konnten die Verwirklichung ihrer Bau- und Planungsabsichten nicht mehr erleben, ihre Linie starb 1445 aus, die Reichen Herzöge aus Landshut übernehmen Ingolstadt und lassen die Saat der Ingolstädter Herzöge aufgehen.

Im *zweiten Bering* (Sandtner Modell) stellt sich die erweiterte Stadt als ein der Kreisform angenähertes Vieleck dar. Die von der »Obrigkeit« erzwungene Einschnürung im Bereich der Schuttermündung nimmt dem Grundriß die Vollendung, wohingegen die konsequente Weiterführung des Straßenkreuzes mit seinen stadträumlich bedeutsamen Abblockungen und Versätzen zu einer hervorragenden und geschlossenen städtebaulichen Vereinigung beider Entwicklungsstufen führte. Der schon beim ersten Stadtplan vorhandene prägnante Versatz beim zentralen Kreuzungspunkt gliedert vor allem den Ost-West-Straßen-Raum in zwei großzügige Teilräume, die jeweils an ihren Endpunkten jetzt platzartig aufgewertet und mit den bedeutenden Bauwerken der Stadt – dem Neuen Schloß im Osten und dem

Münster im Westen – monumentale Abschlüsse erhalten. Dieses stadträumliche Spannungsfeld zwischen Münster und Schloß findet sich auch in der Stadtansicht ausgeprägt.

In der Nord-Süd-Achse vom Donautor zum Hardertor reihen sich feingliedrige Straßen- und Platzformen von besonderem städtebaulichem Wert. Hier liegen wichtige öffentliche Bauten: Spital, Rathaus mit Pfeifturm, St. Moritz, St. Johann im Gnadenthal, Minoritenkloster.

In den Erweiterungsquartieren, wo der Übergang vom orthogonalen System des ersten Planes zum mehr kreisförmigen zu bewerkstelligen war, gelang die räumliche Ausformung nicht annähernd mit gleich großem Erfolg. Innerhalb der Randbereiche des zweiten Beringes konnten sich deshalb auch nicht entsprechend hochwertige Grundstücke entwickeln; zudem war das Entwicklungspotential für die ehrgeizige Ausweitung der Stadt hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Stadtgröße blieb dann auch bis ins 19. Jahrhundert den Erwartungen zurückgeblieben. Die Stadtgröße blieb dann auch bis ins 19. Jahrhundert ausreichend. In diesem Zusammenhang muß allerdings noch nachgetragen werden, daß die im Sandtner Modell enthaltene Befestigungsanlage bereits eine Weiterentwicklung aus dem 16. Jahrhundert unter Einbeziehung der mittelalterlichen Stadtmauern darstellt. Denn kurze Zeit nach Fertigstellung der mittelalterlichen Fortifikation erschien sie bereits veraltet. Ein ähnliches Schicksal wurde auch der verbesserten Form vorhergesagt. Die



Abb. 3 Am Stein mit Blick auf Pfeifturm.



Abb. 4 Blick in die Kanalstraße.

späteren geschichtlichen Ereignisse aber mit der fast aussichtslosen aber dennoch erfolgreichen Abwehr des Schwedenkönigs ließen die Festung Ingolstadt zum Symbol werden. Das Sandtner Modell kann wegen seiner sorgfältigen Bearbeitung auch Auskunft über städtebauliche und bauliche Details geben. Die Bürgerhäuser präsentieren sich nicht uniform, sondern vielmehr als eine einheitliche Vielfalt von Hausindividuen, die in ihrer geschlossenen Ordnung den angemessenen Hintergrund für die Monumentalbauten bilden. Der vorherrschende Haustyp ist der zur Straße gerichtete steile, mit Stabwerk gegliederte und auch abgetrepte Giebel, der eine Hervorhebung noch durch den häufig vorkommenden Kastenerker erfährt. Ein zweiter Haustyp ist der aus dem Altmühltal stammende, mit flacherem und Legschiefer gedeckten Dach, das hinter Vorschußmauern oder Treppengiebeln liegt.

Auch der Vergleich der Sandtner Modelle der verschiedenen Städte ist interessant, da trotz oberflächlicher Ähnlichkeit sich die städtebaulichen Details deutlich unterscheiden. In München herrschen die traufständigen Dächer vor, ebenfalls in Straubing; Burghausen wird durch das Grabendach charakterisiert, während in Ingolstadt, ähnlich wie in

Landshut, fast ausschließlich die giebelständige Anordnung der Häuser zum Straßenraum dominiert.

Ein besonders prägnantes Architekturmerkmal von Ingolstadt sind die übereckgestellten, ausdrucksvollen Turmbauten sowohl beim Münster als auch beim Neuen Schloß, ein französisches Gestaltelement, welches durch die verwandtschaftlichen Beziehungen der Herrscherhäuser vermutlich den Weg nach Ingolstadt fand und hier besonders ausdrucksvoll zur Geltung kam.

Grundriß und Aufriß der Stadt waren in der Spätgotik so ausgeprägt gefertigt, daß in der Zeit der Renaissance und des Barock Eingriffe in die Stadtstruktur nicht leicht möglich waren. Die Baubesessenheit in der Stadt flacht ab. Dennoch darf die Bedeutung der *Universität* für Ingolstadt und sein Stadtbild nicht übergangen werden.

Die Ingolstädter Herzöge hatten zusammen mit dem Bau des Münsters auch ein Pfründehaus, die spätere Hohe Schule, bauen lassen und dazu eine überaus reichlich dotierte Stiftung gemacht, welche sicherstellen sollte, daß Fürbitter in großer Zahl täglich für das Seelenheil der verstorbenen Herzöge bei 25 Messen beten konnten. Der Landshuter Herzog Ludwig der Reiche wandelte die Stiftung 1470 um und übertrug Pfründehaus und Stiftungsfonds an die Universität, die 1472 feierlich eröffnet wurde und dort bis 1800 blieb. Danach wurde sie nach Landshut und später nach München verlegt. Die Ingolstädter Universität, ein katholisches Bollwerk gegen Luthers Lehren, geriet im Laufe der Zeit immer stärker unter den Einfluß der Jesuiten und war damit auch Anstoß für den Bau des mächtigen Jesuitenkollegs nördlich des Münsters. Dafür wurde jahrelang gotische Bausubstanz abgebrochen und es entstand ein für die damalige Stadtdimension gewaltiger städtebaulicher Akzent, von dem allerdings nur Bruchstücke, vor allem der reich ausgestattete Orban-Saal, übriggeblieben sind. Mit der Auflösung des Jesuitenordens wurde das Kolleg an die Militärverwaltung übergeben, welche große Teile niederlegte und 1859/60 dort ein großformatiges Militärlazarett errichtete. Ein weiteres bedeutsames und erhalten gebliebenes Universitätsgebäude ist die Anatomie, 1735 fertiggestellt, im Südwesten der Stadt, dessen höfisch-aristokratische Erscheinung wohl vom Kanon des Architekten Fischer von Erlach beeinflusst wurde und welches heute nach seiner Sanierung das Deutsche medizinisch-historische Museum beherbergt.

Das bedeutendste Bauwerk aus der Zeit des Barock und Rokoko in Ingolstadt ist das Kongregationsgebäude Maria de Victoria, unweit des ehemaligen Jesuitenkollegs gelegen, nachdem die hervorragende Augustiner-Eremitenkirche (später Franziskaner Kirche) von Johann Michael Fischer im Zweiten Weltkrieg den Bomben zum Opfer fiel. An sie erinnert nur noch der im Pflaster eingelegte Kirchengrundriß. Das Ickstatt-Haus in der Ludwigstraße und das Landschaftshaus in der Theresienstraße gehören zu den wenigen baulichen Zeugnissen aus dieser Zeit im Ensemble der gotischen Gebäude, deren Giebel allerdings ebenfalls im Ausdruck der Renaissance und des Barock überformt wurden.

Mit dem Abzug der Universität im Jahre 1800 und dem Beschluß zur Schleifung der Festung brachen schwierige Zeiten in Ingolstadt an. Die Einwohnerzahl hatte vorher



Abb. 5 Anatomiestraße mit Alter Anatomie und Münster.

bereits rund 8000 erreicht, sank jetzt aber auf 4200 ab. Die Beseitigung der Fortifikation war noch im Gange, da erfolgt der Beschluß, die Stadt zur Landesfestung auszubauen. Dem König war es zu verdanken, daß den Festungsingenieuren Streiter und Becker der kgl. Baurat Klenze als architektonischer Berater zugeordnet wurde. Nahezu hundert Jahre wurde an den Festungsbauwerken aus Ziegeln und Naturstein gearbeitet, die als großartige bauliche Relikte zum größten Teil, trotz mühevoller Beseitigungsversuche nach dem 2. Weltkrieg, noch erhalten sind und das Stadtbild von Ingolstadt im Glacis und am Brückenkopf akzentuieren. Von der Festungszeit künden noch in der Altstadt die zum Teil maßstäblich überzogenen Bauten des Zeughauses, des Proviantamtes und des bereits erwähnten Kriegslazaretts. Im Zuge der laufenden Sanierungsprojekte werden die meisten dieser Bauten mit neuen Nutzungen erfüllt werden können.

2. Entschließungen zur Altstadt-Sanierung

Rat und Verwaltung der Stadt erkannten frühzeitig die in der Altstadt erwachsenden Probleme, sahen aber auch die Möglichkeiten, die sich bei einer erhaltenden Rehabilitation dieses zentralen Stadtgefüges eröffnen können. Bei der Aufstellung eines Gebietsentwicklungsplanes für den weiteren Nahbereich wurde auch einer Analyse der historischen Altstadt für das Umland ein besonderer Rang eingeräumt. 1967 begann eine umfassende Strukturuntersuchung für die Altstadt und das Glacis. Den Ergebnissen dieser Arbeiten stimmte der Stadtrat 1972 einmütig zu.

3. Gebietsentwicklung

Die damals formulierte Leitidee der Siedlungsentwicklung im Raum war die Konzentration auf Entwicklungachsen, die sich auf die Altstadt ausrichten. Auf diese Weise würden die dort entstehenden zentralen Funktionen für alle Bürger, vor allem auch mit dem zu entwickelnden *öffentlichen* Linienverkehr, günstig erreichbar werden. Die Altstadt wird attraktiv in die Struktur der Gesamtstadt eingebunden, der Druck des Individualverkehrs kann reduziert werden. Ebenso können die Ansprüche auf großmaßstäbliche zentrale Einrichtungen von ihr auf die neuen, mit Zentren ausgestatteten Siedlungsbänder gelenkt werden.

Dieses Entwicklungskonzept wurde im später aufgestellten Flächennutzungsplan der Stadt weiterverfolgt und führte z. B. dazu, daß die große Baumasse des Krankenhauses, welches im nördlichen Glacisbereich der Altstadt unmittelbar benachbart errichtet werden sollte, in das Siedlungsband nach Nordwesten eingegliedert werden konnte. Die bandförmige Konzentration der Erweiterungsflächen sollte auch verhindern, daß die Altstadt weiterhin ringförmig umschlossen eingebaut und so ihres Sichtvorfeldes beraubt wird. Die Silhouette der Altstadt bleibt so mit dem großen Landschaftsraum der Donauauen verbunden und kann in ihrer ursprünglichen Situation noch erfaßt und erlebt werden.

4. Altstadtstruktur

Ausgehend von umfassenden und detaillierten Bestandsaufnahmen, Analysen und (in Zusammenarbeit mit der Prognos AG) erarbeiteten Prognosen wurden fünf verschiedene Nutzungsalternativen für die Altstadt entwickelt. Dabei lagen einerseits die Ergebnisse der Prognosen zugrunde, wonach in der Altstadt noch 3500 Arbeitsplätze geschaffen werden können und andererseits die Zielvorstellung, daß mit der Stärkung der Wohnfunktion noch für weitere 4000 Einwohner dort Wohnungen geschaffen werden sollten. Zu Recht ging die Stadt davon aus, daß nur mit der Erhaltung von Wohnungen und durch eine vernünftige Mischung von Arbeitsstätten und Wohnungen die Lebendigkeit der Altstadt erhalten bleiben kann.

Im »Ausführungsvorschlag Altstadtstruktur«, der für die einzelnen Baublöcke die verschiedenen Nutzungsarten und eine Differenzierung des Maßes der Nutzung darstellt, wird auf die bestehende Bausubstanz und die wesentlichen Merkmale der Altstadtstruktur Rücksicht genommen. In jenen Bereichen der Altstadt, wo eine kleinteilige Parzellierung vorherrscht, wurden überwiegend auch kleinteilige Nutzungen, wie Wohnungen und kleinere Dienstleistungsbetriebe, vorgesehen. Nur dort, wo keine empfindliche Störung der Stadtstruktur zu befürchten ist, sind großmaßstäbliche Nutzungen für Handel und Verwaltung eingeplant. Eine positive Folge dieser zurückhaltenden Entwicklungsvorstellung für die Altstadt ist die Tatsache, daß Straßendurchbrüche und Straßenaufweitungen vermieden wurden und darüber hinaus eine Verkehrsverdünnung erreicht wird.



Abb. 6 Dollstraße mit Blick auf St. Moritz und Pfeifturm.

Substanz und Struktur der Altstadt können nur dann wirkungsvoll erhalten bleiben, wenn der Fortbestand wesentlicher Teile, vor allem der Baudenkmäler, in ihren städtebaulich bestimmenden Räumen gesichert ist. Das gleiche gilt für den Grünbereich des Glacis, der nicht nur historische und städtebauliche Bedeutung hat, sondern für die Erholung der in der Altstadt wohnenden und arbeitenden Menschen unerlässlich ist. Ausgehend von den Zielvorstellungen des Strukturplanes, eine wirkungsvolle Verkehrsberuhigung in der Altstadt zu erreichen und für das Geschäftszentrum eine attraktive Fußgängerzone zu schaffen, wurden vom Institut für Verkehrsplanung und Verkehrswesen der TU München Prinzipien für die verkehrliche Erschließung der Altstadt erarbeitet.

Grundelemente der Erschließung sind der Altstadtring als Hauptverteiler, von dem Radialstraßen zur Innenstadt führen und in ein System von Einbahnstraßen in Form von Schleifen überleiten, welche die Zugänglichkeit zu den einzelnen Altstadtquartieren gewährleisten. Hinzu treten die am Rande der Altstadt angeordneten Parkmöglichkeiten (Parkplätze und Parkbauten), die vorwiegend dem Kurzparken zur Verfügung stehen sollen. Diese Ziele wurden in der Zwischenzeit weitgehend verwirklicht: Der Fußgängerbereich Parade-Platz – Ludwigstraße – Theresienstraße ist seit Jahren realisiert, wichtige Teilbereiche um die Hohe Schule, am Münster, am Theater und am Rathaus (Viktualienmarkt) sind in neu gestalteter Form dem Fußgänger zurückgegeben worden. Die Nord-Süd-Achse der Harder-Moritzstraße ist nur noch für den öffentlichen Omnibusverkehr mit Geschwindigkeitsbeschränkung frei. Neuere weitergehende Planungen zielen darauf ab, die Fußgängerstraßen in der Altstadt flächenhaft auszudehnen und zu einer engeren Fassung der Quartierserschließung mit Mischverkehrswegen zu kommen. Voraussetzung dafür waren vor allem die neuen Parkplätze und Parkhäuser am Rande der Altstadt. So entstanden im Norden bei der Friedenskaserne etwa 1000 Stellplätze, im Westen bei der

Flandernkaserne 400 Plätze in einer Tiefgarage, im Südwesten auf dem alten Festplatz etwa 800 Stellplätze, im Süden in der Tiefgarage zwischen Theater und Rathaus 600 Plätze und im Osten etwa 100 Stellplätze. Das dort vorgesehene Parkhaus mit rund 500 Stellplätzen wurde nach Abschluß eines Wettbewerbs zunächst zurückgestellt.

Wesentliche Grundlage aller Maßnahmen in der Altstadt ist heute nach wie vor die Strukturuntersuchung von 1972 und der Altstadtstrukturplan.

5. Grundstücke

Die Grundstücksstruktur in der Altstadt enthält auch heute noch die Elemente der mittelalterlichen Stadt. Überwiegend sind die Parzellen klein und im Eigentum stark zersplittert. Dem Zuwachs der Bevölkerung wurde durch bauliche Verdichtung auf den vorhandenen Grundstücken begegnet. Das Ansteigen der Grundstückspreise führte zu Forderungen nach weiteren Erhöhungen des Maßes der baulichen Nutzung. Die durchschnittliche Parzellengröße im Altstadtkern liegt bei etwa 280 qm, im übrigen Altstadtbereich sind die Flächen im Durchschnitt nur etwa 650 qm groß. In der südwestlichen Altstadt treten mittlere Grundstücksgrößen von nur ca. 200 qm auf. Das Zuschnittsverhältnis dieser Grundstücke beträgt oft 1:3,5 und mehr. Bei Einzelgrundstücken wird eine Geschoßflächenzahl von 4,0 und mehr erreicht.

Da in fast allen Baublöcken wegen der ungünstigen Grundstücksstruktur Maßnahmen zur Bodenreueordnung notwendig sind, werden im Verlauf der Jahre nur kleine Teile der Altstadt von Erneuerungsmaßnahmen ausgespart bleiben können.

Der ungewöhnlich hohe Anteil an öffentlichem Grundbesitz (zwei Drittel der Altstadtfläche!) bietet eine besondere Chance für die künftige Altstadtentwicklung. Daher sollen in der Zwischenzeit Veräußerungen an Private ebenso vermieden werden wie die hohen Ausnutzungsziffern des Verkehrs, wie er unter Beibehaltung der Maßstäbe in der Altstadt nicht bewältigt werden kann. Der Trend zur Erhöhung der Ausnutzungsziffern muß abgeblockt werden.

Die öffentlichen Eigentümer, insbesondere der Freistaat Bayern, sollten ihr erhebliches Grundstückseigentum für Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen zu Preisen zur Verfügung stellen, die unter dem Verkehrswert liegen. Diese Vergünstigung öffentlicher Einrichtungen mit »oberzentraler Bedeutung« oder der Eigentumbildung soll sozial schwachen Bevölkerungsgruppen zugute kommen.

6. Gebäude

Die Gebäude in der Altstadt sind stark überaltert. Modernisierungen standen vielfach in einer sehr ungünstigen Kostenrelation zu Neubauten außerhalb der Altstadt, so daß nicht wenige Familien und Gewerbebetriebe abwanderten. Zurück blieben die wirtschaftlich

schwachen Haushalte und Betriebe. Die frei gewordenen Wohnungen wurden insbesondere von Ausländern belegt. Die Modernisierung wurde immer weniger rentabel. Nur im eigentlichen Altstadt kern trat dieser Entwertungsprozeß nicht in diesem Umfang ein. Hier führte die Nachfrage nach Flächen in zentraler Lage zu Modernisierungen, auch zum Abriß alter Gebäude und Neubau oder einer teilweisen Erneuerung.

In der südwestlichen Altstadt ist ein besonders starker Anteil alter Gebäude festzustellen. Einzelne Baublöcke bestehen zu 90% aus Gebäuden, die vor 1900 errichtet wurden. Erhebliche baukonstruktive Mängel wurden bei fast 15% der Gebäude festgestellt, wobei »erheblich« dahingehend definiert ist, daß in diesen Fällen bei einer Erneuerung ein Totalabriß notwendig sein wird.

Auf Grund dieser Situation wurden folgende zentrale Probleme herausgearbeitet: Der größte Teil der erneuerungsbedürftigen Bausubstanz befindet sich in der Peripherie der Altstadt. Hier wird nur eine geringe Nachfrage durch wirtschaftskräftige Funktionen vorhanden sein. Ein Drittel der Geschoßfläche ist für Wohnen genutzt, wobei die bauliche Substanz erheblich schlechter ist. Für diese Flächen wird auch künftig kaum etwas anderes als Wohnnutzung in Frage kommen. Bei den gegenwärtigen Preisvorstellungen der Eigentümer können aber Wohnungen, die zeitgemäßen Ansprüchen genügen, nicht angeboten werden. Rund 29 000 qm Geschoßfläche für die Nutzungen »Gewerbe« und »Lagerfläche« sind in der Altstadt an ihrem Standort ungeeignet untergebracht.

Eine Erhebung durch das Planungsamt erbrachte Anfang 1977, daß 43 Gebäude mit einer Geschoßfläche von rund 16 000 qm völlig und 68 Gebäude, die nur noch teilweise bewohnt sind, mit rund 22 000 qm Geschoßfläche leer stehen. Weitere 51 Gebäude mit einer gesamten Geschoßfläche von 20 000 qm sind zu 75%, also auf 15 000 qm, von Ausländern belegt. Sowohl bei den leer stehenden als auch den von Ausländern bewohnten Gebäuden handelt es sich großenteils um erneuerungsbedürftige bzw. abbruchreife Bausubstanz.

7. Erhaltenswerte Baustruktur

Stadtstruktur, Stadtform und die baugeschichtlich wertvollen Gebäude prägen noch immer den unverwechselbaren mittelalterlichen Charakter der Altstadt. Im Hinblick auf die ständig steigenden Anforderungen nach noch mehr Nutzungsmöglichkeiten ist die Altstadt jedoch weiter gefährdet. Eine Konfliktsituation besteht auch zwischen einer Erhaltung des qualifizierten historischen Bestandes und der notwendigen Modernisierung.

In einem umfangreichen Bewertungsverfahren unter Einschaltung des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Stadtbauamt, Stadtarchiv sowie der Bürgerschaft erarbeiteten die beauftragten Planer eine Liste der erhaltenswerten Baudenkmäler und der erhaltenswerten Straßenräume. Es ist beachtlich, daß der Stadtrat im weiteren Verfahren zusammen mit dem Landesdenkmalrat den Ensemblebereich auf das Gebiet der gesamten Altstadt ausgeweitet hat.

Seit einiger Zeit arbeitet das Hochbaureferat an einer umfassenden Gestaltungssatzung nach Art. 107 BayBO. Für ein Teilgebiet ist die Verordnung über die Zulässigkeit von Verkleidung, Verputz und Farbanstrich an baulichen Anlagen innerhalb des Altstadtgebiets vom 22. 12. 1974 in Kraft. Darüber hinaus besteht seit dem 1. 5. 1977 eine weitere Verordnung der Stadt Ingolstadt über die Gestaltung von Anlagen der Außenwerbung. Das Berufsbildungszentrum für Bau und Gestaltung München, Abteilung Fachschule für Farben und Lacktechnik stellte in Zusammenarbeit mit der Maler- und Lackiererinnung Ingolstadt-Pfaffenhofen und dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege den von der Stadt Ingolstadt geförderten Farbplan für den Altstadtbereich Theresienstraße/Ludwigstraße, Schliffelmarkt, Moritzstraße/Rathausplatz im Juni 1976 der Öffentlichkeit vor. Seit 1977 vergibt die Stadt einen »Gestaltungspreis Altstadt Ingolstadt« für gelungene Modernisierungsmaßnahmen, altstadtgerechte Neubauten und für die Gestaltung von Fassaden. Damit soll die Eigeninitiative der Hauseigentümer gefördert werden.

8. Sozialstruktur

Zum Zeitpunkt einer Zählung 1970 wohnten in der Altstadt noch 7478 Menschen. Gegenüber der Zählung 1961 mit 10 864 Personen ist die Einwohnerzahl um fast ein Drittel gesunken. Nach der eigenen Fortschreibung sank die Zahl auf 5777 Einwohner, von denen etwa 1000 Ausländer sind. Die Befragung der Bewohner im Jahre 1968 hatte zum Ergebnis, daß 60% der Bewohner schon mehr als 20 Jahre in der Altstadt wohnten, 20% von ihnen waren über 65 Jahre alt. Nur 15% der Bewohner dachten an einen Wohnungswechsel in den kommenden Jahren. Weiterhin stellte sich heraus, daß 95% der abwandernden Haushaltsmitglieder unter 35 Jahre alt war. Für 90% war »Familiengründung« der Anlaß des Weggangs. Der entstehende Verlust wird durch Zuzug von Ausländern, Untermietern und Heiminsassen teilweise wieder ausgeglichen. 65% der Einwohner gaben an, viel allein zu sein. Auch aus anderen Kriterien war zu schließen, daß ein erheblicher Teil der Altstadtbewohner, insbesondere die Älteren, unter Vereinsamung leiden.

Die Strukturuntersuchung weist für die Zukunft eine zunehmende soziale Erosion und eine weitere Überalterung der Bevölkerung aus. Im Hinblick auf die geringe Einkommenslage sind die Möglichkeiten der Anpassung an den heutigen sozialen Standard gering. Bei der erwünschten Aktivierung der älteren Wohngebiete muß daher auf die besondere soziale Lage der Bewohner der Altstadt Rücksicht genommen werden. Die planerischen Voraussetzungen hierfür sind im wesentlichen bereits bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes geschaffen worden: innerhalb des Altstadtgebietes wurden keine Kerngebiete, sondern neben Mischgebieten vor allem Allgemeine Wohngebiete ausgewiesen. Es handelt sich dabei um die Flächen, die sich aufgrund der Altstadtstruktur hierfür besonders eignen, also die Bereiche zwischen Anatomiestraße, Münzbergstraße, Griesbadgasse, Hohe-Schul-



NR. 15
THERESIENSTR. (NORDSEITE : M. 1:200)

NR. 13

NR. 11

NR. 9



NR. 7

NR. 5

NR. 3

NR. 1

NR. 1 An



NR. 31
THERESIENSTR. (NORDSEITE M. 1:200)

NR. 29



NR. 27

NR. 25

NR. 23

Abb. 7 Straßenabwicklungen Theresienstraße.

Straße bzw. Schöffbräustraße, Jesuitenstraße, Oberem Graben, Beckerstraße und Unterem Graben.

9. Arbeitsstätten

Nach der Arbeitsstättenzählung 1970 liegt fast ein Drittel aller Ingolstädter Arbeitsplätze in der Altstadt. Der Anteil an den Arbeitsplätzen des produzierenden Gewerbes beträgt 18%, der Anteil von Handel und Dienstleistungsbetrieb 58%. In der harten Konkurrenz um die zentralen Standorte im Altstadtkern konnten sich vor allem Betriebe mit geringem Flächenbedarf und hohen Kontaktbedürfnissen durchsetzen, weniger konkurrenzfähige Dienstleistungsbetriebe mußten an den Rand des Altstadtkerns ausweichen. Trotz dieser Entwicklung wiesen nach dem Ergebnis der Untersuchung von 1972 nur 27% aller Arbeitsplätze in der Altstadt zentrale Standortansprüche im engeren Sinne auf.

Folgende Empfehlungen wurden herausgestellt: Durch die gezielte Vorbereitung (ggf. auch planerische Festsetzungen) sollte die Nachfrage nach Betriebsstandorten in der Altstadt so gesteuert werden, daß vorwiegend die Arbeitsstätten mit den höchsten zentralen Standortansprüchen Platz in der Altstadt finden. Zur Reduzierung des gesamten Verkehrsaufkommens in der Altstadt sollten die Arbeitsstätten ohne nennenswerte zentrale Standortansprüche an Standorte außerhalb der Altstadt umgesiedelt werden. Die



Abb. 8 Ludwigstraße mit Blick auf Schliffelmarkt vor dem Umbau (Zustand 1945).

»auslaufenden« Betriebe sollten nicht zusätzlich soziale Härten dadurch erfahren, daß ihr Auslaufzeitpunkt durch Maßnahmen der Stadterneuerung vorverlegt wird. Die Maßnahmen der Stadtentwicklung sollten ferner dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu erhöhen.

10. Grünflächen

Im Altstadtstrukturplan wird zwischen den Grünflächen in der Altstadt und im Glacisbereich unterschieden. Vom Grün in der Altstadt sind nur noch Restflächen erhalten geblieben. Es hat großenteils keine Inhalte und erfüllt nur trennende und dekorative Funktionen. Deshalb sollte ein Grünverbundsystem die Grünfläche des Glacis mit den Fußgängerbereichen in der Altstadt sinnvoll verbinden. Das Glacis, ehemals Schutzbereich der Festungsanlage um die Stadt, ist wesentlicher Bestandteil der Stadtstruktur. Es hat besondere Bedeutung für die Erholung in Wohnungsnähe, so daß es daher in seiner jetzigen Form vor allem als innerstädtische Grün- und Freizeitfläche, aber auch als städtebauliches Gliederungselement und als historische Anlage erhalten bleiben muß. Eine Konzentrierung der Wohnbebauung am Glacisrand (innen und außen) und deren sinnvolle Zuordnung zum Grünraum muß Grundlage der weiteren Planung sein. Die durch das radiale System der Straßen entstandenen einzelnen Abschnitte des Glacis sollten untereinander und mit den Wohngebieten, vor allem denen der Altstadt, verbunden werden.

Diese Ziele wurden konsequent verfolgt. Für den gesamten Glacisbereich ist ein qualifizierter Bebauungsplan (Grünordnungsplan) in Aufstellung. Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen bei den förmlich festgesetzten Gebieten im Glacis wurden große Teilflächen von der Stadt erworben, großzügig als Grün- und Freiflächen gestaltet und mit Fußwegen an die Altstadt angeschlossen.

11. Städtebauförderungsgesetz

Die Stadt Ingolstadt wurde 1971 in das erste Förderungsprogramm aufgenommen. Weitere verfeinerte Untersuchungen konnten durchgeführt und Grunderwerbe getätigt werden.

Mit Beschluß vom 29. 4. 1976 hat der Stadtrat gem. § 4 Abs. 3 StBauFG den Beginn weiterer vorbereitender Untersuchungen für den Bereich der gesamten Altstadt einschließlich des Glacisgürtels ohne den südlichen Brückenkopf zur Vorbereitung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen angeordnet. Die Gesamtfläche umfaßt rd. 183 ha.

Gemäß § 5 Abs. 2 StBauFG sind in der Altstadt inzwischen folgende Bereiche förmlich als Sanierungsgebiete festgelegt worden:

– Das Gebiet A zwischen Jesuitenstraße, Neubaustraße und Oberem Graben mit 1,56 ha.

Die Durchführung der Sanierung ist nahezu abgeschlossen. Dort entstand nach Aussied-



Abb. 9 Grundriß der Stadt Ingolstadt (Zeichnung Büro Detlef Schreiber).

lung eines Brauereibetriebs eine Altenheimanlage mit Pflegebereich für 200 Personen. Der Neuburger Kasten wurde in Verbindung damit zu einer Altentagesstätte umgebaut und saniert, die Kirche Maria de Victoria renoviert. Neben Altenwohnungen sind durch Objektsanierungen bei typischen Ingolstädter Stadthäusern auch Wohnungen für junge Familien entstanden.

- Das *Gebiet B* nördlich des Münsters zwischen Bergbräustraße, Konviktsstraße, Jesuitenstraße und Oberem Graben mit 2,56 ha. In diesem Gebiet, dessen Sanierung ebenfalls kurz vor dem Abschluß steht, ist eine Tiefgarage mit 400 Stellplätzen errichtet worden, ebenso ein Blockheizwerk zur Versorgung des nordwestlichen Altstadtbereiches. Die ehemalige Flandernkaserne (ursprünglich Kriegslazarett) konnte nach ihrer Sanierung ein Jugendheim und ein kirchliches Zentrum der Diözese Eichstätt aufnehmen. Denkmalsgeschützte Bausubstanz an der Kupferstraße wurde objektweise saniert und modernisiert.
- Das *Gebiet C* südlich des Münsters zwischen Kreuzstraße, Brunnhausgasse, Gartengasse, Griesbadgasse, Kanalstraße, Goldknopfgasse, Hohe-Schul-Gasse und Poppenstraße mit 1,94 ha. Mit der Durchführung der Sanierung ist begonnen. Hier werden durch Objektsanierung und ergänzende Neubauten vor allem Wohnungen und kleinteilige gewerbliche Versorgungseinrichtungen geschaffen.
- Das *Gebiet E* zwischen den Cavalieren Heydeck und Elbracht mit 16,56 ha. In den ehemaligen Festungsbauwerken werden öffentliche Verwaltungen (Finanzbauamt, Bundesarbeitsverwaltung) sowie Schulnutzungen untergebracht. Die Wohnhäuser werden modernisiert, ebenso entsteht hier die neue Hauptfeuerwache. Die große Freifläche des Volksfestplatzes und die umschließenden Grünflächen werden durch eine umfassende Neugestaltung als Naherholungszonen aufgewertet.
- Das *Gebiet F* zwischen Unterem Graben und Sommerstraße mit 1,71 ha. Das ehemalige Zeughaus wurde zu einem Berufsschulzentrum ausgebaut und mit ergänzenden Anbauten versehen. Auch hier wurde die umgebende Freifläche unter Schaffung von rund 200 Parkplätzen umfassend neu gestaltet.
- Das *Gebiet G* an der Hallstraße mit 3,57 ha. In diesem Bereich befindet sich der Herzogskasten (erstes Ingolstädter Schloß) und die ehemalige Hofreitschule. Die hervorragenden Baudenkmäler werden saniert und zu einem Bildungszentrum (Bibliothek und Volkshochschule) umgebaut. Durch Objektsanierung können die angrenzenden Privathäuser aufgewertet werden, um zusammen mit den öffentlichen Gebäuden, einem neu konzipierten Platz den entsprechenden Rahmen zu geben.
- Das *Gebiet H* am Unteren Graben mit 2,35 ha. Die Häuser an der Stadtmauer werden objektweise für Wohnnutzung und Büronutzung saniert, das Vorfeld vor der Stadtmauer gestaltet und der Altstadtbereich durch Schaffung neuer Fußwegverbindungen an das Glacis angeschlossen. In diesem Gebiet befindet sich auch eines der wenigen Relikte aus der Befestigungsverstärkung des zweiten Mauerrings, die Wunderl-Kasematte, welche dem Museum für Vor- und Frühgeschichte zur Archivierung zur Verfügung gestellt wird.

Neben den Maßnahmen in den förmlich festgesetzten Sanierungsgebieten laufen die privaten Sanierungen und Modernisierungen mit zunehmender Beschleunigung an. Die durch das Städtebauförderungsgesetz eingeleitete und geförderte Sanierung kann nur dann gerechtfertigt sein, wenn die Bürger mit Eigeninitiative die Sanierung und damit die



Abb. 10
Hohe-Schul-Straße
mit Pfründehaus
(Hohe Schule).

Erhaltung der alten Stadt zu ihrer eigenen Sache machen. Die Stadt Ingolstadt scheint auch in dieser Hinsicht auf dem richtigen Weg zu sein.

12. Finanzierung

Die Gesamtkosten der städtebaulichen Sanierung lassen sich derzeit nicht abschätzen. Wichtig erscheint, daß die bisherigen Stadterneuerungsmaßnahmen bereits erhebliche Anstöße für – nicht geförderte – Erneuerungsinvestitionen Privater gegeben haben. Von staatlicher Seite wurden der Stadt für städtebauliche Maßnahmen bisher Finanzhilfen in Höhe von 44,8 Mio DM gewährt. Davon entfallen 37,7 Mio DM auf das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm, der Rest auf konjunkturelle Sonderprogramme:
1974 Umbau des »Neuburger Kastens« zur Altentagesstätte (Finanzhilfe 1,7 Mio DM)
1975 Erneuerung der Kirche Maria de Victoria (0,8 Mio DM)

1977 bis 1979 (ZIP) unter anderem Umbau des ehemaligen »Spitals« für Verwaltungszwecke (1,4 Mio DM), Umbau des Herzogkastens in ein Bildungszentrum (2,3 Mio DM), Umgestaltung des Viktualienmarktes zur Fußgängerzone (0,6 Mio DM).

13. Literatur

Alexander Frhr. von Reitzenstein, Die alte bairische Stadt, 1967 – Detlef Schreiber / Karl Ganser / Karlheinz Schaechterle, Gebietsentwicklungsplan Ingolstadt, 1972 / Altstadtstrukturplan Ingolstadt, 1972 – Theodor Müller / Wilhelm Reissmüller, Ingolstadt I und II, 1974 (umfassende geschichtliche Darstellung) – Stadt Ingolstadt, Stadtentwicklungsplan, 1977 – Franz Schlamp, Stadtgestalt und Denkmalschutz, Beitrag der Stadt Ingolstadt, München 1978

Wie die Haut dem erfahrenen Auge den Gesundheitszustand und das Alter des Körpers verrät, so spiegelt der Stil immer seinen Stoff. Mit dem Verfall der geheiligten Topographie stirbt das spirituelle Leben einer Stadt ab. Wenn dieses verschwindet, wird die Willkür der Projektmacher sich vergebens auf die Kräfte der Phantasie oder die Wirtschaftlichkeit oder eine politische Ideologie berufen: dem Plan wird das Leben fehlen. Eine Stadt muß sich in natürliche Gemeinschaften aufteilen, aber welches Band soll die Sodalen mit Festigkeit und Sanftheit zusammenhalten? Bloßes Benachbartsein? Der Zufall, der dazu geführt hat, nebeneinander zu arbeiten und zu wohnen, wird nie aus dem Nachbarn einen Nächsten machen. Nur der von guten Absichten geschwellte Sadismus der heutigen Städteplaner möchte vortäuschen, daß die Siedlungen, die er zusammenbaut, Gemeinschaften sind.

Elémire Zolla, Die vollkommene Stadt, in: Antaios X (1969), S. 611.

Brigitte Bader

Bürger und Stadtgeschichte. Erfahrungen mit einer Ausstellung

Wer sich der Aufgabe gegenüber sieht, »Geschichte« auszustellen, ist zunächst einigermaßen ratlos: er soll »Geschehen«, also Abläufe in der Zeit, nachvollziehbar machen und zwar in »stehender« und rein visueller Form. Für einige Epochen werden ganze Berge von Aktenmaterial zur Verfügung stehen, für andere wiederum muß man mit großen Lücken rechnen. Zunächst aber sollten die Ziele im allgemeinen sowie die Zwecke im einzelnen klar vor Augen stehen.

Konkreter Anlaß für die Veranstaltung einer historischen Ausstellung in der Stadt Feldkirchen in Kärnten (rund 12.000 Einwohner) war das 50jährige Jubiläum der Stadterhebung. Feldkirchen, ein im Mittelalter gegründeter Marktflecken, ist ein »Zentraler Ort«, dessen Einwohnerzahl gegenwärtig stark zunimmt, weil sich Industrie angesiedelt hat und ländliche Nachbarorte eingemeindet werden.

Grundlegendes Ziel der Ausstellung war, beide Gruppen der Bürger zu interessieren: die Alteingesessenen, für die unsere Stadtgeschichte ihre eigene Geschichte sowie die ihrer Familie und Vorfahren ist, und die Neubürger, die vorwiegend an der für sie neuen Örtlichkeit Interesse finden und über deren Werden und Wandel erst an der Geschichte der örtlichen Gesellschaft interessiert werden können. Letztlich sollte der Bürger durch das Nachvollziehen vergangenen Geschehens, das zum Werden dieser Stadt beigetragen hat, zu größerer Anteilnahme an lokalen Vorgängen angeregt werden, mehr Verständnis und Einfühlungsvermögen für das Bewahren von Ererbtem, aber auch für sinnvolle Neuerungen zeigen. Wünschenswert wäre, daß er über das Mitmachen in der örtlichen Gesellschaft in all ihren Aktivitäten allmählich bis zur politischen Mitwirkung gelangt.

Zunächst standen verschiedene grundsätzliche Überlegungen über die Aufmachung im Vordergrund. Die Wunschvorstellungen: »Jeder Besucher soll der Ausstellung etwas abgewinnen können«, ist nicht ganz so einfach zu realisieren, denn auch die individuellen Verschiedenheiten müssen einkalkuliert werden. Der Eilige sollte bei flüchtiger Besichtigung ebenso einen nachhaltigen Eindruck gewinnen wie der speziell Interessierte. Auch auf Alter und Jugend mit ihren verschiedenen Interessenslagen sowie auf Möglichkeiten zur Nutzung durch Lehrer und Schüler muß Bedacht genommen werden.

Daher spielt nicht nur die Art der Darbietung eine entscheidende Rolle, auch der Umfang der Ausstellung und die Schwerpunktsetzung sind wesentlich. Das Interesse an bestimmten Zeitepochen war unterschiedlich groß; doch wie zu vermuten, galt die größte Aufmerksamkeit der jüngeren und jüngsten Geschichte. Der Grund ging aus den spontanen Äußerungen der Besucher deutlich hervor: Zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts wurden immer wieder Anknüpfungspunkte gefunden, und vom Bekannten, Selbsterlebten oder Gehörten weiter zurück zu forschen, um mehr darüber zu erfahren, war den meisten ein Bedürfnis. Nun sollte aber die gesamte Ausstellung, die der Verfasserin als Spaziergang durch die Jahrhunderte dieses Ortes vorgeschwebt war, so gestaltet sein, daß beim »Zurückwandeln« durch die Epochen auch jener Besucher, der beispielsweise kein Interesse für das Mittelalter zeigen würde, sich doch herabließe, einiges aus dieser »dunklen Zeit« erfahren zu wollen. Bei der Art der Darbietung kann man ruhig an die Massenmedien denken, die imstande sind, den heutigen, übersättigten Durchschnittsbürger zumindest neugierig zu machen. Ähnlich kann es in der Ausstellung geschehen, wobei der historische Gehalt keineswegs leiden darf. Aber er muß schmackhaft gemacht werden, immer in lebensnaher Sprache sein, möglichst in leicht unterhaltendem Ton!

Eine geschickt formulierte Frage oder ein Statement, das beim Lesen vielleicht etwas verblüfft, erreicht den gewünschten Effekt. »Ansprechen, neugierig machen, fesseln«, diese drei Verben sollten

während der Verarbeitung der Texte und Informationen immer gegenwärtig sein. Denn nur eine geschickt eingepackte Information, die auch ins Auge springt, wird zum Weiterlesen anregen. Die genaue Darstellung, Erläuterung bzw. Erklärung kann dann ruhig im Verhältnis dazu »kleingedruckt« sein. Um mehr über ein bloß angeschnittenes historisches Ereignis zu erfahren, setzt sich der neugierig gemachte Besucher – wie die Erfahrung hundertfach zeigte – gerne, wenn nötig, die Brille auf. Aber auch das »Kleingedruckte« sollte nur ein Kurztexat sein, der jedermann verständlich ist und natürlich noch gut lesbar sein muß.

Der Umfang der Ausstellung wird von zwei Faktoren maßgeblich beeinflusst sein, nämlich von den verfügbaren Räumlichkeiten sowie von den finanziellen Mitteln. Erzielt soll natürlich eine optimale Wirkung werden, wobei stets zu bedenken ist, daß eine zu große Ausstellung auf die Besucher ermüdend, eine zu kleine aber zu wenig anspruchsvoll wirkt. Bei den Räumlichkeiten bieten sich zwei Möglichkeiten an: entweder wird sich das Ausstellungsgut auf mehrere Räume verteilen, wobei eine Ankündigung über die Verteilung des Stoffes bereits am Anfang vonnöten sein wird, oder die gesamte Ausstellung findet in einem einzigen Saal statt, wie es beim vorliegenden Beispiel der Fall war. Diese Variante hat den Vorteil, daß sich der Besucher gleich beim Betreten des Ausstellungsraumes einen Überblick schaffen kann. Diese Überschaubarkeit schien den Leuten sehr zuzusagen.

Hat man nun das gesamte Material vor sich und eine grobe Vorstellung von dem, was man ausstellen möchte – ausgewählt nach den Gesichtspunkten, was heute noch Aktualität verliehen werden könnte –, so beginnt man sich darüber Gedanken zu machen, wie man das Ausstellungsgut in den Räumlichkeiten unterbringen kann. Dies ist natürlich in erster Linie eine Frage der verfügbaren finanziellen Mittel. Da es meist geboten ist, mit möglichst geringem Aufwand das Bestmögliche zu bieten, schien die geeignetste Lösung, etwas von dauerhaftem Wert zu schaffen: eine Ausstellung, die jederzeit wiederholbar ist – als Mehrzweckveranstaltung gedacht. Diese Möglichkeit bietet nicht nur den Vorteil, daß das Geld besser genützt ist, sondern auch der Gemeinde wird die Finanzierung wesentlich erleichtert, da sich die Lasten auf mehrere Ressorts verteilen lassen. Im konkreten Fall eigneten sich am besten Spanplatten – von der Decke abgehängt – mit nicht zu großen Ausmaßen (1,70 × 1,30 hat sich bewährt). Diese Tafeln wurden mit Papiertapeten beklebt, Spritzlackierung hat sich jedoch als besser erwiesen.

Ein wichtiger Punkt, der sehr viel zum Gesamteindruck beiträgt, ist die richtige Farbzusammenstellung. Die kräftigen Farbtöne – hellblau und giftgrün – im Feldkirchner Wappen boten sich als sehr geeignet an. Das sogenannte Elefantpapier, das nicht rein weiß ist, mit der schwarzen Klebschrift, die auch von nicht berufsmäßigen Graphikern leicht hantierbar ist, hob sich davon ganz ausgezeichnet ab. Allein durch die entsprechende Anordnung der farbigen Tafeln kann man die verschiedenen Zeitepochen leicht und schnell kenntlich machen, besonders, wenn wie in diesem Fall nur ein Raum zur Verfügung steht. Dem Besucher wird die Orientierung erleichtert, wenn über den Tafeln große Anzeigeschilder hängen, mit der Bezeichnung des Zeitraumes, der auf der Tafel ausgestellt wird: z. B. »Vorzeit«, »Mittelalter«, »19. Jahrhundert« als Richtungshinweiser, »Familiengeschichte«, »Gewerbe« etc.

Vor dem Entwurf der Texte sollte der Raum und damit die Anzahl und Größe der Tafeln feststehen. So erst kann die Schriftlänge für Groß- und Kleinschrift je Tafel festgelegt werden, wobei zu dicht gedrängte Anordnung zu vermeiden ist. Dann kann der Text gleich in diesem Rahmen entworfen werden, was viele Streichungen und Ärger ersparen hilft. Dazu muß das Plan- und Kartenmaterial, möglichst deutliche Bilder und neben den Originaldokumenten, die schwer lesbar sind, deren Inhalt in Kurzform schon bereitliegen. Wie sie einzubinden sind, geht aus der Betrachtung des Rundgangs hervor.

Dieser wird wohl meist mit der Urzeit beginnen. Hier im Gebirge ist es die Landschaft formende Eiszeit, deren Wirken ein stark vereinfachendes Modell (Plexiglasplatte über Landkarte) anschaulich macht. Zu viele vorzeitliche Funde ermüden leicht; anschaulicher ist die Rekonstruktion des damali-

gen Landschaftszustandes (auf Grund der Ortsnamen und Bodentypen). Hier wird die Wichtigkeit gut lesbarer Kartendarstellungen klar, welche die Örtlichkeiten deutlich erkennen lassen und die natürlichen Voraussetzungen für die Entwicklung der »Gebauten Umwelt« verständlich machen. Aus dem Mittelalter lagen kaum Originaldokumente vor. Ihre Beschaffbarkeit ist auch wegen ihrer Versicherung ein finanzielles Problem. Kein Besucher empfindet die Geschichte des Mittelalters als seine eigene; keine Familie – bis auf einzelne Adelige – kennt ihre Vorfahren aus dieser Zeit. Aber das jedermann geläufige Hauptstraßennetz, der Hauptplatz, kurzum die Grundlinien der »Gebauten Umwelt« stammen aus dieser Zeit. Hier helfen Karten, Vogelschaubilder und fachmännische Rekonstruktionen. Aber auch das Geschehen im Mittelalter kann man deutlich vorstellbar machen. Hier regen Schlagworte und Fragen zum Lesen der Kurztexte in kleinerer Schrift an, wie etwa folgende: »1204 ... Man kann hier auch Hosen kaufen« – »1578 ... Rund 100 Familien leben in Feldkirchen« oder – »1592 ... wenig glaubhaft! – Pfarrer mit Konkubine« ... Erst der kleinere Text sollte nähere Information geben. Diese Art der Darstellung fand großen Zuspruch. Auch die meisten Hausgrundstücke der Stadtmitte stammen aus dem Mittelalter, ebenso die Bausubstanz einer Reihe von Häusern.

Besonderes Interesse brachten die Bürger der Geschichte der Häuser entgegen. Die meisten Besitzer wußten wenig über ihr Anwesen und so kam ihnen diese Information sehr gelegen. Hier verknüpfte sich das Interesse an der »Gebauten Umwelt« und Örtlichkeit mit dem eigenen Wirkungsbereich. Auf Grund einer ins Detail gehenden Bestandsaufnahme des ganzen Marktes von 1750 konnten Pläne gezeichnet werden, auf welchen nicht nur der Bauzustand, sondern auch der Wert jedes einzelnen Hauses ersehen werden konnte. Auch bei den Nichtbesitzern fanden diese Plan- und Kartendarstellungen unerwarteten Anklang. Durch Farben herausgehoben, ließ sich mit einem Blick erfassen, in welchem jämmerlichem Zustand sich der Markt damals befunden hatte. Die schwer lesbaren Originale dazu waren unter der entsprechenden Tafel zu sehen, ihr Ergebnis jedoch fand man verständlich dargeboten an der Tafel vor sich. Nur so kann man sie zu sprechenden Zeugnissen der Vergangenheit machen.

Diese Überlegung, alles so anschaulich wie möglich anzubieten, hat sich in der Praxis bewährt. Die Leute wollen schauen, wenn sie in eine Ausstellung kommen. Sie wollen auch verstehen, das aber muß ihnen leicht gemacht werden. Das Interesse an einer historischen Ausstellung hängt also für ein Gutteil der Besucher von der visuellen Aufbereitung des Materials ab. Das gilt besonders für die sozialen Tatbestände und wirtschaftlichen Verhältnisse, aber auch für den Wechsel in der Bürger- bzw. Hausbesitzerschaft. Auf Grund der Diagramme und Korrelationen in der Dissertation der Vf.¹ konnte zum Beispiel nach den Steuerlisten eine graphische Darstellung der sozialen Schichtung und deren Verschiebung im 19. Jahrhundert gebracht werden. Die »Spitzenreiter« wurden mit Namen gezeigt. Das interessierte, da die Namen meist noch bekannt sind. Dies leitete zu einer Reihe typischer Familiengeschichten über, die mit zahlreichen Originalbildern und vielen Leihgaben besonders gut ankamen. Gerade hier fanden die Besucher viele Anknüpfungspunkte, hatten viele ältere Leute doch noch den einen und anderen »Akteur« aus dem alten Feldkirchen persönlich gekannt, oder wenigstens von ihm gehört.

Die alteingesessenen Familien waren gerne bereit, Leihgaben zur Verfügung zu stellen und zahlreiche Besucher sprachen die Verfasserin während der Ausstellung an, daß sie ebenfalls gerne etwas dazu beigetragen hätten, nur leider nicht informiert gewesen waren, was auf die Bedeutung der Pressevorbereitung hinweist. Das Interesse und die Anteilnahme für die Einzelschicksale war überraschend groß. Um der Sensationslust der Leute ein wenig Genüge zu tun, durfte natürlich Tschako und Uniform eines eingessenen, der Marktgemeinde damals imponierenden Generals unter den Schauegenständen nicht fehlen. Besonders auf die Schulkinder schien dies wie ein Magnet zu wirken. Die

¹ Brigitte Bader, *Feldkirchen in Kärnten. Seine Geschichte im 19. Jahrhundert*, Villach, 1981, Selbstverlag (Friedrich-Herrmann-Weg 29, 9500 Villach).

Erwachsenen hingegen konnten ihr Auge nicht abwenden, ehe sie gelesen hatten, welchen »Skandal« er im Jahre 1891 hervorgerufen hatte: Das Kleingedruckte verriet, daß er gleich nach dem Tod seiner reich begüterten Frau ein Kind mit seiner Köchin hatte, die er wohl später ehelichte, aber trotzdem stets drei Schritte hinter sich gehen ließ. Derlei Information regte natürlich zu den verschiedensten Äußerungen und Gesprächen der Besucher an. Besonders die Männer redeten von guten alten Zeiten. Aber gleich die nächste Tafel sollte die Wirklichkeit der sogenannten »guten, alten Zeit« ins rechte Licht rücken. Auf das traurige Los eines hiesigen Knechtes machten die Schlagworte: »Schwerer Lebensweg« – »Fleiß und Entbehrung« aufmerksam. Sein harter Lebensweg war aus dem Dienstbotenbuch ersichtlich.

Merkwürdigerweise zeigten die Besucher Anteilnahme am harten Schicksal des einzelnen, gingen aber über pauschale Hinweise, wie »Harter Existenzkampf der Gewerbetreibenden« – »Viele Versteigerungen« eher mit Kopfnicken hinweg. Nicht nur repräsentative Handwerksbriefe verschiedenen Alters waren ausgestellt, sondern als Gegenstück auch Licitations (= Versteigerungs)urkunden, als Beispiele für die vielen hundert Versteigerungen. Eine graphische Darstellung über die Zu- bzw. Abnahme der verschiedenen Handwerksgruppen, ein Standortplan der im 19. Jahrhundert neu entstandenen Kaufmannsläden sagt natürlich weit mehr aus als eine umfassende Beschreibung. Leihgegenstände, die eine lebendige Erinnerung an das einstige Handwerk vermitteln sollten, rundeten das Bild ab.

Da Ortsgeschichte eine Aufgabe »sui generis« ist, die vom Geschehen in der Örtlichkeit und der »Gebauten Umwelt« bis in Familiengeschichte und allgemeine Genealogie reicht, wäre es falsch, sie als eine an der Stadt gespiegelte Landesgeschichte darzustellen, noch sollte sie eine Geschichte der Stadtverwaltung und deren Aktivitäten sein. Der sie betreffende Teil der Ausstellung muß im ausgewogenen Verhältnis bleiben, wie gute Werbung sein sollte. Mit möglichst vielen Originaldokumenten – wenn nötig immer mit kurzen Inhaltsangaben versehen – sollten alle Gebiete der Ordnungs- und Leistungsverwaltung gestreift werden. Der »Markt« beispielsweise wurde mit Marktordnungen verschiedenen Alters, Preislisten und dergleichen charakterisiert, was die bäuerlichen Besucher ansprach, die an sich in der Ausstellung zu kurz kamen, da es nicht möglich war, allen jüngst eingemeindeten Orten gerecht zu werden. Die sozialen Einrichtungen: das aus dem Mittelalter stammende Bürgerspital, das nie verwirklichte Projekt eines gemeindlichen Krankenhauses und das Schulwesen gaben Gelegenheit zum Vergleich mit heute. Das Werden der Pfarren und die konfessionelle Geschichte interessierten hier besonders, weil noch bis in unser Jahrhundert herein das konfessionelle Klima in der Stadt von Affären und Skandalen bestimmt wurde. Hier wirkte das lange Verbot der evangelischen Kirche nach. Auch das Vereinswesen kam nicht zu kurz. Es zieht immer bestimmte Gruppen von Besuchern an.

Die Darstellung des Verkehrswesens enthielt sowohl die große Grotteske ministerieller Kurzsichtigkeit, die den Anschluß der Stadt an die Landeshauptstadt durch den Bau einer elektrischen Bahn noch Anfang dieses Jahrhunderts verhinderte, als auch die kleine Grotteske, daß der Bahnhofswirt auf Nachbargemeindeboden blieb und daher die städtische Sperrstunde nicht einzuhalten brauchte: Stadtgeschichte sollte nie zur Behördenleichtgläubigkeit verleiten!

Die Darstellung des Geschehens im 20. Jahrhundert beschränkte sich auf die wichtigsten Daten. Auf eine so intensive Dokumentation, wie sie für das 19. Jahrhundert dargeboten wurde, ist bewußt verzichtet worden, da die meisten »Akteure« dieser Ära noch leben und in einem so kleinen Ort könnte über diese oder jene Sache doch von verschiedenen Gruppen sehr unterschiedlich geurteilt werden. Die letzten 50 Jahre so darzustellen, wie sie tatsächlich verlaufen sind und die Akten offen über Dinge sprechen zu lassen, die den Bürgern selbst vielleicht nie zu Ohren gekommen waren, wird wohl erst Ziel einer künftigen Ausstellung sein können.

Freilich wäre gerade das Interesse für den besagten Zeitraum, den die meisten älteren Besucher selbst miterlebt und mitgestaltet haben, besonders groß. Die Argumente, warum darüber nicht mehr

als das ohnehin Bekannte gesagt wurde, überzeugte die Frager unter den eingewohnten Feldkirchnern. Das Hauptziel, die Integration der örtlichen Gesellschaft zu fördern, verbietet, deren Frieden irgendwie zu stören und die Gemüter zu erhitzen. In einer kleinen Stadt, wo fast jeder jeden kennt, darf dies nie aus den Augen verloren werden.

Den Abschluß im Rundgang durch die Geschichte bildete eine Tafel, auf welcher der Gebietszuwachs der Gemeinde durch die großen letzten Eingemeindungen sowie die neuesten Bauten und Errungenschaften der Stadt zu sehen waren. Das letzte Bild, das sich dem Wanderer durch die Jahrhunderte bieten sollte, war das Aktuellste und Neueste: Photos von der Jubiläumsfeier, die erst eine Stunde vor der Ausstellungseröffnung stattgefunden hatte. Durch diesen Gag sollte gezeigt werden, wie aktuell Geschichte sein kann. Das hatte auch den gewünschten Erfolg. Bevor der Besucher die Ausstellung verließ, passierte er noch eine letzte Wandtafel, die sich mit der Geschichte der Häuser von 1800 bis heute beschäftigte. Zwei große Pläne zeigten den Baubestand von 1827, sowie die Neu-, Zu- und Umbauten seither. Histogramme stellten den Wechsel im Hausbesitz in Feldkirchen dar. Dies bietet gerade deshalb ein so interessantes Bild, da man über den so häufigen Wechsel völlig überrascht ist. Die visuelle Darstellung gerade solcher Fakten scheint für eine Ausstellung unerlässlich, denn Worte und Zahlen allein vermögen niemals den gleichen Eindruck zu erwirken. Der Wechsel im Hausbesitz Feldkirchens wurde auch mit dem in anderen Gemeinden des Landes verglichen, als Antwort auf die Frage, ob Feldkirchen in dieser Hinsicht eine Sonderstellung in Kärnten einnimmt.

Zum Durchblättern und Nachschlagen lag hier noch die Häuserliste auf, in der jedes ältere Feldkirchner Haus verzeichnet war.² Hieraus konnten die Hausbesitzer ihre Vorbesitzer, die ihnen zum Großteil unbekannt waren, ersehen und Auskunft über deren Berufe und Steuerleistungen sowie über den einstigen Grundbesitz, dessen Zukauf und Abgang erhalten. Von dieser Möglichkeit wurde natürlich gerne Gebrauch gemacht und viele Leute, die glaubten, bis zur Drucklegung der Dissertation nicht mehr warten zu können, schrieben sich sogar die Geschichte ihres Hauses ab und waren restlos begeistert, soviel über ihre Wohnstätte in Erfahrung gebracht zu haben.

Zum Schluß sollte vielleicht noch erwähnt werden, daß der inhaltliche Bearbeiter der Ausstellung mit jenem, der die technische Durchführung übernimmt, in engster Fühlung arbeiten sollte. Eine Arbeitsteilung würde sich sicherlich nachteilig auswirken. Die Anwesenheit dessen, der die Ausstellung aufgebaut hat, während der Zeit der Ausstellung scheint aus zweierlei Gründen ratsam. Zunächst ist es ein Vorteil für die Besucher, die sich mit Fragen, aber auch Mitteilungen (die keineswegs selten vorkommen) an den Historiker wenden können. Vielen Leuten ist es ein Bedürfnis, ihr Wissen um ihre engste Heimat, vieles, von dem sie denken, es sei vielleicht schon in Vergessenheit geraten, weiterzugeben und es freut und erstaunt sie, wenn sie hier einen interessierten und wissenden Gesprächspartner finden. Nicht zuletzt aber geben die verschiedensten Verhaltensweisen und Spontanäußerungen der Besucher dem Verfasser der Ausstellung viel Gelegenheit, Erfahrungen zu sammeln, die für kommende Ausstellungen natürlich eine große Bereicherung darstellen.

² Aus: B. Bader (s. A 1).

Harald Neifeind

Literatur zum Thema »Stadt im Unterricht« seit 1974

Mit der folgenden Literaturzusammenstellung didaktischer Arbeiten zum Thema »Stadt im Unterricht« wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Auch stellt die Auswahl keine Wertung dar. Rein fachliche Arbeiten, die keine unmittelbaren Vorschläge für eine unterrichtliche Umsetzung oder aber zumindest Überlegungen dazu anbieten, wurden nicht aufgenommen. Entsprechend der Zielsetzung dieser Zeitschrift wurden die Grenzen der einzelnen Fachdisziplinen überschritten und sowohl historische und geographische, wie auch ästhetische oder sozialkundliche Themen aufgeführt. Titel, die vor 1974 erschienen, wurden nicht aufgenommen.

Dabei zeigt schon eine erste Durchsicht, wie weit gespannt das Thema »Stadt« sich im Unterricht der Bundesländer, der Schularten und -stufen wiederfindet. In der Fülle der Unterrichtseinheiten spiegelt sich damit auch die inhaltliche Veränderung der Lehrpläne (die hier nicht zu behandeln ist), aber auch eine sich langsam ändernde Einstellung der Lehrer hin zu Unterrichtsthemen, die aus dem Lebensbereich der Schüler erwachsen. Die hier vorgelegte Liste zeigt aber auch, daß das Thema »Stadt« in der Schule immer noch vorwiegend fachbezogen behandelt wird. Der Versuch einer fächerübergreifenden Bearbeitung findet sich nur in wenigen Beispielen. Der Schüler erhält damit bestenfalls ein additives, aber kein integratives Bild jener komplexen Siedlungsform »Stadt«. Aber vielleicht ist der Lehrer vor Ort durch seine eigene »fachbezogene« Ausbildung mit einer solchen Gesamtschau auch einfach überfordert, es sei denn, er erhielte dazu eine zusätzliche Ausbildung.

Es liegt denn auch in der Absicht dieser Literaturzusammenstellung, Anregungen zu Fragestellungen zu geben. Vielleicht registriert der eine oder andere dabei auch die Unterrichtseinheit eines anderen Faches oder spricht sich daraufhin beim Thema »Stadt« mit Kollegen aus Nachbarfächern ab. Die zunehmende Fülle regionalbezogener Arbeiten bietet hierzu fruchtbare Ansätze.

Abkürzungen:

Gd	=	Geschichtsdidaktik
GWU	=	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
IMS	=	Informationen zur Modernen Stadtgeschichte
SMG/P	=	Sachunterricht und Mathematik in der Grundschule/Primarstufe
POLDI	=	Politische Didaktik
WPB	=	Westermanns Pädagogische Beiträge
ZSSD	=	Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege, seit 1978 unter dem Obertitel »Die alte Stadt«

Achilles, F. W., Die funktionale Komplexität der Daseinsgrundfunktion »Wohnen«, im Vergleich westliche Industriestadt – asiatische Stadt, in: *Geographie im Unterricht* 2 (1977), S. 181–191.

Alsheimer, Gabriele, Wir bauen die Traumstadt Schlumpfhausen. Unterrichtsprojekt im 2. Schuljahr: Spielen, entdecken, gestalten, in: *Grundschule* 13 (1981), S. 156–159.

Altmann, Josef / Taubmann, Wolfgang, Zur Erneuerung historischer Stadtkerne. Die Altstadt von Regensburg als Unterrichtsbeispiel in einer 11. Klasse, in: *Der Erdkundeunterricht* (1975) H. 2.

Arnold, Udo, Herrschaft und Verfassung in einer mittelalterlichen Stadt (Danzig). Didaktische Aspekte für einen historisch-politischen Unterricht, in: *ZSSD* 3 (1976), S. 181–209.

- Bastert, Karl-Dietrich, Das Leben in meiner Stadt. Die Grunddaseinsfunktionen »Wohnen und Sich-Bilden, Versorgen, Arbeiten und Sich-Erholen«, in: Neue Wege im Unterricht 25 (1974), S. 251–256.
- Baumann, Heidrun, Konstantinopel – Großstadt im Mittelalter. Überlegungen zur Produktion von Dokumentarfilmen für den Geschichtsunterricht, in: AV-Praxis 25 (1975), S. 28–31.
- Baumann, K. / Salzmann, I., Stadtplanung im Unterricht, Planen und Wohnen als Umwelterfahrung und soziales Verhalten. 6 Beispiele ästhetischer Erziehung, Stuttgart 1974.
- Becher, Rudolf, Unser Rathaus. Stadtverkehr / Öffentliche Verkehrsmittel. 3. Jahrgangsstufe, Sachunterricht: Geschichte, in: Grundschulmagazin 2 (1975), S. 15–16.
- Bechteler, Ingeborg, Im Ein- oder Mehrfamilienhaus wohnen? Eine zweiteilige Unterrichtseinheit zur Sozialgeographie des 2. Schuljahres, in: Die Scholle 48 (1980), S. 749–757.
- Beilner, Hans: Geschichte in der Sekundarstufe I. Ziele, Inhalte, Methoden und Unterrichtsmodelle, Donauwörth 1976 (S. 136–166: Stadt im Mittelalter).
- Berliner Modellversuch »Künstler und Schüler«. Mediale Verfahren im projektorientierten Unterricht der Sekundarstufe I. Projekt »Stadt im Mittelalter« (»Wer macht die Geschichte«), Berlin 1978 (Malteserstr. 74–100 / 1000 Berlin 46).
- Bickel, Wolfgang, Zusammenhänge zwischen Baugestalt und Sozialstruktur einer Altstadt-Straße, in: Schule und Museum 1 (1976), S. 68.
- Böhm, Walter, Bauen und Wohnen im 20. Jahrhundert, in: Die Scholle 44 (1976), S. 307–314.
- Brandes, Jürgen / Modl, Günter, Die Stadt im Mittelalter, in: Fuhr, Reinhard u. a.: Soziales Lernen. Innere Differenzierung. Kleingruppenunterricht. Modelle zur Überwindung herkömmlicher Unterrichtskonzepte, Braunschweig 1977, S. 231–287.
- Braun, Axel, Wasserversorgung in Großstädten. Begründung und Erprobung einer integrativen Unterrichtseinheit im Sachunterricht der Grundschule, in: SMG 3 (1975), S. 172–178.
- Brosch, Ulrich, »Ist alles erlaubt?« Thema »Bauzaun« in der Hauptschule, in: Kunst und Unterricht (1980), S. 50–53.
- Bünstorf, Jürgen, Stadtgeographie im Unterricht, in: ZSSD 2 (1975), S. 110–133.
- de Buhr, Hermann, Die Verstädterung Deutschlands im 19. Jahrhundert und ihre Behandlung im Unterricht, in: Anregung 24 (1978), S. 375–385.
- de Buhr, Hermann, Stadtgeschichte im Unterricht, in: ders. (Hrsg.): Unterrichtsbeispiele für die Grundschule, 1978, S. 99–124.
- Casper, Berthold, Kann unser Schulort Kleinzentrum werden? 4. Jahrgangsstufe, Sachunterricht: Erdkunde, in: Grundschulmagazin 2 (1975), S. 17–18.
- Casper, Berthold, Vielseitiges Arbeiten mit dem Stadtplan. Ein Instrumentarium geographischer Arbeitsweisen im 4. Schuljahr, in: Die Scholle 48 (1980), S. 602–610.
- Deuringer, Lorenz, Strukturwandel von Siedlungen im großstadtnahen Bereich. Ergebnisse von Schülerarbeiten der Kollegstufe, in: Geographische Rundschau 30 (1978), S. 217–218, 220–221, 186.
- Eberle, Johannes, Welche Wohnung braucht Familie Braun? 2. Jahrgangsstufe, Sachunterricht: Erdkunde, in: Ehrenwirth Grundschulmagazin 6 (1979), S. 15–16, s. a. S. 35–36.
- Eckert, Josef, Ingolstadt, Struktur eines Industrieraumes. Beispiel für eine zweistündige Unterrichtseinheit, in: Geographie im Unterricht 3 (1978), S. 196–200.
- Engelhardt, Edda / Lindemann, Gerd, Menschen wohnen verschieden. 2. Jahrgangsstufe, Sachunterricht: Erdkunde, in: Grundschulmagazin 3 (1976), S. 13–14.
- Engels, Odilo / Kosselleck, Reinhart, Unterrichtstyp 3 (Thematischer Längsschnitt) Stadt und Land – Gegensatz und Ergänzung unterschiedlicher Wirtschafts-, Rechts- und Lebensräume in der Geschichte, in: Rohlfes, J. / Jeismann, K. E.: Geschichtsunterricht. Inhalte und Ziele (Sonderheft GWU), Stuttgart 1974, S. 163–175.

- Esser, Thomas, Mittelalterliche Stadtgeschichte im Spiegel von Münsterbau und Augustinermuseum in Freiburg (= Lehren und Lernen, Bd. 15: Landesgeschichte im Unterricht, Heft 2, hrsg. von der Landesstelle für Erziehung und Unterricht Stuttgart), Villingen 1980, S. 25–38 (Schülermaterialien S. 99–112).
- Fettkötter, Wolfgang, Verstädterung ländlicher Gemeinden im Einflußbereich der Stadt Göttingen. Bericht über einen Leistungskurs in der Sekundarstufe II, in: Geographische Rundschau 31 (1979), S. 204, 207–208, 210–211, 213–214, 217.
- Filser, Karl, Der Handel im Mittelalter, aufgezeigt am Beispiel Regensburgs. Eine Unterrichtssequenz, in: Pädagogische Welt 31 (1977), S. 209–221.
- Fina, Kurt, Stadtgeschichte auf der Primarstufe. Von der Kinderfrage zum Unterrichtsgespräch im Medium der historischen Quelle, in: SMP 7 (1979), S. 312–321.
- Fischer, Reinhard / Grosse, Walther, Probleme der Städte. Beispiel Altstadtsanierung. 9. Jahrgangsstufe, Geographie, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 6 (1981), S. 27–30.
- Franz, Siegfried, Vorbereitung, Durchführung und Auswertung einer City-Exkursion mit einer 10. Klasse der Realschule, in: Geographie im Unterricht 2 (1977), S. 54–62.
- Frenz, Wilhelm, Probleme der Kommunen bei der Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen. Didaktische Vorüberlegungen zu einer Unterrichtsplanung für die Jahrgangsstufen 10/11, in: POLDI 5 (1979), S. 68–83.
- Friedrich, L., Der Zunftaufstand in Trier vom Jahre 1303, in: Unterrichtsmaterialien zur Landeskunde (Beilage der Landeskundlichen Vierteljahresblätter), Trier o. J.
- Fuchs, Norbert / Goetz, Werner, Die deutsche Stadt im Mittelalter (= Arbeitsmaterialien für den Geschichtsunterricht. 11. Jahrgangsstufe. Lehrer- und Schülerheft), München 1977.
- Galinski, Dieter / Lachauer, Ursula-Maria (Hrsg.), Feierabend und Freizeit im Wandel. Schüler erforschen die Sozialgeschichte des Alltags, Braunschweig 1981.
- Glaser, Hermann, Realistische Politik durch Einsicht in die Vergangenheit. Stadtkultur und Industriekultur, zwei sich ergänzende Chance unsere Lebenswelt zu gestalten, in: Materialien zur Politischen Bildung 7 (1979), S. 43–48.
- Graefe, Gerhard / Vogel, Klaus, Vor- und Nachteile des Wohnens in einer Neubausiedlung, 5. Jahrgangsstufe, Geographie, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 2 (1977), S. 13–16.
- Gruber, Dieter / Heumann, Ernst, Von der mittelalterlichen Standesgesellschaft: Das Leben der Bürger. 7. Jahrgangsstufe, Geschichte, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 3 (1978), S. 21–24.
- Hager, Bruno, Weidenberg braucht eine Umgehungsstraße. Heimat- und Sachkunde (Erdkunde), 4. Jahrgangsstufe, in: Pädagogische Welt 34 (1980), S. 287–290.
- Haubrich, Hartwig, »Wohnen in der Stadt« – eine Unterrichtseinheit. Verlaufsstruktur und didaktische Materialien, in: Der Bürger im Staat 24 (1974), S. 156–163.
- Haubrich, Hartwig, Bemerkungen zu den Unterrichtsprogrammen »Sozialgeographie, Stadt« am Beispiel »Wohnen«, in: Geographische Rundschau 28 (1976), S. 70–71.
- Haubrich, Hartwig, Unsere Stadt. Geographie, 4. Schuljahr, in: Praxis Schulfernsehen 3 (1978/79), S. 21–24.
- Haubrich, Hartwig, Stadtplanung, Stadtsanierung. Geographie, 9. Schuljahr, in: Praxis Schulfernsehen 4 (1979/80), S. 39–44.
- Hauf, Ursula, Eine neue Siedlung wird geplant. Sollen Hochhäuser oder Einfamilienhäuser gebaut werden? 2. Jahrgangsstufe, Sachunterricht: Erdkunde, in: Grundschulmagazin 3 (1976), S. 13–14.
- Haus, Ernst-Erhard, Die Karte im Sachunterricht. Einführung in den Stadtplan, in: Lehrmittel aktuell 9 (1977), S. 34–37.
- Hausmann, Wolfram / Volkmann, Hermann, J., Wir planen eine Stadterkundung. Augsburg – Planspiel für die Orientierungsstufe, in: Geographie im Unterricht 3 (1978), S. 137–148.

- Hegelich, Sylvia, Wohnen als Thema eines fächerübergreifenden Unterrichtsvorhabens, in: Neue Wege im Unterricht 24 (1973), S. 104–109.
- Heimlich, Wolfgang, Erkennst du das Schulhaus auf dem Stadtplan? 3. Jahrgangsstufe, Sachunterricht: Erdkunde, in: Ehrenwirth Grundschulmagazin 6 (1979), S. 17–18. (Unter dem gleichen Titel nochmals gedruckt in: Pädagogische Welt 34, 1980, S. 603–606.)
- Heinemann, Günter, Ein Hafen. Raumbeispiel: Hamburg. Eine Erdkunde-Einheit im 5. Schuljahr, in: Die Scholle 43 (1975), S. 365–370.
- Herlyn, Ingrid, Sozialwissenschaftliche Überlegungen zum Unterrichtsthema »Stadt«, in: ZSSD 5 (1978), S. 54–76.
- Himmelstoss, Siegfried / Müller, Hans: Die Wacker-Chemie in Burghausen. Eine Unterrichtssequenz zur Untersuchung von Standortfaktoren im Erdkundeunterricht, in: Pädagogische Welt 33 (1979), S. 599–610.
- Jäger, Hermann, Luftverschmutzung, ein Problem unserer Städte. Arbeitsmaterialien für den Geographieunterricht der Realschule, in: Geographische Rundschau 30 (1978), S. 234–241.
- Jakat, Udo, Alternative Nutzungsmöglichkeiten von Baulücken in der Großstadt, erarbeitet mit Hilfe der Fallanalyse im Unterricht einer 9. Klasse, in: Geographie im Unterricht 4 (1979), S. 374–381.
- Jooß, Rainer, »Stadt« im Unterricht, in: ZSSD 1 (1974), S. 141–150.
- Kemper, Raimund, Schülerzentrierte Unterrichtsformen bei der Erforschung des Nahraumes. Versuch zur stadtgeographischen Behandlung von Essen in einem Leistungskurs der Jahrgangsstufe 12, in: Geographische Rundschau 30 (1978), S. 264–270.
- Köck, Helmut, Zur Arbeit mit stadtgeographischen Strukturmodellen im Geographieunterricht, in: Geographie im Unterricht 3 (1978), S. 69–78.
- Kostka, Gisela, Gründe, die zur Ausdehnung und Entwicklung einer Stadt beitragen, dargestellt am Beispiel Nürnbergs. Sachunterricht: Geschichte, 4. Jahrgangsstufe, in: Ehrenwirth, Grundschulmagazin 6 (1979), S. 19–20.
- Kreuer, Werner, Der Einsatz des Overhead-Projektors im Sachunterricht der Grundschule (Vorfeld Geographie), dargestellt am Beispiel des Projektes »Wir lernen unsere Stadt (unseren Ort) kennen«, in: Neue Wege im Unterricht 25 (1974), S. 30–40.
- Kross, E., Städtebauepochen im Geographieunterricht. Der Erdkundeunterricht, Sonderheft 2, Stuttgart 1975.
- Langer, Hans-Günter, Die Stadt als didaktisches Problem des Geschichtsunterrichts, in: ZSSD 4 (1977), S. 1–35 (unter dem gleichen Titel auch in: GWU 28, 1977, S. 272–284 und S. 337–355).
- Langer, Hans-Günter / Meves, Uwe, Die Gestaltung des Einführungskurses in Form einer stadtgeschichtlichen Unterrichtsreihe. Ein Kurs über die Geschichte der Stadt Trier von der römischen Antike bis zur frühen Neuzeit. Leistungskurs Gemeinschaftskunde mit Schwerpunkt Geschichte, Kurs 11.1 (= Rheinland-Pfalz Kultusministerium: Handreichung zum lernzielorientierten Lehrplan Gemeinschaftskunde / Geschichte, 5. Folge, Mainzer Studienstufe) Mainz 1979.
- Langer, Hans-Günter / Meves, Uwe, Minderheitenprobleme in der Geschichte: Das Beispiel der Trierer Judenschaft in Mittelalter und Früher Neuzeit. Anregungen für den Geschichtsunterricht der Sekundarstufe II, in: Gd 6 (1981), S. 159–173.
- Lohrer, Konrad / Schachner, Jutta, Fernfahrer und Fuhrleute, in: Pädagogische Welt 31 (1977), S. 228–232.
- Maras, Rainer, Wie die Stadt vor 500 Jahren aussah. Ein Unterrichtsbeispiel zur Heimat- und Sachkunde der 3. und 4. Jahrgangsstufe, in: Pädagogische Welt 31 (1977), S. 285–289.
- Maras, Rainer, Lassen sich Sach- und Deutschunterricht wieder integrieren? Darstellung der Problematik am Thema »Brandgefahr in der alten Stadt«, in: Pädagogische Welt 32 (1978), S. 435–441.
- Meves, Uwe, Geschichtsunterricht Sekundarstufe II: Steuerlisten als Quellen zur Sozialstruktur der mittelalterlichen Stadt, in: Gd 6 (1981), S. 1–18.

- Mittelstädt, Fritz-Gerd, Geographieunterricht im Medienverbund am Beispiel des Verkehrsknotenpunktes Frankfurt am Main. Unterrichtsversuch in der 5. Jahrgangsstufe des Gymnasiums, in: Anregung 22 (1976), S. 395–399.
- Munz, Rolf, Ein neues Wohnviertel wird geplant: Wie soll die neue Siedlung gestaltet werden?, 3. Jahrgangsstufe, Sachunterricht: Erdkunde, in: Ehrenwirth Grundschulmagazin 6 (1979), S. 17–18.
- Nebel, Jürgen, Unkontrollierte Verstädterung in Lateinamerika, Beispiel: Lima/Peru. Eine Unterrichtseinheit für die Sekundarstufe I, in: Geographie im Unterricht 3 (1978), S. 360–373.
- Neifeind, Harald, Die Stadt im Mittelalter. Beispiel einer Medienkombination, in: Audiovisuelle Medien im Geschichtsunterricht, hrsg. v. Baumann, H. / Meese, H. (= Schriftenreihe AV-Pädagogik, hrsg. vom Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, Grünwald), Stuttgart 1978, S. 23–34.
- Neifeind, Harald, Stadt im Mittelalter (= AV-Unterricht), München 1980.
- Niggemeier, Friedhelm / Hobein, Henning, Bauen: Unterrichtseinheit für Klasse 5, am Beispiel örtlicher Gegebenheiten beschrieben, in: Kunst und Unterricht 31 (1975), S. 29–32.
- Osnabrücker Projektgruppe »Interdisziplinäres Curriculum« (Hrsg.), »Stadt« im Unterricht. Werkstattbericht über ein curriculares Entwicklungsvorhaben der Fächer Geographie, Geschichte, Politische Wissenschaft, Stuttgart 1976.
- Patten, H. P. / Lütje, J., Altstadtsanierung – Ein Projekt für die Studienstufe, in: Beiheft Geographische Rundschau, Febr. 1975, S. 42–49.
- Peter, Andreas, Einbeck und Northeim, zwei Mittelstädte werben um Industrie. Ein Planspiel für Abschlußklassen der Sekundarstufe I und wirtschaftsgeographische Grundkurse, in: Geographische Rundschau 30 (1978), S. 298–304.
- Peter, Andreas, Die Entwicklung einer neuen Stadt. Ein Planspiel für die Abschlußklasse der Sekundarstufe I, in: Geographie im Unterricht 3 (1978), S. 59–67.
- Pollert, Manfred, Die Stadt Münster als Thema einer Grundschule im Vorort Berg Fidel (Münster i. W.), in: Standortbezogener Sachunterricht und Geschichte (= Schriftenreihe des Westfälischen Heimatbundes, H. 4) Münster 1979, S. 29–34.
- Popp, Herbert, Die Kleinstadt – Ausgewählte Problemstellungen und Arbeitsmaterialien für den Erdkundeunterricht in der Sekundarstufe (= Der Erdkundeunterricht, H. 25), Stuttgart 1977.
- Pröckl, W., Stadtplanung, Möglichkeiten und Grenzen einer bürgernahen Stadtgestaltung. Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht, Modell 30 (1976).
- Raab, Johann, »Stadt und Umland ergänzen sich«. Eine Unterrichtseinheit aus dem Fachbereich Erdkunde (Orientierungsstufe), aufgezeigt am Beispiel Regensburg, in: Pädagogische Welt 32 (1978), S. 361–369.
- Raab, Johann, Das Städtedreieck Nürnberg, Fürth, Erlangen, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 4 (1979), S. 11–14.
- Raab, Johann, Raffineriezentrum Ingolstadt, 6. Jahrgangsstufe, Geographie, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 5 (1980), S. 15–18.
- Reitzenstein, Wolf-Armin Frhr. von, Stadtviertel-Namen als Quelle für die Münchener Ortsgeschichte, in: Anregung 21 (1975), S. 254–258.
- Rosenbaum, Margret, Stadtpläne, wichtige Medien für den Geschichtsunterricht, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 4 (1979), S. 55–56.
- Rosenbaum, Margret, Die mittelalterliche Stadt, 6. Jahrgangsstufe Geschichte, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin (1979), S. 15–18.
- Rosenbaum, Margret, Zunftwesen im Mittelalter, 6. Jahrgangsstufe Geschichte, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 5 (1980), S. 15–18.
- Rudolf, Hans Ulrich, Die Stadt – Stadtentstehung an südwestdeutschen Beispielen (= Lehren und

- Lernen, Bd. 14: Landesgeschichte im Unterricht, Heft 1, hrsg. von der Landesstelle für Erziehung und Unterricht, Stuttgart), Villingen 1980, S. 3–16 (Schülermaterialien S. 43–55).
- Scherf, Ferdinand, Möglichkeiten einer Einbeziehung der in den Archiven vorhandenen Quellen in lokal- oder regionalgeschichtlich ausgerichtete Unterrichtseinheiten, in: Schule und Museum 1976, S. 21–36.
- Scherf, Ferdinand / Schütz, Friedrich (Hrsg.; im Auftrag der Stadt Mainz), Schüler erforschen die Mainzer Geschichte. Beiträge zum »Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten« und Facharbeiten zur Mainzer Geschichte. Verfaßt von Schülerinnen und Schülern des Rabanus-Maurus-Gymnasiums Mainz, Mainz 1980.
- Schneider, Gerhard, Die mittelalterliche Stadt, in: Kuhn, A. / Schneider, G.: Geschichtsunterricht 5–10, München / Wien / Baltimore 1981, S. 20–101.
- Scholler, Ludwig, Berlin, Inselstadt ohne Umland. 5. Jahrgangsstufe, Geographie, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 2 (1977), S. 13–16.
- Scholler, Ludwig, In einer mittelalterlichen Stadt. 7. Jahrgangsstufe, Geschichte, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 2 (1977), S. 21–24.
- Schoof, Friedrich-Wilhelm, Man kann mit einer Wohnung einen Menschen genauso töten wie mit einer Axt. Das Problem »Wohnen« im Sachunterricht der 4. Klasse, in: SMG 3 (1975), S. 12–17.
- Schulze, Christa u. a., Die orientalische Stadt. Ergebnisse eines didaktischen workshops, in: Geographische Rundschau 31 (1979), S. 51–73.
- Schwalm, Eberhard, Die Stadt, in: Geschichtsunterricht. Entwurf eines Curriculums für die Sekundarstufe I, hrsg. v. J. Rohlfes (= Beiheft zur GWU), Stuttgart 1978.
- Sperling, Sigrid, »Rio, die schönste Stadt der Welt«. Ein Beispiel für den geographischen Aussagewert von Reiseprospekten, in: Geographie im Unterricht 2 (1977), S. 278–285.
- Stahl, Werner, Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Umland, aufgezeigt am Beispiel der Stadt Weiden. 5. Jahrgangsstufe, Geographie, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 2 (1977), S. 13–16.
- Steen, Jürgen, Erfahrungen mit Schülern im Historischen Museum Frankfurt a. M. – zwei Projekte, in: Gd 2 (1977), S. 223–231.
- Sturm, Werner, Wo verbringen Städter ihre tägliche Freizeit? 5. Jahrgangsstufe, Geographie, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 5 (1980), S. 11–14.
- Thienel, Ingrid, Moderne Stadtgeschichte im Unterricht, in: IMS 9 (1974), S. 1–5.
- Thienel, Ingrid, Großstadtsanierung, Beispiel Berlin-Neukölln. Fachwissenschaftliche Analyse und didaktische Planung, in: Gegenwartskunde 24 (1975), S. 355–394.
- Treitz, Gabriele, Die Beziehungen zwischen der Stadt Saarbrücken und ihrem Umland. Entwurf zu einer einstündigen Unterrichtseinheit in der 5. Jahrgangsstufe, in: Geographie im Unterricht 4 (1979), S. 58–65.
- Übach, Gerd / Welkert, Hans-Joachim, Streit um die Bahnhofstraße. Ein Projekt in der vierten Klasse der Primarstufe, in: SMP 7 (1979), S. 469–476.
- Voigt, Gerhard, Behandlung des Rahmenthemas »Die Stadt« in der S II. Ergebnisse der curricularen Arbeit in Niedersachsen, in: Geographische Rundschau 30 (1978), S. 271–277.
- Werle, Otmar, Wandlungen einer Stadt, Historische Aspekte im Geographieunterricht der Sekundarstufe I, in: Geographie und Schule, Heft 3: Die historische Dimension im Geographieunterricht, 2 (1980), S. 26–42.
- Wiebusch, Dagmar, Stadtplanung, Stadtsanierung, in: Praxis Schulfernsehen 4 (1979/80), S. 49–52.
- Wilhelm, Fred, Zwei Weltstädte. New York, Tokio. 5. Jahrgangsstufe, Geographie, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 5 (1980), S. 11–14.
- Wirth, Werner, Realschüler untersuchen die Altstadt von Hof. Objektbezogener Geographieunterricht in einer monostrukturierten Industriestadt im Zonenrandgebiet, in: Geographie im Unterricht 2 (1977), S. 307–319, s. a. S. 337–341.

- Witzenbacher, Kurt, Menschen bauen sich verschiedene Wohnungen. Anregungen zu einer weltkundlichen Unterrichtseinheit in der Orientierungsstufe, in: Die Scholle 48 (1980), S. 330–336.
- Wöckel, Helmut, Die weltweite Verstädterung. 9. Jahrgangsstufe, Geographie, in: Ehrenwirth Hauptschulmagazin 2 (1977), S. 29–32.
- Wohnen im Wandel, Jahrbuch zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1978, hrsg. von der Kurt-A.-Körper-Stiftung, Wuppertal 1979.
- Zacharias, Wolfgang, Kinder spielen und lernen Stadtgeschichte. Ein didaktischer Spielraum im Münchner Stadtmuseum für Schule und Freizeit, in: WPB 31 (1979), S. 32–39.

Die Autoren

PETER W. SCHMIDT (1941) studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Kath. Theologie in München und Tübingen und promovierte 1975 über Justus Möser. Seit 1973 Wiss. Assistent an der PH Weingarten, wurde er 1975 an die PH Esslingen auf eine Professur für Soziologie und Politikwissenschaft berufen. Mehrere Veröffentlichungen zur Didaktik und Methodik des politischen Unterrichts.

PETER KNOCH (1935) promovierte nach einem Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie in Bonn und Basel 1966 mit einer Arbeit über Albert von Aachen. 1969 wurde er, bis dahin Wiss. Assistent am Hist. Institut der Universität Stuttgart, auf einen Lehrstuhl für Geschichte und ihre Didaktik an die PH Ludwigsburg berufen. Mitarbeiter und Mitherausgeber der »Politischen Bildung auf der Sekundarstufe«, zahlreiche Veröffentlichungen zur mittelalterlichen Geschichte, zur Museumsdidaktik und zur Theorie des Geschichtsunterrichts.

FRIEDER STÖCKLE (1939) war, nach der Ausbildung zum Grund- und Hauptschullehrer und zum Reallehrer, drei Jahre Deutsch- und Geschichtslehrer an einer Realschule und ist heute, als Diplompädagoge, Wiss. Mitarbeiter am Didaktischen Zentrum Landeskunde an der PH Ludwigsburg. Vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendliteratur ist er mit eigenen Büchern hervorgetreten.

HORST GIES war nach dem Studium Gymnasiallehrer für Geschichte, Sozialkunde, Gemeinschaftskunde und Deutsch, wurde 1970 Dozent am Seminar für Politische Bildung und Didaktik der Geschichte der PH Westfalen-Lippe, Abt. Münster, 1973 Professor für Didaktik der Geschichte an der PH Berlin und ist seit 1980 am Institut für Didaktik der Geschichte und Politik der FU Berlin tätig. Zahlreiche fachwissenschaftliche Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte; seine jüngste Veröffentlichung im fachdidaktischen

Bereich: »Repetitorium Fachdidaktik Geschichte« (1981).

BURCHARD SCHEPER: s. DaS 7 (1980), S. 313.

HANS JOACHIM FLIEDNER (1940), Mitglied des Redaktionskollegiums dieser Zeitschrift seit ihrer Gründung 1974, ist gebürtiger Hamburger, hat in Heidelberg und Hamburg Geschichte, Deutsch und Pädagogik studiert und bei Ahasver von Brandt mit einer Arbeit »Zur Judenverfolgung 1933–45 in Mannheim« promoviert. Nach Tätigkeiten am Kurpfälzischen Museum in Heidelberg und Stadtarchiv Mannheim, Referendariat und Assessorendienst im baden-württembergischen Schuldienst wurde er 1973 nach Offenburg berufen, wo er für Archiv, Volkshochschule, Museum und örtliche Denkmalpflege verantwortlich ist. Zahlreiche lokalhistorische Veröffentlichungen.

DETLEF SCHREIBER (1930) hat nach dem Architekturstudium an der TU München und der Universität London bei der Bayerischen Staatsbauverwaltung sein Referendarexamen abgelegt und ist jetzt als fr. Architekt in München tätig. Förderungspreis des Freistaates Bayern, Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung. Aus seinen Arbeiten für Ingolstadt sind der Gebietsentwicklungsplan, der Altstadtstrukturplan und der Strukturplan Nord-West hervorzuheben.

FRANZ SCHLAMP war nach seinem Architekturstudium an der TU München (Diplom 1949) Architekt in der Wohnungswirtschaft. Seit 1954 in der Bauverwaltung der Stadt Ingolstadt tätig, als Leiter des Hochbauamtes-Stadtplanungsamtes und des Bauordnungsamtes, ist er heute dort Lt. Stadtbaudirektor, mit den besonderen Schwerpunkten Altstadtsanierung und Denkmalpflege.

BRIGITTE BADER stammt aus Villach in Kärnten, studierte in Innsbruck Geschichte und Englisch und promovierte 1980 mit einer Arbeit über die Geschichte der Stadt Feldkirchen in Kärnten im 19. Jahrhundert. Seitdem ist sie freiberuflich tätig.

HARALD NEIFEIND war nach dem Studium der Geschichte, Germanistik und Wiss. Politik in

Freiburg, Heidelberg und Montpellier Wiss. Angestellter an der Univ. Heidelberg (1971 Promotion), 1969–1973 Gymnasiallehrer, 1973–1975 Wiss. Assistent an der PH Karlsruhe und ist seit 1975 Akad. Rat am Erziehungswiss. Fachbereich der Univ. Göttingen. Zahlreiche fachdidaktische Veröff., u. a. »Stadt im MA« (AV-Unterr. 1980), Mitarbeiter an »Geschichte und Gegenwart. Arbeitsbuch für Realschulen« (1980).

Notizen

Unter Schutz gestellt

Das Stuttgarter Regierungspräsidium hat die Altstadt von *Bad Wimpfen* (Kreis Heilbronn) und deren Stadtteil Wimpfen am Berg unter Denkmalschutz gestellt. Wimpfen ist eine der ältesten Mitgliedsstädte der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt.

Zum ersten Male soll *ein noch industriell genutztes Gebäude* als »Denkmal« geschützt werden. Der Kommunalverband Ruhrgebiet plant die Einstufung einer Maschinenhalle der Schachtanlage Zweckel in Gladbeck als »denkmalwürdiges Industrieensemble«. In dieser Halle arbeiten die ältesten Elektro-Förderanlagen der Bundesrepublik.

In einen schlimmen Zustand der Zerstörung und Verwitterung ist das Grabmal des schlesischen Schriftstellers *Carl Hauptmann* in Niederschreiberhau im Riesengebirge geraten. Die Bemühungen deutscher Kulturinstitutionen und Privatleute, den Grabstein wieder in einen würdigen Zustand zu versetzen, haben zum Erfolg geführt. Das polnische Kulturministerium will das Grabmal des Dichters unter Denkmalschutz stellen. Da dies auf einem stillgelegten Friedhof nicht möglich ist, soll das Grab in den Park des Hauses, in dem der Dichter gewohnt hat, verlegt werden.

Projekte

Umfangreiche Rekonstruktionsmaßnahmen werden im *Goethe-Museum Weimar* vorgenommen. Anlässlich des 150. Todestages des Dichters im März 1982 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. Literaturwissenschaftler, Denkmalpfleger und Museologen haben die Aufgabe übernommen, mit der Neugestaltung des Eingangsbereichs und der Innenräume des Hauses am Frauenplan 1 die Ausstellung nach neuesten Erkenntnissen der Goetheforschung aufzubauen. Dadurch soll unter anderem Goethes Einfluß auf die Literatur seiner Zeit und der Nachwelt noch anschaulicher dokumentiert werden. Besucher werden unter anderem erfahren, wie sich Goethe der Theaterarbeit widmete oder wie sich seine naturwissenschaftlichen Studien in seiner Dichtung widerspiegeln.

Noch mehr als ein Jahrzehnt werden die Wiederaufbauarbeiten am *Berliner Dom* im Ostteil der Stadt dauern. Die überwiegend mit Geldern der westdeutschen evangelischen Landeskirchen finanzierte Restaurierung der Außenarbeiten wurde vor fünf Jahren begonnen und sollte ursprünglich bereits 1980 abgeschlossen sein. Die Regierung der DDR zahlt einen Zuschuß von 200 000 Mark jährlich für die laufenden Kosten zur Erhaltung des Gebäudes.

Die Marienkirche in Neubrandenburg, die als ein Hauptwerk frühgotischer Backsteinbaukunst in Deutschland gilt und im letzten Krieg fast völlig zerstört wurde, wird wiederaufgebaut. Das Baudenkmal soll als Konzerthalle und Kunstgalerie genutzt werden.

Die Gutsbofanlage mit Schloß und Park in Petzow, die wahrscheinlich von Schinkel und Lenné geschaffen wurden und zusammen mit der historischen Dorfanlage eines der am besten erhaltenen ländlichen Ensembles des frühen 19. Jahrhunderts in der Mark Brandenburg sind, wird jetzt restauriert.

Die acht Schinkelschen Skulpturengruppen, die nach dem Krieg in Westberlin aufbewahrt und jetzt an Ostberlin übergeben worden sind, sollen restauriert werden. Dazu wurde eine spezielle Werkstatt auf der Museumsinsel in Ostberlin errichtet. Bildhauer, Restauratoren und Chemiker werden die Figuren aus Carrara-Marmor reinigen, restaurieren und konservieren. Die Skulpturen sollen dann wieder auf der von Schinkel entworfenen Schloßbrücke – heute Marx-Engels-Brücke – aufgestellt werden.

Entwürfe für ein Berliner Museum für Verkehr und Technik bilden die Aufgabe zum Schinkelwettbewerb 1981/82, den der »Architekten- und Ingenieur-Verein zu Berlin« ausgeschrieben hat. Standort des Museums soll das Gelände des ehemaligen Anhalter-Bahnhofs sein.

An der Stelle des alten *Haithabu* bei Schleswig soll ein Museum für Funde aus der Wikingerzeit entstehen.

Mit einer »neuen Bauepoche« will der Trierer Oberbürgermeister Felix Zimmermann die altrömische Kaiserresidenz Augusta Treverorum international ins Blickfeld rücken. Zur 2000-Jahrfeier im Mai 1984 kündigte das Trierer Stadtoberhaupt Bauvorhaben mit Kosten von 150 Millionen Mark an. International profilierte Architekten arbeiten bereits an Wettbewerbsvorschlägen zur Lösung des spektakulär anmutenden Planes, die Konstantin-Basilika aus dem

vierten Jahrhundert als antike Kulisse »ohne Blechumgebung« zur Geltung zu bringen. Hunderte von Kraftfahrzeugen, die auf dem seit Jahren als Parkplatz genutzten Basilika-Vorplatz das Bild verschandeln, sollen in einer unter dem barocken Palastgarten – in unmittelbarer Nähe der Basilika – entstehenden Tiefgarage verschwinden. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt ihren international ausgeschrieben Kongreß 1984 »Die alte Stadt morgen« in ihrer Mitgliedsstadt Trier abhalten wird.

Mehr Raum soll in Rom und auf dem der italienischen Hauptstadt benachbarten Gelände der Etrusker-Stadt Veji für die Darstellung der Kultur und des Lebens dieses antiken Volkes geschaffen werden. In der Hauptstadt soll die Villa Poniatowski aus dem 16. Jahrhundert aufgekauft werden, um das in der Nähe gelegene und weltbekannte Etrusker-Museum in der Villa Giulia zu erweitern. Ferner ist geplant, siebzehn Kilometer nördlich von Rom Land aufzukaufen, um den archäologischen Park am Ort der Etrusker-Stadt Veji, die 396 von Rom erobert und zerstört wurde, auszubauen. Fachleute sprechen von einem »außerordentlich wertvollen Gelände« mit Nekropolen, alten Stadtmauern, antiken Villen mit Wandmalereien und heiligen Stätten, das erschlossen werden müsse.

Die Restaurierungsarbeiten an den Fresken der Sixtinischen Kapelle haben begonnen. Ruß und Staub hatten in den Jahrzehnten seit der letzten Auffrischung vieler Gemälde in den zwanziger Jahren die Linien und Farben der Renaissance-Maler zugedeckt und aus den plastischen Figuren flache Gestalten gemacht. Einzelheiten wurden unsichtbar, Grautöne beherrschten alles. Bis das letzte Gemälde in der Sixtinischen Kapelle restauriert ist, dürften noch zwölf Jahre vergehen. Zu mühsam ist der Vorgang des vorsichtigen Abtragens der Schmutzschichten. Pasten, die verschiedene Lösungsmittel enthalten, müssen aufgetragen und nach dem Eintrocknen wieder behutsam abgebürstet werden. Das wird so oft wiederholt, bis die ursprünglichen Farben deutlich und sauber zu sehen sind. Stellen, an denen

die alte Farbe abgesprungen ist, ergänzen die Restaurateure mit Wasserfarben. Sie greifen das Original nicht an und können mit einem nassen Schwamm wieder entfernt werden. Erfreulicherweise braucht die Kapelle während der Arbeiten nicht geschlossen zu werden. Die Restaurateure arbeiten immer nur an einer Stelle und stehen dabei auf schmalen Gerüsten, so daß die meisten Fresken weiter zu sehen sein werden.

An der Akropolis von Athen sollen die im vergangenen Jahrhundert über den Propyläen angebrachten Eisenstäbe durch Balken aus Titan ersetzt werden. Außerdem werden die neuen, nachgebildeten Karyatiden des Erechtheion-Tempels aufgestellt. An dritter Stelle der Dringlichkeitsliste steht der Parthenon, der bei dem Erdbeben am 23. Februar 1981 beschädigt wurde. Hauptursache der Schäden ist allerdings die Umweltverschmutzung.

Investitionen und Sparmaßnahmen

Niedersachsen fördert 1981 drei große Objekte der Denkmalpflege mit knapp einer Million Mark Landesmitteln: den Ausbau des ehemaligen Zisterzienserklosters in Walkenried zu einem Kulturzentrum, die Restaurierung der Hauptkirche in Wolfenbüttel – Mitgliedsstadt der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt – und die Instandsetzung des Barockschlosses Gödens in Sande. Für die Baudenkmalpflege sind im Haushaltsplan insgesamt 8,5 Millionen Mark ausgewiesen.

Ein doppelter Ephraim bleibt Berlin erspart. Die schwierige Haushaltslage hat den Berliner Senat gezwungen, auf den Wiederaufbau des Ephraim-Palais in West-Berlin zu verzichten. In Ost-Berlin ist der originalgetreue Wiederaufbau des Ephraim-Palais bis 1987 fest eingeplant. Bisher mußte man also fürchten, daß jeder der beiden Teile Berlins das Ephraim-Palais wiederaufbauen und jeder das seinige als das eigentliche ausgeben wollte. Im heutigen Ost-Berlin war der Standort des Ephraim-Palais, eines Bürgerhauses mit phantasievoller Ecklösung, in West-Berlin lagern seit Kriegsende wesentliche Teile der Fassade.

Denkmalschutz – Leistungen und Erfolge

Nach 36jährigem Dasein als »schönste Ruine Deutschlands« ist die Alte Oper in Frankfurt/M. am 28. August 1981 wiedereröffnet worden. Das neue multimediale Konzert- und Kongreßzentrum am Rande der Innenstadt galt mit Restaurierungskosten von annähernd 200 Millionen Mark als Frankfurts teuerstes Kulturbauwerk. 1880 eingeweiht und 1944 von amerikanischen Bombern zerstört, sorgte das neoklassizistische Gebäude in der Mainmetropole jahrzehntelang für politischen Zündstoff. Die in ihrer historischen Schale guterhaltene Oper sollte gesprengt werden, es gab Streit um Investitionen, Folgekosten und Geldgeber. Die Aktionsgemeinschaft Opernhaus, eine der ersten Bürgerinitiativen im Bundesgebiet, engagierte sich zunächst für die Sicherung des Baues und brachte mit Hilfe großer Mäzene und kleiner Spender fast 15 Millionen Mark zusammen. 1976 gab es nach kommunalpolitischen Querelen in der Stadtregierung endgültig »grünes Licht« für den teuren Wiederaufbau.

Die Architekten (Gebrüder Braun / Martin Schlockermann) ließen Trümmerberge im Inneren des Gebäudes beiseite räumen und restaurierten – außer der Fassade – etwa 15 Prozent des Bauwerks detailgetreu im Stil seiner Erbauer. Beim großen Rest stand moderne Architektur, gepaart mit zeitgemäßer Technik, Pate. Stuck und Marmor, warme Naturhölzer, aber auch riesige Glasfronten beherrschen das Bild. Auf sechs Ebenen entstanden große und kleine Säle für etwa 4000 Personen, eine Tiefgarage und drei Restaurants samt Großküche. Ein U-Bahnhof im Opernkeller ist geplant.

Mit einem Festgottesdienst ist die Potsdamer Nikolai-Kirche nach jahrelanger Restaurierung wieder eingeweiht worden. Der nach Plänen des preußischen Baumeisters Karl Friedrich Schinkel errichtete klassizistische Zentralbau war im April 1945 bei Bombenangriffen schwer beschädigt worden.

Die große Granitschale, von der Schinkel selbstbewußt behauptete, daß »nirgends in der Welt

eine ähnliche Schale von dieser Kolossalität« existiere, steht nach rund 46jähriger Abwesenheit wieder am Fuß der Freitreppe des Alten Museums in Ost-Berlin. Die zur Einweihung 1834 als Weltwunder gefeierte Rundschale, an deren Rand 42 Personen zum Festfrühstück Platz nahmen, war indes 100 Jahre später nicht mehr an ihrem ursprünglichen Ort zu sehen. Die gigantomanischen Planungen der Nationalsozialisten, die aus der geometrisch geordneten Parkanlage des Lustgartens einen gepflasterten Aufmarschplatz machten, hatten sie in die Anlagen nördlich vom Dom versetzt, wo sie bis vor kurzem ein Schattendasein führte. Im Zusammenhang mit dem Schinkel-Jahr und der von der DDR geplanten Rekonstruktion des ehemaligen Lustgartens kommt nun die Brunnenschale an ihrem alten Platz im Sinne Schinkels wieder zur Geltung.

Unverwüstlich

Eine »Generallektion der Brückenbaukunst« sind noch immer die sieben Steinpfeiler, die die *Trierer Römerbrücke* aus dem zweiten Jahrhundert tragen. Dies meinten internationale Brückenbauexperten bei einer Fachtagung in Luxemburg über das Bauwerk der einstigen Kaiserstadt Augusta Treverorum. Die sieben Steinpfeiler der Brücke seien einmalige Meisterwerke der Statik, denn sie waren nicht einmal zu erschüttern, als Ludwig XIV. im Jahre 1689 den damals einzigen festen Moselübergang zwischen Nancy und Koblenz in die Luft sprengen ließ. Von 1719 an trugen die aus 1700 Kubikmeter Basalt-, Blau- und Sandsteinquadern errichteten Stützpfiler mit einem neuen Oberbau den ständig wachsenden Verkehr bis in die Gegenwart. Triers Archäologen haben jetzt nachgewiesen, daß die Ausschachtung der mehr als zwanzig Meter tief in den Flußgrund getriebenen Pfeilerfundamente jeweils 12070 Arbeitsstunden erfordert hat.

Funde

Bei der Suche nach Resten römischer Siedlungen stießen Archäologen *in der Bonner Innenstadt*

auf eine Industrieanlage aus dem ersten Jahrhundert. Vermutlich wurden hier in großem Stil Leder-, Bronze- und Tonwaren für die im benachbarten Kastell »Bonna« stationierten römischen Legionäre angefertigt. Die Arbeitskräfte waren wahrscheinlich innerhalb des Betriebs angesiedelt.

Als archäologische Fundgruben erweisen sich immer wieder die Keller der römischen Palazzi. Experten fanden jetzt unter dem Palazzo Valentini im Zentrum der Stadt, wo die Regionalverwaltung ihren Sitz hat, Reste von antiken Thermalbädern. Die Gebäudeteile, die sieben Meter unter der Erde gefunden wurden, stammen aus dem vierten Jahrhundert n. Chr.

Archäologen haben in der Nähe der sizilianischen Ortschaft Patti bei Messina Teile einer *Villa aus der Römerzeit* freigelegt, die nach den bisherigen Erkenntnissen das größte bisher in Italien entdeckte Bauwerk dieser Art ist. Das Haus wurde im vierten Jahrhundert nach Christus erbaut und soll über 600 Jahre lang bewohnt gewesen sein.

Auf einer *Großbaustelle in Bielefeld* fanden Archäologen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe die Reste einer tausend Jahre alten Hofanlage. In der dreitausendsechshundert Quadratmeter großen Anlage entdeckten sie nahe dem Haupthaus Reste eines Eisenverhüttungsofens mit gebranntem Lehm, Holzkohle, Eisenerz und Schlacke. Darüber hinaus belegen Eisenfunde, daß das gewonnene Eisen dort auch gleich zu Geräten geschmiedet wurde.

Fresken von Veronese mit Landschaftsmotiven sind im Palazzo Trevisan auf der Laguneninsel Murano entdeckt worden. Die Malereien sind, wie Experten in Venedig erläuterten, in gutem Zustand und sollen im Rahmen einer geplanten Ausstellung über venezianische Kunst im 16. Jahrhundert gezeigt werden. Bisher waren große Landschaftsmalereien von Veronese nur in der von Andrea Palladio gebauten Villa Maser in der Provinz Treviso (Venetien) bekannt.

Ruinöses

Zu erheblichen Schäden an Türmen und Kirchengebäuden können *die Schwingungen läutender Glocken* führen. Darauf hat der Bamberger Ingenieur Klaus Schiffarth mit seiner umfassenden Untersuchung in der Zeitschrift »Kirche und Kunst« hingewiesen. Solche Schäden seien vor allem an älteren Kirchen entstanden, weil man nach dem Krieg viele Türme mit einem stärkeren Geläut als zuvor ausgestattet habe. Glocken aber seien für ein Bauwerk weit gefährlicher als der Straßenverkehr mit seinen Erschütterungen. »Diese Kräfte sind einem kleinen Erdbeben vergleichbar«, behauptet der Techniker. Die Glocken versetzten den Kirchturm in Schwingungen, und die rhythmischen Bewegungen wirkten weiter auf das Langhaus.

Der Leiter des Kirchlichen Bauamts der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Werner Richter, hat sich besorgt über die Bausubstanz vieler *Kirchen in der DDR* geäußert. Hier gebe es einen »enormen Nachholbedarf«, der nur nach und nach verringert werden könne. Immerhin seien gegenwärtig Rekonstruktionsarbeiten an zahlreichen Kirchen in vollem Gange. Ein zweites Problem sei es, neue Funktionen für die Kirchen zu finden, betonte der Leiter des kirchlichen Bauamts. Nur für zwei Stunden an einem Vormittag in der Woche eine Kirche zu restaurieren, dies sei auch »in bezug auf unser Umfeld« nicht zu verantworten. Kirchenbau sei kein technischer oder künstlerischer Vorgang, sondern eine Dienstfunktion im Sinne des Gemeindeaufbaus. In diesem Sinne sei das Kirchliche Bauamt bestrebt, den Gemeinden unter dem Dach der Kirche Räume anzubieten, in denen sie sich zu allen Aktivitäten zusammenfinden könnten, die eine Gemeinde heute brauche.

Die bemalten Gräber der etruskischen *Nekropole von Tarquinia* aus der Zeit vom 6. bis zum 2. Jahrhundert vor Christus – die wichtigsten Zeugnisse ihrer Art in der antiken Welt – müssen wechselweise geschlossen werden. Der Massentourismus mit 124000 Besuchern im Jahr 1980 ist die Ursache. Die Gräber von Tarquinia sind in

Kalkstein hineingeschachtet, ihre Fresken meist unmittelbar auf das Gestein aufgetragen, das trockener ist als der Feuchtigkeit anziehende Tuff. Daher rührt die gute Erhaltung. Es besteht aber immer ein großer Klimaunterschied zwischen der Kühle dieser Gräber und der Hitze der Umwelt, zumal im Hochsommer. Der große Besucherstrom hat zu Temperaturschwankungen in ihrem Inneren geführt, so daß Wasserschleier entsteht, der eine weiße Kalkschicht zurückläßt.

Auch eine Schutzmaßnahme

Wird die Walhalla, der Ruhmestempel über der Regensburger Donaulandschaft, mit einem Schutzgitter eingezäunt? Nach dem Todessturz einer Touristin im Mai wird jetzt über eine Lösung verhandelt, die Sicherheit der Walhalla-Besucher und Respekt vor dem unberührten künstlerischen Ensemble vereinen soll. Die Denkmalschützer haben bereits Bedenken gegen ein Schutzgitter angemeldet.

Nostalgie?

Das Hauptportal und das darüberliegende Tympanon der *Nürnberger St.-Lorenz-Kirche* sind von unbekanntem Tätern mit Farbbeuteln beworfen worden. Die Säuberung des Tores und der zahlreichen Sandsteingurten des Tympanons wird mindestens 50000 Mark kosten. Das Kunstwerk stammt aus dem 14. Jahrhundert.

Der spektakulärste *Denkmalssturm* der Nachkriegszeit in der Stadt Memmingen ist von der Justiz geahndet worden. Das Amtsgericht verurteilte den 44jährigen Geschäftsführer einer Immobiliengesellschaft zu 12000 Mark und seinen 30jährigen Helfer, einen jugoslawischen Hausmeister, zu 400 Mark Geldstrafe. Die beiden wurden eines vorsätzlichen Vergehens der fahrlässigen Baugefährdung für schuldig befunden. Der Geschäftsführer hatte sich als Eigentümer gegen die kostspieligen Auflagen zur Erhaltung des denkmalgeschützten Antonier-Hauses ge-

wehrt, das im 12. Jahrhundert von Welf VI. als Burg erbaut worden war und später Mönchen als Kloster gedient hatte. Nachdem der Geschäftsführer als Besitzer keine Genehmigung zum Abbruch und zur anderweitigen Nutzung erhalten hatte, griff er zur Selbsthilfe. In seinem Auftrag zerschlug der Jugoslawe im Januar mit einer Spitzhacke das gotische Gewölbe. Der Bezirksregierung von Schwaben teilte er mit, das Gewölbe sei wegen Baufälligkeit eingestürzt.

Altstadtbelebung contra Umweltschutz

Weil eine Anzahl Geschäftsleute gegen die vorgesehenen Veranstaltungen mit ihren unvermeidlichen Lärmemissionen Einspruch erhoben hatten, sah sich die Leitung der Winterthurer Musikfestwochen genötigt, das Zentrum ihrer Aktivitäten vom Graben auf den Museumsplatz zu verlegen, obwohl der Platz am Graben vertraglich zugesichert worden war. Abgesehen davon, daß die Veranstaltung durch diese kurzfristige Verlegung an den Rand der Altstadt Einbuße erleiden mußte, sehen die Verantwortlichen hierin den Versuch, die Musikfestwochen aus der Altstadt zu verdrängen, während doch der Altstadtcharakter ein wesentliches Merkmal der Veranstaltung sei.

Tagungen und Termine

Ein »hohes Maß an Sensibilität für denkmalpflegerische Belange« hat der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth den Bürgern der Bundesrepublik bescheinigt. Auf der Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland stellte Späth in Freiburg fest, daß die Denkmalpflege von den Politikern und den betroffenen Bürgern derzeit kritischer betrachtet werde als vor wenigen Jahren.

Die öffentliche Hand könne im Denkmalschutz ohne den tatkräftigen Einsatz der Bürger nichts erreichen, sondern müsse auch das private Engagement und Interesse für die Erhaltung von

Baudenkmalen nutzen, sagte Späth. »Das erfordert allerdings auch von den Denkmalpflegern ein geistiges Eingehen auf die privaten Wünsche und Sorgen der Besitzer von Baudenkmalen.« Positiv würdigte Späth die Verlagerung des Denkmalschutzes vom Kultusministerium auf das Innenministerium. Er denke hierbei vor allem an die enge Verflechtung mit den Aufgaben des Städtebaus, der Stadtsanierung und des Baurechts.

Das Institut für Städtebau und Wohnungswesen München (Steinheilstraße 1, 8000 München 2) veranstaltete im September 1981 Fachtagungen und Seminare zu den Themen »Tendenzen und Voraussetzungen zukünftiger Stadtentwicklung«, »Bauleitplanung II: Bebauungsplanung« und »Erfahrungsaustausch zu Fragen und zur Praxis der Weiterbildung von Planern«. Das Programm für Herbst 1981 sieht weiter vor: »DIPLAN-Planungsmethodik in Gemeinden« (5.–9. 10. in München), »Energiegerechtes Planen und Bauen – Folgerungen für die kommunale Planung« (12.–14. 10. in München), »Stadterneuerung zwischen Flächensanierung und Objekterhaltung« (19./20. 11. in Karlsruhe) und »Aktuelle Fragen zum Planungsinstrumentarium« (26. 11. in Bremen).

Eine siebentägige *Altstadt-Tour durch Österreich* veranstaltet vom 2. bis 8. 10. 81 das Reisebüro Renner (Landstraßer Hauptstraße 9, A-1030 Wien). Die Reiseleitung hat Dipl.-Ing. Rainer Reinisch, Baudirektor in Braunau/Inn.

Ausstellungen

»Aspekte der Großstadt« heißt die Ausstellungsfolge 1981 der Fotografischen Sammlung im Essener Museum Folkwang. Sie begann mit einer Schau »Genossenschaftswohnungen« (Thomas Deutschmann) und sieht sechs weitere Einzelausstellungen zeitgenössischer deutscher Fotografen vor, darunter »Zeichen in der Stadt«, »Noch ist Kreuzberg nicht verloren«, »Stadtlandschaften« und andere.

Als Museum für zeitgenössische Kunst ist in Krefeld das *Haus Esters* eröffnet worden, ein Bau von Ludwig Mies van der Rohe, dem die erste Ausstellung gewidmet war. Gezeigt wurden seine Villen und Landhausprojekte zwischen 1923 und 1950, von denen das Museum of Modern Art in New York 140 Originalzeichnungen zur Verfügung stellte. Die Ausstrahlung schlug damit den Bogen von Mies' Wirken in Deutschland, wo er zwischen 1930 und 1933 Direktor des Bauhauses war, zu seiner Arbeit in den USA, wo er ab 1938 lebte. Die anschaulichsten Objekte freilich sind Haus Esters selbst und die benachbarte, ebenfalls von Mies gebaute Villa Lange. Zur Straße hin abgeschlossen, öffnen sich beide Backsteinbauten mit großen Fensterfronten zum Garten, und dieser Bezug zwischen Natur und begrenztem Wohnraum war eines der größten Anliegen für Mies van der Rohe.

»Baukunst und Bauhandwerk des Deutschen Ordens in Südwestdeutschland im 18. Jahrhundert« zeigte anhand von Bauplänen, Karten und Ansichten das Staatsarchiv Ludwigsburg vom 22. Mai bis 30. August 1981.

In Krems wurde am 11. 6. 1981 eine Ausstellung »Stadterneuerung in Österreich« eröffnet.

Veröffentlichungen

Bereits im fünften Jahrgang gibt die »Aktionsgemeinschaft Altstadt Wolfenbüttel e.V.« unter diesem Titel Mitteilungs-Hefte heraus. Die Zahl der Mitglieder der Aktionsgemeinschaft »wächst langsam, aber stetig«. Gegenwärtig zählt sie 325 Mitglieder. Die Aktionsgemeinschaft versucht durch Vorträge und Diskussionen, durch Exkursionen (»um Probleme der Sanierung in anderen Städten kennenzulernen«) und Ausstellungen »das Interesse unserer Mitglieder immer wieder auf die Probleme unserer Stadt zu lenken«. Ein wichtiger Teil der Arbeit vollzieht sich hinter dem Rampenlicht der Öffentlichkeitsarbeit, in Gesprächen mit Kommunalpolitikern und Vertretern der Stadtverwaltung, in eigener Tätigkeit

im Sanierungsbeirat der Stadt, in Verbindungen zu anderen Bürgerinitiativen und in Kontakten zur Presse. Der Rundbrief gibt ausführliche Gelegenheit zu Stellungnahmen in diesen Fragen, gibt aber auch Berichte »Aus Niedersachsen« und »Aus der Bundesrepublik« und referiert über einschlägige Veröffentlichungen (Aktionsgemeinschaft Altstadt Wolfenbüttel e.V., Kleiner Zimmerhof 4, 3340 Wolfenbüttel).

Das Niedersächsische Verwaltungsamt – Institut für Denkmalpflege hat das erste Heft künftig regelmäßig erscheinender »Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen« herausgegeben (Verlag CW Niemeyer, Postfach 447, 3250 Hameln 1, Vorzugspreis für Abonnenten pro Jahr – 4 Ausgaben – DM 23,20). Ziel der neuen Zeitschrift ist es, über aktuelle Probleme der niedersächsischen Denkmalpflege zu informieren und besonders »heiße Eisen« zu diskutieren. Im Geleitwort konstatiert der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, die Erfahrungen mit dem vor zwei Jahren in Kraft getretenen Niedersächsischen Denkmalschutzgesetz seien überwiegend positiv. Seit 1976 konnten die Aufwendungen des Landes für Erhaltungsmaßnahmen und für die archäologische Denkmalpflege um das Dreifache gesteigert werden.

Die Nummer 1/81 der vom Steirischen Volksbildungswerk (Univ.-Prof. Gerald Schöpfer, 8010 Graz, Parkstraße 1) herausgegebenen Zeitschrift »steirische berichte« versteht sich als Beitrag zum »Jahr der Ortsbildpflege« und widmet sich dem Generalthema »Ortsbild«. In mehreren, vor allem vom »Internationalen Städteforum Graz« bestrittenen oder initiierten Beiträgen werden lokale Fälle und Leistungen vorgestellt, aber auch, etwa im Beitrag »Inventarisierung als Grundlage der Ortsbildpflege und -gestaltung« von Gernot Axmann, auch Probleme von grundsätzlicher Bedeutung angeschnitten.

Preise

Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz hat auch für das Jahr 1981 einen »Deutschen Preis für Denkmalschutz« ausgeschrieben, um Persönlichkeiten und Personengruppen auszuzeichnen, die sich in beispielhafter Weise für die Erhaltung des baulichen Erbes eingesetzt haben. Er gilt ferner Vertretern von Presse, Funk und Fernsehen, die in herausragenden Beiträgen auf die Probleme des Denkmalschutzes aufmerksam gemacht haben.

Der »Unesco-Preis für Architektur«, der mit rund zehntausend Mark dotiert ist, wurde an eine Gruppe thailändischer Studenten vergeben. An dem von der Organisation der Vereinigten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und vom internationalen Architektenverband jährlich veranstalteten Wettbewerb nahmen 277 Bewerber teil. Die Preisträger sind Studenten der königlichen Architekturschule Bangkok. Sie hatten ein Modell für die Restaurierung des Minburi-Marktes im Zentrum von Bangkok eingereicht.

Besprechungen

PETER HÖVELBORN / ULRICH SEBALD, *Bibliographie Städtebauliches Entwerfen (= Städtebauliches Institut der Universität Stuttgart, Arbeitsbericht 26) Stuttgart: Städtebauliches Institut 1977. 51 S.*

Im Vorwort der Bibliographie wird betont, daß die Literaturangaben bewußt gering gehalten sind. Aufgeführt ist i. w. der Bestand der Bibliothek des Städtebaulichen Instituts der Universität Stuttgart. Um die Übersicht zu erleichtern, ist die Sammlung in fünf übergeordnete Bereiche gegliedert, die das »städtebauliche Entwerfen« erfassen sollen. Es sind dies die Kapitel:

Namen

Im Alter von 79 Jahren ist in seiner New Yorker Wohnung der Architekt und Designer Marcel Breuer gestorben, der einer ganzen Generation amerikanischer Architekten neue Impulse gegeben hat. Breuer, 1902 in Ungarn geboren, gehörte nach seiner Ausbildung an der Akademie für Bildende Künste in Wien Anfang der zwanziger Jahre dem von Walter Gropius geleiteten Bauhaus in Weimar an und machte sich 1926 selbstständig. Er war zunächst in Deutschland, dann in England tätig. Gropius, der 1937 in den USA die Leitung der Schule für Design an der Harvard-Universität übernahm, holte Breuer nach. Nach mehrjähriger Partnerschaft mit Gropius, mit dem er gemeinsam eine ganze Reihe von Gebäuden entwarf, gründete Breuer 1946 in New York ein eigenes Unternehmen. Zu seinen bedeutenderen architektonischen Werken gehören das Whitew-Museum für amerikanische Kunst in New York, die St.-John's-Abtei in Colledgeville im Staat Minnesota und in Washington die Regierungsgebäude, in denen das Amt für Wohnungs- und Städtebau sowie das für Gesundheit und Wohlfahrt untergebracht sind.

Geschichte ab 1900 – allgemeine Übersichtswerke – Rauminhalte nach Daseinsgrundfunktionen geordnet – Beispiele zum Kapitel Rauminhalte – Instrumente, Theorien. Das letzte Kapitel »Instrumente, Theorien« behandelt die für den Entwurfsprozeß wesentlichen Teilbereiche: Planungsgrundlagen, Stadtgestaltung, Psychologie, Soziologie, Statistiken, Richtwerte, Rechtsgrundlagen und ökonomische Grundlagen (Wirtschaftlichkeit).

Die Bibliographie vermittelt vor allem dem Studierenden eine gute Übersicht über die Fülle der einschlägigen Literatur und die Inhalte des städtebaulichen Entwurfsprozesses. Jedoch fal-

len bei einer genaueren Durchsicht der Bibliographie einige Lücken auf, die auch in einem einführenden Literaturüberblick nicht auftreten sollten. Unterrepräsentiert erscheinen mir die Stichworte: 1) ländlicher Raum, Dorferneuerung; 2) Denkmalspflege im Städtebau; 3) Neue Erkenntnisse der Verkehrsplanung: Verkehrsberuhigung, Schallschutz; 4) Ökologie im Städtebau; 5) Bürgerbeteiligung; 6) experimenteller Städtebau. In diesem Zusammenhang verdienen einige ausländische Literaturbeispiele genannt zu werden. Vor allem die angloamerikanischen Bücher – etwa die englischen Design-Guide Schriften – oder einige der hervorragenden japanischen Interpretationen sollten in einem Grundbestand nicht fehlen.

München

M. Reichenbach-Klinke

HENNING GRABOWSKI, *Bibliographie zur Stadtsanierung (Internationale Auswahl)*. Paderborn: Ferdinand Schöningh 1980. 231 S., DM 24,-.

Gehörten vor zwanzig Jahren Aufsätze und Schriften zur städtebaulichen Erneuerung noch zu den größten Seltenheiten (bezeichnenderweise lag damals das Ausland, namentlich England und Italien weit voran), hat sich heute bei uns eine unübersehbare Literaturfülle, um nicht zu sagen Publikationsschwemme entwickelt. Das Quantum erklärt sich nicht zuletzt daraus, 1) daß Einsichtige und verantwortungsbewußte Fachleute vor und noch nach Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes für die Sanierung der deutschen Altstädte mühsam werben mußten, und zwar gegen eine allmächtige Kraftfahrzeug-Ideologie, gegen Citybildungen und gegen den politischen Gleichmut gegenüber zerfallender Stadtsubstanz; 2) daß in Theorie und Praxis – nach deutscher Gründlichkeit – zahlreiche Nebenschauplätze fachliterarisch beackert wurden, die durch das Städtebauförderungsgesetz berührt wurden, als da sind: Strukturpolitik und Wohnungswirtschaft, Infrastruktur, Rechtsprobleme (vor allem bodenpolitischer Art), Sozialplan,

Steuerprobleme, Sanierungsträger, Bürgerbeteiligung und vieles mehr; 3) daß die Stadtsanierung selbst in jedem Einzelfall ein Stück Fachliteratur gebar: den Bericht über die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen, wie er vor der förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebietes herzustellen ist. Das Verdienst der vorliegenden Bibliographie ist, nach Sachbereichen (»systematische Studien«), Städten und der Praxis des Auslands (»regionale Studien«) systematisch geordnet, vor allem aber: wirklich Nebensächliches (das sich in »Literatur-Anhängen« häufig findet) ausgegliedert zu haben. Das Ergebnis ist ein Buch für den Praktiker. Zu wünschen wäre eine aktualisierende Fortführung.

München

Hellmut Richter

MUSEEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG. Hrsg. vom Württembergischen Museumsverband e.V. Stuttgart [vielm.: Museumsverband Baden-Württemberg e.V.] 2. erg. u. erw. Aufl. Stuttgart, Aalen: Theiss, 1977. 285 S., Abb. Ktn.

Der handliche Führer verzeichnet nicht weniger als 397 Museen und Sammlungen von überraschender Vielfalt: staatliche, kommunale, von Vereinen und – gar nicht selten! – von einzelnen Personen getragene Museen; Kunstmuseen, naturgeschichtliche, technikgeschichtliche, Heimatmuseen, Schlösser, Gedenkstätten für bedeutende Persönlichkeiten u. a. m. Die Museen sind alphabetisch nach Ortsnamen geordnet (auf die durch die Gemeindereform verschwundenen Ortsnamen wird verwiesen); die Angaben zu den einzelnen Museen folgen dem Schema Name, Adresse, Öffnungszeiten, Eintrittspreis, Leiter, Träger, Bestände, Geschichte, Literatur, Veranstaltungen. Die Angaben sind bei gebotener Kürze ausführlich genug, um die Museen zu charakterisieren. Auf Angaben über die Größe der Museen oder die Zahl der Ausstellungsstücke hat man wohl absichtlich verzichtet. Es sind 95 Abb. beigefügt, implizit nach Themenbereichen (Natur, Geschichte, Kunst, Volkskunde, Technik)

gegliedert, da aber im Text jeder Hinweis fehlt, stehen sie etwas unorganisch daneben. Im sog. Anhang werden die Museen nach thematischen Gesichtspunkten (Personenmuseen, Freilichtmuseen, Museen mit spezieller Thematik, Kunstmuseen usw.) erschlossen; zum Schluß folgt ein Personennamenregister, dessen Vermehrung um Schlagwörter sicher nützlich wäre. Daß man im Anhang auf das Anführen der Heimatmuseen verzichtet hat, leuchtet zunächst ein, da man z. B. ein Heimatmuseum von Leonberg auch so unter Leonberg sucht und findet. Aber wer ahnt, daß es in Sindelfingen ein Haus der Donauschwaben, in Stuttgart ein Heimatmuseum der Deutschen aus Bessarabien gibt?

Lücken wüßte ich nicht zu nennen, im Gegenteil: Sammlungen, die auf Besucher gar nicht eingerichtet sind wie das Universitätsarchiv und das Institut für Geschichte der Medizin in Tübingen gehören m. E. nicht in ein solches Verzeichnis. Leider zu Recht genannt ist das Kunsthistorische Institut der gleichen Universität, weil seine Bestände mangels eines Universitätsmuseums magaziniert sind. Es wäre schön, wenn der Führer zur Zusammenfassung solcher nicht lebensfähiger Sammlungen zu größeren und zugänglichen Museen anregte. Weite Verbreitung, rege Benutzung und häufige Aktualisierung ist dem Büchlein zu wünschen, das zur Vorbereitung privater Erkundungsfahrten ebenso brauchbar ist wie zur Planung von Schul- und Betriebsausflügen und neben nationalen und internationalen Museumsverzeichnissen seine Existenzberechtigung hat.

Tübingen

Friedrich Seck

REINER HAUSHERR / CHRISTIAN VÄTERLEIN (Hrsg.), *Die Zeit der Staufer. Geschichte – Kunst – Kultur. Katalog der Ausstellung Stuttgart 1977. Band V Supplement: Vorträge und Forschungen. Stuttgart: Württembergisches Landesmuseum 1979. 644 S., 432 Abb. DM 36,-. Auslieferung Buchhandlung Justus Koch, Rotenbühlplatz 30, 7000 Stuttgart 1.*

Der Erfolg der Stauferausstellung mit 671 000 Besuchern in 72 Tagen (wie Elke Gerhold-Knitel berichtet) mußte allgemein überraschen, ja er war so ungewöhnlich, daß er mancherorts gar mit einer gewissen Besorgnis registriert wurde. Museumsdirektoren befürchten eine Ausweitung des durch den Erfolg solcher Mammutausstellungen geförderten, den konservatorischen Belangen aber abträglichen »Kunstwerk-tourismus«. Kulturhistoriker sorgen sich um das seltsam mutierte Rezeptionsverhalten der Besuchermassen.

Fast noch erstaunlicher ist der Erfolg des vierbändigen Katalogwerkes. Mehr als 150 000 Exemplare wurden aufgelegt. Der Besitz des schwarzen Juwels kam zeitweise einem Privileg gleich, der Mangel erzeugte weitere Nachfrage, der (überdies sehr günstige) Preis von 49,- DM konnte nur wenige schrecken. Kaum vorstellbar, daß auch nur zehn Prozent der »stolzen Besitzer« über den Vorsatz hinausgekommen sind, den Katalog (war es noch einer?) zu Hause in Ruhe zu studieren. Zwei Jahre später legte das Landesmuseum als Ergänzung in gleicher Aufmachung den Band V vor, angesichts der ersten vier ein Unternehmen ohne verlegerisches Risiko. Er enthält den Festvortrag von Arno Borst sowie einige Beiträge aus der außerordentlich erfolgreichen, die Ausstellung begleitenden Vortragsreihe und einige Forschungsergebnisse neuesten Datums. Allerdings war auch für diesen Band keine Arbeit über die Musik der Stauferzeit zu erhalten.

Den brillanten Ausführungen Borsts, der in seinem Festvortrag nicht nur das Stauferverständnis Heinrich Heines (Friedrich Barbarossa und Friedrich II. hätten zum Reich »kein anderes Verhältnis als das des Bandwurms zum Magen« gehabt) zurechtrückt, folgt eine Abhandlung Heinrich Appelts, der versucht, »ein Bild von dem Wesen und von der Eigenart der Kanzlei Barbarossas« zu skizzieren. In der Nachfolge Hans Walter Klewitz', der 1937 den Terminus »Kanzlei«, der eine festgefügte Institution zu benennen schien, in Frage stellte, untersucht Appelt die Funktion der Kanzlei, die Organisation und Arbeitsweise der Kanzlei und erkennt deren niedrige Entwicklungsstufe im Vergleich mit zeitgenössischen Kanzleien etwa der Kurie oder

der westeuropäischen Monarchien. Gleichermaßen Fragen der Regierungsformen der staufischen »Reiseherrscher« beleuchtet Hans Patze mit seinem Beitrag über Itinerarkarten und Tabellen von Herbert Reyer. Walther Lammers stellt Otto von Freising, den Onkel Barbarossas, und dessen 1143 bis 1146 entstandene Historiographie »Chronica sive Historia de duabus civitatibus« vor, Helmut Maurer das Herzogtum Schwaben in staufischer Zeit. Als »eine Zeit unvergleichlicher künstlerischer Vielfalt, zugleich aber eine Zeit zögernden Umbruchs« charakterisiert Rüdiger Becksmann die hundert Jahre zwischen dem Schlettstadter Chor und dem Langhaus des Straßburger Münsters in seiner tour d'horizon der Glasmalerei in staufischer Zeit. Reiner Hausherr faßt die Forschungen zum Thema »Triumphkreuzgruppen der Stauferzeit« zusammen. Der Naumburger Westlettnier spielt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle, ist die Kreuzigungsgruppe dort doch völlig unbewohnt angeordnet und nicht in räumlichem Zusammenhang mit dem Kreuzaltar gegeben. Naumburg, die Stifterfiguren im Westchor und deren Rezeptionsgeschichte sind auch Thema der Untersuchungen Willibald Sauerländers. Er spricht von dem nach der deutschen Katastrophe 1945 auch in der deutschen Kunstgeschichte verbreiteten »Trauma«, das der völkisch-national verbrämten Deutungsphase folgen mußte. Wohl kein »deutsches« Kunstwerk ist so häufig publiziert worden, mußte so unsäglich heroisierende, verklärende, von objektfernen Motivationen überfrachtete Deutungen über sich ergehen lassen wie die Naumburger Uta. Darin wird sie wohl nur noch von Mona Lisa übertroffen. Sauerländer bläst den völkisch-mythischen Nebel um den Meister von Naumburg beiseite und gibt wertvolle Hilfestellung zur heute möglichen und notwendigen kritischen Rezeption der früheren Naumburg-Forschung.

Sicher wäre noch viel zu sagen zu den anderen Arbeiten des fünften Bandes, was aber im Rahmen einer Rezension nicht zu leisten ist. Peter Bloch versucht, die 600 auf uns gekommenen Bronzekruzifixe zu kategorisieren, Wolfgang Milde und Eberhard König stellen die Bildfolge im »Wolfenbütteler Musterbuch« vor und Peter

Eichhorn versuchte, Gesichtspartien der Büste eines Herrscherbildnisses aus dem Museum von Barletta zu rekonstruieren. Weitere Autoren und Themen sind Heide und Helmut Buschhausen: Studien zu den typologischen Kreuzen der Ile-de-France und des Maaslandes; Hermann Fillitz: Nicolaus von Verdun; Renate Kroos: Notizen zum »St. Blasien-Psalter«; Ruth Grönwoldt: Miscellen zur Textilkunst der Stauferzeit; Valentino Pace: Untersuchungen zur sizilianischen Buchmalerei; Klaus Schreiner: Friedrich Barbarossa – Herr der Welt, Zeuge der Wahrheit, die Verkörperung nationaler Macht und Herrlichkeit. Zur Gegenwart des Staufers im Gedächtnis der Mit- und Nachwelt; Michael Bringmann: Gedanken zur Wiederaufnahme staufischer Bauformen im späten 19. Jahrhundert.

Besonders hingewiesen sei noch auf den Artikel von Rainer Kahsnitz »Staufische Kameen« – zum Forschungsstand nach dem Tode von Hans Wentzel, dem großartige Farbbildungen fast aller seinerzeit in Stuttgart ausgestellten Kameen, teilweise in Erstveröffentlichung, beigegeben sind. Überhaupt läßt die Qualität der Abbildungen des gesamten Bandes, darunter viele in Farbe, nichts zu wünschen übrig. Der Stauferkatalog Band V gehört in jedes Bücherregal, in dem die anderen vier Bände bereits stehen – und hoffentlich ab und zu auch benutzt werden.

Stuttgart

Falk Jaeger

STÄDTISCHES MUSEUM BRAUNSCHWEIG: *Miszellen. Nr. 30. Braunschweig: Städt. Museum 1978. 6 ungez. Seiten.*

Seit 1970 gibt das Städtische Museum Braunschweig in loser Folge 4–8seitige, mit Abbildungen ausgestattete Faltblätter heraus. Diese »Miscellen« sind jeweils einem Gegenstand aus dem Besitz des Museums gewidmet, etwa einer Arbeit heimischer Kunsthandwerker oder einem frühen Zeugnis politischer Publizistik, dem Werk eines Braunschweiger Künstlers oder einer stadtgeschichtlich interessanten Vedute bzw. einem erhaltenen Gebäudeteil. Als Autoren zeichnen

meist der ehemalige Leiter des Museums, Bert Bilzer, und der jetzige Direktor, Gerd Spies.

Aus der Münz- und Medaillensammlung des Museums stammt der Gegenstand der 30. und bislang vorletzten, von Richard Moderhack verfaßten Miszelle: Der ältesterhaltene Siegelstempel der Stadt Braunschweig (um 1330). Der Verfasser korrigiert die noch 1977 vertretene Meinung, es handele sich um einen Stempel der Zeit vor 1231. Wie er sich vom älteren, nur aus Abdrücken bekannten Typar unterscheidet, kann der Leser der »Miszellen« dank der geschickten Anordnung der Farbfotos gut selbst beobachten. Der knappe, doch fundierte Beitrag zur Frage des Aufkommens der Stadtsiegel im Hochmittelalter ergänzt glücklich die früheren Miszellen. In ihrer Gesamtheit vermitteln sie anschaulich und lebendig Braunschweiger Stadtgeschichte.

Ein 1961 zum hundertjährigen Bestehen des Museums erschienener, reich illustrierter Katalog und die seit 1949 publizierten »Arbeitsberichte« erschließen dem stadtgeschichtlich Interessierten darüber hinaus die vielfältigen Bestände des Städtischen Museums zu Braunschweig in vorbildlicher Weise.

Göttingen

Gabriele Neitzert

Herzog Peter Friedrich Ludwig von Oldenburg (1755–1829). Eine Gemeinschaftsausstellung des Staatsarchivs, des Landesmuseums, des Stadtmuseums, des Naturkundemuseums und der Landesbibliothek in Oldenburg. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1979 (= Veröff. der Niedersächsischen Archivverwaltung, Beih. 22). 283 S., 99 Abb., DM 15,-.

Mit diesem unter Mitarbeit von Wilhelm Gilly, Hajo Hayen, Elfriede Heinemeyer und Egbert Koolman von Friedrich-Wilhelm Schaer, einem der besten Kenner des Zeitalters des Absolutismus und der Aufklärung in Norddeutschland, besorgten Katalog wird Herzog Peter Friedrich Ludwig von Oldenburg gewürdigt, der seit 1785

für seinen gemütskranken Vetter Peter Friedrich Wilhelm die Landesadministration und Regierung führte und erst 1823 auch de jure Landesherr wurde. Er gehörte zu den fähigsten Regenten des aufgeklärten Absolutismus und war einer der bedeutendsten oldenburgischen Herrscher. Die Leistungen seines patriarchalisch geleiteten Beamtenstaates waren insbesondere in der Reform des Armen- und Schulwesens beachtlich. Im Herrschaftsstil und im Selbstverständnis dem 18. Jahrhundert verhaftet, widersetzte sich der Herzog – den vom Wiener Kongreß verliehenen Titel eines Großherzogs führte er nie – dem Übergang zum Verfassungsstaat und der von der Wiener Bundesakte geforderten ständischen Mitsprache. Neben »Persönlichkeit und Familie« des Herzogs widmete sich die Ausstellung sechs weiteren Bereichen: »Oldenburg und die europäischen Mächte«, »Der oldenburgische Staat unter Peter Friedrich Ludwig«, »Die ständische Gesellschaft«, »Wirtschaft und Verkehr«, »Städte und Landschaften«, »Kunst und Wissenschaft«. So entsteht ein anschauliches Bild eines kleineren deutschen Staates im aufgeklärten Absolutismus, in der Franzosenzeit und in der Restauration. Für die Stadtgeschichte ist die mehrfach thematisierte starke Abhängigkeit der Residenz Oldenburg von der Landesherrschaft ein aufschlußreiches Exempel. Weil nahezu alle wichtigen Lebensbereiche angesprochen werden, ist der Band mit seinen ausgezeichneten Abbildungen von überregionalem Wert auch für die Quellenkunde. Weiterführende Literaturhinweise erhöhen den Nutzen des in Inhalt und Gestalt gleichermaßen vorbildlichen Kataloges.

Hamburg

Franklin Kopitzsch

ULRICH BAADER, *Kinderspiele und Kinderlieder. 2 Bde. (= Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen 46.1.2) Tübingen: Vereinigung für Volkskunde e.V. Schloß Hohentübingen 1979. Bd. 1: Untersuchungen in württ. Gemeinden. 345 S. Bd. 2: Materialien. Kinderspiellieder und Abzählreime. 373 S.*

Vf. stützt seine Untersuchung auf empirische Erhebungen, die er 1960, 1962 und 1972 gemacht hat. Da auch frühere Erhebungen anderer einbezogen werden, basiert das Werk insgesamt auf dem »Spielmaterial von rund 7000 Schulkindern aus 55 württembergischen Orten innerhalb eines Zeitraumes von 20 Jahren« (I, 105). Die Fragestellung war, welche Spiele im Freien (Spiellieder, Fangspiele, Hüpfspiele usw.) welche Kinder (Geschlecht, Alter, Schicht) an welchen Spielorten (Land, Stadt, vor dem Haus, Straße, Spielplätze, Schulhof) spielen. Der Autor wollte feststellen, was Kinder heute (1952–1972) von sich aus und unter sich spielen, nicht, was von einem traditionellen Spielbestand etwa noch übriggeblieben ist. Erst aufgrund einer realistischen, unvoreingenommenen und perspektivreichen Erhebung und Untersuchung dessen, was ist, werden Vergleiche angestellt mit dem, was war, und Urteile gefällt hinsichtlich dessen, was sein (und nicht sein) sollte. So ordnet sich die Untersuchung in den Rahmen einer empirischen Kulturwissenschaft ein, wie sie von Hermann Bausinger am Ludwig-Uhland-Institut in Tübingen seit langem in vielen Bereichen betrieben wird. Gleichwohl setzt sich Vf. auch in einem umfangreichen historischen Kapitel (I, 15–101) mit der »Geschichte der Sammlung und Forschung von Kinderlied und Kinderspiel« und mit der Pädagogik des Kinderliedes auseinander.

Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung sind, 1) daß die traditionellen Regelspiele (Fang-, Ball-, Laufspiele) aufgrund der zunehmenden Einengung der zur Verfügung stehenden Spielflächen zurückgehen, 2) daß die leistungsorientierten Spiele mit Wettkampfcharakter (Himmel und Hölle; heute: Gummi-Twist) zunehmen, 3) daß die kurzfristigen Modespiele der Spielzeugindustrie (Hula-Hoop, Klick-Klack, Frisbee; heute: Roller-Skate, Zauberwürfel) die kreativen Gruppenspiele mehr und mehr verdrängen, 4) daß eine neue Spiel-»Kultur« entsteht aus der Verarbeitung der Helden in den Massenmedien (Robin Hood, Tarzan, Raumschiff Enterprise; heute: Captain Future).

Wie bei jeder empirischen Untersuchung fragt man sich, ob die relativ trivialen Ergebnisse den großen und gewiß beeindruckenden Forschungs-

aufwand lohnen. Die Frage ist auch, ob der Materialienband, der eine umfangreiche Sammlung von Spielliedern und Abzählreimen enthält, für den heutigen Pädagogen nicht weitgehend veraltet ist. Im Vergleich mit Peter Rühmkorfs »Exkursen in den literarischen Untergrund« oder den Sammlungen von Ernest Bornemann wirkt diese Sammlung und Untersuchung solider, aber auch hausbackener.

Esslingen

Martin Selge

WILHELM KOHLHAAS, *Stuttgart – ehemals, gestern und heute*, J. F. Steinkopf-Verlag Stuttgart 1976, 120 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 29 × 22 cm, DM 19,80.

HEINZ SCHMITT, *Karlsruhe – ehemals, gestern und heute. Eine Stadt im Wandel der letzten 60 Jahre*. J. F. Steinkopf-Verlag, Stuttgart 1980, 128 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 29 × 22 cm, DM 19,80.

Der Band »Karlsruhe« ist der jüngste einer Reihe von Städtebüchern unter der Überschrift »ehemals, gestern und heute«, die der J. F. Steinkopf Verlag auflegt. In der Aufmachung dem Münchner Band von Erwin Schleich nicht unähnlich, unterscheiden sich die vorliegenden und jener Band durch die Autorenschaften erheblich. Wilhelm Kohlhaas geht literarisch vor, beschreibt in wohlgesetzten Worten mit Distanz, gleichwohl engagiert die Veränderungen Stuttgarts, seiner Stadt. Daß er moderner Kunst wenig abgewinnen kann, wer will es ihm verdenken. Wie er das fünfjährige Zwischenspiel der Langen Straße als »Ernst-Thälmann-Straße« (1945–50) beschreibt, zeugt von einem souveränen Geschichtsverständnis. Feinen, oftmals bösen Spott hat er für die architektonische und verkehrstechnische Entwicklung der Schwabemetropole übrig. Zu Recht, wie es beim Betrachten der Fotos aus der Zeit kurz nach dem Krieg erscheinen mag. Zu viel ist unnötigerweise noch geopfert worden. Kein Kommunalpolitiker oder Stadtplaner würde heute nochmals die Ruinen

des Kronprinzenpalais, des Steinernen Hauses, des Bebenhäuser Hofes oder des Großen Bazars abreißen lassen.

Nicht anders erging es Karlsruhe. Was gäbe man heute dafür, könnte man das Hotel Germania wieder aufbauen. Der Autor, Heinz Schmitt, Archiv- und Bibliotheksdirektor der Stadt Karlsruhe, beschreibt kenntnisreich, im Unterschied zu seinem Kollegen jedoch emotionslos die auf den Vorher-Nachher-Bildern evidenten Veränderungen des Stadtbildes.

Am Schicksal der jeweiligen Stadt interessierte Leser werden an den Büchern aus dem Steinkopf Verlag nicht vorbeikommen.

Stuttgart

Falk Jaeger

HEINZ KNEILE, *Stadterweiterungen und Stadtplanung im 19. Jahrhundert. Auswirkungen des ökonomischen und sozialen Strukturwandels auf die Stadtphysiognomie im Großherzogtum Baden. (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Stadt Freiburg i. Br. Bd. 15). Freiburg i. Br.: Wagner'sche Universitätsbuchhandlung in Komm. 1978. 61 S., 16 Abb., DM 17,-.*

Gemessen am zunehmenden Interesse an der Stadtbaugeschichte des 19. Jahrhunderts gibt es noch wenig zufriedenstellende Literatur für den südwestdeutschen Raum, vor allem solche, die das Thema nicht nur (kunst)historisch behandelt. Mit seiner Dissertation hat Vf. einen Schritt in Richtung interdisziplinärer Arbeitsweise getan; ein Teil davon ist der vorliegende Band, der andere erschien unter dem Titel »Bürgerliche Wohnarchitektur in den Städten des Großherzogtums Baden« im Verlag Goldschagg, Freiburg 1976. Der Gesamttext mit dem wissenschaftlichen Apparat liegt bei der Universitätsbibliothek und am Kunsthistorischen Institut Freiburg vor. Werden in »Bürgerliche Wohnarchitektur...« die Grundrißentfaltung der Haustypen, die stilistische Entwicklung der Außenformen unter dem Einfluß der Karlsruher Bauschule (Friedrich Weinbrenner bis Eduard Dörr) und der soziale Wohnungsbau behandelt, so unter-

sucht Vf. in der zu besprechenden Arbeit die »Auswirkungen des ökonomischen und sozialen Strukturwandels auf die Stadtphysiognomie...«, also die Folgen des schnell ansteigenden Wohnraumbedarfs, die seit der Frühindustrialisierung in allen Städten zu beobachten sind, in größerem räumlichen Zusammenhang. Ein Vergleich mit der Entwicklung württembergischer Städte wäre sicher interessant, zumal sich die Industrie in beiden Ländern nahezu gleich stark entwickelt hat.

Innerhalb Badens werden hier die Städte Freiburg, Lahr, Karlsruhe und Mannheim verglichen, wobei der Schwerpunkt auf Freiburg liegt; die Rolle der neuen Landeshauptstadt »als neuem Orientierungspunkt« wird dabei nur für Weinbrenners Zeit deutlich. Ihr Einfluß scheint sich nur auf der Ebene der Architektenpersönlichkeiten abzuspielen, denn Vf. zeigt keine politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen der einzelnen Städte untereinander auf. Die Entscheidung, was für die Erkenntnis einer Entwicklung oder eines Zustandes aus anderen Forschungsbereichen übernommen werden soll, wird jedoch gerade auf dem Gebiet der Stadtgenese immer schwierig bleiben. Sicher hätte jedoch das Spannungsfeld zwischen Stadtbautheorien und Sachzwängen noch etwas deutlicher gemacht werden können.

Bei den Stadterweiterungen in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts ist noch der Einfluß der barocken Stadtplanung bzw. die Auseinandersetzung damit zu spüren; Vermutungen über den Einfluß der »Klassizisten« Klenze und Schinkel auf Weinbrenner wird jedoch nicht weiter nachgegangen, da der Schwerpunkt der Arbeit nicht auf der formal-ästhetischen Fragestellung liegt. Dafür folgen qualitative (und quantitative) Aussagen über den Wandel in der soziologischen Zusammensetzung der Bauherren und Bewohner der neu angelegten Viertel und deren Auswirkungen, d. h. den Beginn der typischen Wohnlagenverschiebungen vor die Stadtmauern. Es entstehen, vor allem in Freiburg, die ersten Villen- und Arbeitervorstädte neben den neuen Industrieanlagen, und bereits in den vierziger Jahren wird von manchen eine Zonierung der Funktionen gefordert.

Nach dem Erlaß der Gewerbefreiheitsgesetze 1862 steigt, ähnlich wie in Preußen nach den dortigen Reformen, die Bevölkerung in den Städten stark an. Das Zusammentreffen von Wirtschaftsliberalismus und einer unzureichenden Baugesetzgebung hat, wenn auch quantitativ nicht vergleichbar, die gleichen Auswirkungen, wie sie von Berlin bestens bekannt sind: auch in den badischen Städten entsteht das Spekulationsobjekt »Mietskaserne«. Die neuen Stadtteile werden jetzt bewußt geschlossen angelegt, wobei eine neue Bauordnung die Villenviertel begünstigt. Im Zusammenhang mit dem Werks- und Arbeiterwohnungsbau wird zwar die Margarethenhöhe in Essen erwähnt, aber der Hinweis auf viel näher liegende Objekte fehlt leider: um 1852 entsteht in Mühlhausen/Elsaß die »Cité ouvrière«, 1868 in Ludwigshafen die Kolonie Hemschhof, eine Arbeitersiedlung der BASF.

Nach der Reichsgründung werden die veränderten Voraussetzungen für Stadtplanung immer deutlicher; die ökonomischen Kriterien überwiegen, was formal die »langweiligen« großflächigen Rechteckgitter im Stadtgrundriß zur Folge hat. Die Stadt selbst wird im Angebot- und Nachfrage-Spiel zum Produktionsmittel, so daß sich der Gründerkrach auch hier auswirkt und viele Planungen der siebziger Jahre auf dem Papier bleiben. Die Kommune greift erst in den späten Achtzigern in den Wohnungsbau ein. Die Fragen der Hygiene, der Verkehrsanbindung und der Ästhetik sind auch aus damaliger Sicht bei weitem nicht zufriedenstellend gelöst; die Baugesetzgebung hinkt hinter den Bedürfnissen her.

Die letzten Kapitel behandeln die Entwicklung der Kanalisation, die Auflockerung der Quartiere und die Einbeziehung des Verkehrsfaktors in die Planungen; neben weiteren Platzanlagen und städtischem Gliederungsgrün entstehen die ersten Stadtteilzentren, wobei auf Stadtbauideen der Romantik zurückgegriffen wird. Während sich die soziale Struktur der neuen Baugebiete, abgesehen von zaghafte Anfängen in Karlsruhe, noch lange nicht lockern wird, erfahren die Stadtzentren den typischen Funktionswandel des 19. Jahrhunderts, sie werden allmählich zur »City«.

Es bleibt zu hoffen, daß mit der vorliegenden

Arbeit nicht nur die an Freiburger Stadtgeschichtete Interessierten angesprochen werden, sondern daß sie einen Baustein bildet in einer weiteren Untersuchung der baden-württembergischen Stadtentwicklung im XIX. Jh.

Tübingen

Angela Würmlin

Minden. Zeugen und Zeugnisse seiner städtebaulichen Entwicklung. Hrsg. v. d. Stadt Minden 1979. 401 S., 501 Abb. DM 30,-.

Das tausendjährige Jubiläum der Verleihung des Markt-, Münz- und Zollrechts beging die Stadt Minden in Westfalen im Jahre 1977 u. a. mit einer Foto-Ausstellung ihrer städtebaulichen Entwicklung. 1979 gab die Stadtverwaltung die geringfügig veränderte Foto-Dokumentation heraus. Der Direktor des Stadtarchivs, Hans Nordsiek, ergänzte sie durch einen ausführlichen, die verstreute Literatur und eigene Studien zusammenfassenden Aufsatz, mit dem das Buch den Rang einer ersten Baugeschichte Mindens erhält. Von besonderem Interesse für Städteplaner und Verwaltungen anderer mittelgroßer Städte ist der abschließende Bericht des Stadtdirektors Erwin Niermann über die umfassende Sanierung der Altstadt Mindens im vergangenen Jahrzehnt.

Der Bildteil ist den Kapiteln des Aufsatzes entsprechend chronologisch gegliedert. Da die zahlreichen Abbildungen nicht durchnummeriert sind, sondern in jedem Abschnitt neu gezählt werden, vermißt der Benutzer umso mehr eine fortlaufend ausgedruckte Seitenzählung im Bildteil. Benutzerfreundlich hingegen ist die Entscheidung, sinnvolle Zusammenhänge durch die chronologische Ordnung nicht auseinanderzureißen. So findet der Leser im ersten Kapitel »Der karolingisch-ottonische Bischofssitz (9.-11. Jh.)« alle zum Dom gehörenden Abbildungen, obwohl dessen Umbau zur Hallenkirche natürlich streng genommen in das zweite Kapitel gehört, das Minden als hochmittelalterliche Bischofsstadt (12.-14. Jh.) schildert. Dort ist folgerichtig das Rathaus, eines der ältesten Deutschlands, mit allen Veränderungen der späteren

Jahrhunderte abgebildet. In Text wie Bildteil sind die Ergebnisse der 1973–78 erfolgten Grabungen einbezogen.

Mancher Mindener wird erst durch dieses Buch gelernt haben, spätmittelalterliche Staffeldgiebel an vertrauten Gebäuden zu erkennen und zu entdecken, wieviel Geschichte sich auch an schlichten Bürgerhäusern und Straßenzügen ablesen läßt. Der Ausbau der Befestigungsanlagen, verbunden mit dem Abriß der Vorstädte (1553), verdichtete Mindens Bebauung erheblich. Die daraus erwachsenden Probleme spiegeln sich in einer ausführlich zitierten städtischen Bauordnung des Jahres 1613. Im Dreißigjährigen Krieg hat die Stadt schwer gelitten. Die langen Jahre wechselnder Besetzung vertrieben viele Mitglieder der bürgerlichen Oberschicht, der Minden Bauten und kirchliche Stiftungen im Stil der Renaissance verdankte. Im Westfälischen Frieden wurde die Stadt dem Kurfürsten von Brandenburg zugesprochen, der ihre strategisch günstige Lage an einer wichtigen Weserbrücke für seine Zwecke nutzen wollte.

Die folgenden Kapitel zeichnen den Ausbau Mindens zur brandenburgisch-preußischen Festungs- und Verwaltungsstadt nach. Erst sehr spät, nach seiner 1873 verfügten Entfestung, konnte sich Minden der Industrialisierung öffnen. In dem Bericht über die erste Ausdehnungsphase Mindens nach 1873 klingt immer wieder durch, wie enttäuschend kleinlich sich die preußische Regierung verhielt. Minden mußte nicht nur eine hohe Ablösesumme für die Festungsanlagen entrichten, sondern erbrachte noch Vorleistungen, die von Berlin nicht honoriert wurden, obwohl große Bauaufgaben drängten: Einebnung der Wälle, Anlage eines Ringstraßensystems, Kanalisation der Stadt und Bau des Rhein-Weser-Kanals mit seiner Überführung über die Weser und einem neuen Hafen. Diesen Anlagen und dem Bahnhof galten vor allem die Bombenangriffe ab Dezember 1943, die Mindens Stadtkern schließlich einem Trümmerhaufen gleichmachten. Die Fotos vom zerstörten Minden sind unvergesslich.

Einzelheiten der Wiederaufbauphase und der Eingemeindungen sind dem abschließenden Kapitel des Aufsatzes von Hans Nordsiek zu ent-

nehmen, der die Geschichte jeder eingemeindeten Ortschaft skizziert. Der »Jahrhundertaufgabe« einer Sanierung der Innenstadt stellte sich die Stadtverwaltung nach langfristigen Planungen ab 1970. Aus der Sicht des Stadtdirektors berichtet Erwin Niermann darüber mit genauer Angabe der Finanzierung. Dieser Rechenschaftsbericht der Stadt über die Anstrengungen eines knappen Jahrzehnts, neue wirtschaftliche Impulse für Minden zu erwirken und gleichzeitig eine sehens- und liebenswerte Altstadt zu bewahren bzw. wiederzugewinnen, ist eine lehrreiche Lektüre für alle, die vor ähnlichen Aufgaben stehen.

Göttingen

Gabriele Neitzert

MARTINA DÜTTMANN / FRIEDRICH SCHMUCK / JOHANNES UHL, *Farbe im Stadtbild. Handbuch in sechs Teilen für Architekten, Bauherren, Farbgestalter, für Stadtbewohner und Betrachter. Berlin: Archibook 1980. 192 S., 420 Abb., davon 350 farbig, Format 26 × 26 cm, Ln DM 89,-.*

Mit diesem aufwendigen Werk ist der junge Fachbuchverlag Archibook, der bisher durch Publikationen hervortrat, die ein begrenztes Fachpublikum erreichten, ein verlegerisches Engagement eingegangen, das Anerkennung verdient. Farbe in der Stadt, wer denkt da nicht zuerst an Bruno Taut und seine Manifeste der zwanziger Jahre. Hätten die Väter der Moderne Publikationsmöglichkeiten in Farbe besessen, das fundamentale Mißverständnis von der dogmatisch farbabstinente, der weißen Architektur des Neuen Bauens hätte sich nicht bis in unsere Tage tradieren können. Das vorliegende Buch dokumentiert die Bewegung »Farbiges Bauen«.

Ein anderes Kapitel gibt einen Überblick über die Entwicklung der Farbordnungen und Farbsysteme, von Francois d'Aguilon (1613) bis zu den modernen DIN-, OSA- oder Syst-O-Color-Systemen. Der Abschnitt »Farbempfindung und Farbmilieu« argumentiert mehr mit schönen Abbildungen, wie überhaupt die Fotos im ganzen

Buch von hervorragender Qualität sind und auch drucktechnisch keine Wünsche offen lassen.

In einer »Schule des Sehens« schließen sich Städteportraits in Farbe an. Die Farbgeschichte Krakaus, das weißgraue Paris, das vibrierende Bild New Yorks, die kühle Farbgeschichte Berlins breiten sich vor dem Leser aus. Mit einem dokumentarischen Teil von zeitgenössischen Beispielen »Farbkonzepte für Architektur heute« schließt das Buch. Es sind nicht ausschließlich gelungene Beispiele darunter, doch das Ziel war wohl die Darstellung der Vielfalt und Bandbreiten architektonischer Farbgebungen. Man wird gewahrt: Allen Architekten mit avantgardistischem Selbstverständnis, seien sie nun den Strukturalisten, den Metabolisten, den historisierenden Post-Modernisten oder sonst einer gängigen Richtung zuzurechnen, ist eine gewisse Farbenfreude zu eigen. Grau und farblos bleibt hingegen die Normalität.

Stuttgart

Falk Jaeger

EBBA KRULL, *Franz Xaver Habermann (1721–1796). Ein Augsburger Ornamentist des Rokoko. (Abhandlungen zur Geschichte der Stadt Augsburg Bd. 23). Augsburg: Mühlberger 1977. 84 S., 24 Abb., DM 32,-.*

Eine der bezauberndsten Materien dürfte das Rokoko-Ornament sein. Der barocke Überschwang und seine Dynamik, das Zusammenfließen der Teile zu einem faszinierenden Gesamtkunstwerk – all das wäre ohne die organischen Überleitungselemente der Ornamentik nicht denkbar. Peter Jessen stellte schon 1920 in seinem bis heute seine Schlüsselstellung behauptenden Werk über die Geschichte des Ornamentstichs fest, daß die Augsburger Verleger Hertel und Engelbrecht in F. X. Habermann den rührigsten und vielseitigsten Ornamententwerfer hat-

ten. Er war der produktivste und erfindungsreichste deutsche Rokoko-Ornamentist im Dienste der beiden bedeutendsten Ornamentstichverlage der Zeit.

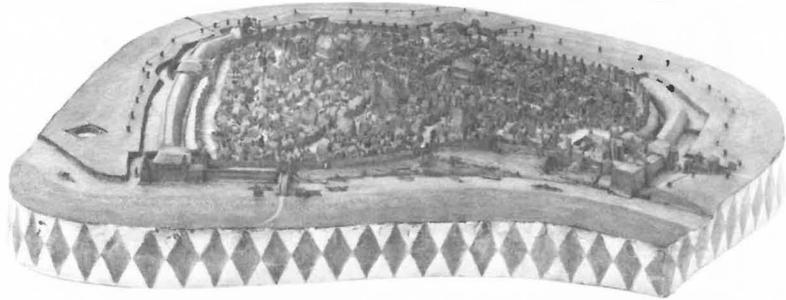
Vfn. hat als Münchner Dissertation von 1976 eine Monographie über Habermann verfaßt, die 1977 vom Augsburger Stadtarchiv in ansprechender Aufmachung (in Leinwand gebunden, Abb. auf Kunstdruckpapier) veröffentlicht worden ist. In der Einleitung schreibt Vfn.: »Ziel der Arbeit ist also, das Oeuvre Habermanns monographisch zusammenzustellen, nach Themen zu gruppieren und die zeitliche Stellung seiner Blätter festzulegen. Nicht sinnvoll scheint es im Rahmen einer solchen Arbeit, dem Wesen seines zentralen Ornament-Motivs, der Rocaille, tiefer nachzuspüren. Zu diesem Thema sei auf das grundlegende Werk Hermann Bauers verwiesen.« In der Tat, den vollen Genuß der Arbeit hat erst derjenige, dem das »Livre d'ornaments et dessins« (1734) des Juste-Aurèle Meissonnier nähergebracht worden ist (etwa in: Hermann Bauer, »Rocaille«, Mü. 1962). Auf diesem Hintergrund kann er das eigenständige Temperament Habermanns erst richtig ermessen.

Jedoch kann man der Vfn. dazu gratulieren, daß es ihr gelungen ist, eine »lesbare«, ja sogar »spannende« Abhandlung zu schreiben. Abgesehen vom Pittoresken der Habermannschen Biographie und der Ornamentmaterie, hat sie wissenschaftliche Forschung als Prozeß erleben lassen, reflektiert über ihre Methoden, begründet ihre Vorgehensweisen, kurz, betreut den Leser unter didaktischen Gesichtspunkten. Somit ist diese Abhandlung in besonderer Weise geeignet, im Rahmen der Schriftenreihe eines Stadtarchivs zu figurieren: sollte doch die mit kommunalen Mitteln geförderte wissenschaftliche Arbeit neben der reinen Forschung immer auch die Adressatenproblematik – hier die breite Basis der kunstinteressierten Bürger – im Auge behalten.

Esslingen

Siegwart Rupp

Aufstrebende Industriestadt Ingolstadt



Das sogenannte »Kleine Sandtnermodell« von 1571 zeigt eine genaue Bestandsaufnahme der alten Stadt.

Die aufstrebende Industriestadt **INGOLSTADT**, heute ein Zentrum der Energiewirtschaft, kann auf eine reiche kulturelle und geschichtliche Vergangenheit zurückblicken. Der bedeutende Handelsplatz an der Donau stieg 1392 zum Residenzort des Herzogtums Bayern auf. Eine Reihe von Bauwerken – der Herzogskasten am Viktualienmarkt zwischen Neuem Rathaus und Stadttheater, die mittelalterliche Stadtmauer – prägen noch heute das Stadtbild. Das Herzogsschloß, das heute das Bayerische Armeemuseum beheimatet, wurde zum fürstlichen Wohnsitz. 1472 nahm das hochgiebelige Pfündnerhaus als Hohe Schule die erste Bayerische Landesuniversität auf, die später als geistiges Zentrum der Gegenreformation europaweit Bedeutung erlangte.

Eng verbunden mit der Universität war das Ingolstädter Münster, mit dessen Bau 1425 begonnen wurde und das noch heute die Altstadt mit seiner unverwechselbaren massiven Silhouette prägt.

300 Jahre lang bestimmte die Universität das Ingolstädter Leben. Als medizinische Ausbildungsstätte entstand die Alte Anatomie, die eher den Eindruck eines barocken Sommerschloßchens erweckt. In ihr ist heute das Deutsche Medizinhistorische Museum mit seiner einzigartigen Sammlung untergebracht. Maria de Victoria diente als Versammlungsraum der Marianischen Studentenkongregation. Sie wurde 1753 von den Gebrüdern Asam erbaut und später in eine Kirche umgewandelt. Die herrlichen Deckengemälde mit trompe-œil-Effekten und das reich geschnitzte Chorgestühl machen Maria de Victoria zu einem Schmuckkästchen, in dem bis heute die berühmte Lepranto-Monstranz aufbewahrt wird.

Schon 1539 hatte der Ausbau der von einem Mauerring mit 86 Türmen umgebenen Stadt zur ersten Landesfestung begonnen, die auch dem Ansturm Gustav Adolfs widerstand. Die Festungstradition wurde vom jungen Königreich Bayern fortgesetzt, als 1828 der klassizistische Festungsgürtel mit Außenforts errichtet wurde. Es folgte ein Jahrhundert, in dem Ingolstadt wichtigste und stärkste Garnison in Bayern war. Der spätere General de Gaulle und der spätere Marschall Tuchatschewski gehörten zu den berühmten Kriegsgefangenen, die hier festgehalten wurden.

Nach 1945 wurden die Mauern geschleift – erhalten aber blieben mächtige Tore und Türme, Kasernen und Kavaliers, in denen heute z. B. Stadtmuseum und Archiv untergebracht sind. Aus der Zeit, da Ingolstadt eine wohlhabende Bürgerstadt war, stammen die behäbigen Bürgerhäuser, die verwinkelten gemütlichen Gassen, die den Charme der Ingolstädter Altstadt ausmachen. Mit seinem Wochenmarkt, den Bierstuben hat Ingolstadt sich seine alte Tradition gewahrt. Es setzt sie fort mit einem modernen Theater, das weit über die Region hinaus renommiert ist und vielen kulturellen Veranstaltungen. Zu der traditionsreichen Stadt ist das aufstrebende Wirtschaftszentrum hinzugekommen mit seiner führenden Rolle in der Automobilbranche und auf dem Raffineriensektor. So stellt sich Ingolstadt heute dar als junge, sportfreundliche, lebensbejahende Stadt, die sich gleichwohl ihrem kulturellen Erbe verbunden weiß.

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL	241
ABHANDLUNGEN	
PETER W. SCHMIDT, Kommunalpolitik im Unterricht. Grundpositionen und Erfahrungen	243
PETER KNOCH / FRIEDER STÖCKLE, Neue didaktische Ansätze zur Behandlung von Stadtgeschichte innerhalb und außerhalb der Schule.	282
HORST GIES, Berlin. Stadtgeschichte als Zugang zur Weltgeschichte. Anregungen für eine Unterrichtseinheit	298
BURCHARD SCHEPER, Archiv und Schule. Überlegungen und Erfahrungen	308
HANS JOACHIM FLIEDNER, Geschichte der Erwachsenenbildung in einer Mittelstadt, dargestellt am Beispiel Offenburgs	324
DETLEF SCHREIBER / FRANZ SCHLAMP, Altstadtsanierung: zum Beispiel Ingolstadt	337
KLEINERE BEITRÄGE	
BRIGITTE BADER, Bürger und Stadtgeschichte. Erfahrungen mit einer Ausstellung	358
HARALD NEIFEIND, Literatur zum Thema »Stadt im Unterricht« seit 1974.	363
DIE AUTOREN	370
NOTIZEN	371
BESPRECHUNGEN	
<i>Bibliographien</i>	
PETER HÖVELBORN / ULRICH SEBALD, Bibliographie städtebauliches Entwerfen (M. Reichenbach-Klinke)	378
HENNING GRABOWSKI, Bibliographie zur Stadtsanierung (Internationale Auswahl) (H. Richter) ..	379
<i>Museen, Ausstellungen, Kataloge</i>	
Museen in Baden-Württemberg. Hrsg. vom Württ. Museumsverband bzw. Museumsverband Baden-Württ. (Fr. Seck)	379
REINER KAUSHERR / CHRISTIAN VÄTERLEIN (Hrsg.), Die Zeit der Stauer. Geschichte – Kunst – Kultur. Katalog der Ausstellung Stuttgart 1977. Supplementband V (F. Jaeger)	380
Städtisches Museum Braunschweig, Miscellen Nr. 30 (G. Neitzert)	381
Herzog Peter Friedrich Ludwig von Oldenburg (1755–1829). Eine Gemeinschaftsausstellung (Fr. Kopitzsch)	382
<i>Empirische Kulturwissenschaft</i>	
ULRICH BAADER, Kinderspiele und Kinderlieder. 2 Bde. (M. Selge)	382
<i>Stadtbaugeschichte</i>	
WILHELM KOHLHAAS, Stuttgart – ehemals, gestern und heute – HEINZ SCHMITT, Karlsruhe – ehemals, gestern und heute (F. Jaeger)	383
HEINZ KNEILE, Stadterweiterungen und Stadtplanung im 19. Jh. Auswirkungen des ökonomischen und sozialen Strukturwandels (A. Würmlin)	384
Minden. Zeugen und Zeugnisse seiner städtebaulichen Entwicklung (G. Neitzert)	385
MARTINA DÜTTMANN / FRIEDRICH SCHMUCK / JOHANNES UHL, Farbe im Stadtbild. Handbuch in sechs Teilen (F. Jaeger)	386
<i>Kunstgeschichte</i>	
EBBA KRULL, Franz Xaver Habermann (1721–1796). Ein Augsburger Ornamentist des Rokoko (S. Rupp)	387